MINISTERIUM FÜR ÄUSSERES, BILDUNG UND KULTUR

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick

Äusseres

Die Aussenbeziehungen waren im Berichtsjahr geprägt von internationalen Entwicklungen wie der Abstimmung für den Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union (Brexit) am 23. Juni und den anhaltenden Spannungen zwischen Osten und Westen. Auch die Konflikte in der Ukraine und in Syrien sowie der unverändert hohe Zustrom an Asylsuchenden nach Europa, der trotz einer starken Abnahme gegenüber dem Vorjahr auf vergleichsweise hohem Niveau verharrte, beschäftigten die liechtensteinische Aussenpolitik.

Die Pflege der bilateralen Beziehungen mit Partnerstaaten bildete einen wichtigen Teil der Arbeit des Ministeriums. Einen Schwerpunkt bildete im Berichtsjahr wiederum der Austausch mit den Nachbarstaaten Schweiz und Österreich. Ausserdem war Aussenministerin Dr. Aurelia Frick im August Gastgeberin beim Treffen der Aussenminister der deutschsprachigen Länder, bei dem erstmals auch Luxemburg vertreten war. Aufgrund des Brexit-Referendums und der möglichen Auswirkungen eines EU-Austritts auf den EWR wurden im zweiten Halbjahr vermehrt Gespräche mit den EWR/EFTA-Partnerstaaten Norwegen und Island geführt. Auch die Beziehungen mit den USA und Tschechien wurden im Berichtsjahr gepflegt.

Bei bilateralen Treffen mit Vertretern anderer Staaten wurde regelmässig die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen thematisiert. Dies beinhaltete bei Staaten, mit denen Liechtenstein noch kein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) abgeschlossen hat, die Anregung der Aufnahme entsprechender Verhandlungen. In Gesprächen mit Vertretern von EU-Staaten sowie der amtierenden EU-Präsidentschaften wurden die Interessen Liechtensteins im Rahmen der EWR-Mitgliedschaft sowie im Bereich der Steuerkooperation geltend gemacht.

Bestimmendes Thema im EWR waren im Berichtsjahr die Verzögerungen bei der Übernahme von EU-Rechtsakten in den EWR insbesondere im Finanzdienstleistungsbereich. Nach mehreren Jahren konnte im Oktober ein erstes Paket von Rechtsakten zur EU-Finanzmarktaufsicht in den EWR übernommen werden. Zudem wurde der Verpflichtungskredit für den EWR-Finanzierungsmechanismus 2014 bis 2021 verabschiedet. In den jährlich verabschiedeten Schlussfolgerungen zu den Beziehungen mit Nicht-Mitgliedsstaaten würdigte der EU-Rat im Dezember die Beziehungen mit Liechtenstein sehr positiv.

Schwerpunkte der Aussenwirtschafts- und Finanzplatzpolitik waren die Arbeiten in der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) sowie der Welthandelsorganisation (WTO). In der EFTA beteiligte sich Liechtenstein an Gesprächen für den Abschluss neuer Freihandelsabkommen sowie für die Modernisierung und Erweiterung bestehender Abkommen. Neue Abkommen konnten mit den Philippinen und Georgien unterzeichnet werden. Schwerpunkt innerhalb der WTO waren die Weiterführung der Welthandelsliberalisierungsrunde sowie die am Rande der WTO stattfindenden Verhandlungen für ein Dienstleistungsabkommen (Trade in Services Agreement, TiSA). Auch die Vertretung Liechtensteins in internationalen Gremien zur Korruptionsbekämpfung und die Unterstützung in DBA-Verhandlungen fielen in den Aufgabenbereich des Ministeriums.

Die weltweite Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten ist eine der Prioritäten der liechtensteinischen Aussenpolitik, die im Berichtsjahr sowohl durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten als auch durch die Aussenstellen verfolgt wurde. Im Menschenrechtsbereich lag ein Schwerpunkt unverändert auf der Förderung der Rechte von Frauen und Kinder sowie auf der Bekämpfung von Straflosigkeit bei schwersten Verbrechen gegen das Völkerrecht. Zudem wurde das dritte Fakultativprotokoll zur UNO-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Ein besonderer diplomatischer Erfolg war im Berichtsjahr die Verabschiedung einer von Liechtenstein aufgelegten Resolution in der UNO-Generalversammlung, durch die ein Untersuchungsmechanismus für Syrien geschaffen wurde.

Im Bereich der Verbrechensbekämpfung wurden im Berichtsjahr die Europaratsübereinkommen über Computerkriminalität sowie zur Bekämpfung des Terrorismus ratifiziert. Zudem arbeitete Liechtenstein in einschlägigen internationalen Gremien in diesen Bereichen sowohl im Europarat als auch auf UNO-Ebene mit. Zudem wurde das Gesetz über die Durchsetzung Internationaler Sanktionen (ISG) revidiert, um sowohl die Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung als auch den Rechtsschutz für Betroffene zu stärken.

Der Bereich Umwelt war von den Arbeiten zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO (Sustainable Development Goals, SDGs) geprägt. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe evaluierte in einem ersten Schritt den Handlungsbedarf in Liechtenstein. Zudem wurden das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet und das Abkommen von Minamata über Quecksilber ratifiziert.

In der Öffentlichkeitsarbeit ist das 25-Jahr-Jubiläum von Liechtensteins Beitritt zur EFTA im Berichtsjahr hervorzuheben, das mit einer Publikation zu Liechtensteins Mitgliedschaft in der EFTA begangen wurde. Auch über die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) wurde eine neue Publikation aufgelegt.

Fast 90 in Liechtenstein akkreditierte Diplomatinnen und Diplomaten nahmen im Juni am Botschafterinformationstag der Regierung teil, um sich von den Regierungsmitgliedern über aktuelle Entwicklungen rund um Liechtenstein zu informieren. Sie trafen sich in Vaduz und lernten Liechtenstein dabei als dynamischen und modernen Wirt-

schafts- und Kulturstandort kennen. Im Zentrum standen die verschiedenen globalen Veränderungen der vergangenen Monate und den damit verbundenen Chancen und Herausforderungen für Liechtenstein. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick hielt einen Vortrag über Solidarität und Werteerhalt. Den Abschluss des Anlasses machte ein Film über das liechtensteinische Projekt «Liechtenstein Languages».

Im Berichtsjahr wendete die Regierung gesamthaft CHF 22.4 Mio. für die IHZE auf. Im Jahr 2014 investierte Liechtenstein gemäss der aktuellsten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 0.5% seines Bruttonationaleinkommens (BNE) in die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA). Die Abnahme dieses Kennwerts gegenüber dem Vorjahr ist nicht nur auf die Sparmassnahmen in der IHZE zurückzuführen, sondern auch auf eine im Jahr 2014 erstmals angewandte, neue Berechnungsmethode für das BNE sowie einen Anstieg des BNE.

Europäische Zusammenarbeit

Im Zuge der im Juni getroffenen Entscheidung des britischen Stimmvolks für den Brexit stieg das Interesse am EWR als Integrationsmodell sowie an bestimmten Aspekten dieses Modells (Personenverkehrslösung, parallele Verkehrsfähigkeit von Waren). Die Regierung setzte eine amtsübergreifende Arbeitsgruppe zum Thema Brexit ein, in der auch Vertreter von Wirtschaftsverbänden Einsitz nehmen. Als Folge des Brexit-Referendums wurde zudem die Zusammenarbeit mit den EWR/EFTA-Partnern Norwegen und Island intensiviert. Die EWR/EFTA-Staaten einigten sich auf eine gemeinsame Sprachregelung.

Eine der grössten Herausforderungen für die EWR/EFTA-Staaten ist unverändert der anhaltende Rückstau an Rechtsakten, die in der EU gelten, jedoch noch nicht in den EWR übernommen sind (so genannter Backlog). Der Backlog betrug per Ende 2016 rund 520 Rechtsakte, wovon ein Drittel in den Bereich der Finanzdienstleistungen fiel. In diesem Bereich konnte im Berichtsjahr gleichzeitig ein Erfolg erzielt werden: Nachdem die Modalitäten des ersten Pakets von Rechtsakten zur EU-Finanzmarktaufsicht während vier Jahren verhandelt worden sind, stellte die Übernahme des Pakets im Oktober den Marktzugang für liechtensteinische Finanzdienstleister in allen EWR-Staaten sicher.

Im Juni verabschiedete der Landtag mit grosser Mehrheit den Verpflichtungskredit für den EWR-Finanzierungsmechanismus für die Periode 2014 bis 2021, in dessen Rahmen Island, Liechtenstein und Norwegen einen Beitrag zur Verringerung der Ungleichheit innerhalb des EWR leisten. Liechtenstein kommt für 1.06% der Gesamtsumme auf, was voraussichtlich EUR 2.34 Mio. pro Jahr entspricht. Zudem verabschiedete der Landtag für die Deckung der Beiträge im Rahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus 2009 bis 2014 einen Nachtragskredit von EUR 660'000.

Weitere Themen auf europäischer Ebene waren die Mitarbeit Liechtensteins im Rahmen der Schengen/Dublin-Assoziation sowie die Zusammenarbeit mit der EU im Steuer- und Finanzbereich. Der Dialog mit der EU zur Unternehmensbesteuerung wurde fortgesetzt, zudem trat am 1. Januar 2016 das bilaterale Abkommen über den automatischen Steuerinformationsaustausch zwischen Liechtenstein und der EU in Kraft. Positiv zu erwähnen sind die im Dezember verabschiedeten Schlussfolgerungen des EU-Rats zu den Beziehungen mit Liechtenstein. Darin werden unter anderem Liechtensteins Leistungsausweis bei der Umsetzung von EU-Rechtsakten im EWR sowie die Fortschritte bei der Steuerkooperation gewürdigt.

Aussenwirtschaftspolitik und Finanzplatz

Schwerpunkt der Aussenwirtschaftspolitik waren einmal mehr die Arbeiten im Rahmen der EFTA zum Abschluss neuer Freihandelsabkommen sowie zur Modernisierung und Erweiterung bestehender Abkommen. Im Berichtsjahr konnten die Verhandlungen mit den Philippinen und Georgien abgeschlossen werden, beide Abkommen wurden bereits unterzeichnet. Zudem wurden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Ecuador sowie über die Modernisierung und Ausweitung bestehender Abkommen mit Mexiko und Chile lanciert. Die Gespräche zur Vorbereitung von Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay) wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. Zudem wurden die länger unterbrochenen Verhandlungen mit Indien und Indonesien wieder aufgenommen.

Im Mittelpunkt der Arbeit in der WTO standen die Verhandlungen zur Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der so genannten Doha-Runde sowie ein mögliches Abschlusspaket für die nächste WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires im Dezember 2017. Die Verhandlungen über ein Dienstleistungsabkommen (TiSA) am Rande der WTO wurden im Lichte dieser Entwicklungen im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Liechtenstein verfolgt in diesen Verhandlungen das Ziel, den Marktzugang und die Rechtssicherheit für liechtensteinische Dienstleister in ausländischen Märkten weiter zu verbessern. Die intensiven Verhandlungen konnten nicht wie geplant auf Ende Jahr abgeschlossen werden. Im Berichtsjahr fand ausserdem die periodische Überprüfung der liechtensteinischen Handelspolitik durch die WTO statt.

Das Ministerium vertrat Liechtenstein in den einschlägigen Gremien des Europarats (GRECO) und der UNO (UNCAC) zur Korruptionsbekämpfung und war federführend für die Vor- und Nachbereitung von Evaluationsbesuchen verantwortlich. Deren Hauptaugenmerk lag auf dem Korruptionsstrafrecht, der Parteienfinanzierung, der Korruptionsprävention sowie der Abschöpfung und Rückführung von Korruptionsgeldern.

Das Ministerium beteiligte sich weiter an den Verhandlungen für Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Island und Norwegen und bereitete die formellen Schritte für den Abschluss weiterer DBA vor.

Menschenrechte

Im Berichtsjahr lancierte Liechtenstein in der UNO-Generalversammlung eine Resolution zur Schaffung eines internationalen, unparteiischen und unabhängigen Untersuchungsmechanismus für Syrien. 58 Staaten brachten die Resolution gemeinsam mit Liechtenstein ein, schlussendlich stimmten 105 Staaten dafür, nur 15 waren dagegen. Die Resolution bildet die Basis dafür, dass Dokumente und Beweismaterial mit Hinweisen auf Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Genozid gesammelt, konsolidiert, aufbewahrt und analysiert werden können.

Liechtenstein engagierte sich weiterhin für die Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sowie für die Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC). Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick leitete weiterhin das informelle Ministernetzwerk zur politischen Unterstützung des ICC, der im Berichtsjahr mit Austritten mehrerer afrikanischer Staaten konfrontiert war. Im Berichtsjahr wurde die notwendige Anzahl von 30 Ratifikationen zur Aktivierung der Gerichtsbarkeit über das Verbrechen der Aggression (Kampala-Vertragszusätze) erreicht.

Im UNO-Menschenrechtsrat in Genf konzentrierte sich Liechtenstein auf die Förderung der Schwerpunkte der liechtensteinischen Menschenrechtspolitik, insbesondere Kinder- und Frauenrechte, Bekämpfung der Todesstrafe, Recht auf Privatsphäre, Nichtdiskriminierung aufgrund sexueller Orientierung sowie Verhinderung von Genozid. Liechtenstein brachte eine Resolution mit ein, durch die ein unabhängiger UNO-Experte über Gewalt und Diskriminierung basierend auf sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ernannt wurde. Liechtenstein brachte ausserdem Resolutionen zur Situation in verschiedenen Ländern mit ein, darunter Syrien, Südsudan, Nordkorea und Burundi.

Liechtenstein nahm im Berichtsjahr zum ersten Mal an einer Sitzung der UNO-Kommission über die Rechtsstellung der Frau (Commission on the Status of Women, CSW) in New York teil, deren Mitglied Liechtenstein von 2016 bis 2019 ist. Die Mitgliedschaft in der CSW mit dem Ziel, Geschlechtergleichstellung zu fördern, untermauert Liechtensteins Engagement in diesem Bereich.

Im Inland war das Ministerium federführend bei der Ratifikation des dritten Fakultativprotokolls zur UNO-Kinderrechtskonvention betreffend ein Mitteilungsverfahren. Diese Ratifikation ermöglicht es Kindern und Jugendlichen aus Liechtenstein, die sich in ihren von dieser Konvention geschützten Rechten verletzt fühlen, individuelle Mitteilungen zuhanden des zuständigen UNO-Komitees einzureichen. Der Ratifikationsprozess umfasste eine Vernehmlassung zur Änderung des Staatsgerichtshofgesetzes, das eine Prüfung angeblicher Verletzungen der Kinderrechtskonvention durch den Staatsgerichtshof ermöglicht. Über das Amt für Auswärtige Angelegenheiten hatte das Ministerium zudem den Vorsitz in der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur Prüfung der Ratifikation der Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) inne. Auf Grundlage des Berichts der Arbeitsgruppe wurde die Istanbul-Konvention im Berichtsjahr unterzeichnet.

Zur Förderung des Dialogs mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wurde zum siebten Mal der NGO-Dialog durchgeführt. Auf Einladung des Amts für Auswärtige Angelegenheiten nahmen über 40 Vertreterinnen und Vertreter an dieser Veranstaltung teil. Hauptthema war die im November beschlossene Gründung einer unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution für Liechtenstein (Verein für Menschenrechte).

Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege

Im Berichtsjahr bildeten die Bekämpfung von Terrorismus sowie die Revision des Gesetzes über die Durchsetzung Internationaler Sanktionen (ISG) die Schwerpunkte im Bereich der Verbrechensbekämpfung. Zudem wurde das Übereinkommen des Europarats über Computerkriminalität ratifiziert.

Durch die ebenfalls im Berichtsjahr erfolgte Ratifikation des Europaratsübereinkommens zur Verhütung des Terrorismus wurden Vorbereitungshandlungen zu terroristischen Straftaten genauso wie die öffentliche Anstiftung, Anwerbung und Ausbildung von Terroristen kriminalisiert. Liechtenstein wirkte zudem in internationalen Gremien mit, die sich im Berichtsjahr mit Verbrechensbekämpfung und insbesondere mit Terrorismus beschäftigten, so im Antiterrorismuskomitee des Europarats (CODEXTER) und in der UNO-Kommission für Verbrechensbekämpfung (CCPCJ).

Auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen im Vollzug des ISG sowie in der Praxis der Gerichte und aufgrund von Anliegen der Finanzintermediäre wurde das ISG im Berichtsjahr revidiert. Ziele waren einerseits die bessere Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung, andererseits die Stärkung des Rechtsschutzes von Betroffenen. Mit den neuen Bestimmungen wurde zudem die Grundlage für die unmittelbare Rechtsgültigkeit von UNO-Sanktionen geschaffen.

Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Die Umsetzung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die darin verankerten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) waren bei den Arbeiten im Berichtsjahr zentral. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Amts für

Auswärtige Angelegenheiten erarbeitete bis Ende Jahr eine Analyse zum Umsetzungsstand der SDGs, gleichzeitig wurden Bereiche mit Verbesserungspotenzial aufgezeigt.

Das Ministerium vertrat im Berichtsjahr die Interessen Liechtensteins im Rahmen der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP), an der ausserdem Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Slowenien und die Schweiz beteiligt sind. Über das Amt für Auswärtige Angelegenheiten war das Ministerium an den Sitzungen des EUSALP-Vorstands vertreten, der die neun Arbeitsgruppen innerhalb der EUSALP koordiniert.

Liechtenstein unterzeichnete im Berichtsjahr das Pariser Klimaabkommen und trat dem Übereinkommen von Minamata über Quecksilber bei.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtsjahr wurde die Kommunikation über den Twitter-Account @MFA_LI weiter ausgebaut. Rund 400 Tweets zu aktuellen Ereignissen, Besuchen sowie Regierungs- und Landtagsgeschäften mit aussenpolitischem Bezug wurden versendet.

Zum 25-Jahr-Jubiläum von Liechtensteins Beitritt zur EFTA veröffentlichte das Ministerium im Dezember des Berichtsjahrs die Broschüre «25 Jahre Liechtenstein in der EFTA». Diese gibt einen Überblick zu Liechtensteins Prioritäten in der EFTA sowie zum liechtensteinischen Wirtschaftsstandort und zur Wirtschaftsaussenpolitik generell. Sie orientiert sich grafisch an der 2015 erschienen Publikation zur liechtensteinischen Aussenpolitik und ist auf Deutsch und Englisch verfügbar.

Auch für den IHZE-Bereich wurde im Berichtsjahr eine neue Publikation aufgelegt, die je nach Bedarf modular bestückt und verwendet werden kann. Neben einer Mappe liegen allgemeine Broschüren zur IHZE und Informationsblätter zu den nachhaltigen Entwicklungszielen auf Deutsch und Englisch vor.

Regierungsrätin Dr. Frick hielt im Berichtsjahr zwei öffentliche Vorträge an den Universitäten von Zürich und Fribourg. In Zürich referierte sie am 19. Mai auf Einladung des Europa-Instituts der Universität zum Thema «Wie gut ist der EWR wirklich?» vor Vertretern aus Bildung, Politik und Diplomatie. Sie zeigte auf, dass Liechtenstein mit dem EWR-Beitritt die richtige europapolitische Entscheidung getroffen hat. An der Universität Fribourg hielt Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick am 11. November einen Vortrag zum Thema «Europäische Integration in unsicheren Zeiten: Der EWR als Erfolgsmodell für Liechtenstein».

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche

Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein

Am 16. Februar empfing Aussenministerin Dr. Aurelia Frick die kolumbianische Vize-Aussenministerin Patti Londoño Jaramillo zu politischen Gesprächen in Vaduz. Schwerpunkte waren Wirtschaftsthemen, insbesondere das Potenzial eines EFTA-Freihandelsabkommens und die positive Entwicklung des Handels zwischen beiden Staaten, sowie laufende UNO-Reformprozesse, in denen sich beide Staaten engagieren.

Am 7. März empfing Regierungsrätin Dr. Frick den andorranischen Bildungsminister Eric Jover Comas. Da Andorra mit der EU Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen führte, interessierte er sich insbesondere für die liechtensteinischen Erfahrungen im Rahmen des EWR.

Am 21. März war der slowakische Vizepremier- und Aussenminister Miroslav Lajčák zu Gast in Liechtenstein. In einem Arbeitsgespräch bekundete Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick Interesse an der baldigen Aufnahme von Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen. Die Slowakei berichtete ihrerseits über die Schwerpunkte ihrer EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2016. Auch ein Austausch zu aktuellen Themen wie der Flüchtlingskrise, dem Brexit und der Ukrainekrise stand auf der Agenda.

Am 29. März empfing Aussenministerin Dr. Frick Vertreter von Norway Finance und der Icelandic Financial Services Association zu einem Gespräch über die Übernahme des ersten Pakets im Bereich der Finanzmarktaufsicht in das EWR-Abkommen. Die Aussenministerin betonte, wie wichtig eine rasche Übernahme für den liechtensteinischen Finanzplatz sei.

Am 30. März statteten zwei britische Unterhausabgeordnete, Andrew Rosindell und Mark Menzies von der Konservativen Partei, Regierungsrätin Dr. Frick einen Höflichkeitsbesuch ab. Gegenstand des Gesprächs waren das Brexit-Referendum und die zukünftigen Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU.

Bei ihrem Besuch am 14. April traf sich die norwegische Ministerin für EWR- und EU-Angelegenheiten, Elisabeth Aspaker, mit Regierungschef Adrian Hasler und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick. Hauptthema des Gesprächs mit Aussenministerin Dr. Frick waren der EWR und das Abkommen über den EWR-Finanzierungsmechanismus 2014 bis 2021 sowie die Flüchtlingskrise und die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz.

Am 19. April war der indische Staatsminister General Vijay Kumar Singh in Liechtenstein zu Gast. Im Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick zeigte er starkes Interesse am Wirtschaftsstandort Liechtenstein. Die Aussenministerin brachte den Wunsch nach einem Doppelbesteuerungsabkommen vor und betonte gleichzeitig, dass der Abschluss eines EFTA-Freihandelsabkommens den wirtschaftlichen Austausch weiter fördern könnte. Staatsminister Singh äusserte sich wohlwollend zu einem Doppelbesteuerungsabkommen.

Im Rahmen des Unternehmertags weilte am 9. Mai der schweizerische Aussenminister Didier Burkhalter in Liechtenstein. Er nutzte seinen Aufenthalt für Tref-

fen mit Regierungschef Adrian Hasler, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick. Im Zentrum des Arbeitsgesprächs mit Regierungsrätin Dr. Frick stand die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Bundesrat Burkhalter versicherte, dass die Anliegen Liechtensteins in diesem Zusammenhang ernst genommen werden.

Am 15. Juni lud Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick die rund 90 in Liechtenstein akkreditierten Leiter diplomatischer Missionen nach Liechtenstein ein. Sie erhielten von Regierungschef Adrian Hasler, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer und Regierungsrätin Dr. Frick einen Einblick in aktuelle Entwicklungen und damit verbundene Herausforderungen und Chancen für Liechtenstein.

Der georgische Aussenminister Michail Dschanelidse traf Aussenministerin Dr. Frick am 22. Juni zu einem Arbeitsgespräch in Vaduz. Im Mittelpunkt standen die bevorstehende Unterzeichnung des EFTA-Freihandelsabkommens sowie das im Mai 2015 abgeschlossene Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Liechtenstein und Georgien, das am 21. Dezember des Berichtsjahrs in Kraft getreten ist.

Am 24. Juni kam der scheidende EU-Botschafter Richard Jones auf einen Abschiedsbesuch nach Liechtenstein. Er traf Regierungschef Adrian Hasler, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick.

Am 27. und 28. Juni kamen die Stagiaires des schweizerischen diplomatischen und konsularischen Dienstes zu ihrem traditionellen Besuch nach Liechtenstein. Sie wurden von S.D. Erbprinz Alois auf Schloss Vaduz empfangen und trafen Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick zu einer Diskussion.

Am 14. Juli traf Regierungsrätin Dr. Frick den Aussen- und Handelsminister der Färöer-Inseln, Poul Michelsen, zu einem Arbeitsgespräch in Vaduz. Gesprächsthemen waren ein allfälliger Beitritt der Färöer-Inseln zur EFTA, der Brexit und die Wirksamkeit der EU-Sanktionen gegen Russland.

Im Vorfeld des Treffens der deutschen Aussenminister empfing Aussenministerin Dr. Aurelia Frick am 5. August den österreichischen Aussenminister Sebastian Kurz zu einem Arbeitsmittagessen in Vaduz. Eines der Hauptthemen waren die Flüchtlingskrise und die politische Lage in beiden Ländern.

Gleichentags trafen sich die deutschsprachigen Aussenminister in Balzers. Auf Einladung von Aussenministerin Dr. Frick nahm neben Frank-Walter Steinmeier, Didier Burkhalter und Sebastian Kurz zum ersten Mal der luxemburgische Aussenminister Jean Asselborn an diesem Format teil. Hauptthemen des Treffens waren Migration, europäische Sicherheitspolitik und die Entwicklungen in der Türkei. Im Rahmen des Themenblocks Integration und Radikalisierung erhielten die Teilnehmer des Treffens einen Einblick in das Programm Liechtenstein Languages.

Am 12. und 13. September besuchte der norwegische Parlamentspräsident Olemic Thommessen den liechtensteinischen Landtag. Er nutzte den Besuch in Liechtenstein für ein Treffen mit Mitgliedern der Regierung, darunter Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick.

Der aserbaidschanische Aussenminister Elmar Mammadyarov weilte am 11. Oktober auf Arbeitsbesuch in Liechtenstein. Im Zusammenhang mit dem Abschluss eines Visaerleichterungsabkommens zwischen Aserbaidschan und der EU übergab Aussenministerin Dr. Aurelia Frick ihrem Amtskollegen eine Note, in der die Anwendung des EU-Abkommens für aserbaidschanische Staatsangehörige über die Schengen-Assoziation auf Liechtenstein bestätigt wird. Zudem wurde die Möglichkeit eines Doppelbesteuerungsabkommens thematisiert.

Am 21. Oktober war Christian Bock, neuer Oberzolldirektor der Eidgenössischen Zollverwaltung, bei Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick zu Gast. Er informierte über die aktuellen Migrationsbewegungen und die Situation an den Schweizer Grenzen.

Der isländische Parlamentspräsident Einar Guðfinnsson war am 27. Oktober zu Gast in Liechtenstein. Sein Programm umfasste unter anderem einen Höflichkeitsbesucht bei Aussenministerin Dr. Aurelia Frick.

Der kosovarische Aussenminister Enver Hoxhaj war am 9. November zu Gast in Liechtenstein. Er äusserte in einem Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Dr. Frick den Wunsch nach einer intensiveren wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Thematisiert wurde zudem die angestrebte Aufnahme Kosovos in den Europarat.

Am 17. und 18. November empfing Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick die schwedische Aussenministerin Margot Wallström in Vaduz. In den Gesprächen ging es vor allem um die multilaterale Zusammenarbeit und europapolitische Themen. Zudem deponierte Regierungsrätin Dr. Frick erneut den Wunsch Liechtensteins, Verhandlungen für ein Doppelbesteuerungsabkommen aufzunehmen.

Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Zwischen dem 20. und 23. Januar nahm Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick an mehreren Anlässen im Rahmen des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos teil. An einem Treffen der Minister der EFTA-Staaten mit dem mexikanischen Präsidenten und dem Handelsminister unterzeichnete sie ein Dokument zur Lancierung von Verhandlungen für eine Erweiterung des bestehenden Freihandelsabkommens der EFTA-Staaten mit Mexiko. Sie führte zudem bilaterale Gespräche mit Ministerkollegen aus der Schweiz, Norwegen und Argentinien. Bei einem Ministerfrühstückstreffen zu den Verhandlungen für ein Abkommen über den Dienstleistungshandel (TiSA) unterstrich Regierungsrätin Dr. Frick die Bedeutung dieses Abkommens für Liechtenstein.

Am 17. März traf Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in Washington den stellvertretenden US-Handelsminister Bruce Andrews. Regierungsrätin Dr. Frick setzte sich

dabei für den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens ein. Zudem wurden die Verhandlungen zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen den USA und der EU thematisiert. Am 18. März eröffnete Regierungsrätin Dr. Frick in Boston ein neues Honorarkonsulat Liechtensteins für den nordöstlichen Teil der USA; zur Honorarkonsulin ist Marta Judson ernannt worden.

Am 11. November unterzeichnete Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick anlässlich des Treffens von S.D. Erbprinz Alois mit Bundespräsident Johann Schneider-Ammann in Bern eine Gemeinsame Erklärung der Regierung Liechtensteins und des Schweizerischen Bundesrats über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation.

Multilaterale Zusammenarbeit: Besuche und Arbeitsgespräche

Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein

Das so genannte Package Meeting der EFTA-Überwachungsbehörde ESA fand am 22. April in Vaduz statt. Unter den Teilnehmern des Treffens waren der norwegische ESA-Präsident Sven Erik Svedman, das isländische Kollegiumsmitglied Helga Jónsdóttir, das liechtensteinische Kollegiumsmitglied Frank Büchel und acht weitere Mitarbeiter der ESA. Das ESA-Kollegium wurde im Rahmen des Aufenthalts in Liechtenstein von S.D. Erbprinz Alois auf Schloss Vaduz empfangen und traf sich mit Regierungschef Adrian Hasler, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer sowie Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick.

Anja Klug, Direktorin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Liechtenstein, traf sich am 22. Juni in Vaduz mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick zu einem Austausch über die Flüchtlingskrise. Das Gespräch drehte sich insbesondere um die finanziellen Beiträge Liechtensteins und die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen des Resettlement-Programms.

Zeid Ra'ad al-Hussein, UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, kam am 29. August nach Liechtenstein. Er traf S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, Landtagspräsident Albert Frick, Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Regierungsrat Dr. Mauro Pedrazzini sowie Vertreter der liechtensteinischen Zivilgesellschaft. Bei einer öffentlichen Mittagsveranstaltung an der Universität Liechtenstein, die mit rund 150 Personen sehr gut besucht war, berichtete Hochkommissar Zeid über seine Arbeit und aktuelle Herausforderungen im Menschenrechtsbereich.

Am 19. Oktober war Georg Michael Link, Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), in Liechtenstein zu Gast. Bei einem Arbeitsmittagessen mit Aussenministerin Dr. Frick wurde die aktuelle Menschenrechtssituation in den OSZE-Staaten thematisiert. Direktor Link wurde zudem von S.D. Erbprinz Alois auf Schloss Vaduz empfangen.

Auf Einladung von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick weilte am 14. November Christine Beerli, Vizepräsidentin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), in Liechtenstein. Hauptthemen des Arbeitsgesprächs waren die Zusammenarbeit im humanitären Bereich sowie die Stärkung des humanitären Völkerrechts. Auf dem Programm standen ausserdem ein Treffen mit der aussenpolitischen Kommission des Landtags sowie mit der Präsidentin des Liechtensteinischen Roten Kreuzes (LRK), I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein, sowie dem LRK-Exekutivkomitee.

Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Bei der Eröffnung der 28. Session des UNO-Menschenrechtsrats am 29. Februar in Genf nahm Regierungsrätin Dr. Frick am High-Level-Segment teil. In ihrer Rede vertrat sie in Bezug auf Syrien den Standpunkt, dass Vergehen an Zivilisten bestraft werden müssen, ungeachtet der Weigerung des UNO-Sicherheitsrats, die Situation an den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) zu überweisen. Nach ihrer Rede traf sie Zeid Ra'ad al-Hussein, den UNO-Hochkommissar für Menschenrechte. Er drückte seine Wertschätzung für Liechtensteins Arbeit in der UNO im Menschenrechtsbereich aus. Aussenministerin Dr. Frick nutzte ihre Teilnahme am Menschenrechtsrat ausserdem für bilaterale Treffen mit den Aussenministern Georgiens und der Niederlande sowie der schwedischen Aussenministerin.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertrat Liechtenstein am High-Level-Segment der 60. Session der UNO-Kommission zur Rechtsstellung der Frau (CSW), die vom 14. bis 24. März in New York stattfand. Es war die erste Session, an der Liechtenstein als Mitglied teilnahm. Regierungsrätin Dr. Frick hielt eine Rede im Plenum und nahm an einem Runden Tisch von Ministern sowie an zwei von Liechtenstein mitorganisierten Side Events zu den Themen Gewalt gegen Frauen und moderne Sklaverei teil.

Am 28. April unterzeichnete Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in Bern ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Philippinen. Am Vorabend hatte ein Austausch der Regierungsrätin mit liechtensteinischen, schweizerischen und anderen ausländischen Vertretern zur Aussenwirtschaft stattgefunden.

Am 23. und 24. Mai vertrat Aussenministerin Dr. Frick Liechtenstein am World Humanitarian Summit in Istanbul. Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen auf der Stärkung des humanitären Völkerrechts, der Geschlechtergleichstellung sowie der Prävention von Konflikten. Zum Verhaltenskodex für den UNO-Sicherheitsrat, der die Handlungsfähigkeit gegen Massenverbrechen stärken soll, wurde ein Side Event organisiert. Liechtenstein nutzte die Teilnahme am World Humanitarian Summit, um das grosse humanitäre Engagement des Landes zu unterstreichen.

Am 25. Mai fand in Brüssel der halbjährliche EWR-Rat unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick statt. Hauptthemen waren der Rückstand bei der

Übernahme von EU-Rechtsakten und insbesondere des Finanzmarktaufsichtsrechts in den EWR. Auch der EWR-Finanzierungsmechanismus 2014 bis 2021 wurde diskutiert.

Bei der 126. Ministersession des Europarats am 18. Mai in Sofia war Liechtenstein durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten. Im Vorfeld der formellen Sitzung unterzeichnete sie das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus. Sie nutzte den Aufenthalt zudem für bilaterale Gespräche mit dem Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, sowie der estnischen Aussenministerin, dem ungarischen Aussenminister und dem spanischen Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten.

Am 27. Juni nahm Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick am EFTA-Ministertreffen unter dem Vorsitz des schweizerischen Bundespräsidenten Johann Schneider-Ammann in Bern teil. Durch die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit Georgien wurde das EFTA-Netzwerk auf 27 Freihandelsabkommen mit 38 Ländern ausgeweitet, zudem wurde die Aufnahme von Verhandlungen mit Ecuador lanciert.

Am 19. September nahm Aussenministerin Dr. Frick am Migrationsgipfel der UNO in New York teil. In einer Abschlusserklärung wurden eine gemeinsame Lösung im Umgang mit Flüchtlingen sowie die Einhaltung des Humanitären Völkerrechts vereinbart.

Anschliessend nahm Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vom 20. bis 24. September an der 71. UNO-Generaldebatte in New York teil. Sie nutzte ihren Aufenthalt in New York zudem für zahlreiche Treffen mit Ministerkollegen und gab zusammen mit der schwedischen Aussenministerin Margot Wallström ein Abendessen für Aussenministerinnen. In ihrer Rede vor der UNO-Generalversammlung, die auf sehr gute Resonanz stiess, ging sie auf die Migrationskrise sowie die Ernennung des nächsten UNO-Generalsekretärs ein.

Beim EWR-Rat am 15. November in Brüssel setzte sich Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick für den ungehinderten EU-Marktzugang für liechtensteinische Finanzdienstleister ein. Auch die Auswirkungen des Brexit auf die EWR/EFTA-Staaten waren ein wichtiges Thema.

Am 16. November nahm Regierungsrätin Dr. Frick am Eröffnungstag des ICC-Vertragsstaatentreffens in Den Haag teil. Sie äusserte ihr Bedauern über den Austritt einiger afrikanischer Staaten aus dem Römer Statut und appellierte an die Staatenvertreter, ihr Engagement für das Römer Statut zu verstärken. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick nutzte ihren Aufenthalt in Den Haag zudem für die Teilnahme an einem Ministerdialog zur Krise des ICC auf Einladung des niederländischen Aussenministers sowie für die Enthüllung eines Kunstwerks der liechtensteinischen Künstlerin Hanna Röckle, das Liechtenstein dem neuen ICC-Hauptquartier schenkte.

Auf Einladung des deutschen Aussenministers Frank-Walter Steinmeier fand am 8. und 9. Dezember in Hamburg das 23. Ministertreffen der OSZE statt, bei dem Aussenministerin Dr. Aurelia Frick die liechtensteinische Delegation leitete. In ihrer Rede betonte sie, dass die teilnehmenden Staaten im Rahmen der OSZE zu einem echten Dialog über Sicherheitsfragen zurückfinden müssen. Regierungsrätin Dr. Frick nutzte den Ministerrat für bilaterale Treffen mit den Aussenministern von Deutschland, Italien, Norwegen, Belgien, Portugal, Moldawien, Bulgarien, Irland und Finnland.

Corporate Governance

Im Berichtsjahr wurden die zweimal jährlich abzuhaltenden Gespräche mit dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) abgehalten.

Im Dezember hat der Landtag die Eignerstrategie des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes zur Kenntnis genommen. Mit der Überarbeitung der Eignerstrategien hat das zuständige Ministerium im Wesentlichen das Ziel verfolgt, diese einheitlich auszugestalten und zu strukturieren und eine bessere Übersicht und Klarheit für die Regierung in der Wahrnehmung der Oberaufsicht zu schaffen.

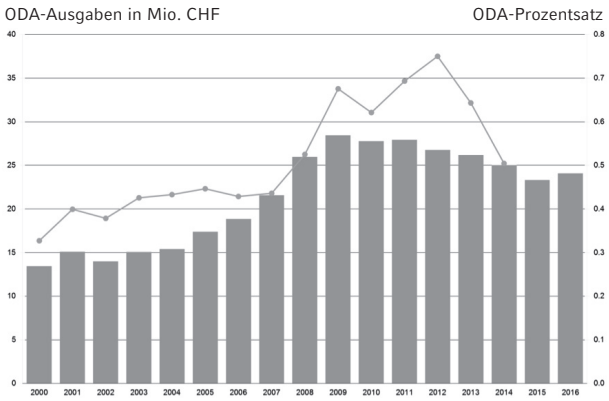
Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Die Regierung hat im Berichtsjahr insgesamt CHF 22.4 Mio. für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) aufgewendet. Der Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) gemäss OECD-Kriterien, in dessen Berechnung auch weitere anrechenbare Beiträge an internationale Organisationen sowie das entsprechende Engagement der liechtensteinischen Gemeinden und die Betreuung von Asylsuchenden im Inland einfliessen, beläuft sich auf CHF 24.2 Mio.

Der letzte definitive ODA-Prozentsatz, welcher die offizielle Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) aufzeigt, liegt für das Jahr 2014 vor. Bei einem BNE von CHF 4'962 Mio. ergibt sich dabei für Liechtenstein ein ODA-Prozentsatz von 0.5. Die internationale Zielvorgabe von 0.7% konnte damit zwar nicht erreicht werden, den internationalen Vergleich braucht Liechtenstein aber nach wie vor nicht zu scheuen. Zudem ist zu beachten, dass das Amt für Statistik für das BNE 2014 erstmals eine neue Berechnungsmethode angewandt hat und dieses dadurch höher ausgewiesen wird.

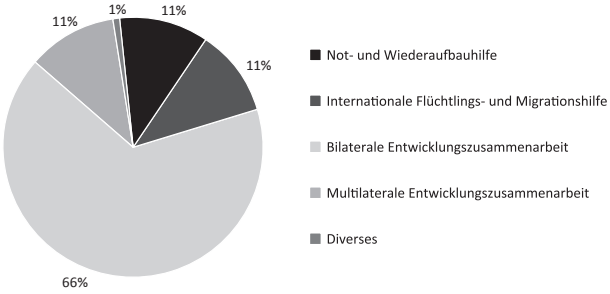
Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes

Jahr	BNE (in Mio. CHF)	ODA–anrechenbare Ausgaben	ODA-Prozentsatz %
2000	4'112	13'451'090	0.33
2001	3'782	15'114'860	0.40
2002	3'698	14'010'065	0.38
2003	3'538	15'055'869	0.43
2004	3'554	15'395'590	0.43
2005	3'893	17'381'933	0.45
2006	4'397	18'843'051	0.43
2007	4'946	21'563'049	0.44
2008	4'949	25'984'138	0.53
2009	4'210	28'434'531	0.68
2010	4'470	27'772'298	0.62
2011	4'025	27'914'033	0.69
2012	3'571	26'781'303	0.75
2013	4'073	26'189'157	0.65
2014	4'962	25'021'456	0.50
2015	nicht bekannt	23'310'270	nicht bekannt
2016	**nicht bekannt**	**24'204'500**	**nicht bekannt**



IHZE-Beiträge 2016 nach Kategorien

Die IHZE-Mittel werden bei der Budgetierung nach einem intern festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Kategorien aufgeteilt. Dabei gehen rund 65% des Budgets an den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in ausgesuchten Schwerpunktländern. Der LED berichtet separat über die Verwendung dieser Gelder (www.led.li). Je rund 10% der Mittel gehen in die Not- und Wiederaufbauhilfe, die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe sowie in die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Für die Öffentlichkeitsarbeit und die von Liechtenstein finanzierte Expertenstelle bei der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den EU-Aussengrenzen (FRONTEX) sollen nicht mehr als 5% der Mittel aufgewendet werden.



IHZE-Beiträge 2016 nach Regionen

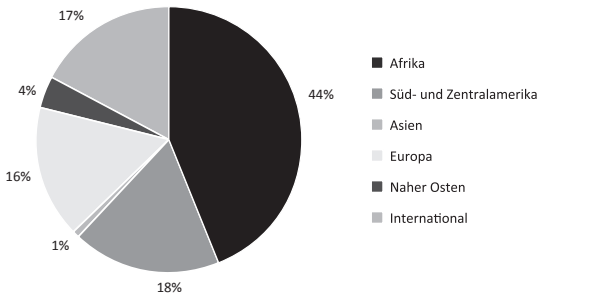
Im Berichtsjahr wurden 44% der IHZE-Gelder in Afrika eingesetzt. Das grösste Engagement erfolgte dort in den Schwerpunktländern des LED, konkret in Burkina Faso, Mali, Mosambik, Niger, Sambia, Senegal und Simbabwe.

18% der Mittel wurden für Entwicklungsprojekte in Zentral- und Südamerika, insbesondere in den LED-Scherpunktländern Bolivien und Peru, verwendet.

Das Engagement in Europa nimmt 16% der Gelder in Anspruch. Unterstützt werden Projekte in der Balkan-Region und im ärmsten Land Europas, in der Republik Moldau. Die Republik Moldau ist ebenfalls ein Scherpunktland des LED. In den Ländern des Balkans, hauptsächlich im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina, engagiert sich das Ausländer- und Passamt im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe.

Aufgrund des Syrien-Konflikts ist der Anteil der Projekte im Nahen Osten mit 4% nach wie vor relativ hoch. Das Engagement in Asien beläuft sich auf lediglich 1% der IHZE-Gelder.

17% der Mittel werden nicht projektspezifisch ausbezahlt oder länderübergreifenden Programmen zugeführt. Diese Beiträge, welche in der untenstehenden Projektliste in der Länderspalte als «International» bezeichnet werden, sind essentiell, um grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programme zu unterstützen und die Grundkosten von Entwicklungsorganisationen zu decken.



Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE): Projektliste 2016

Not- und Wiederaufbauhilfe
(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag für ein Nothilfeprojekt in Aleppo	Syrien	ADA	48'833	48'833
Nothilfe in Darfur	Sudan	Caritas CH	100'000	100'000
Projekt für syrische Flüchtlingskinder	Libanon	DEZA	100'000	100'000
«WASH»-Projekt für Binnenvertriebene	Irak	DEZA	200'000	200'000
Wiederaufbau-Programm nach dem Erdbeben	Ecuador	DEZA	150'000	150'000
Jahresbeitrag	International	Hilfswerk Liechtenstein	20'000	20'000
Transportkosten	International	Hilfswerk Liechtenstein	79'188	79'188
Allgemeiner Beitrag an den IKRK-Sonderfonds für Behinderte	International	IKRK	50'000	50'000
Beitrag an die Regionaldelegation in Harare	Malawi; Mosambik; Namibia; Sambia; Simbabwe	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramm in der Tschadsee-Region	Kamerun	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Syrien	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Israel; Palästina	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme für Minenopfer	International	IKRK	100'000	100'000
Jährlicher Beitrag an den IKRK-Hauptsitz	International	IKRK	200'000	200'000
Spendenaufstockung Kreuz des Südens	Guinea; Guinea-Bissau; Mauretanien; Mali; Senegal	Kreuz des Südens	15'000	15'000
Jahresbeitrag Katastrophenfonds	International	LRK	50'000	50'000
Nothilfe für Flüchtlinge in Maban	Südsudan	MEDAIR	96'090	96'090
Soforthilfe nach dem Hurrikan Matthew	Haiti	MEDAIR	50'000	50'000
Central Emergency Response Fund (CERF)	International	OCHA	200'000	200'000
Medizinische Grundversorgung in Simbabwe	Simbabwe	SolidarMed	50'000	50'000
Beitrag an den «Haiti Cholera Response Fund»	Haiti	UNDP	50'000	50'000
Umsetzung Ottawa-Konvention (Beitrag Minenräumung/Minenopferhilfe)	International	UNMAS	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag an das UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge	International	UNRWA	100'000	100'000
Nahrungsmittelhilfe	Korea (demokratische Volksrepublik Korea)	WFP	100'000	100'000
Nothilfe für die vom El Niño betroffene Bevölkerung	Sambia	WFP	100'000	100'000
Nothilfefonds des Welternährungsprogramms	International	WFP	100'000	100'000
Soforthilfe nach dem Hurrikan Matthew	Haiti	WFP	50'000	50'000
Total			**2'434'111**	**2'434'111**

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe
(Ausländer- und Passamt; Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Sozialer Wohnbau für Roma	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	107'323	107'323
Kindergartenprojekt in Drenas, Prizren und Djakova	Kosovo	Caritas CH	110'000	110'000
Projekt «Rural Income Generation Suport»	Kosovo	Caritas CH	200'000	200'000
Projekt «Jobs and Income Generation in the Agricultural Sector»	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	280'000	280'000

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Multiethnische Friedenförderung	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	90'000	90'000
Infrastruktur- und Entwicklungsprojekt für ethnische Minderheiten in Gjakova	Kosovo	Caritas CH	50'000	50'000
Projekt zu Migration und Entwicklung	Armenien	Caritas Vorarlberg	162'900	162'900
Projekt zur Vorbeugung genderspezifischer Gewalt	Bosnien-Herzegowina	CFD	30'000	30'000
Allgemeiner Beitrag an IDMC	International	IDMC	100'000	100'000
Bildungsprojekt für jugendliche Flüchtlinge und Einheimische	Türkei	RET	290'000	290'000
Beteiligung an Schweizer Migrations-partnerschaften auf dem Westbalkan	Westbalkan	SEM	500'000	500'000
Schulbildungsprojekt	Serbien	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi	80'000	80'000
Hilfsprogramme des UNHCR – Nördliches Afrika	Nördliches Afrika	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramme des UNHCR – Westliches Afrika	Westliches Afrika	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramme UNHCR – Naher Osten	Naher Osten	UNHCR	100'000	100'000
Forced Migration Review	International	Universität Oxford	10'000	0
Resettlement syrische Flüchtlinge	Liechtenstein	Diverse Partner	75'709	75'709
Total			**2'385'932**	**2'375'932**

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit
(Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED)
Für die Verwendung der Mittel wird auf die separate Berichterstattung des LED verwiesen.

	Betrag CHF	ODA CHF
Total	**14'690'000**	**14'690'000**

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Betreuung und Reintegration von sexuell missbrauchten Frauen (SOSFED)	Mali; Demok. Republik Kongo	Advocacy Project	25'000	25'000
Programm zur Beseitigung von Landminen	Kambodscha	APOPO	40'000	40'000
Programm zur Tuberkulosebekämpfung	Tansania	APOPO	40'000	40'000
Folterprävention in Lateinamerika	International	APT	200'000	200'000
Analyse der Interamerikanischen Rechtssprechung	Südamerika	CEJIL	25'000	0
Allgemeiner Beitrag an eine NGO im Bereich Kindersoldaten	International	Child Soldiers International	15'000	15'000
Projekt zum Einbezug der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS)	International	CIVIC	10'000	0
Bekämpfung der Bodenerosion durch Windschutz – Phase II	Georgien	Community & Environment, Tiflis	85'512	85'512
Projekt zum Aufbau eines Kindergartens in Muzhava*	Georgien	Community & Environment, Tiflis	-46'199	-46'199
Projekt zum Schutz des Urwaldes in Adscharien	Georgien	Community & Environment, Tiflis	85'176	85'176

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Allgemeiner Beitrag	International	Concordis International	10'000	10'000
Projekt zum Einbezug der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS)	Mauretanien	Concordis International	20'000	20'000
Beitrag ans Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	International	DCAF	20'000	20'000
Developing Institutions to prevent climate displacement and land conflict	Myanmar	Displacement Solutions	50'000	50'000
Internetplattform zum Schutz von Journalisten	International	Europarat	20'000	8'000
Projekt zur Unterstützung des Aktionsplans in der Ukraine	Ukraine	Europarat	40'000	40'000
Projekt zur Unterstützung des Aktionsplans in Georgien	Georgien	Europarat	20'000	20'000
Beitrag zum Aufbau des Zertifikatslehrgangs «Coach for development, inclusion and peace»	International	Football Is More (FIM)	30'000	0
Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen gewalttätigen Extremismus	International	GCERF	50'000	50'000
Beitrag an das Programm «Children and Armed non-State Actors»	International	Geneva Call	30'000	30'000
Beitrag für das Programm zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten	International	Geneva Call	30'000	30'000
Schulungskurse für Menschenrechts-verteidiger aus Entwicklungsländern	International	Geneva for Human Rights	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag Globaler Fonds gegen HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose	International	Globaler Fonds gegen HIV/Aids	100'000	100'000
Förderung und Einbezug von Frauen in Friedensmediationen	International	HD Centre	100'000	0
Beitrag ans generelle Budget des International Centre for Asset Recovery	International	ICAR	100'000	100'000
Beitrag Ausbildung von Experten des International Centre for Asset Recovery	International	ICAR	150'000	150'000
Allgemeiner Beitrag	International	ISHR International Service for Human Rights	20'000	20'000
Ausarbeitung eines Modellgesetzes über Menschenrechtsverteidiger	International	ISHR International Service for Human Rights	25'000	25'000
Programm gegen sexuelle und genderbasierte Gewalt	International	Justice Rapid Response	25'000	0
Projekt zur Sicherstellung von Rechenschaft bei Verbrechen gegen Kinder	International	Justice Rapid Response	25'000	0
Verbesserung des Schutzes und des Eintretens für Menschenrechtsverteidiger	International	Martin Ennals Foundation	10'000	0
Freiwilliger Beitrag	International	NGO Working Group on Women, Peace and Security	10'000	0
Trainingsprogramm zur Förderung der Geschlechtergleichstellung	Südamerika	OAS	24'585	24'585
Beitrag Anti-Corruption Network for Eastern Europe and Central Asia	International	OECD	20'000	20'000
Allgemeiner Beitrag	International	OHCHR	25'000	16'000
Beitrag an Ausstellung zur Völkervielfalt und Nicht-Diskriminierung	International	OHCHR	10'000	6'400
Beitrag für die OHCHR-Abteilung für Menschenrechtsübereinkommen	International	OHCHR	40'000	25'600
Fonds für Folteropfer	International	OHCHR	25'000	16'000
OHCHR-Fonds für technische Zusammenarbeit	International	OHCHR	40'000	25'600
Allgemeiner Beitrag an die Weltorganisation gegen Folter	International	OMCT	20'000	20'000

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Projekt zur NGO-Finanzierung	International	OMCT	25'000	25'000
Beitrag an das «Human Rights and Anti-Terrorism Programme» des ODIHR	International	OSZE	30'000	22'200
Beitrag für den «Legislation Review Fund» des ODIHR	International	OSZE	50'000	37'000
Allgemeiner Beitrag an das Sekretariat der Polizeikooperation in Südosteuropa	International	PCC SEE	20'000	20'000
PPP-Solarengergieprojekt in Barrio Alto	Peru	Peru 2021	50'153	50'153
SAFIRE – Adaptierung an den Klimawandel durch Erhaltung der Wälder und Aufforstung	Simbabwe	SAFIRE	87'857	87'857
Globales Beschleunigungsinstrument zur Umsetzung der «Frauen, Frieden und Sicherheit» Agenda	International	UN Women	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag	International	UN Women	70'000	70'000
UNO-Fonds zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	International	UN Women	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNAIDS	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNCDF	25'000	25'000
CleanStart	International	UNCDF	50'000	50'000
LoCAL – Verbesserung der Klimaadaptierung durch Unterstützung lokaler Regierungen	Tuvalu	UNCDF	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag an UNDP	International	UNDP	25'000	25'000
Beitrag an das Korruptionsbekämpfungs-programm	International	UNDP	100'000	100'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNFPA	25'000	25'000
Globales Programm zur Verbesserung der Verfügbarkeit von Produkten im Bereich reproduktive Gesundheit	International	UNFPA	15'000	15'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNICEF	25'000	25'000
Thematischer Fonds für «HIV/Aids und Kinder»	International	UNICEF	100'000	100'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNITAR	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNODC	25'000	25'000
Beitrag an das Projekt zu Moderner Sklaverei der UNO-Universität	International	UNU	15'000	15'000
Beitrag zur Durchführung eines Workshops zur Bekämpfung der Finanzierungs-mechanismen moderner Sklaverei	International	UNU	15'000	15'000
Projekt zur Stärkung der Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) des Menschenrechtsrats	International	UPR Info	25'000	0
Polio Impfkampagne von UNICEF und WHO	International; Afghanistan; Indien; Pakistan; Nigeria	WHO	40'000	40'000
Beitrag an das «PeaceWomen» Programm	International	Women's International League for Peace and Freedom	10'000	0
Genereller Beitrag an den Doha Trust Fund	International	WTO	40'000	40'000
Globale Kampagne für den Schutz von Kindern vor Missbrauch	International	WWSF	10'000	10'000
Total			**2'562'084**	**2'208'884**

*Es handelt sich hierbei um ein Projekt, das gemeinsam mit einer liechtensteinischen Stiftung finanziert wurde. Ein Teil des durch das Amt 2015 überwiesenen Gesamtbeitrages wurde von der Stiftung 2016 auf das entsprechende Konto überwiesen, weshalb für 2016 eine negative Zahl aufgeführt wird.

Öffentlichkeitsarbeit
(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
IHZE-Veranstaltung zum Thema Flucht/Migration	International	Div. Partner	6'127	6'127
Publikation IHZE	International	Div. Partner	26'328	26'328
Total			**32'455**	**32'455**

Secondments
(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Secondment bei der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den EU-Aussengrenzen (FRONTEX)	International	FRONTEX	306'175	0
Total			**306'175**	**0**

Sonstige ODA-anrechenbare Beiträge an internationale Organisationen
(Amt für Auswärtige Angelegenheiten und diplomatische Vertretungen Liechtensteins)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Regulärer Beitrag Europarat	International	Europarat	392'707	157'083
Projekt zur Stärkung der Wahlpraxis	Georgien	Europarat	15'000	15'000
Akademie für politische Bildung in Sarajewo	Bosnien-Herzegowina	Europarat	10'000	10'000
Regulärer Beitrag an die Internationale Atomenergie-Organisation	International	IAEO	35'062	11'570
Freiwilliger Beitrag für die technische Zusammenarbeit	International	IAEO	8'211	8'211
Freiwilliger Beitrag an die International Crisis Group	International	ICG	10'000	10'000
Freiwilliger Beitrag ans International Center for Transitional Justice	International	ICTJ	10'000	10'000
Jahresbeitrag IRENA	International	IRENA	2'063	1'362
Regulärer Beitrag	International	ITU	159'000	28'620
Jahresbeitrag Internationale Union für die Erhaltung der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN)	International	IUCN	15'520	15'520
Jahresbeitrag Ramsar Konvention	International	IUCN	1'000	1'000
Regulärer Beitrag OSZE	International	OSZE	111'073	82'194
Beitrag an das allgemeine Budget des ODIHR	International	OSZE	20'000	14'800
Beitrag an das OSZE Programm zur Kapazitätsbildung betreffend Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	Usbekistan	OSZE	15'000	15'000
Modernisierung einer Homepage eines akademischen Journals mit Texten zu den Themen Sicherheit und Menschenrechte	International	OSZE	10'000	7'400

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Parallelkonfernez der Zivilgesellschaft zum OSZE-Ministerrat	International	OSZE	10'000	7'400
Projekt zur Sicherung eines Waffen- und Munitionslagers	Bosnien-Herzegowina	OSZE	20'000	20'000
Reduktion der Kontaminierung durch Waldbrände in der Tschernobyl-Region	Belarus; Ukraine	OSZE	30'000	30'000
Unterstützung des Troika Fund	International	OSZE	20'000	14'800
Jahresbeitrag Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	735	735
Allgemeiner Beitrag an den EMEP Trust Fund	International	UNECE	452	402
Jahresbeitrag Genfer Konvention (Konvention über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung)	International	UNECE	492	438
Jahresbeitrag Basler Konvention	International	UNEP	529	529
Jahresbeitrag Biodiversitätskonvention	International	UNEP	1'302	1'302
Jahresbeitrag Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren (CMS)	International	UNEP	507	507
Jahresbeitrag Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls (Ozonfonds)	International	UNEP	17'887	17'887
Jahresbeitrag Rotterdamer Übereinkommen	International	UNEP	250	250
Jahresbeitrag Stockholmer Übereinkommen	International	UNEP	485	485
Jahresbeitrag UNEP bzw. Environment Fund	International	UNEP	9'293	9'293
Jahresbeitrag Klimakonvention	International	UNFCCC	3'174	1'936
Jahresbeitrag Kyoto-Protokoll	International	UNFCCC	1'930	1'177
Reguläre Beiträge an UNO-Peacekeeping Missionen	International	UNO	693'390	48'537
Regulärer Beitrag UNO	International	UNO	169'834	30'570
Beitrag an die Weltpostunion	International	UPU	43'541	6'967
Total			**1'838'437**	**580'975**

	Betrag CHF	ODA CHF
Total IHZE-Ausgaben	**22'410'757**	21'741'382
Sonstige Beiträge an internationale Organisationen		580'975
Flüchtlingsbetreuung im Inland		1'513'613
Katastrophenfonds Gemeinden		100'000
weitere ODA-anrechenbare Beiträge der Gemeinden		268'530
Total ODA		**24'204'500**

Bildung

Im Berichtsjahr wurden die bisherigen Schwerpunkte in der Bildungspolitik weitergeführt und weiterentwickelt. Insbesondere war die Stärkung der Berufsbildung ein wesentliches Thema. Im Berichtsjahr konnten am 23. und 24. September die zweiten next-step Berufs- und Bildungstage im SAL in Schaan stattfinden. Zudem wurde eine neue Webseite erarbeitet, welche die zentrale Informationsplattform für Jugendliche, Eltern, Erwachsene, Lehrpersonen, Schulen und Lehrbetriebe bildet.

Arbeitsschwerpunkte im Pflichtschulbereich waren die Publikation des Berichtes über die Schulleistungserhebungen, die Einführung des ETH Projektes «Informatik an den Schulen» sowie die Vorbereitungen für die Erarbeitung eines neuen Lehrplans in Liechtenstein und damit zusammenhängend die Projektvorbereitungen für die Diskussion um die Dauer der Primarschule.

Im regionalen Kontext prägte vor allem die Diskussion um die Neustrukturierung der Fachhochschulen im Kanton St. Gallen die Gespräche mit den Partnern in der Ostschweiz.

Allgemeine Projekte und Schwerpunkte

Bericht Schulleistungserhebungen

Erstmals wurde im Liechtensteinischen Bildungswesen eine fundierte Analyse der Leistungen der Schülerinnen und Schüler durchgeführt. Untersucht wurden die vorhandenen Daten aus den in den letzten 15 Jahren landesweit durchgeführten Leistungsevaluationen, namentlich den PISA-Tests und den sogenannten «Standardprüfungen».

Der Bericht stellte eine hohe Stabilität der Ergebnisse über die einzelnen Erhebungsjahre hinweg fest, was die Effektivität des liechtensteinischen Schulsystems unterstreicht. Wie in anderen Ländern wurde auch für Liechtenstein festgestellt, dass fremdsprachige Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Elternhäusern schlechtere schulische Leistungen erbringen. Der Einfluss der sozialen Herkunft auf die schulischen Leistungen fällt im internationalen Vergleich aber geringer aus.

Der Bericht ermöglichte auch Rückschlüsse, inwiefern die Zufriedenheit der Kinder und Jugendlichen mit dem Schulumfeld die Leistungsfähigkeit beeinflusst. In Liechtenstein identifizieren sich Schülerinnen und Schüler sehr stark mit ihrer Schule und fühlen sich ihr zugehörig. Sie haben eine hohe Motivation und fühlen sich insgesamt durch die Schule gut auf das Leben vorbereitet.

Zusammenfassend konnte festgestellt werden, dass die Schülerinnen und Schüler in Liechtenstein auch im internationalen Vergleich gute Ergebnisse erzielen und das liechtensteinische Schulsystem insgesamt gut funktioniert. Für eine erfolgreiche und zukunftsorientierte Bildungspolitik ist es jedoch wichtig, gesellschaftliche und pädagogische Entwicklungen aufzunehmen und sich regelmässig mit möglichen Zukunftsszenarien auseinanderzusetzen, um die gezielte Weiterentwicklung des liechtensteinischen Bildungssystems zu sichern. Entsprechend wurden bereits verschiedene Massnahmen definiert, die nun umgesetzt werden.

Lehrplan

Der heute gültige Lehrplan für den Kindergarten, die Primarschule und die Sekundarstufe I wurde 1999 eingeführt und 2005 überarbeitet. In der Zwischenzeit hat sich in den Schulen und der Gesellschaft einiges verändert, so dass der Lehrplan in mehreren Bereichen nicht mehr aktuell ist. Der Bedarf einer Anpassung an veränderte Gegebenheiten und neue Bedürfnisse ist gegeben. Des Weiteren ist zu beachten, dass die Schulen Liechtensteins in vielen Bereichen stark auf die benachbarte Schweiz und im Besonderen auf den Kanton St. Gallen ausgerichtet sind. Die bildungspolitischen und pädagogischen Entwicklungen in der Schweiz spielen deshalb auch für Liechtenstein eine zentrale Rolle. Eine dieser Entwicklungen ist die Erarbeitung eines ersten gemeinsamen Lehrplans der deutsch- und mehrsprachigen Kantone, der so genannte Lehrplan 21. Ziel ist eine Harmonisierung der Schulen in den verschiedenen Kantonen.

Um die Zukunft des Lehrplans zu klären und die möglichen Szenarien zu analysieren, hat die Regierung im Oktober 2015 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese bestand aus Vertretern der verschiedenen Schularten (Gemeindeschulen, Oberschulen, Realschulen, Gymnasium), Schulleitern und Mitarbeitenden des Schulamts. Die Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, die verschiedenen Szenarien anhand konkreter Beispiele zu evaluieren und die jeweiligen Konsequenzen zu eruieren. Die Arbeitsgruppe hat festgestellt, dass eine grundsätzliche Übernahme des Lehrplans 21 mit landesspezifischen Anpassungen im Interesse einer längerfristigen Perspektive und einer optimalen Koordination mit den Deutschschweizer Kantonen die beste Alternative darstellt. Die Regierung hat im Dezember entschieden, den Lehrplan auf der Basis des Lehrplans 21 der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) unter Berücksichtigung der notwendigen landesspezifischen Anpassungen neu zu erarbeiten. Es wurde eine Projektorganisation eingesetzt, welche in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen und Lehrpersonen einen neuen Lehrplan erarbeitet.

Blockzeiten plus

Auf der Kindergarten- und Primarstufe bestehen Blockzeiten von 8 bis 11.30 Uhr. Für die Kindergärtner und die Erstklässler gibt es flexible Eingangszeiten am Morgen, in denen die Kinder ab 8 Uhr flexibel in den Kindergarten bzw. in die Schule eintrudeln können. Ein neu entwickeltes Modell kann auch auf die anderen Primarstufe ausgeweitet werden, d.h. für alle Stufen der Primarschule soll es eine Eingangszeit und eine Ausgangszeit geben. An der Schulzeit selbst würde sich nichts ändern. Innerhalb dieser Vorgabe soll es den Schulen bzw. Ge-

meinden überlassen sein, das für sie passende Modell zu finden. Damit würde gleichzeitig der pädagogische Spielraum der einzelnen Schulen gestärkt. Damit kann eine jeweils standortbezogene Lösung gestaltet werden.

Informatik an den Schulen
Der Informatikunterricht wird für die allgemeine Bildung immer bedeutender. Im Vordergrund steht dabei nicht das Wissen über den Umgang mit dem Computer, sondern das Programmieren. Dabei stehen das logische und strukturierte Denken besonders im Vordergrund. Aus diesem Grund wurde das Projekt «Informatik an Liechtensteins Schulen» lanciert, welches in Zusammenarbeit mit der ETH Zürich durchgeführt wird.

Die Unterrichtseinheiten finden im Rahmen von Schulprojekten direkt an den jeweiligen Schulen statt. Sie umfassen eine theoretische Weiterbildung der Klassenlehrpersonen sowie eine gewisse Anzahl von Lektionen mit der Klasse.

Mit dem Projekt werden den Schülerinnen und Schülern verschiedenste mathematische, informatische, sprachliche und überfachliche Kompetenzen vermittelt. Es lässt sich daher sehr gut mit den Zielen eines zeitgemässen Lehrplans verbinden.

Frühe Förderung
Die Gemeindeschulen und vor allem die Kindergärten sind seit einiger Zeit immer wieder damit konfrontiert, dass einige Kinder beim Eintritt in den Kindergarten nicht über genügende sprachliche Kenntnisse verfügen, um dem Unterricht im Kindergarten zu folgen und die Ziele des Kindergartens zu erreichen. Die Schulen sollen handlungsfähig sein, wenn Bedarf besteht, Kinder vor dem Kindergarten auf ihren Eintritt in die Schullaufbahn vorzubereiten. Dazu brauchen sie die nötigen Ressourcen. Die Regierung hat deshalb im Berichtsjahr beschlossen, solche in Form von zusätzlichen Lektionen zur Verfügung zu stellen, wenn entsprechende Konzepte zur Frühförderung entwickelt werden. In Vaduz und Eschen bestehen bereits solche Angebote.

«next-step»
Das Bildungswesen in Liechtenstein ist heute vielfältiger denn je. Dies zu vermitteln, ist in Zeiten des Wandels, in denen sich die Berufsfelder rasch verändern, Herausforderung und Notwendigkeit zugleich. Die Frage «wie weiter» stellt sich für Jugendliche und Erwachsene immer von neuem. «next-step» steht für die Berufs- und Bildungstage ebenso wie für die neu erarbeitete zentrale Web-Plattform, welche vom Amt für Berufsbildung und Berufsberatung unterhalten wird. Gemeinsam bilden sie eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen rund um die Aus- und Weiterbildung. Jugendliche, Eltern und Lehrpersonen können sich über die vielfältigen Möglichkeiten für ihren «nächsten Schritt» informieren. Ein besonderer Schwerpunkt bildet dabei die Berufslehre.

Das Label «next-step» soll allgemein die Wiedererkennung sämtlicher Massnahmen, Angebote und Projekte rund um die Berufsbildung gewährleisten. «next-step» soll mehr und mehr zur Anlauf- und Informationsstelle für alle Fragen rund um die nächsten Bildungsschritte nach der obligatorischen Schulzeit werden.

Konferenzen

Die Verbindung und Zusammenarbeit mit der Schweiz und Österreich spielt eine wesentliche Rolle. Für Liechtenstein ist es zentral, einen reibungslosen Anschluss an die weiterführenden Schulen und Universitäten im Ausland zu gewährleisten. Deshalb ist insbesondere die Teilnahme Liechtensteins an den Treffen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) wichtig.

Bilaterales Treffen

Am 7. März 2016 empfing Regierungsrätin Aurelia Frick den andorranischen Bildungsminister Eric Jover Comas zu einem Arbeitsgespräch in Vaduz. Im Fokus der Gespräche standen hochschulpolitische Themen.

Beiträge an Bildungseinrichtungen

Liechtenstein hat im Berichtsjahr den «Preis des Fürstentums Liechtensteins für die wissenschaftliche Forschung an der Leopold-Franzens Universität und der Medizinischen Universität Innsbruck» verliehen.

An den «Österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung» wurde wie in den Vorjahren ein Beitrag in Höhe von CHF 250'000 entrichtet. Einen Betrag in derselben Höhe wurde auch an den Schweizerischen Nationalfonds geleistet.

Zudem wurde im Berichtsjahr wie in den vergangenen Jahren ein Preis der Regierung für Nachwuchsforschung an der Universität Liechtenstein in Höhe von insgesamt CHF 10'000 an drei Preisträger ausgerichtet.

Neustrukturierung der Fachhochschulen im Kanton St. Gallen – Projekt Trägerschaft

Die Interstaatliche Hochschule für Technik Buchs (NTB), die Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) und die Fachhochschule St. Gallen (FHS) bilden gemeinsam mit der Hochschule für Technik Chur (HTW) den Verbund der Fachhochschule Ostschweiz (FHO). Liechtenstein ist Mitträger der FHO. Zudem ist Liechtenstein seit dem Jahr 1968 zusammen mit den Kantonen St. Gallen und Graubünden Mitträger der NTB.

Das neue eidgenössische Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten und hat das bisherige Fachhochschulgesetz und das Universitätsförderungsgesetz abgelöst. Mit dem HFKG wird die institutionelle Akkreditierung zur

notwendigen Voraussetzung für das Bezeichnungsrecht der Hochschule sowie für die Zuweisung von finanziellen Beiträgen des Bundes. Die FHO-Vereinbarung erfüllt nicht die Voraussetzungen für eine institutionelle Akkreditierung nach dem HFKG. Die Weiterführung der heutigen Struktur und Ausgestaltung der FHO wird deshalb als nicht HFKG-tauglich und -kompatibel betrachtet.

Liechtenstein ist bei der Ausarbeitung der neuen Struktur der Fachhochschulen im Kanton St. Gallen beteiligt. Im Berichtsjahr wurde mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Trägerschaftsabkommen begonnen, mit dem die drei St. Galler Fachhochschulen NTB, HSR und FHS neu unter einer einzigen strategischen und operativen Leitung zusammengeführt werden sollen. Die Integration der NTB in eine grössere Institution ist aufgrund der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen unter dem HFKG zwingend erforderlich. Das Abkommen wird voraussichtlich Anfang des Jahres 2018 vorliegen.

Landtagsvorlagen

Interpellationsbeantwortung Schulbeginn am Morgen an Weiterführenden Schulen

Im Mai behandelte der Landtag die Interpellationsbeantwortung zum Schulbeginn am Morgen an den Weiterführenden Schulen.

Dabei hat die Regierung untersucht, welche Auswirkungen ein späterer Schulbeginn am Morgen vor allem auf Eltern, Schüler, Lehrer oder die Wirtschaft hätte. Während das Amt für Gesundheit aus gesundheitlicher und leistungsmässiger Hinsicht sowie die LIEmobil aus verkehrstechnischer Sicht Vorteile in einem späteren Schulbeginn am Morgen sahen, standen die Elternvereinigungen, die Weiterführenden Schulen sowie die Wirtschaft einem späteren Unterrichtsbeginn ablehnend gegenüber. Sie erkannten darin erhebliche Nachteile, wie organisatorische Herausforderungen in der Familie, weniger Freizeit für die Jugendlichen am Abend sowie eine erschwerte Vorbereitung der Jugendlichen auf den Berufsalltag.

Die Regierung kam in Abwägung der Vor- und Nachteile zum Schluss, dass ein späterer Unterrichtsbeginn an den Weiterführenden Schulen grosse gesellschaftliche Umstellungen mit sich bringen würde. Verkehrspolitische Überlegungen allein dürfen nicht den Ausschlag geben. Vor allem aber ist nicht zu erwarten, dass ein späterer Schulbeginn automatisch zu besseren schulischen Leistungen bei den Jugendlichen führen würde. Es hängt von vielen Faktoren ab, ob und wie ein Jugendlicher sein Leistungspotenzial ausschöpfen kann. Die Frage nach dem bestmöglichen Unterrichtsbeginn am Morgen kann nicht isoliert betrachtet werden. Überlegungen dazu müssen in einen grösseren gesellschaftlichen und pädagogischen Kontext gestellt werden. Deshalb sah die Regierung keinen Handlungsbedarf hinsichtlich einer Verschiebung des Unterrichtsbeginns am Morgen an den Weiterführenden Schulen.

Abänderung des Lehrerdienstgesetzes

Im September hat der Landtag die Abänderung des Staatspersonalgesetzes, des Lehrerdienstgesetzes und des Besoldungsgesetzes verabschiedet.

Mit der Vorlage wurden die Regelungen zur Beendigung des Dienstverhältnisses im Lehrerdienstgesetz an die Regelungen des Staatspersonalgesetzes angepasst. Insbesondere wurde im Lehrerdienstgesetz das bisher vorgesehene Disziplinarverfahren aufgehoben. Spezielle Regelungen bestehen nach wie vor dort, wo dies aufgrund der Besonderheiten des Lehrerberufes erforderlich erscheint. Zudem wurde ein verwaltungsrechtliches Berufsausübungsverbot für Lehrpersonen eingeführt. Ein solches kann über Lehrpersonen verhängt werden, die wegen ihres Verhaltens, insbesondere im sittlichen Bereich, für die Ausübung des Berufs ungeeignet erscheinen.

Arbeitsverträge öffentlicher Unternehmen

Im September hat der Landtag den Bericht und Antrag betreffend die Abänderungen des Gesetzes über die Agentur für internationale Bildungsangelegenheiten (AIBAG), des Gesetzes über die Liechtensteinische Landesbibliothek (LLBIG), des Gesetzes über das Liechtensteinische Landesmuseum (LLMG), des Gesetzes über die Liechtensteinische Musikschule (LMSG) sowie des Gesetzes über die «Kulturstiftung Liechtenstein» (LKSTG) im Landtag in zweiter Lesung behandelt und verabschiedet.

Gemäss Art. 14 Abs. 1 ÖUSG stehen die Angestellten öffentlicher Unternehmen einschliesslich der Mitglieder der operativen Führungsebene vorbehaltlich einer anderweitigen spezialgesetzlichen Regelung in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis. Solche spezialgesetzlichen Regelungen, in denen für die Angestellten öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse vorgesehen sind, bestanden für fünf öffentliche Unternehmen, nämlich für die Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten, für die Stiftung Liechtensteinische Landesbibliothek, für die Stiftung Liechtensteinisches Landesmuseum, für die Kulturstiftung Liechtenstein sowie für die Stiftung Liechtensteinische Musikschule. Aufgrund dieser spezialgesetzlichen Regelungen bestand eine sachlich nicht nachvollziehbare Unterscheidung zwischen den Angestellten dieser fünf öffentlichen Unternehmen im Vergleich zu den Angestellten aller anderen öffentlichen Unternehmen, welche seit Inkrafttreten des ÖUSG am 1. Januar 2010 privatrechtlich angestellt sind.

Um die bereits durch den Erlass von Art. 14 Abs. 1 ÖUSG angestrebte Harmonisierung der gesetzlichen Grundlagen abzuschliessen und diese sachlich nicht nachvollziehbare Unterscheidung aufzuheben, wurden die öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnisse der genannten Institutionen in privatrechtliche Arbeitsverhältnisse überführt.

Staatsbeitrag an die Förderstiftung MINT Initiative Liechtenstein

Um Kindern und Jugendlichen zukunftsorientierte Kompetenzen zu verleihen, misst der Lehrplan den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) entsprechende Bedeutung bei und wird diese künftig tendenziell stärken, vor allem im Bereich der Informatik. Denn die Digitalisierung wird in Zukunft noch stärker in alle Lebensbereiche Einzug halten. Aber auch die fächerübergreifende Vermittlung der vier MINT-Fachbereiche spielt dabei eine grosse Rolle. Vor diesem Hintergrund wurde gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft eine Arbeitsgruppe gebildet, um Massnahmen zu eruieren, die das Ziel verfolgen, bei Kindern und Jugendlichen das Interesse am Umgang mit technischen und natur-wissenschaftlichen Phänomenen sowie mit Informatik vermehrt zu wecken.

Zu diesem Zweck wurde die Förderstiftung MINT Initiative Liechtenstein gegründet. Stifter sind die Hilti Familienstiftung, die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer, die Wirtschaftskammer Liechtenstein sowie die Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Kernaufgabe der Stiftung ist das Bereitstellen eines Experimentier-Labors «pepperMINT». Es soll das Interesse am Entdecken, Erfinden und Erleben von intelligenter Technik wecken. Unter der Leitung eines Geschäftsführers bekommen Schulklassen im pepperMINT-Betrieb die Möglichkeit, die vier MINT-Fächer interdisziplinär zu erleben. Der Start ist im Sommer 2017 geplant.

Die Stiftung wird gemäss Finanzbeschluss vom 1. Dezember 2016 mit jährlich höchstens CHF 175'000 (Kostendach) unterstützt. Das Experimentier-Labor soll von staatlicher wie von privater Seite partnerschaftlich finanziert werden. Deshalb soll der finanzielle Beitrag des Landes 50 % der jährlichen finanziellen Beiträge von privater Seite nicht überschreiten.

Corporate Governance

Im Berichtsjahr wurden die zweimal jährlich abzuhaltenden Gespräche mit den fünf zugeteilten öffentlich-rechtlichen Institutionen abgehalten, namentlich der Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten, der Stiftung Erwachsenenbildung, der Kunstschule Liechtenstein, der Liechtensteinischen Musikschule sowie der Universität Liechtenstein.

Kenntnisnahme Eignerstrategien

Im Dezember hat der Landtag die Eignerstrategien der Universität Liechtenstein, der Kunstschule Liechtenstein, der Liechtensteinischen Musikschule, der Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein sowie der Agentur für internationale Bildungsangelegenheiten zur Kenntnis genommen. Mit der Überarbeitung der Eignerstrategien wurde im Wesentlichen das Ziel verfolgt, diese einheitlich auszugestalten und zu strukturieren und eine bessere Übersicht und Klarheit für die Regierung in der Wahrnehmung der Oberaufsicht zu schaffen.

Kultur

Nach einer langjährigen Vorbereitungszeit erhielt Liechtenstein im Berichtsjahr ein neues Kulturgütergesetz (KGG). Damit hat Liechtenstein zum ersten Mal in seiner Geschichte den Kulturgüterschutz gesetzlich national verankert. Das Gesetz über den Schutz, die Erhaltung und die Pflege von Kulturgütern gibt die Gewähr, dass Kulturgüter vor Verlust bewahrt und langfristig erhalten werden. Es ordnet die Bereiche Archäologie, Denkmalpflege und Kulturgüterschutz neu. Das moderne Gesetz zur Kulturgutpflege entspricht auch den verschiedenen internationalen Konventionen, die Liechtenstein seit Jahren erfüllt: darunter die «Haager Konvention», das «Europäische Kulturabkommen», das «Übereinkommen zum Schutz des architektonischen Erbes» sowie das «Europäische Übereinkommen zum Schutz des Archäologischen Erbes». Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des KGG Anfang 2017 wurde die Denkmalschutzkommission auf Ende Berichtsjahr aufgelöst.

Im Rahmen seiner letzten Arbeitssitzung im Berichtsjahr erteilte der Landtag der Übernahme des Zweiten Protokolls vom 26. März 1999 zur Haager Konvention von 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten seine Zustimmung. Somit waren in diesem Jahr zusammen mit der Schaffung eines Gesetzes über den Schutz, die Erhaltung und die Pflege von Kulturgütern und mit der Übernahme der Richtlinie 2014/60/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Rückgabe von unrechtmässig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern drei wichtige Vorlagen im Landtag, welche die Rechtssicherheit für das Kulturgut Liechtensteins und für die Arbeit im Amt für Kultur stärken.

Damit die Inhalte besonders wertvollen Archivguts auch nach einem Katastrophenfall noch verfügbar sind, kann Liechtenstein Mikrofilme bedeutender Kulturgüter im Schweizer Mikrofilmarchiv in Heimiswil einlagern. Die dafür nötige Vereinbarung haben Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick und der Schweizer Bundesrat Guy Parmelin unterzeichnet.

Ein weiteres Grossprojekt nahm im Berichtsjahr seinen Anfang. Das Amt für Kultur gab den Startschuss zur Einführung der elektronischen Aktenverwaltung in der Landesverwaltung. Das Soll-Konzept LiVE (Liechtensteinische Aktenverwaltung) wird vom Amt für Kultur und vom Amt für Informatik umgesetzt. Die Fachstelle LiVE, welche neu geschaffen und beim Amt für Kultur angegliedert wurde, wird Teil der Programmumsetzung sein und ist insbesondere für die fachlichen Grundlagen der Führung und Verwaltung von Geschäftsunterlagen der Landesverwaltung zuständig.

Die nachbarschaftlichen Kulturbeziehungen mit Österreich und der Schweiz unterstrich Liechtenstein mit bilateralen Arbeitstreffen. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick traf

den österreichischen Kulturminister Thomas Drozda und den Salzburger Kulturlandesrat Heinrich Schellhorn sowie Bundesrat Guy Parmelin und Bundesrat Alain Berset.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick nahm an zahlreichen Kulturveranstaltungen teil, oft verbunden mit Begrüssungs- und Eröffnungsansprachen. Dies umfasste neben Veranstaltungen der liechtensteinischen Kulturinstitutionen auch Konzerte sowie Vernissagen und Ausstellungen mit in- und ausländischen Künstlern oder Aktivitäten im Rahmen der Kulturaussenpolitik. Die wichtigsten davon sind im Folgenden exemplarisch aufgeführt.

Projekte und Veranstaltungen

Kunstgesellschaft wird 40 Jahre alt
Die Kunstgesellschaft Liechtenstein feierte am 14. April ihr 40-jähriges Bestehen. Der Verein zur «Förderung der Wahrnehmung der Kunst» konnte in den vergangenen Jahren zahlreiche Erfolge verbuchen. Einer der grössten Erfolge war der Bau des Kunstmuseums Liechtenstein. 1975 wurde die Liechtensteinische Kunstgesellschaft gegründet und verzeichnet heute über 600 Mitglieder.

Mikrofilmkopien ausgelagert
Liechtenstein kann Kopien von Mikrofilmen bedeutender Kulturgüter im Schweizer Mikrofilmarchiv in Heimiswil, Bern, einlagern. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick und Bundesrat Guy Parmelin unterschrieben dazu am 28. April eine Vereinbarung. Damit die Inhalte besonders wertvollen Archivguts auch nach einem Katastrophenfall noch verfügbar sind, setzt das Amt für Kultur nach wie vor auf die Mikroverfilmung als eine der nachhaltigsten Sicherungsmassnahmen. Von den belichteten Originalfilmen, welche im Landesarchiv aufbewahrt werden, müssen im Sinne der Sicherung nochmals Kopien hergestellt werden, die räumlich getrennt unterzubringen sind. Konkret handelt es sich derzeit um rund 5'000 Mikrofilmkopien mit etwa 600 Aufnahmen pro Film. Aufgrund der Grösse Liechtensteins ist es schwierig, die Sicherheitskopien räumlich genügend gut getrennt vom originalen Archivgut und von den Originalfilmen zu lagern. Daher hat die liechtensteinische Regierung das Angebot des Schweizer Bundesamts für Bevölkerungsschutz zur Auslagerung der Mikrofilmkopien im Schutzraum in Heimiswil angenommen. Anschliessend an die Unterzeichnung nutzte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick das Treffen mit Bundesrat Parmelin für einen Gedankenaustausch zu den gut-nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz.

Architekturbiennale in Venedig
Im Auftrag des Ministeriums für Äusseres, Bildung und Kultur präsentierte sich die Universität Liechtenstein im Mai an der Architekturbiennale unter dem Motto «New Schools of Thought» in Venedig. Liechtenstein war Gast der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia. Während ihres Venedig-Aufenthaltes nutzte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick die Gelegenheit für Arbeitstreffen auf politischer und kultureller Ebene. So fand ein Arbeitstreffen mit dem Schweizer Bundesrat Alain Berset zu gemeinsamen Kulturthemen statt. Auch traf sich Regierungsrätin Dr. Frick mit dem luxemburgischen Premier- und Kulturminister Xavier Bettel, um Themen von gemeinsamem Interesse zu diskutieren. Auch ihren neu bestellten Amtskollegen, den österreichischen Kulturminister Thomas Drozda, traf Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick anlässlich der Biennale-Eröffnung für ein persönliches Gespräch.

Eröffnung der Ausstellung «Mathe-Liebe» in München
Zusammen mit dem bayerischen Staatssekretär für Bildung und Kultur, Wissenschaft und Kunst, Georg Eisenreich, eröffnete Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick Anfang Juli die Sonderausstellung «Wunderwelt Mathematik – Heute und im Alten Ägypten» im Staatlichen Museum Ägyptischer Kunst in München. Die Ausstellung, welche vom pensionierten Mathematiklehrer Georg Schierscher konzipiert wurde, zog zahlreiche Besucherinnen und Besucher an.

Besuche und Treffen

Geburtstagswünsche überbracht
Der Historiker, Politiker, Künstler und Liechtensteiner Georg Malin ist am 8. Februar 90 Jahre alt geworden. Am 23. März feierte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick mit dem Jubilar und einigen seiner Mitbegleitern im Rössle Mauren diesen freudigen Anlass. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick überbrachte im Namen der Regierung ihre Glückwünsche.

Arbeitstreffen in Salzburg
Im Rahmen der Salzburger Festspiele wurde eine Ausstellung der Fürstlichen Sammlungen eröffnet. Ihren Aufenthalt in Salzburg nutzte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick neben der Ausstellungseröffnung für zwei bilaterale Arbeitstreffen auf Landes- und Bundesebene. Mit dem Salzburger Kulturlandesrat Heinrich Schellhorn sprach sie über die unterschiedlichen Erfahrungen im Bereich der regionalen Kulturzusammenarbeit. Das Arbeitsgespräch mit dem österreichischen Kulturminister Thomas Drozda stand ganz im Zeichen der Integrationsthematik in die Kulturarbeit. Drozda informierte seine Amtskollegin über seine Vorhaben, die Kulturpolitik in Österreich noch integrativer zu gestalten. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick berichtete über das liechtensteinische Erfolgsprojekt «Liechtenstein Languages», welches Flüchtlingen ein einfaches und zugängliches Erlernen der deutschen Sprache ermöglicht.

Corporate Governance

Im Berichtsjahr wurden die zweimal jährlich abzuhaltenden Gespräche mit den vier zugeteilten öffentlich-rechtlichen Institutionen abgehalten, namentlich mit der

Kulturstiftung, dem Kunstmuseum, der Landesbibliothek sowie dem Landesmuseum.

Im Dezember hat der Landtag die Eignerstrategien des Liechtensteinischen Landesmuseums, des Kunstmuseums Liechtenstein, der Liechtensteinischen Landesbibliothek und der Kulturstiftung Liechtenstein zur Kenntnis genommen. Mit der Überarbeitung der Eignerstrategien hat das zuständige Ministerium im Wesentlichen das Ziel verfolgt, diese einheitlich auszugestalten und zu strukturieren und eine bessere Übersicht und Klarheit für die Regierung in der Wahrnehmung der Oberaufsicht zu schaffen.

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Amtsleiter: Botschafter Dr. Martin Frick

Zu den Aufgaben des Amts für Auswärtige Angelegenheiten gehörten im Berichtsjahr die Vertretung liechtensteinischer Interessen Liechtensteins im Ausland, die Unterstützung der Aussenministerin bei der Gestaltung und Koordination der Aussenpolitik sowie die Vorbereitung von Regierungs- und Landtagsgeschäften zu internationalen Übereinkommen und Staatsverträgen. Die Interessen Liechtensteins und seiner Bevölkerung werden im Rahmen der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit sowie durch die Erbringung konsularischer Dienstleistungen gewahrt. Das Amt arbeitet dafür mit den diplomatischen Vertretungen Liechtensteins im Ausland sowie verschiedenen Stellen und Institutionen innerhalb und ausserhalb der Landesverwaltung zusammen.

Seit dem 1. April 2016 arbeitet das Amt in einer neuen Struktur mit den drei Abteilungen Sicherheit und Menschenrechte, bilaterale Zusammenarbeit und Europapolitik sowie Wirtschaft und Entwicklung. Neben den eigentlichen Amtsaufgaben nahmen die Diplomatinnen und Diplomaten des Amtes im Berichtsjahr die Stellvertretung des Ständigen Vertreters beim Europarat in Strassburg und des Botschafters in Berlin wahr.

Aktuelle Entwicklungen beschäftigten das Amt im Berichtsjahr abteilungsübergreifend. Auf europäischer Ebene waren dies vor allem der im Juni 2016 beschlossene Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (Brexit) und der Umgang mit der hohen Zahl an Asylsuchenden, die in den vergangenen zwei Jahren nach Europa gekommen sind. Auf globaler Ebene waren insbesondere die Konflikte in der Ukraine und Syrien sowie die angespannten Beziehungen zwischen dem Westen und Russland wichtige Themen.

Im konsularischen Bereich unterstützte das Amt in enger Zusammenarbeit mit anderen betroffenen Amtsstellen, der liechtensteinischen Botschaft Bern und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) liechtensteinische Staatsbürger im Ausland bei der Lösung diverser Probleme.

Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit konzentrierte sich das Amt auf die Nachbarstaaten Schweiz und Österreich. Die politischen Konsultationen mit der Schweiz, Österreich und Tschechien wurden erneut durchgeführt. Im August 2016 fand das Treffen der deutschsprachigen Aussenminister aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Liechtenstein und erstmals Luxemburg in Balzers statt. Zudem war eine Zunahme bilateraler Treffen auf Ministerebene zu verzeichnen.

Im Rahmen der Europäischen Zusammenarbeit beschäftigte sich das Amt vor allem mit dem Brexit und der Übernahme von EU-Rechtsakten zur Schaffung einer europäischen Finanzmarktaufsicht in das EWR-Abkommen. Zudem wurde der Verpflichtungskredit für den EWR-Finanzierungsmechanismus 2014 bis 2021 verabschiedet.

In der Aussenwirtschaftspolitik standen die Verhandlungen für den Abschluss eines Abkommens über den internationalen Dienstleistungshandel (Trade in Services Agreement, TiSA) im Mittelpunkt, bei denen das Amt die Mission in Genf unterstützte. Zudem hat das Amt die Überprüfung der liechtensteinischen Handelspolitik durch die WTO koordiniert.

Neben der Berichterstattung im Zusammenhang mit Menschenrechtsübereinkommen stand die Ratifikation des dritten Fakultativprotokolls zur UNO-Kinderrechtskonvention betreffend ein Mitteilungsverfahren im Vordergrund der Arbeit im Bereich Menschenrechte. Zudem wurde nach der positiven Prüfung durch eine amtsübergreifende Arbeitsgruppe das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) unterzeichnet.

Gemäss im Berichtsjahr veröffentlichten volkswirtschaftlichen Daten weist Liechtenstein aufgrund der Sparmassnahmen der vergangenen Jahre und einer neuen Berechnungsmethode für das Bruttonationaleinkommen (BNE) in der IHZE aktuell einen ODA-Prozentsatz von 0.5 aus.

Im Bereich der Internationalen Verbrechensbekämpfung wurde im Berichtsjahr das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus im Frühling unterzeichnet und ratifiziert. Zudem wurde das Gesetz über die Durchsetzung Internationaler Sanktionen (ISG) im Lichte bisheriger Erfahrungen und aktueller Entwicklungen revidiert.

Der Themenbereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung stand im Zeichen der Umsetzung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Eine im August 2016 eingesetzte, verwaltungsinterne Arbeitsgruppe hat der Regierung im Dezember 2016 eine erste Analyse der Umsetzung von SDGs in Liechtenstein vorgelegt. Im Bereich der Umweltaussenpolitik stand die Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens im Vordergrund.

Im Berichtsjahr wurde die Kommunikation zur Aussenpolitik weiter ausgebaut. Die Kommunikation über den

vom Amt betreuten Twitter-Account @MFA_LI wurde erfolgreich weitergeführt. Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sind zudem die Konzeption und Erarbeitung einer Mappe mit Informationen zur IHZE sowie der Broschüre zu Liechtensteins Beitritt zur Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) vor 25 Jahren zu erwähnen.

Bilaterale Zusammenarbeit

Auch im Berichtsjahr bildete die bilaterale Zusammenarbeit einen Schwerpunkt in der Arbeit des Amtes. Im Zentrum standen sowohl die Pflege und der Ausbau der bilateralen Beziehungen allgemein als auch der Abschluss von neuen bzw. die Anpassung von bestehenden bilateralen Abkommen.

Spezielle Beachtung wurde den Beziehungen mit den beiden Nachbarländern Schweiz und Österreich sowie mit Deutschland, Tschechien und den USA geschenkt. Besonders mit Österreich und der Schweiz fand ein reger Austausch auf Regierungs- und Beamtenebene statt. Auch mit weiteren Staaten intensivierten sich die Kontakte im Berichtsjahr und die Zahl der Besuche nahm erneut zu. Das Amt war für die Vorbereitung der meisten dieser Besuche im In- und Ausland verantwortlich. Der Leiter und/oder die Diplomatinnen und Diplomaten des Amtes waren dabei regelmässig Teil der liechtensteinischen Delegation.

Insbesondere mit der Schweiz, aber auch mit Österreich, fanden zusätzlich zu diesen Kontakten Verhandlungen statt. Das Amt war dabei unterstützend tätig. Die Verhandlungen mit der Schweiz betrafen die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation, die ambulante Gesundheitsversorgung und die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung. Mit Österreich wurden Gespräche im Bereich Verkehr sowie zur Totalrevision des Abkommens über Gleichwertigkeiten im Bereich der Reifezeugnisse und des Hochschulwesens geführt.

Mit dem Abschluss von zwei Visavertretungsabkommen konnte auch die Zusammenarbeit im konsularischen Bereich ausgeweitet werden. Litauen und Ungarn vertreten Liechtenstein neu bei der Erteilung von Schengen-Visa an den Standorten, an denen sie auch die Schweiz vertreten.

Eine Fortsetzung fand die Zusammenarbeit der deutschsprachigen Länder, unter anderem durch das Aussenministertreffen mit Vertretern Deutschlands, Österreichs, der Schweiz, Luxemburgs und Liechtensteins, das im Berichtsjahr in Liechtenstein stattfand. Auch die quadrilaterale Zusammenarbeit (Österreich, Schweiz, Slowenien und Liechtenstein) wurde fortgeführt.

Besonderes Augenmerk wird unverändert den Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika geschenkt. Im Berichtsjahr konnte ein weiteres Honorarkonsulat in den USA (Boston) eröffnet werden. Neben regelmässigen Kontakten mit Vertretern der US-Botschaft und des State Department ist insbesondere der Besuch einer Gruppe von «US Congressional Staffers» in Liechtenstein erwähnenswert.

Europäische Zusammenarbeit

Im Berichtsjahr fanden Gespräche auf Ministerebene mit der EU-Ratspräsidentschaft für das zweite Halbjahr 2016 (Slowakei) sowie mit Aussenministerinnen und Aussenminister anderer EU-Mitgliedsstaaten statt. Bei den Gesprächen wurde zu Anfang die dringend notwendige Übernahme der EU-Rechtsakte in das EWR-Abkommen thematisiert, welche die europäischen Finanzmarktaufsichtsbehörden betreffen. Auch nach der Übernahme des ersten Pakets im Herbst 2016 wurde darauf hingewiesen, dass aus Gründen der Homogenität die rasche Übernahme weiterer EU-Rechtsakte im Finanzdienstleistungsbereich von grosser Bedeutung für den liechtensteinischen Finanzplatz ist. Aus aktuellem Anlass kam es ausserdem jeweils zu einem Informationsaustausch über die Migrationssituation und Liechtensteins Engagement in diesem Bereich, zur Sicherheitspolitik sowie zu den Auswirkungen der Brexit-Abstimmung.

Der Brexit nahm in der Arbeit des Amtes einen immer grösseren Stellenwert ein. Vor diesem Hintergrund war in bilateralen Kontakten generell ein verstärktes Interesse am EWR als Integrationsmodell sowie an seinem Funktionieren zu bemerken. Ausserdem agierte der Amtsleiter im Berichtsjahr als Vorsitzender der neu eingesetzten Arbeitsgruppe Brexit, die sich – amtsübergreifend und in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsvertretern – mit den allfälligen Auswirkungen des Brexit auf Liechtenstein und den EWR beschäftigte.

Auch vor dem Brexit-Hintergrund ist die Intensivierung der Beziehungen zu Norwegen und Island positiv zu bemerken, da diese für ein gutes Funktionieren des EWR unerlässlich sind. So besuchte nicht nur die norwegische EU- und EWR-Ministerin Liechtenstein für ein Arbeitsgespräch, sondern auch die Parlamentspräsidenten von Norwegen und Island. Ausserdem waren Finanzplatzvertreter der beiden EWR/EFTA-Staaten in Vaduz zu Gast. Darüber hinaus fand ein erster Austausch zwischen den nationalen Brexit-Arbeitsgruppen der EWR/EFTA-Staaten statt. Es ist weiter gelungen, sich auf eine gemeinsame EWR/EFTA-Sprachregelung zum Brexit zu einigen.

Das Amt wirkte bei der Erstellung der Berichte und Anträge betreffend den Nachtragskredit für den EWR-Finanzierungsmechanismus 2009 bis 2014 und für den neuen EWR-Finanzierungsmechanismus 2014 bis 2021 mit.

Der 2015 eingeführte europapolitische Dialog mit dem österreichischen Aussenministerium konnte im Berichtsjahr als Ergänzung zum politischen Dialog fortgeführt werden.

Aussenwirtschafts- und Finanzpolitik

Völkerrechtliche Abkommen zu Freihandel und internationaler Steuerkooperation standen im Mittelpunkt der Aktivitäten des Amtes in diesem Bereich. Besonders intensiv waren die Verhandlungen für den Abschluss eines Abkommens über den internationalen Dienstleistungshandel (Trade in Services Agreement, TiSA). Der Prozess wurde von der Ständigen Mission Genf in enger Zusammenarbeit mit dem Amt betreut und bestand im Berichtsjahr insgesamt aus rund 50 formellen Verhandlungstagen. Ebenfalls beteiligt war das Amt an den DBA-Verhandlungen mit Island und Norwegen und bereitete jeweils die formellen Schritte bis zum völkerrechtlichen Abschluss weiterer Steuerabkommen vor. Das Amt koordinierte ausserdem die Überprüfung der liechtensteinischen Handelspolitik durch die WTO (Trade Policy Review) und nahm für Liechtenstein an den Sitzungen des WTO-Ausschusses über das öffentliche Beschaffungswesen teil. Schliesslich vertrat das Amt Liechtenstein an den Verwaltungsratssitzungen der Europäischen Patentorganisation (EPO) in München.

Im Zuge der Neustrukturierung kümmerte sich das Amt als Teil der Standortpolitik um die Umsetzung der Verpflichtungen Liechtensteins aus den internationalen Übereinkommen zur Korruptionsbekämpfung. Es vertrat Liechtenstein in den einschlägigen Gremien des Europarats (GRECO) und der UNO (UNCAC) und war federführend für die Nach- und Vorbereitung von Evaluationsbesuchen verantwortlich. Deren Hauptaugenmerk lag auf dem Korruptionsstrafrecht, der Parteienfinanzierung, der Korruptionsprävention sowie der Abschöpfung und Rückführung von Korruptionsgeldern. In dieser Rolle hatte das Amt auch den Vorsitz der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur Korruptionsprävention inne. Ausserdem vertrat es Liechtenstein im Gremium der Geberländer des International Center for Asset Recovery (ICAR) und in der Vertragsstaatenversammlung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA).

Menschenrechte

Im Bereich Menschenrechte war das Amt einerseits mit der Vorprüfung, Unterzeichnung und Ratifikation von neuen Übereinkommen beschäftigt. Andererseits nahm das Amt Verpflichtungen durch internationale Menschenrechtsübereinkommen wahr, darunter die Erarbeitung von Berichten und die Teilnahme an Vertragsstaatenversammlungen und anderen Gremien.

Im Berichtsjahr hatte das Amt den Vorsitz in der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur Überprüfung des Handlungsbedarfs im Hinblick auf die Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention). Die Arbeitsgruppe kam zum Ergebnis, dass die liechtensteinische Rechtsordnung den Anforderungen der Konvention weitgehend entspricht und dass sie nach einer geplanten Anpassung des Strafgesetzbuches mit einem Vorbehalt bezüglich Aufenthaltsstatus ratifiziert werden könnte. Die Regierung entschied am 4. Oktober 2016 die Unterzeichnung der Istanbul-Konvention, die am 10. November 2016 in Strassburg vollzogen wurde.

Am 27. Januar 2016 des Berichtsjahrs wurde die Ratifikationsurkunde für das Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels beim Europarat hinterlegt, womit sie am 1. Mai 2016 für Liechtenstein in Kraft trat.

Das Amt führte die Vorbereitungen zur Ratifikation des dritten Fakultativprotokolls zur UNO-Kinderrechtskonvention betreffend ein Mitteilungsverfahren durch. Dies beinhaltete die Durchführung einer Vernehmlassung zur Abänderung des Staatsgerichtshofgesetzes, die durchwegs auf positive Rückmeldungen stiess. Aufgrund der im Fakultativprotokoll vorgesehenen Möglichkeit der Einreichung individueller Mitteilungen beim Kinderrechtsausschuss musste im Rahmen der Ratifikation die Kinderrechtskonvention in die Liste der internationalen Abkommen aufgenommen werden, deren Rechte letztinstanzlich vor dem Staatsgerichtshof eingeklagt werden können. Im November 2016 beschloss der Landtag die Ratifikation des Fakultativprotokolls.

Im Bereich der Berichterstattungen zu Menschenrechtsabkommen verfasste das Amt in Zusammenarbeit mit anderen Stellen die Antworten auf den Allgemeinen Fragebogen zur Europaratskonvention zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Konvention). Der Bericht wurde im Oktober 2016 eingereicht. Im Februar 2016 nahm die Regierung die Empfehlungen zur Kenntnis, die das Anti-Folter-Komitee der UNO auf Basis des vierten Länderberichts an Liechtenstein gerichtet hatte. Ein vorläufiger Lagebericht zu deren Umsetzung wurde im Dezember 2016 von der Regierung verabschiedet und beim Anti-Folter-Komitee in Genf eingereicht.

Auf internationaler Ebene war das Amt in verschiedenen Expertenausschüssen aktiv. Vertreter und Vertreterinnen des Amtes nahmen an einer Reihe von Konferenzen, Seminaren und Treffen zum humanitären Völkerrecht und zu Menschenrechten teil. Zudem tauschte sich das Amt mit befreundeten Staaten zu Menschenrechtsthemen aus, wobei vor allem die quadrilaterale Zusammenarbeit mit Österreich, der Schweiz und Slowenien erwähnenswert ist. Entsprechende Treffen fanden im Berichtsjahr sowohl auf Ebene der Staatssekretäre als auch auf Ebene der Menschenrechtsdirektoren in Liechtenstein statt, am 26. Februar 2016 in Malbun beziehungsweise am 19. Mai 2016 in Vaduz. Diese Kooperation führte unter anderem zu gemeinsamen Stellungnahmen zu Menschenrechtsfragen in UNO-Gremien.

Liechtenstein nahm im März 2016 zum ersten Mal als Mitglied an der zweiwöchigen Session der UNO-Kommission über die Rechtsstellung der Frau (Commis-

sion on the Status of Women; CSW) in New York teil. Die liechtensteinische Delegation setzte sich dabei insbesondere für einen starken Text der Schlusserklärung ein und unterstrich die wichtige Verbindung zur Agenda 2030 über nachhaltige Entwicklung. Die CSW ist das weltweit bedeutendste zwischenstaatliche Gremium mit dem Ziel, Geschlechtergleichstellung und die Emanzipation von Frauen zu fördern. Liechtenstein wird bis 2019 als Mitglied in diesem Gremium vertreten sein.

Am 29. August 2016 besuchte Zeid Ra'ad al-Hussein, UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, Liechtenstein. Er informierte sich bei Treffen mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Regierungsrat Dr. Mauro Pedrazzini, Landtagspräsident Albert Frick und Vertretern der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft über die Menschenrechtspolitik Liechtensteins auf nationaler und internationaler Ebene. Bei einer öffentlichen Mittagsveranstaltung mit rund 150 Besucherinnen und Besuchern an der Universität Liechtenstein unter dem Titel «Menschenrechte unter Druck», berichtete der Hochkommissar über seine Arbeit und aktuelle Herausforderungen.

Am 19. Oktober 2016 war Georg Michael Link, Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), zu Besuch in Liechtenstein und tauschte sich mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick zur Menschenrechtssituation im OSZE-Gebiet sowie zu aktuellen Entwicklungen in Liechtenstein aus.

Um das Gespräch mit Nichtregierungsorganisationen im Inland zu fördern, organisierte das Amt im Herbst des Berichtsjahrs zum siebten Mal den NGO-Dialog. Die über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden über aktuelle Entwicklungen im Menschenrechtsbereich auf nationaler und internationaler Ebene informiert und tauschten sich zum Schwerpunktthema «Unabhängige nationale Menschenrechtsinstitution» aus.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Das Amt koordinierte im Berichtsjahr weiterhin die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE). Neben der Budgetierung und der Vorbereitung von regelmässigen Koordinationstreffen der IHZE-Akteure (Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED, Ausländer- und Passamt und AAA) beinhaltet die Koordinierung auch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit.

Am 14. April 2016 wurde das Geberkomitee für duale Berufsbildung von Liechtenstein, Deutschland, Österreich und der Schweiz in Luzern offiziell lanciert. Mit dieser Institution, die aus verschiedenen quadrilateralen Treffen der vier Länder entstand, sollen die Vorteile der dualen Berufsbildung für die Partnerländer besser nutzbar gemacht und damit die wirtschaftlichen Perspektiven der Jugendlichen und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer gefördert werden. Das AAA vertrat Liechtenstein auf politischer Ebene in Luzern und betonte das liechtensteinische Engagement für die duale Berufsbildung in der Entwicklungszusammenarbeit. Der LED vertritt Liechtenstein im Geberkomitee.

Anstelle der bisherigen IHZE-Jahresberichte wurde im Berichtsjahr eine neue Publikation ausgearbeitet, die modular je nach Bedarf gefüllt und verwendet werden kann. Nebst einer Mappe liegen nun IHZE-Broschüren und Informationsblätter zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) auf Deutsch und Englisch vor. Die neue Publikation wurde bereits für verschieden Gelegenheiten genutzt.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertrat Liechtenstein am 23. und 24. Mai 2016 am World Humanitarian Summit (WHS). Das AAA übernahm die Vor- und Nachbereitungsarbeiten und war am Gipfel in Istanbul vertreten. Besonderes Gewicht legte Liechtenstein auf die Stärkung des humanitären Völkerrechts, auf den Gender-Bereich sowie die Thematik der Konfliktverhütung. Ausserdem wurde eine Veranstaltung zum Verhaltenskodex organisiert, der die Handlungsfähigkeit des UNO-Sicherheitsrates bei Massenverbrechen stärken soll. Liechtenstein konnte am Gipfeltreffen sein grosses humanitäres Engagement unterstreichen.

Die jährliche IHZE-Veranstaltung fand am 22. Juni 2016 zum Schwerpunkt Flucht und Migration statt. Neben Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick stellten das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR), das «Internal Displacement Monitoring Centre» (IDMC), der «Refugee Education Trust» (RET) und das AAA das Engagement Liechtensteins und seiner Partnerorganisationen für Flüchtlinge und Migranten vor.

Am 8. November 2016 hat die Regierung die überarbeiteten Strategiepapiere für die Not- und Wiederaufbauhilfe, die internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe sowie die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. Die Strategien sowie alle Publikationen sind elektronisch unter www.llv.li/ihze abrufbar.

In den in seiner Zuständigkeit liegenden Kategorien der IHZE war das Amt für die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern und für die Vorbereitung und Auszahlung der Projektbeiträge zuständig. Des Weiteren engagierte sich das Amt als Vertretung der Regierung in der Staatengruppe für Good Humanitarian Donorship, die sich das Ziel gesetzt hat, die humanitäre Hilfe anhand von festgelegten Prinzipien und durch den gemeinsamen Austausch über Aktivitäten zu verbessern.

Nachdem Liechtenstein für 2012 einen ODA-Prozentsatz von 0.75 ausweisen konnte und damit zu den wenigen Ländern gehörte, welche die internationale Zielvorgabe im Bereich der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit erreicht hatten, wurde im Berichtsjahr der ODA-Prozentsatz für 2014 ausgewiesen: Mit einem ODA-Prozentsatz von 0.5 belegt Liechtenstein im weltweiten Vergleich nach wie vor einen Spitzenplatz. Der internationale Zielwert für den ODA-Prozentsatz liegt bei 0.7.

Internationale Verbrechensbekämpfung

Die zwei Schwerpunkte des Amtes im Bereich der Bekämpfung internationaler Verbrechen und der internationalen Strafrechtspflege lagen im Berichtsjahr auf der Terrorismusbekämpfung und der Umsetzung von internationalen Sanktionsregimes.

Die Prävention von Radikalisierung, gewalttätigem Extremismus und Dschihadismus standen auf allen Agenden internationaler Organisationen, darunter der UNO-Kommission für Verbrechensbekämpfung (CCPCJ), des Antiterrorismuskomitees des Europarats (CODEXTER) und der OSZE. Alle befassten sich mit den Ursachen für den Zulauf zu Terrororganisationen, den Präventionsmöglichkeiten, den Schwächen der internationalen Zusammenarbeit zur Verhinderung dschihadistisch motivierter Anschläge, dem Umgang mit aus Konfliktgebieten heimkehrenden Extremisten und deren Reintegration in die Gesellschaft. In diesem Bereich sehr bedeutend ist die internationale Kooperation, die unter anderem durch Netzwerke gestärkt wird, wie die im Berichtsjahr operationell gewordene 24/7-Kontaktstelle des Europarats zum schnellen Informationsaustausch über potenzielle Dschihadisten. Liechtenstein hat das Übereinkommen zur Verhütung des Terrorismus im Berichtsjahr ratifiziert und damit die Kriminalisierung von Vorbereitungshandlungen zu terroristischen Straftaten wie die öffentliche Anstiftung, die Anwerbung und die Ausbildung von Terroristen eingeführt.

Aufgrund der aussenpolitischen Bedeutung legte das Amt im Berichtsjahr einen Fokus auf die Revision des Gesetzes über die Durchsetzung Internationaler Sanktionen (ISG). Die Notwendigkeit der Vorlage ergab sich aus den Ergebnissen des IWF/Moneyval-Assessment Liechtensteins im Jahr 2014, den Erfahrungen aus dem Gesetzesvollzug, der Praxis der Gerichte bei der Umsetzung der Sanktionsverpflichtungen sowie aufgrund von Anliegen der Finanzintermediäre. Ziel der Revision war einerseits die Stärkung der Prävention der Terrorismusfinanzierung und damit der Eindämmung von Reputationsrisiken für den Finanzplatz und andererseits die Stärkung des Rechtsschutzes von Betroffenen. Mit den neuen Bestimmungen wurde die Rechtsgrundlage für die unmittelbare Rechtsgültigkeit von UNO-Sanktionen geschaffen, zudem wurden ein expliziter Rechtsschutz für Betroffene und ein Straf- und Haftungsausschluss eingeführt. Auf Basis des revidierten Gesetzes können die Vollzugsbehörden ausserdem Wegleitungen erlassen.

Am 1. Mai 2016 trat Liechtenstein dem Übereinkommen des Europarates vom 23. November 2001 über Computerkriminalität bei und nahm im Berichtsjahr zum ersten Mal als Vertragspartei mit Stimmrecht an Sitzungen des Cybercrime-Komitees teil.

Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Im Bereich der nachhaltigen Entwicklung nahm die Umsetzung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und deren 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) eine zentrale Rolle in den Aktivitäten des Amtes ein. Im August 2016 hat die Regierung eine Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Agenda unter dem Vorsitz des Amtes eingesetzt. Von September bis Dezember 2016 erarbeite die Arbeitsgruppe eine Analyse zum Umsetzungsstand der SDGs in Liechtenstein. Der Zwischenbericht der Arbeitsgruppe wurde der Regierung im Dezember 2016 zur Kenntnisnahme vorgelegt. Darin kommt die Arbeitsgruppe zum Schluss, dass die SDGs in Liechtenstein bereits überaus gut umgesetzt sind. Dennoch erkennt sie eine Reihe von Bereichen mit Verbesserungspotenzial. Die Arbeitsgruppe wird im Laufe des Jahres 2017 an konkreten Vorschlägen zur besseren Umsetzung der SDGs arbeiten und wird sich auch mit Öffentlichkeitsarbeit sowie dem möglichen Zeitpunkt für eine Berichterstattung an die UNO befassen.

Im Bereich der Umweltaussenpolitik befasste sich das Amt zunächst mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens. Diese erfolgte am 22. April 2016 durch Botschafter Christian Wenaweser in New York. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt wird derzeit die Ratifikation des Pariser Abkommens vorbereitet. Ebenfalls von Bedeutung war der Beitritt Liechtensteins zum Übereinkommen von Minamata über Quecksilber vom 10. Oktober 2013. Der Landtag erteilte im Dezember 2016 dem Beitritt seine Zustimmung. Die Beitrittsurkunde wird anfangs 2017 beim UNO-Generalsekretär hinterlegt. Mit dem Beitritt leistet Liechtenstein einen wichtigen Beitrag zum internationalen Umweltschutz.

Des Weiteren Vertritt das Amt die liechtensteinischen Interessen im Rahmen der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP). An der EUSALP sind Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien sowie Liechtenstein und die Schweiz beteiligt. Die Strategie soll die nachhaltige Entwicklung des Alpenraums in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Vernetzung fördern. Die Strategie wurde im Januar 2016 in Brdo, Slowenien, offiziell lanciert. Das Amt nahm Einsitz bei den regelmässigen Treffen des Executive Board der EUSALP, das die Arbeit der insgesamt neun Arbeitsgruppen der EUSALP koordiniert.

Öffentlichkeitsarbeit und EFTA-Jubiläum

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit betreute das AAA den Twitter-Account @MFA_LI des liechtensteinischen Aussenministeriums, der per Ende 2016 rund 3000 Follower verzeichnete. Im Verlauf des Jahres wurden von diesem Account aus rund 400 Tweets zu aktuellen Ereignissen, Besuchen sowie Regierungs- und Landtagsgeschäften mit aussenpolitischem Bezug versendet.

Im Rahmen des 25-Jahr-Jubiläums des Beitritts zur EFTA hatte das Amt die Federführung bei der Erstellung der Broschüre «25 Jahre Liechtenstein in der EFTA» inne, die im Dezember präsentiert wurde. Die auf Deutsch und Englisch erschienene Broschüre orientiert sich grafisch

an der 2015 erschienenen Publikation zur liechtensteinischen Aussenpolitik. Sie gibt einen Überblick zur EFTA als Organisation sowie zu den Schwerpunkten Liechtensteins in der EFTA und zur liechtensteinischen Wirtschaftsaussenpolitik im Allgemeinen.

Mitarbeit in Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen

Der Amtsleiter und die Diplomatinnen und Diplomaten arbeiteten im Berichtsjahr aktiv in Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen sowohl auf bilateraler Ebene als auch innerhalb der Landesverwaltung mit. Das Amt hatte den Vorsitz in der Expertengruppe betreffend die Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik, in der Arbeitsgruppe Korruptionsprävention, in der Arbeitsgruppe Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE), in der Arbeitsgruppe Brexit, in der Arbeitsgruppe betreffend Zwangseinweisungen in ausländische Einrichtungen und in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Zudem arbeitete das Amt in folgenden Arbeitsgruppen und Kommissionen mit: in der Aussenpolitischen Kommission und dem Amtsleiterausschuss; in der Arbeitsgruppe Europäische Integration; im Bereich der Nachbarschaftspolitik in den Gemischten Kommissionen zum Rahmenvertrag und dem Währungsvertrag mit der Schweiz, der Arbeitsgruppe grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr und der Waffenplatzkommission; in sicherheitspolitischen Themen in der Arbeitsgruppe PROTEGE (Non-Proliferation, Terrorismusfinanzierung und Geldwäscherei); in den Bereichen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Unterarbeitsgruppe Sanktionen, der Arbeitsgruppe Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), den Untergruppen DBA mit den USA und Frankreich, an den Quartalsgesprächen der Finanzmarktaufsicht (FMA) und der Erfahrungsgruppe Finanzplatz (ERFAG); auf dem Gebiet der Menschenrechte am Runden Tisch zur Bekämpfung des Menschenhandels, in der Vernetzungsgruppe Sichtwechsel für Menschen mit Behinderung und Unterstützungsbedarf und in der Gewaltschutzkommission (GSK) sowie schliesslich zu LLV-internen Themen in der ständigen Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung.

Diplomatische und konsularische Beziehungen

Liechtenstein hatte per Ende 2016 diplomatische Beziehungen mit 112 Staaten sowie der Delegation der Europäischen Union und dem Souveränen Malteser-Ritter-Orden. Im Berichtsjahr wurden direkte diplomatische Beziehungen mit Estland, Ruanda und Sudan aufgenommen.

Von den 112 Staaten sind 71 mit einer nicht residierenden Botschafterin bzw. mit einem nicht residierenden Botschafter in Liechtenstein akkreditiert, 24 Botschafterposten sind per Ende Berichtsjahr vakant, 17 der Staaten haben noch keine Botschafterin/keinen Botschafter akkreditiert. Des Weiteren gab es per Ende Berichtsjahr 48 konsularische Vertretungen in Liechtenstein:

Berufskonsuln:	Generalkonsuln	7
	Konsuln	0
Honorarkonsuln:	Honorargeneralkonsuln	7
	Honorarkonsuln	25
	Vizehonorarkonsul	1
	Vakant	8

Konferenzen und Tagungen im Berichtsjahr

EFTA
3. Treffen des Gemischten Ausschusses EFTA-Ägypten: 16. 6. 2016 in Genf
(Patrick Ritter, Minister)

Europäische Patentorganisation
147. – 150. Tagung des Verwaltungsrats: 16. – 17. 3. / 29. – 30. 6. / 11. – 13. 10. / 14. – 15. 12. 2016 in München
(Isabel Frommelt-Gottschald, Ministerin)

Europarat
51. Sitzung des Komitees der Rechtsberater für Völkerrecht (CAHDI): 3. – 4. 3. 2016 in Strassburg
(Esther Schindler, Ministerin)

Plenarversammlungen der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO): 14. – 18. 3. / 17. – 21. 10. / 28. 11. – 4. 12. 2016 in Strassburg
(Patrick Ritter, Minister)

14., 15. und 16. Sitzung des Lanzarote-Komitees: 15. – 17. 3. / 14. – 17. 6. 2016 in Strassburg, 23. – 25. 11. 2016 in Lyon
(Martin Hasler, Zweiter Sekretär)

126. Session des Ministerkomitees: 18. 5. 2016 in Sofia
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Dr. Martin Frick, Manuel Frick, Erster Sekretär)

30. und 31. Sitzung des Antiterrorismuskomitees (CODEXTER): 19. – 20. 5. / 16. – 17. 11. 2016 in Strassburg
(Isabel Frommelt-Gottschald, Ministerin)

10. und 11. Treffen des Steuerungskomitees über Medien und die Informationsgesellschaft: 28. 6. – 1. 7. / 29. 11. – 2. 12. 2016 in Strassburg
(Martin Hasler, Zweiter Sekretär)

Konferenz «Internetfreiheit – ein wichtiger Faktor demokratischer Sicherheit in Europa» (gemeinsam organisiert von den Vorsitzen des Europarats und der OSZE): 9. 9. 2016 in Strassburg
(Martin Hasler, Zweiter Sekretär)

16. Sitzung des Cybercrime-Convention-Komitees (T-CY): 14. – 15. 11. 2016 in Strassburg
(Dominic Sprenger, Zweiter Sekretär)

EWR
EWR-Rat: 25. 5. 2016 in Brüssel
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Dr. Martin Frick, Botschafter Kurt Jäger, Dominik Marxer, Botschaftsrat, Anne Cornu, Botschaftsrätin)

EWR-Rat: 15. 11. 2016 in Brüssel
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Dr. Martin Frick, Botschafterin Sabine Monauni-Tömördy, Dr. Stefan Barriga, Minister)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
OSZE-Konferenz zur Terrorismusbekämpfung: 31. 5. – 1. 6. 2016 in Berlin
(Isabel Frommelt-Gottschald, Ministerin)

Konferenz «Prävention von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung in Lieferketten»: 7. – 8. 9. 2016 in Berlin
(Martin Hasler, Zweiter Sekretär)

Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension (HDIM): 19. – 30. 9. 2016 in Warschau
(Martin Hasler, Zweiter Sekretär)

Ministerrat der OSZE: 8. – 9. 12. 2016 in Hamburg
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Domenik Wanger, Mitarbeiter der Regierung, Dr. Georg Sparber, Botschaftsrat)

UNO
31. Session des Menschenrechtsrats: 29. 2. – 24. 3. 2016 in Genf
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Dr. Peter Matt, Pascal Schafhauser, Minister, Domenik Wanger, Mitarbeiter der Regierung, Beatrice Fankhauser, Erste Sekretärin, Claudio Nardi, Erster Sekretär)

60. Session der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW): 14. – 24. 3. 2016 in New York
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Christian Wenaweser, Botschafter Dr. Martin Frick, Domenik Wanger, Mitarbeiter der Regierung, Karin Lingg, Ministerin, Kathrin Nescher, Zweite Sekretärin)

Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des weltweiten Drogenproblems (UN-GASS): 19. – 21. 4. 2016 in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Dr. Stefan Barriga, Minister, Kathrin Nescher-Stützel, Zweite Sekretärin)

Weltgipfel für Humanitäre Hilfe (WHS): 23. – 24. 5. 2016 in Istanbul
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Christian Wenaweser, Domenik Wanger, Mitarbeiter der Regierung, Manuel Frick, Erster Sekretär)

25. Session der UNO-Kommission zur Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ): 23. – 27. 5. 2016 in Wien
(Isabel Frommelt-Gottschald, Ministerin)

32. Session des Menschenrechtsrats: 13. 6. – 1. 7. 2016 in Genf
(Botschafter Dr. Peter Matt, Pascal Schafhauser, Minister, Beatrice Fankhauser, Erste Sekretärin, Claudio Nardi, Erster Sekretär)

7. Treffen der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der UNO-Konvention gegen Korruption (UNCAC): 20. – 24. 6. / 14. – 16. 11. 2016 in Wien
(Patrick Ritter, Minister)

19. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW): 21. 6. 2016 in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Dr. Stefan Barriga, Minister, Kathrin Nescher-Stützel, Zweite Sekretärin)

35. Vertragsstaatentreffen des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR): 23. 6. 2016 in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Dr. Stefan Barriga, Minister, Kathrin Nescher-Stützel, Zweite Sekretärin)

16. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (CRC): 30. 6. 2016 in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Dr. Stefan Barriga, Minister, Kathrin Nescher-Stützel, Zweite Sekretärin)

10. Treffen der UNCAC-Arbeitsgruppe über die Abschöpfung von Korruptionsgeldern: 25. – 26. 8. 2016 in Wien
(Patrick Ritter, Minister)

33. Session des Menschenrechtsrats: 13. 9. – 30. 9. 2016 in Genf
(Botschafter Dr. Peter Matt, Karin Lingg, Ministerin, Pascal Schafhauser, Minister, Beatrice Fankhauser, Erste Sekretärin)

Treffen der Vereinten Nationen über grosse Flüchtlings- und Migrationsbewegungen: 19. 9. 2016 in New York

(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Christian Wenaweser, Botschafter Dr. Martin Frick, Domenik Wanger, Mitarbeiter der Regierung, Claudio Nardi, Erster Sekretär, Kathrin Nescher-Stützel, Zweite Sekretärin)

71. UNO-Generalversammlung: 20. – 24. 9. 2016 in New York
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Christian Wenaweser, Botschafter Dr. Martin Frick, Domenik Wanger, Mitarbeiter der Regierung, Claudio Nardi, Erster Sekretär, Kathrin Nescher-Stützel, Zweite Sekretärin)

26. Kongress des Weltpostvereins (UPU): 20. 9. – 7. 10. 2016 in Istanbul
(Vertretung durch die Schweiz)

60. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO): 26. – 30. 9. 2016 in Wien
(Esther Schindler, Ministerin, Dr. Georg Sparber, Botschaftsrat)

8. Versammlung der Vertragsstaaten des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC): 17. – 21. 10. 2016 in Wien
(Isabel Frommelt-Gottschald, Ministerin)

6. Vertragsstaatentreffen zum Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe: 27. 10. 2016 in Genf
(Botschafter Dr. Peter Matt, Pascal Schafhauser, Minister, Beatrice Fankhauser, Erste Sekretärin)

22. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen sowie 12. Konferenz der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls: 7. – 18. 11. 2016 in Marrakesch
(Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer, Dr. Helmut Kindle, Amtsleiter, Amt für Umwelt, Stephan Jäger, Mitarbeiter der Regierung, Sven Braden, Amt für Umwelt, Heike Summer, Amt für Umwelt)

15. Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes: 16. – 24. 11. 2016 in Den Haag
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Christian Wenaweser, Dr. Stefan Barriga, Minister)

13. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt: 4. – 17. 12. 2016 in Cancun
(Vertretung durch die Schweiz)

WTO
Sitzungen des WTO-Ausschusses: 17. 2. / 19. 10. 2016 in Genf
(Patrick Ritter, Minister, Helen Lorez, Zweite Sekretärin)
Verschiedenes

Launch Conference zur EU-Strategie für den Alpenraum: 25. – 26. 1. 2016 in Ljubljana
(Botschafter Dr. Martin Frick, Panagiotis Potolidis-Beck, Erster Sekretär)

TiSA-Verhandlungsrunden: 1. – 5. 2. / 10. – 15. 4. / 26. 5. – 3. 6. / 9. – 17. 7. / 19. – 25. 9. / 2. – 11. 11. 2016 in Genf
(Patrick Ritter, Minister, Helen Lorez, Zweite Sekretärin)

20. Treffen des Leitungsausschusses zum OECD Anti-Korruptionsnetzwerk für Osteuropa und Zentralasien: 22. 4. 2016 in Paris
(Patrick Ritter, Minister)

16. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen: 24. 9. – 5. 10. 2016 in Johannesburg
(Vertretung durch die Schweiz)

28. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über ozonschichtabbauende Stoffe: 10. – 14. 10. 2016 in Kigali
(Vertretung durch die Schweiz)

14. Alpenkonferenz: 12. – 13. 10. 2016 in Grassau
(Dr. Helmut Kindle, Amtsleiter, Amt für Umwelt, Heike Summer, Amt für Umwelt)

37. Treffen der Versammlung der Vertragsparteien der Internationalen Fernmeldesatellitenorganisation (ITSO): 12. – 14. 10. 2016 in Washington D.C.
(Vertretung durch die Schweiz)

5. Treffen der Versammlung der Vertragsparteien der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA): 10. – 11. 11. 2016 in Wien
(Patrick Ritter, Minister)

1. formelles Treffen im Rahmen des zwischenstaatlichen Prozesses zur Stärkung des Humanitären Völkerrechts: 28. – 29. 11. 2016 in Genf
(Martin Hasler, Zweiter Sekretär)

Diplomatische Konferenz für die Wahlen der Internationalen Humanitären Ermittlungskommission (IHFFC): 8. 12. 2016 in Bern
(Botschafterin Dr. Doris Frick, Christine Lingg, Botschaftsrätin)

Übereinkommen

Europarat

- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels: 27.1.2016
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen des Europarates über Computerkriminalität: 27.1.2016
- Unterzeichnung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus: 18.5.2016
- Unterzeichnung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention): 10.11.2016
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus: 22.11.2016
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen des Europarats über Korruption: 9.12.2016

Bilateral

- Unterzeichnung der Vereinbarung über die Einlagerung von Mikrofilmen bedeutender Liechtensteiner Kulturgüter in der Schweiz: 28.4.2016
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend die durch private Versicherungsunternehmen betriebene Elementarschadenversicherung: 15.7.2016
- Notenaustausch mit der Schweiz über die Kontrolle nuklearen Materials: 8.11.2016
- Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation: 11.11.2016
- Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat über die Förderung wissenschaftsbasierter Innovation: 11.11.2016
- Notenaustausch mit Ungarn über die Vertretung im Bereich der Visaerteilung: 14.11.2016
- Notenaustausch mit Litauen über die Vertretung im Bereich der Visaerteilung: 1.12.2016

EU/EFTA/EWR

- Unterzeichnung des Übereinkommens zwischen der Europäischen Union, Island, dem Fürstentum Liechtenstein und dem Königreich Norwegen über einen EWR-Finanzierungsmechanismus für den Zeitraum 2014 bis 2021: 3.5.2016
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen zwischen der Europäischen Union, Island, dem Fürstentum Liechtenstein und dem Königreich Norwegen über einen EWR-Finanzierungsmechanismus für den Zeitraum 2014 bis 2021: 15.7.2016
- Unterzeichnung des Abkommens zur Abänderung des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofes und zur Annahme des Protokolls 8 über die Aufgaben und Befugnisse der EFTA-Überwachungsbehörde im Bereich der Finanzaufsicht: 6.10.2016
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Abkommen zur Abänderung des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofes und zur Annahme des Protokolls 8 über die Aufgaben und Befugnisse der EFTA-Überwachungsbehörde im Bereich der Finanzaufsicht: 2.11.2016
- Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln in Bezug auf das Instrument für die finanzielle Unterstützung für Aussengrenzen und Visa im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit für den Zeitraum 2014 bis 2020: 5.12.2016

UNO

- Unterzeichnung des Pariser Abkommens: 22.4.2016

Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Amtsleiter: Werner Kranz

Die laufende Weiterentwicklung der Berufsbildung und der Berufsberatung ist von zentraler Bedeutung, um den Bedürfnissen und Anforderungen der Gesellschaft und der Wirtschaft gerecht zu werden. Im Berichtsjahr konnten nebst dem Tagesgeschäft wiederum zahlreiche Massnahmen und Projekte realisiert werden. Schwerpunktmässig konnten folgende Projekte, Konzepte und Einzelmassnahmen umgesetzt bzw. eingeführt werden:

- *Mitarbeit bei der Umsetzung der next-step-Projekte: die Einführung des next-step-Labels, die zweiten Berufs- und Bildungstage sowie Teilnahme als Messeaussteller und die Implementierung der next-step-Webplattform;*
- *Umstellung der Fachapplikation für Berufsbildungsämter (verwendete Amtssoftware) von Version 2 auf 3;*
- *Aufhebung der Leistungsvereinbarung mit der Invalidenversicherung;*
- *Konzepterarbeitung und -umsetzung der begleitenden Massnahmen in den verschiedenen Lehrberufen hinsichtlich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz;*
- *Organisation und Durchführung einer Impulsveranstaltung für Berufsbildungsverantwortliche der Bodenseeregion (Akademie für Ausbilder IBK);*
- *Mitarbeit in verschiedenen ämterübergreifenden Projekten, länderübergreifenden Arbeitsgruppen und Kommissionen.*

Beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung waren per Ende Berichtsjahr 12 Mitarbeitende tätig. Im Bereich Berufsberatung berät das Amt Jugendliche und junge Erwachsene bis zum vollendeten 25. Lebensjahr individuell in Berufs-, Studien-, Aus- und Weiterbildungsfragen. Zudem betreut und leitet das Amt das Berufsinformationszentrum (BIZ). Im Bereich Berufsbildung berät und begleitet das Amt Lernende und Lehrbetriebe in Fragen rund um die berufliche Grundbildung (Berufslehre). Im Bereich der beruflichen Mobilität ermöglicht das Amt lernenden Personen und Berufsleuten, während eines Auslandpraktikums Berufserfahrung zu sammeln, fremde Länder und Kulturen zu erleben sowie gegebenenfalls Fremdsprachenkenntnisse zu vertiefen. Im Bereich der Mobilität nutzen junge Berufsleute und lernende Personen die Möglichkeit, ein mehrmonatiges Berufspraktikum (MOJA) in Europa bzw. einen vierwöchigen Lernenden-Austausch (xchange) im benachbarten Ausland zu absolvieren.

Berufsberatung

Einzelberatung

Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung des Amts für Berufsbildung und Berufsberatung verzeichnete im Berichtsjahr insgesamt leicht weniger Klienten, welche eine Einzelberatung in Anspruch genommen haben. Grund dafür ist insbesondere eine deutliche Zunahme an E-Mail- und Telefonberatungen.

Pro Klient wurden durchschnittlich zwei Einzelberatungstermine im Umfang von ca. 1.5 Stunden in Anspruch genommen. Aufgeteilt nach Beratungsschwerpunkten stellte die erste Berufswahl für Jugendliche in Bezug auf die eingesetzten Beratungsaufwendungen die stärkste Klientengruppe dar, gefolgt von der Laufbahnberatung der 18- bis 25-Jährigen. An dritter Stelle stand die Laufbahnberatung für die im Berufsbildungsgesetz unter Art. 55 aufgeführten Sondergruppen, dahinter folgte die Studienberatung für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.

Durch die in der Fokussierung auf die staatlichen Kernaufgaben begründete Aufkündigung der Leistungsvereinbarung mit der Invalidenversicherung Liechtenstein per Dezember 2015 begann bereits im Jahr 2015 die Auslaufplanung der IV-Dienstleistungen, welche schliesslich per März 2016 endgültig abgeschlossen werden konnte.

Begleitung von Jugendlichen im ersten Berufswahlentscheid

Der Übergang von der Pflichtschule in die Arbeitswelt, welcher auch als erste Berufswahl bezeichnet wird, ist ein erster wichtiger Veränderungsprozess im Leben eines jungen Menschen. Damit dieser Übergang möglichst optimal gelingt, bedarf es der Koordination innerhalb des Helfersystems (Eltern, Schule, Wirtschaft, Berufsberatung und Berufsbildung). Dieser Koordinationsaufgabe hat sich die Abteilung Berufsberatung auch im Berichtsjahr wieder gestellt und die Berufswahlvorbereitung in den 3. und 4. Klassen der Ober- und Realschulen inkl. der Privatschule Formatio und der Waldorfschule, im Freiwilligen 10. Schuljahr sowie im Liechtensteinischen Gymnasium flächendeckend umgesetzt.

In diesem Rahmen finden sich unter anderem nachfolgende Aktivitäten:

- Einführung ins Berufsinformationszentrum (BIZ) für die 3. Klassen der Ober- und Realschulen, der Privatschule Formatio sowie der Waldorfschule;
- Eltern-/Schülerabende zum Thema «Berufswahlvorbereitung» für die 3. Klassen der Ober- und Realschulen, der Privatschule Formatio, der Waldorfschule und des Liechtensteinischen Gymnasiums;
- regelmässige Kurzberatungen an den Schulzentren für die 3. und 4. Klassen der Ober- und Realschulen, der Privatschule Formatio, der Waldorfschule sowie für die Klassen des Freiwilligen 10. Schuljahres;
- Durchführung von Informationsveranstaltungen zu den Themen «Weiter zur Schule?» und «Zwischenjahr» für die Schülerinnen und Schüler der 3. und 4. Klassen der Ober- und Realschulen sowie der Privatschule Formatio und der Waldorfschule;
- Durchführung von psychodiagnostischen Verfahren in den Bereichen Interessen, Persönlichkeit und Fähigkeiten in Einzel- und Gruppensettings;
- vertiefte und den Bedürfnissen angepasste Betreuung von schulleistungsschwachen Jugendlichen mit Sonderschul-Status, welche sich entweder in der Regelschule oder in einer Sonderschule befinden;
- klassenweise Informations- und Entscheidungsveranstaltungen zur «Profilwahl» in den 3. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums sowie zum Thema «Umstieg in eine Lehre»;
- Durchführung des Projekts «Betriebslehrpraktikum» im Rahmen der Projektwoche der 3. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums;
- Teilnahme an den Berufs- und Bildungstagen «next step»;
- Moderation von Informations-Modulen im Rahmen von BerufsCheck.li;
- zur Verfügung stellen und Weiterentwickeln der BIZ-App (Verwendung: Interessenscheck, Lehrstellennavigator, Lehrbetriebs- sowie Lehrberufsinformationen).

Berufsinformationszentrum BIZ

Das Berufsinformationszentrum BIZ ist ein Selbstinformationszentrum für Fragen rund um die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Studienmöglichkeiten an Universitäten und Fachhochschulen.

Allgemein zeigte sich über alle Gruppen hinweg ein leichter Rückgang der Besucherinnen und Besucher im BIZ bei einem zeitgleichen Anstieg der digitalen Beratungshäufigkeit und -intensität über Telefon und E-Mail sowie der Nutzung der BIZ-App zum Abruf der freien Lehrstellen und der Kurzinformation von Berufen. Die

sogenannten neuen Medien sind den Klienten immer vertrauter, weshalb vermehrt auch in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung auf sie zurückgegriffen wird.

Erhebungen im deutschsprachigen Raum zeigen zudem, dass sich das Bedürfnis der Klienten in Bezug auf Bildungsfragen auch inhaltlich verändert hat. Da viele der berufskundlichen Informationen eigenständig im Internet abgerufen werden können, ohne dass eine physische Präsenz bzw. der Besuch einer Informationseinrichtung nötig ist, suchen die Klienten weniger Information an sich. Vielmehr brauchen sie Unterstützung bei der Entscheidung für eine der gefundenen Alternativen und dadurch Orientierung in der Bildungsvielfalt.

Die Eltern-/Schülerabende fanden im Berichtsjahr hauptsächlich im BIZ statt.

Von den angebotenen BIZ-Einführungen und Info-Veranstaltungen profitierten ungefähr gleichviel Besucherinnen und Besucher wie im Vorjahr. Wie bisher fanden wiederum für jede Klasse der öffentlichen und privaten weiterführenden Schulen in der 8. Schulstufe ein Elternabend sowie eine BIZ-Einführung statt. Auch wurden die Informationsveranstaltungen «Weiter zur Schule?» und «Brückenangebote» im selben Ausmass wie in den Vorjahren angeboten. Zum zweiten Mal wurden auch die Eltern der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in der 8. Schulstufe auf freiwilliger Basis zu den Elternabenden eingeladen, damit diese ebenfalls zu gegebener Zeit über die Möglichkeit einer Lehre als Alternative zur gymnasialen Oberstufe informiert werden können.

Koordinationsstelle Spitzensport

Die Aufgabe der Koordinationsstelle Spitzensport besteht vor allem darin, Schülerinnen und Schüler und deren Eltern über die Vereinbarkeit von Lehre und Spitzensport aufzuklären, über vorhandene Angebote zu informieren sowie Herausforderungen dieses Modells zu kommunizieren. Im Berichtsjahr geschah dies einerseits im Rahmen eines Elternabends und andererseits im Rahmen von individuellen Gesprächen mit der jeweiligen Absicht, dass (zukünftige) Spitzensportler nicht dazu gezwungen werden sollen, eine Entscheidung zwischen Ausbildung und Sport zu treffen, sondern eine für alle Parteien akzeptable Vereinbarkeit von beruflicher Grundbildung und Sport zu schaffen.

Ausserdem bietet die Koordinationsstelle Spitzensport eine Begleitung der Sportlerinnen und Sportler über die Ausbildungszeit hinweg an, so dass eventuelle Schwierigkeiten schon frühzeitig abgefangen und individuelle Lösungen zwischen Lernenden und Betrieben gefunden werden können.

Im Rahmen der Studienwahlseminare für das Liechtensteinische Gymnasium wird zudem für die Sportschülerinnen und -schüler ein Input zum Thema Vereinbarkeit von Sport und Studium abgegeben sowie auf Wunsch im Rahmen von individuellen Beratungen vertieft.

Weitere Aktivitäten der Abteilung Berufsberatung

Die Berufsberatung arbeitet an der Nahtstelle zwischen Schule und Wirtschaft. Deshalb ist ein gutes Einvernehmen mit Institutionen, die ebenfalls in diesen Bereichen tätig sind, von zentraler Bedeutung. Im Berichtsjahr konnten diverse Aktivitäten in Zusammenarbeit mit folgenden Organisationen umgesetzt werden:

- Wirtschaftskammer Liechtenstein, Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer, Liechtensteinischer Bankenverband, Liechtensteinische Treuhandkammer: Bündnispartnerschaft in Bezug auf die zweiten next-step Berufs- und Bildungstage sowie gemeinsamer Standauftritt an der LIHGA;
- Schulamt: Zusammenarbeit bei der Planung der Aktivitäten im Bereich «Berufswahlvorbereitung» in der 8. und 9. Schulstufe; enger Kontakt mit den Schulen auf Sekundarstufe I und dem Liechtensteinischen Gymnasium;
- Invalidenversicherung: Abschluss der Zusammenarbeit gemäss der bestehenden Leistungsvereinbarung sowie regelmässige Fallintervisionen und Vernetzungstreffen vor allem auch im Rahmen der Übergabe der Fälle;
- Kunstschule Liechtenstein: Workshop mit Information und Beratung zum Thema «Kreative Berufe – Ausbildung und Studium»;
- Stabsstelle Chancengleichheit: Aktive Teilnahme in der Vernetzungsgruppe «Sichtwechsel»;
- Jugendinformationszentrum aha: Regelmässiger Kontakt mit Informationsaustausch sowie Zusammenarbeit im Rahmen von Projekten;
- Arbeitsmarktservice: Zusammenarbeit in Bezug auf die Reintegration von Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt sowie im Speziellen in Bezug auf die Erstellung von Bewerbungsunterlagen bei Erwachsenen;
- Amt für Personal und Organisation: Durchführung der Veranstaltung «Fit für den Arbeitsalltag» für die Lernenden im letzten Lehrjahr;
- Freiwilliges Soziales Jahr Liechtenstein: Workshop mit Information und Beratung zum Thema «Wie weiter im Sozialbereich?»;
- Hilti AG: Gestaltung von Modulen für den Zukunftsworkshop für die Lernenden im letzten Lehrjahr;
- KBSB (Schweizerische Konferenz der Stellenleitenden der kantonalen Berufsberatungsstellen): Mitgliedschaft und aktive Teilnahme in der KBSB als schweizweite Organisation sowie ihrer ostschweizerischen Untergruppe;
- Teilnahme an fachlichen Weiterbildungsveranstaltungen des SDBB (Schweizerisches Dienstleistungszentrum Berufsbildung/Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung) und des Kantons St. Gallen.

Berufswahlverhalten der Jugendlichen im Sommer 2016

Berufswahlverhalten der 319 erfassten Schulabgängerinnen und Schulabgänger (aus den Ober- und Realschu-

len, Privatschule Formatio, Waldorfschule, Freiwilliges 10. Schuljahr):

- 64% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wählten den dualen Berufsbildungszweig (204);
- 16.7% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wählten ein Brückenangebot, wie bspw. das 10. Schuljahr, das Sozial- oder Hauswirtschaftsjahr (53);
- 11.6% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wählten den Weg über eine Mittelschule oder ein Gymnasium (37);
- 3% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger entschieden sich für eine Zwischenlösung, wie bspw. ein Praktikum oder den direkten Einstieg in die Arbeitswelt, oder eine andere Lösung (10);
- 3.1% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger entschieden sich für den Besuch einer Vollzeitschule (MPA Buchs, Tourismusfachschule Bludenz usw.) (10);
- 1.6% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger verfügten anfangs August noch über keine Anschlusslösung (5).

Berufsbildung

Gesamtzahl der Lehrverhältnisse

Die Gesamtzahl aller Lehrverhältnisse per 31. Dezember 2016 betrug 1'147 in rund 100 verschiedenen Berufen. 38% der Lernenden sind Frauen und 62% Männer. Der Anteil Frauen hat im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozentpunkte zugenommen.

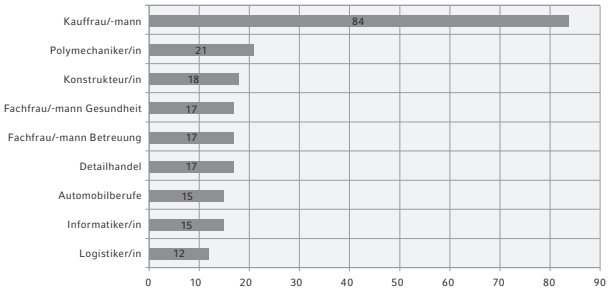
Lehrstellensituation – Sommer 2016

Bis zum 31. August 2016 sind insgesamt 392 Lehrverträge beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung zur Genehmigung eingegangen. Im Jahr 2015 waren es total 391 genehmigte Lehrverträge. Nach wie vor ist der kaufmännische Sektor mit 84 genehmigten Lehrverhältnissen der meistgewählte Lehrberuf. Die Berufswahl-Hitliste gleicht – mit geringfügigen Änderungen – in etwa derjenigen der vergangenen Jahre. Per 31. August 2016 waren 71 von den Lehrbetrieben angebotene Lehrstellen unbesetzt.

Berufswahl-Hitliste

Lehrbeginn Sommer 2016 (Stand: 31. August 2016)

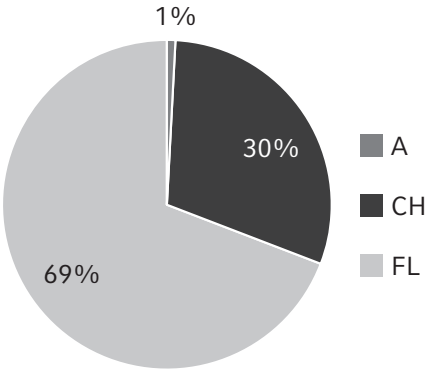
Total genehmegite Lehrverträge = 392 (Vorjahr: 391)



Aufteilung der Gesamtzahl an Lehrverhältnissen nach Wohnort

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Anteil an Lernenden – bezogen auf ihren Wohnort (Liechtenstein, Schweiz oder Österreich) – kaum verändert.

Anzahl Lernende – Liechtenstein / Schweiz / Österreich



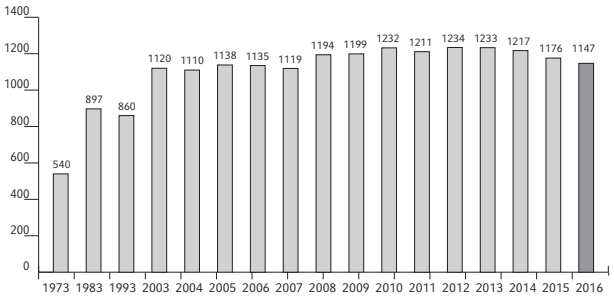
Aufteilung der Gesamtzahl an Lehrverhältnissen nach Wirtschaftsbereich

Die Aufteilung nach Anzahl an Lehrverhältnissen pro Wirtschaftsbereich zeigt, dass die beiden grossen Bereiche «Gewerbe» und «Industrie» rund 68% der lernenden Personen in Liechtenstein ausbilden.

Anzahl Lehrverhältnisse je Wirtschaftsbereich

Wirtschaftsbereich	Lehrverhältnisse Anzahl	Lehrverhältnisse in %
Bank	71	6
Gastronomie	16	1
Gemeinden und Verwaltung	48	4
Gesundheit	92	8
Gewerbe	425	37
Haus- und Landwirtschaft	10	1
Industrie	352	31
Kindertagesstätte	32	3
Öffentlich-rechtliche Unternehmen	57	5
Treuhand	40	4
Versicherung	4	0
Total	**1'147**	**100**

Entwicklung Anzahl Lernende in der beruflichen Grundbildung 1973 bis 2016



Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Anteil an Lernenden bzw. die beim Amt registrierte Anzahl an Lehrverhältnissen um 2.5% vermindert.

Lehrvertragsauflösungen
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 82 Lehrverhältnisse vonseiten der Lernenden und der Lehrbetriebe aufgelöst. Dies entspricht einer Auflösungsquote von 7.1% (Vorjahr: 7.4%).

Nach der Lehrvertragsauflösung:
- haben 14 lernende Personen die Lehre in einem anderen Betrieb fortgesetzt;
- haben 14 lernende Personen den Lehrberuf gewechselt;
- befanden sich 2 Jugendliche per Ende Berichtsjahr in berufsberaterischen Abklärungen;
- haben sich 10 Lernende entweder für einen Praktikumsplatz, ein Berufsvorbereitungsjahr, eine weiterführende Schule oder einen Auslandaufenthalt entschieden;
- wählte 1 jugendliche Person den direkten Einstieg in die Arbeitswelt;
- sind dem Amt von 41 lernenden Personen die Anschlusslösungen per Ende Berichtsjahr nicht bekannt bzw. nahmen diese keine weiteren Dienstleistungen des Amts in Anspruch.

Abschlussprüfungen
Im Berichtsjahr haben gesamthaft 401 Lernende die Lehrabschlussprüfung absolviert. 360 Lernende haben die Lehrabschlussprüfung mit Erfolg bestanden, 41 Lernende haben nicht bestanden. 18 Lernende haben gleichzeitig die lehrbegleitende Berufsmittelschule abgeschlossen (10 in kaufmännischen und 8 in industriellen/gewerblichen Lehrberufen).

Standortbestimmungen (Zwischenprüfungen)
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 60 Zwischenprüfungen abgenommen. 45 waren obligatorische Zwischenprüfungen und 15 infolge Erstausbildung.

Teilprüfungen
Im Sommer 2016 wurden 76 Teilprüfungen – Bestandteil des Qualifikationsverfahrens (Lehrabschlussprüfung) – abgenommen. Diese Teilprüfungen wurden in den Lehrberufen Anlage- und Apparatebauer/in FZ, Automatiker/in FZ, Coiffeuse/Coiffeur FZ, Elektroniker/in FZ, Konstrukteur/in FZ, Baumaschinenmechaniker/in FZ, Landmaschinenmechaniker/in FZ, Multimediaelektroniker/in FZ, Polymechaniker/in FZ, Produktionsmechaniker/in FZ, Schreiner/in FZ, Tierpfleger/in FZ und Zahntechniker/in FZ durchgeführt.

Eintragung ins «Goldene Buch» auf Schloss Vaduz
Die 43. Eintragung ins «Goldene Buch» auf Schloss Vaduz fand am 16. September 2016 statt. 34 junge Berufsleute (11 Frauen/23 Männer) durften sich ins «Goldene Buch» eintragen.

Anzahl Lehrabsolventinnen/Lehrabsolventen nach Berufen mit einem Gesamtnotendurchschnitt von ≥ 5.3

Lehrberuf	w	m	Total
Automatiker FZ		1	1
Bäckerin-Konditorin-Confiseurin FZ	1		1
Coiffeuse EBA	1		1
Dentalassistentin FZ	2		2
Fachfrau/Fachmann Betriebsunterhalt FZ	1	2	3
Floristin FZ	1		1
Gipser		1	1
Informatiker FZ		1	1
Kauffrau/Kaufmann FZ	2	3	5
Konstrukteur/in FZ	1	2	3
Laborant EFZ		1	1
Maurer FZ		1	1
Physiklaborant/in	1	2	3
Polymechaniker FZ/EFZ		4	4
Printmedienpraktiker EBA		1	1
Veranstaltungsfachmann FZ		1	1
Werkstofftechniker/in	1	2	3
Zeichner FZ		1	1
Total	**11**	**23**	**34**

Lehrstellenumfrage
Für Lehrbeginn Sommer 2017 wurde im August 2016 bei den Lehrbetrieben die erste Lehrstellenumfrage durchgeführt. Von den Lehrbetrieben wurden insgesamt 349 Lehrstellen als frei gemeldet, was im Vergleich zum Vorjahr (359) eine geringfügige Abnahme von rund 3% bedeutet.

Ausbildungsbewilligungen
Im Berichtsjahr wurden 51 Ausbildungsbewilligungen in verschiedenen Lehrberufen erteilt. Zudem konnten 17 neue Lehrbetriebe gewonnen werden. Aktuell sind beim Amt 611 Lehrbetriebe registriert, wovon derzeit 307 Betriebe aktiv lernende Personen in verschiedenen Lehrberufen ausbilden.

Amts-EDV
Liechtenstein ist seit 2007 Mitglied des Vereins Interessengemeinschaft Informatik im Berufsbildungswesen (IGIB/GRIF). Im Berichtsjahr wurden eine Vielzahl von technischen Anpassungen vorgenommen sowie Verbesserungen an der Amtssoftware umgesetzt. Das laufende Projekt «Weiterentwicklung der Fachapplikation Kompass und Umstellung von Version 2 auf 3» (Amtssoftware) konnte im Sommer 2016 erfolgreich abgeschlossen werden.

Kommissionen und Konferenzen
Das Amt hat im Berichtsjahr an folgenden Anlässen teilgenommen:
- Die jährliche Mitgliederversammlung des Vereins Interessengemeinschaft Informatik im Berufsbildungswesen (IGIB/GRIF) wurde am 9. März 2016 in Zürich abgehalten. Schwerpunkte der Versammlung waren der Jahresbericht und die Jahresrechnung, das Projekt «Einführung Kompass 3» (Amtssoftware) sowie die Festsetzung der Mitgliederbeiträge für das Budget 2017.
- Die Tagung der Lehraufsicht Ost fand am 18. März 2016 in Schaffhausen statt. An der Tagung wurden das Thema «Nachteilsausgleich im Qualifikationsverfahren» und weitere aktuelle Themen in der Lehraufsicht behandelt.
- Die Mitglieder der Lehrabschlussprüfungskommission (LPK) des Gewerbeverbandes des Kantons St. Gallen trafen sich am 13. April 2016 zur Frühjahrssitzung in Mosnang SG; unter anderem wurden die Rechnung 2015 genehmigt und die neuen Prüfungsexperten gewählt. An der Herbstsitzung vom 17. November 2016 in St. Gallen wurde über die vergangene Prüfungsperiode berichtet und das Budget 2017 genehmigt.
- Am 19. April 2016 fand die jährliche Frühjahrstagung der Berufsbildungsämter-Konferenz Deutschschweiz in Zürich statt, welche unter dem Motto «Wege zum Berufsabschluss für Erwachsene» stand. Dabei wurden die verschiedenen Handhabungen in den Kantonen vorgestellt und diskutiert.
- Am 11. Mai 2016 wurde der 8. interkantonale Tag der Berufsbildung mit regionalen Radios durchgeführt. Radio L sendete in Zusammenarbeit mit dem Amt und der Wirtschaftskammer Liechtenstein den ganzen Tag Beiträge mit dem Schwerpunktthema «Berufsbildung».
- Am 25. Oktober 2016 wurde das 9. NQR-Ländernetzwerktreffen «D-FL-A-CH» (NQR: Nationaler Qualifikationsrahmen) in Berlin abgehalten. Themenschwerpunkte waren der aktuelle Stand der NQR-Entwicklungen in den Ländern sowie die nationale Implementierung des NQR.
- Die Herbsttagung der Prüfungsleiter erfolgte am 3./4. November 2016 in Bern. Neben Informationen aus dem Schweizerischen Dienstleistungszentrum Berufsbildung und Berufsberatung (SDBB) und dem SBFI wurden Erfahrungen im Bereich des Lehrabschlussprüfungswesens ausgetauscht.
- Am 9. November 2016 fand die jährliche Erfahrungstagung der Interessengemeinschaft Informatik im Berufsbildungswesen (IGIB/GRIF) in Zürich statt. Der Projektabschluss der Einführung von «Kompass 3» stand im Fokus der Tagung.
- Anlässlich der Herbsttagung der Lehraufsicht am 10./11. November 2016 in Montreux diskutierten Ausbildungsberatungspersonen aus der ganzen Schweiz und aus Liechtenstein in verschiedenen Foren rund um die Themen Lehrvertragsauflösungen sowie die Zukunft der Berufsbildung.

Berufsbildungsbeirat
Der Berufsbildungsbeirat befasste sich im Berichtsjahr an fünf Sitzungen mit Fragen zur Stärkung der Bildung, insbesondere der dualen Berufsbildung. Der Schwerpunkt lag dabei vor allem in der Arbeit an vier Teilprojekten (next-step Label, Kommunikation, Homepage, Berufs- und Bildungstage). Ausserdem tauschten sich die vertretenen Organisationen und Verbände über aktuelle Fragen im Bildungswesen aus.

Mobilitätsprojekte

Moja
4 Arbeitnehmende aus Liechtenstein haben ihr Berufspraktikum in Europa erfolgreich abgeschlossen. Die durchschnittliche Dauer eines Praktikums liegt bei 5 Monaten. Die Praktika wurden in England und Italien absolviert.

4 Lernende aus unterschiedlichen Berufsfeldern haben während der Herbstschulferien ein Berufspraktikum von 3 Wochen in unterschiedlichen Unternehmen absolviert.

Aus europäischen Fördermitteln wurden für das Berichtsjahr insgesamt EUR 25'371 und aus nationalen Mitteln EUR 19'686 ausbezahlt.

xchange
8 Lernende aus Liechtenstein waren für 4 Wochen in Ausbildungsbetrieben im benachbarten Ausland. 12 Lernende aus dem grenzüberschreitenden Raum haben das Programm in Liechtenstein genutzt.

Austausch von Lernenden

Anzahl Personen	Beruf	Ausbildungsbetrieb	von	nach
1	Kauffrau	Wirtschaftskammer Liechtenstein	FL	D
1	Informatiker	IHK München	D	FL
1	Informatiker	Centro Professionale Trevano	CH	FL
2	Konstrukteur	ThyssenKrupp Presta AG	FL	D
3	Polymechaniker	ThyssenKrupp Presta AG	FL	D
1	Anlagenführer	ThyssenKrupp Presta AG	FL	D
1	Automatiker	ThyssenKrupp Presta AG	FL	D
4	Polymechaniker	Hirschvogel Umformtechnik GmbH	D	FL
4	Konstrukteur	Hirschvogel Umformtechnik GmbH	D	FL
2	Automatiker	Hirschvogel Umformtechnik GmbH	D	FL

Akademie für Ausbilder IBK
5 Berufsbildner aus Liechtenstein haben den Weiterbildungspass der Akademie für Ausbilder IBK beantragt. Dieses Instrument macht die Ausbildungskompetenz der Berufsbildner sichtbar.

Im Rahmen der Akademie für Ausbilder konnte erneut eine Impulsveranstaltung mit dem Titel «Berufsbildung attraktiver gestalten – mehr Durchlässigkeit ermöglichen» durchgeführt werden. Dieser Anlass richtete sich an Berufsbildnerinnen und Berufsbildner aus Liechtenstein, St. Gallen und Vorarlberg.

Amt für Kultur

Amtsleiter: Thomas Büchel

Das Amt für Kultur befasst sich mit der kulturellen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Liechtensteins. Es erforscht, bewahrt und entwickelt das kulturelle Erbe weiter. Mit der Organisation von Projekten werden darüber hinaus Impulse im Kulturbereich gesetzt. Das Amt besteht aus den vier Abteilungen Archäologie, Denkmalpflege, Landesarchiv und Kulturschaffen.

Am 15. Februar startete die Aktion «Liechtensteiner Buchtage», an welcher sich zahlreiche Akteurinnen und Akteure aus Kultur, Bildung und Wirtschaft mit diversen Aktionen beteiligen. Die Buchtage sind ein gemeinsames Projekt von Amt für Kultur, Kulturstiftung Liechtenstein, Liechtensteinische Landesbibliothek und Schulamt.

Eine umfangreiche Aufgaben- und Prozessanalyse im Landesarchiv hat im März 2017 zu einer Neuorganisation der Abteilung geführt, welche das Archiv in vier Fachbereiche gliedert. Mit «Überlieferungsbildung», «Erschliessung und Bestandserhaltung», «Kundendienst und Bibliothek» sowie «Technischer Dienst» werden in der Organisation zukünftig wichtige archivische Kernprozesse abgebildet.

Mit Beschluss vom 27. April 2016 stimmte die Regierung dem Wechsel zum digitalen Primat in der Aktenführung der Liechtensteinischen Landesverwaltung zu und beauftragte das Amt für Kultur sowie das Amt für Informatik, gemeinsam das vom Amt für Kultur erarbeitete Soll-Konzept LiVE (Liechtensteinische Aktenverwaltung) umzusetzen.

Mitte August 2016 wurden beinahe 4'000 Mikrofilmkopien, die in sechs speziellen Mikrofilmschränken vorübergehend im Kulturgüterschutzraum des Gemeindearchivs Schaan gelagert waren, ins Mikrofilmarchiv des Schweizer Bundesamts für Bevölkerungsschutz ausgelagert. Die Bedingungen der Auslagerung wurden mittels Vereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat geregelt.

Am 3. September 2016 konnte der 24. Europa-Tag des Denkmals durchgeführt werden. Die interessierten Besucherinnen und Besucher erhielten einen spannenden Einblick in das Wohnhaus im Winkel 1/3 in Balzers.

Die Ämterprüfung der Geschäftsprüfungskommission des Landtags fand am 14. November statt.

Ende 2016 erfuhr die wissenschaftliche Auswertung der auf dem Kirchhügel von Bendern durchgeführten archäologischen Ausgrabungen mit einer dreibändigen Publikation im Gesamtumfang von knapp 1'000 Seiten einen besonderen Höhepunkt.

Archäologie

Aufgaben
Infolge der in Liechtenstein nach wie vor regen Bautätigkeit war es mit den der Abteilung Archäologie zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen nur begrenzt möglich, den gesetzlichen und völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Erhaltung und Erforschung des archäologischen Erbes gerecht zu werden. Die Gefahr, dass bei Bodeneingriffen archäologische Funde und Befunde unwiderruflich zerstört werden, ist nicht kleiner geworden.

Bei der Erfüllung des hoheitlichen Auftrags ist die Archäologie auf ein den aktuellsten Entwicklungen angepasstes Regelwerk angewiesen. Ab 1. Januar 2017 gilt das neue Gesetz über den Schutz, die Erhaltung und die Pflege von Kulturgütern (Kulturgütergesetz; KGG).

Verwaltung
Im Berichtsjahr wurden zur Durchführung von archäologischen Notgrabungen mehrere Personen befristet für die Dauer der jeweiligen Untersuchungen angestellt.

Die Ausbildung eines Grabungstechnikers läuft bereits im zweiten Jahr. Es konnte dafür auch amtsübergreifend Unterstützung gewonnen werden. Zusätzlich wurden im Sommer 2016 mehrere Praktikanten beschäftigt, die wertvolle Hilfe bei der Aufarbeitung des Fund- und Fundstellenarchivs und bei Freilegungsarbeiten auf den Notgrabungen leisteten.

Der Leiter der Archäologie nahm an den Tagungen der Konferenz Schweizerischer Kantonsarchäologinnen und Kantonsarchäologen (KSKA) teil. Er ist Mitglied der Archäologie-Kommission des Kantons Zürich.

Bauüberwachung/Archäologische Notgrabungen/Archäologischer Perimeter

Während im Berichtsjahr die Bautätigkeit leicht zurückging, stieg die Anzahl der archäologischen Interventionen massiv an. Insgesamt wurden im Rahmen der Bauüberwachung 321 Baugesuche archäologisch geprüft. Bei 85 Projekten erfolgte eine kontinuierliche Kontrolle der Aushubarbeiten. Einige Baustellen konnten aufgrund mangelnder Personalressourcen und wegen der hohen Belastung durch die unumgänglichen Notuntersuchungen nicht kontrolliert werden. 26 Bauvorhaben lösten archäologische Massnahmen aus. Diese erfolgten in Absprache mit Baufirmen, Architekten und der Bauherrschaft. Da Notgrabungen und baubegleitende Dokumentationen fast ausschliesslich in bereits bekannten Fundzonen lagen, musste der Archäologische Perimeter im Berichtsjahr nicht erweitert werden. Dieser kann über das Geodatenportal der Landesverwaltung eingesehen werden (www.gdi.llv.li).

Die wichtigsten archäologischen Aktivitäten fanden im Berichtsjahr in Mauren, Nendeln, Bendern, Schaan, Vaduz, Triesen, Triesenberg und Balzers statt. In Mauren lösten sich Notgrabungen fliessend ab: Von März bis Juni wurde im «Freiadarf» ein Teil einer spätbronzezeitlichen Siedlung (1400 bis 1100 v. Chr.) freigelegt. Speziell erwähnt sei die Aufdeckung von Werkplätzen zur Bronzeverarbeitung, von abgebrannten Gebäuden und einer mit Getreide gefüllten Vorratsgrube, an deren Sohle zwei Kinder bestattet waren. Ab Juni bis September wurde der Aushub für das neue Alters- und Pflegeheim in der «Lacha» begleitet. Auch hier waren grossflächige Spuren aus der Spätbronzezeit vorhanden. Vermutlich wurde der Uferbereich des Feuchtgebiets durch eine Steinbettung gefestigt. Werksteine sind ein Indiz für handwerkliche Tätigkeiten. In der Backofenstrasse begleitete die Archäologie die Restaurierung eines Sodbrunnens.

Zeitaufwendig war die Kontrolle des Aushubs für die Errichtung der neuen Turnhalle bei der Primarschule in Nendeln. Doch die Dokumentation der zum römischen Gutshof gehörenden Gehniveaus mit einem Werkplatz und die Freilegung mehrerer Kulturschichten aus der Jungsteinzeit (3900 bis 1900 v. Chr.) bestätigt, dass der Aufwand gerechtfertigt war.

Bei der Baubegleitung neuer Werkleitungen im Nendler Oberstädtle kamen hochmittelalterliche Fundschichten und Fundamentreste von älteren Gebäuden ans Tageslicht.

Auf dem Kirchhügel in Bendern zwischen Kirche, Liechtenstein-Institut und Pfarrhaus kamen bei Umgebungsarbeiten drei bereits in den 1970er Jahren ausgegrabene frühmittelalterliche Keller des ersten Profanbaus ans Licht. Sie wurden dokumentiert und mit den unter der Kirche liegenden Befunden korreliert.

Beim Umbau des «Anderle-Hus» an der Reberastrasse in Schaan waren massive Bodeneingriffe geplant. Die Datierung des bestehenden Gebäudes in die Mitte des 17. Jahrhunderts sowie die Lage inmitten des alamannischen Friedhofs (7. Jahrhundert) machten eine archäologische Begleitung nötig. Es wurden die letzten Reste eines frühmittelalterlichen Grubenhauses (730 bis 890 n. Chr.), die Fragmente eines frühmittelalterlichen Kinderskelettes (660 bis 770 n. Chr.) und ein hallstattzeitliches Gehniveau (760 bis 430 v. Chr.) freigelegt.

Die Erdarbeiten für die neuen Werkleitungen in der St. Florinsgass in Vaduz führten zur Entdeckung neuer Gräber im Bereich der abgegangenen Florinskapelle. Entlang des Chorfundaments fanden sich die Gebeine von mindestens sieben Neonaten (eventuell als «Traufkinder» zu deuten) und zwei Kindern. Zwei weitere Gräber von Erwachsenen lagen im Friedhof zwischen der ehemaligen Kapelle und der heutigen Kathedrale.

In Triesen begann eine Notgrabung im Bereich der eisen- und bronzezeitlichen Siedlungen, die bereits früher in dem zum Meierhof ansteigenden Wiesland östlich der Lowa an verschiedenen Stellen angegraben worden ist. Befunde, die vor sechs Jahren auf der Nachbarparzelle dokumentiert wurden, finden hier ihre Fortführung: eine Hangmauer und eine Steinpflästerung, die mit 40 m Länge vermutlich zu einer Strasse gehört.

Auf Masescha wurde im Zuge der Sanierung der Kapelle St. Theodul die Hangstützmauer freigelegt und mittels eines Laserscans aufgenommen. Ihre Datierung ist nicht bekannt.

In Balzers wurde im Ortsteil Winkel der Ersatz der Werkleitungen fortgeführt. Bei der Erstellung von neuen Schächten neben dem Kanal legten die Bauarbeiter ein römisches Mauerstück frei. Dieses gehört wohl zu einem Gebäudekomplex, der z.T. schon 1986 dokumentiert wurde. Circa 80 m davon entfernt wurden bei der Kontrolle eines Aushubs Räume eines unbekannten römischen Hauses entdeckt. Die Funde datieren es in das 2./3. Jahrhundert.

EDV-Projekte und Bibliothek

Soweit möglich wurden Ergebnisse aus Bauüberwachung und Notgrabungen in der Datenbank SPATZ 2/IMDAS erfasst. Abgeschlossene Interventionen ohne nennenswerte Beobachtungen konnten im Berichtsjahr aufgrund knapper Ressourcen jedoch noch nicht vollständig aufgenommen und den Dossiers zugeordnet werden. Die Migration der anlässlich der Auswertung der Altgrabung «Kirche Bendern» erhobenen Daten erfolgte. Bei Fragen

leistete das Amt für Informatik wertvolle Unterstützung. Der Datenbestand der archäologischen Fachbibliothek wurde von einer Bibliothekarin im Auftragsverhältnis im Bibliotheksprogramm ALEPH aktuell gehalten. Eine Mitarbeiterin führte die Erschliessung von Aufsätzen aus Monographien weiter.

Digitale Dokumente wurden mit ihren Metadaten im Rahmen des Möglichen weiter in das Programm IMS aufgenommen. Inzwischen sind dort ungefähr 23'000 Bilder und Pläne abgelegt. Über eine Schnittstelle werden sie in der Datenbank SPATZ 2/IMDAS den archäologischen Objekten direkt zugewiesen.

Restaurierungslabor

Die 2015 restaurierten Funde der Grabung Eschen Alemannenstrasse wurden in der Ausstellung «Was blieb, als die Römer gingen? Frühmittelalter in Liechtenstein» im Liechtensteinischen Landesmuseum präsentiert und danach nach konservatorischen Gesichtspunkten eingelagert. Während die ins Restaurierungslabor gelieferten Funde aktueller Notgrabungen konservatorisch betreut werden mussten, konnte die Entsalzung von Eisenfunden sowie die Restaurierung älterer Funde (Metall, Keramik) weitergeführt werden. Mit den Archäologen wurden auf der Notgrabung «Freiadarf» in Mauren zwei Kinderskelette im Block geborgen. Herausfordernd war auch die Restaurierung eines dort gefundenen bronzezeitlichen Keramikgefässes, welches verkohltes Getreide beinhaltete.

Anthropologie

Auf Notgrabungen in Mauren, Bendern und Vaduz wurden mehrere menschliche Skelette freigelegt. Die Daten für die Feldprotokolle konnten vor Ort erhoben werden. Die Reinigung, Befundung, Inventarisierung und Dokumentation der Gebeine erfolgte im Labor, darunter 45 im Rahmen der Friedhofsanierung auf dem Kirchhügel Bendern ausgegrabene Skelette. Die im «Freiadarf» gefundene bronzezeitliche Doppelbestattung zweier Kinder wurde nach der Blockbergung im Labor freigelegt und dokumentiert. Die Untersuchung des vor drei Jahren in «Brunnenbritschen» in Mauren entdeckten menschlichen Leichenbrands wurde eingeleitet.

Auswertungen und Publikationen

Der erste Teil des grossen Auswertungsprojekts über die auf dem Kirchhügel Bendern durchgeführten Ausgrabungen wurde abgeschlossen. Die Publikation mit dem Titel «Die Ausgrabungen auf dem Kirchhügel von Bendern, Gemeinde Gamprin, Fürstentum Liechtenstein» ist in drei Bänden mit einem Umfang von insgesamt 988 Seiten im Dezember 2016 erschienen. Die Drucklegung des Werks wurde von der CERAMICA-Stiftung Basel zweckgebunden mit einem namhaften Unkostenbeitrag unterstützt. Neben der Interpretation der baulichen Befunde, die unter der Pfarrkirche von Bendern immer noch eingesehen werden können, bildet die Auswertung der Keramikfunde den zweiten Schwerpunkt des Buchs. Die Untersuchung des neuzeitlichen Geschirrs schliesst regional eine Forschungslücke. Sie soll weitere Bearbeitungen auf diesem hochinteressanten Gebiet anstossen.

Eine Mitarbeiterin arbeitete am zweiten Teil des Projekts «Gesamtauswertung Ausgrabungen Kirchhügel Bendern» weiter, schloss die Untersuchung der Funde aus Glas und Metall ab und legte eine Textfassung über die Ergebnisse vor.

Für das Jahrbuch der Gesellschaft Archäologie Schweiz wurden Berichte über die Fundereignisse des Jahres erstellt. Mit den Kantonsarchäologien St. Gallen und Thurgau wurden zwei Aufsätze für das Begleitbuch zur gemeinsamen Wanderausstellung «Stadt, Land, Fluss – Römer am Bodensee» verfasst. Die Schau wird im Herbst 2017 in Frauenfeld gezeigt und kommt im März 2018 ins Landesmuseum nach Vaduz.

Der Leiter des Archäologischen Landesmuseum in Konstanz erhält zu seiner Pensionierung eine Festschrift als Geschenk. Mitarbeiter der Archäologie steuerten dafür einen Beitrag über das römische Balzers bei.

Im Rahmen eines Nationalfondsprojekts der Universität Bern nahm ein Archäologe das älteste Fundgut der Altgrabungen auf dem Lutzengüetle in seine Datenbank auf. Im weiteren Verlauf dieser Forschungsarbeit werden auch neue C14-Daten zu den ältesten Kulturschichten dieses international wichtigen Fundplatzes erstellt.

Für die Publikation der Grabung in «Brunnenbritschen» in Mauren zeichnete ein Grafiker die Grabinventare.

Öffentlichkeitsarbeit

In Abstimmung mit dem zuständigen Ministerium wurden regelmässig Pressemitteilungen über Notgrabungen und Projekte veröffentlicht. Sebastian Frommelt und Daniel Schierscher wurden fachlich bei der Vorbereitung des Films «Kulturlandschaft Liechtenstein» unterstützt. Im Laufe des Jahres wurden insgesamt 19 Besichtigungen in den Räumlichkeiten der Archäologie in Triesen, auf den Notgrabungsstellen und an Fundplätzen vor Ort durchgeführt. Die Zusammenarbeit mit der Stein Egerta fand eine Fortsetzung: Das Kursangebot stiess auf reges Interesse. Highlights waren die Exkursion zu Burgen in Liechtenstein und der Bündner Herrschaft, eine Wanderung auf den Spuren der ersten Bauern am Eschner Berg, eine Führung zu den Befunden bei der Pfarrkirche in Bendern sowie die Besichtigung der Reste der im 5./6. Jahrhundert als Grabkirche der Churer Bischöfe erbauten Kapelle St. Stephan in Chur. Die von der Archäologie mitkonzipierte Wechselausstellung «Römer, Alamannen, Christen – Frühmittelalter am Bodensee» war von Februar bis Mai zu Gast im Landesmuseum in Vaduz. Die eigens für diese Präsentation entworfene Soderschau über Liechtenstein war erfolgreich. Im Begleitprogramm präsentierten Mitarbeiterinnen und externe Fachleute eine Vortragsreihe über das Frühmittelalter in der Region.

Denkmalpflege

Schwerpunkte

Die Abteilung Denkmalpflege, die für eine «Zukunft mit Vergangenheit» steht und im Einmannbetrieb Lösungen für Erhalt, Pflege und Nutzung der Baudenkmäler erarbeitet, begleitete etliche Baumassnahmen an Denkmalschutzobjekten und wachte über die von der Regierung genehmigten Subventionsbeiträge. Zahlreiche Kulturgüter konnten restauriert, unter Schutz gestellt oder gar vor dem Abbruch gerettet werden.

Konkret wurden die Instandsetzung der Kapelle St. Theodul (Masescha, Triesenberg) in Angriff genommen und bei der Pfarrkirche Schellenberg das von Georg Malin 1963 geschaffene Portal restauriert. Die Restaurierungsarbeiten zur Kapelle St. Wendelin und Martin (Steg, Triesenberg) wurden abgeschlossen. Das Turmdach der Mariahilf-Kapelle (Balzers) erhielt eine neue Schindeldeckung, die Umgebungsneugestaltung des Kirchhügels in Bendern wurde begleitet. Unter Führung der Denkmalpflege wurden das Rheinbergerdenkmal neben dem Regierungsgebäude und das Denkmal für Fürst Franz I. unter Schloss Vaduz restauriert. Weiters wurden zahlreiche Sanierungen an denkmalgeschützten Häusern begleitet. In Vaduz wurde die Massnahmenplanung zur Restaurierung des Hauses an der Wingertgasse 2 vorangetrieben. Zahlreiche Sanierungen privater, landes- und gemeindeeigener Häuser wurden eingeleitet oder abgeschlossen.

Nach erfolgter Restaurierung des Masswerks am Kirchturm der Kathedrale St. Florin (Vaduz) stand die Fertigstellung der Aussensanierung und des Treppenaufgangs beim Vorplatz Heiligkreuz an. Die Sanierung der Fassade wurde nötig, da das Bauwerk Risse aufwies. Dabei wurden Mörtelfugen und Steinergänzungen, die bei der Restaurierung 1975 bis 1977 mit aus heutiger Sicht problematischen Materialien ausgeführt wurden, ersetzt. Gleichzeitig wurden die historischen Kirchenfenster mit einer neuen Schutzverglasung versehen. Im Innern konnten erstmals drei neue Bischofsgräber vorbereitet werden. In unmittelbarer Nachbarschaft wurden zudem die archäologischen Bereiche der St. Florinsgasse und der ehemaligen Kapelle St. Florinus instand gesetzt. Zusammen mit der Gemeinde Vaduz wurden Pflästerungen und schadhafte Granitplatten der Fahrbahn im Strassenabschnitt beim Schädlerhaus ersetzt. Um den Platzcharakter besser zu unterstreichen, wurden das Trottoir entlang der Kirchenmauer aufgelöst sowie die asphaltierte Strassenfläche zwischen Kirchenmauer und Kapelle mit Granitsteinen gepflästert. Die Massnahmen werteten das Erscheinungsbild um die Kathedrale auf.

Mitte Berichtsjahr sprach sich die Triesenberger Wahlbevölkerung mit 52.4% gegen die touristische Nutzung des über 200 Jahre alten «Madleni-Hus» aus. Der Gemeinderat wollte dem Verein «Ahnenforschung und Familienchronik» ein selbständiges Baurecht gewähren, damit dieser das Projekt im Gemeindeauftrag hätte realisieren können. Das Haus wurde laut Inschrift am Wohnhausgiebel 1803 erbaut. Gebaut mit handgehauenem Nadelholz in traditioneller Strickbauweise blieb die Raumstruktur seit 1803 bis heute unverändert. Damit hat sich nicht nur eine originale Struktur erhalten, sondern auch ein Beispiel für die Baukunst des 19. Jahrhunderts. Für Gemeinde und Verein hätte sich mit dem Projekt «Ferien im Baudenkmal» eine Möglichkeit zur nachhaltigen Vereinigung von Kultur und Tourismus ergeben. Mit sanfter Instandsetzung hätte das Haus künftig Feriengästen zur Verfügung gestellt werden können. Dies kann nun nicht realisiert werden.

Unterschutzstellungen

Um den vor dem Abbruch gefährdeten Schaaner Torkel nachhaltig zu retten, hat die Regierung im Berichtsjahr das 1616 erbaute Baudenkmal formell unter Schutz gestellt. An einer Lösung für eine nachhaltige Zukunft des Torkels wird gearbeitet.

Nutzungsstudien, Restaurierungskonzepte, Baugesuchsprüfungen

Zahlreiche Sanierungs- und Nutzungskonzepte für Denkmalschutzobjekte und mobile Kulturgüter wurden bearbeitet und über 100 Abbruch- und Baubegehren wurden im Rahmen der Baugesuchsprüfungen nach denkmalpflegerischen Kriterien beurteilt. Gegen 200 Bauberatungen zu erhaltens- und schutzwürdigen Gebäuden und über 50 Baukontrollen bei Denkmalschutzobjekten reizten die personellen Ressourcen vollends aus. Es wurden zahlreiche Stellungnahmen zu neuen Bauordnungen, Ortsbildinventarisationen und neuen Richtplänen einzelner Gemeinden abgegeben. Zum geplanten Kraftwerk Mühleholzrüfequellen der LKW wurde ein kritischer Bericht zur vorliegenden Einzelfallprüfung eingereicht. Aus denkmalpflegerischer Sicht erfüllt das eingereichte Projekt die bereits von der Regierung beanspruchten Anforderungen nicht, wonach das Kraftwerksprojekt die Vorgaben des «Integralen Nutzungskonzeptes» gebührend zu berücksichtigen habe.

Die Massnahmenplanung zur Burg Gutenberg in Balzers zu einer erweiterten Nutzung wurde massgeblich mitbegleitet. Bei Führungen können die Innenräume der Burg derzeit nicht besichtigt werden. Künftig aber können geführte Gruppen auch repräsentative Räume (Schank- und Zunftstube, Rittersaal, Speisezimmer, Küche, Grosse Stube) besichtigen. Dafür müssen bauliche Massnahmen hinsichtlich der Personen- und Objektsicherheit getroffen werden.

Forschung, Inventarisation, Dokumentation

Im Rahmen des Dokumentationsauftrags wurden folgende baugeschichtliche Gutachten, Baudokumentationen und dendrochronologische Analysen in Auftrag gegeben und erstellt:

- Balzers: Wohnhaus, Winkel 3
- Eschen: Wohnhaus und Stallscheune, Kapfstrasse 15
- Gamprin: Wohnhaus und Stallscheune, Oberbühl 106

- Ruggell: Wohnhaus und Stallscheune, Bergstrasse 25
- Ruggell: Wohnhaus und Stallscheune, Kapellaweg 3
- Ruggell: Wohnhaus und Stallscheune, Schellenbergstrasse 15
- Ruggell: Wohnhaus und Stallscheune, Spidach 6
- Schaan: Doppel-Wohnhaus, Landstrasse 61 und 63
- Schaan: Ehem. Gasthaus Traube, Landstrasse 81
- Schaan: Doppel-Wohnhaus, Reberastrasse 2-4
- Triesen: Wohnhaus, Oberer Winkel 15
- Triesen: Wohnhaus, Landstrasse 288
- Triesenberg: Hütte, Grosssteg 74
- Triesenberg: Hütte, Kleinsteg 67
- Vaduz: Fürst-Franz-Josef-Strasse 84
- Vaduz: Wohnhaus, Hintergass 17
- Vaduz: Wohnhaus, Wingertgasse 2

Für die Erfassung und Aktualisierung der Inventardaten in der Denkmalverwaltung «GemDat» musste aufgrund der knappen Personalressourcen auf externe Unterstützung zurückgegriffen werden. Dies galt auch für die Aufnahme des Bibliothekszuwachses in die elektronische Datenbank ALEPH.

In Zusammenhang mit dem neuen KGG wurde mit den Inventarisationsarbeiten für das Kulturgüterregister begonnen. Die nach Gemeinden inventarisierten und zu registrierenden Kulturgüter müssen neu die Vorgaben erfüllen, dass sie zum kulturellen Erbe Liechtensteins gehören, von nationaler Bedeutung sind und sich im Land befinden. Die Neuinventarisation startete mit der Gemeinde Balzers als Mustergemeinde.

Verlustbilanz: Abbrüche 2016

Im Berichtsjahr konnten wiederum einige kulturgeschichtlich und ortsbaulich wichtige Zeugnisse der liechtensteinischen Bau- und Siedlungsentwicklung nicht vor dem Abbruch bewahrt werden. Nachfolgende Bauten mussten zum Abbruch freigegeben werden, wobei nicht alle Gebäude im Berichtsjahr abgerissen wurden:

- Balzers: Wohnhaus und Stallscheune, Iradug 35/37 (erbaut 1949)
- Balzers: Ökonomiebauten, Pralawisch 12-14 (erbaut 1892)
- Eschen: Wohnhaus und Stallscheune, Kapfstrasse 15 (erbaut 1619 bzw. 1854)
- Eschen-Nendeln: Wohnhaus, Ziegeleistrasse 29 (erbaut im 19. Jh.)
- Gamprin: Wohnhaus und Stallscheune, Oberbendern 34 (erbaut 1934)
- Gamprin: Wohnhaus und Stallscheune, Oberbühl 106 (erbaut 1901)
- Mauren: Stall, Lachenstrasse 8 (erbaut um 1940)
- Ruggell: Wohnhaus und Stallscheune, Bergstrasse 25 (erbaut 1678 bzw. 1933)
- Ruggell: Wohnhaus und Stallscheune, Wiesengasse 5 (erbaut um 1910)
- Schaan: Wohnhaus, Bahnstrasse 71 (erbaut 1951)
- Schaan: Wohnhaus, Landstrasse 108 (erbaut um 1880)
- Triesen: Wohnhaus, Runkelsstrasse 16 (erbaut 1926)
- Triesenberg: Stall, Bleika (erbaut 1681)
- Triesenberg: Stall, Leitawis (erbaut 1814)
- Triesenberg: Wohnhaus, Wangerbergstrasse 25 (erbaut 1948)
- Triesenberg: Schopf, Gschindstrasse 50 (erbaut um 1900)
- Vaduz: Wohnhaus und Magazin, Äulestrasse 48/50 (erbaut 1931 bzw. 1923)
- Vaduz: Wohnhaus, Schmedgässle 2 (erbaut Ende 19. Jh.)

Die jährliche Verlustbilanz zeigt, dass in den letzten 15 Jahren gegen 350 erhaltens- oder gar schutzwürdige Häuser abgebrochen worden sind – die historische Bausubstanz Liechtensteins ist erheblich dezimiert worden.

Öffentlichkeitsarbeit

Wichtige Elemente der Öffentlichkeitsarbeit waren Führungen sowie die Zusammenarbeit mit den Medien. Führungen wurden beispielswiese anlässlich des Vaduzer Waldtages (Burgruine Schalun/Wildschloss) und für Seniorinnen und Senioren zur historischen Rheinbrücke durchgeführt. Zur Medienarbeit gehörten Beiträge zum Rechenmacherhaus in Planken und zur Walserkultur im Magazin «oho #3».

Mit dem Amt für Bau und Infrastruktur (ABI) wurde ein «Leitfaden Solaranlagen» erarbeitet, welcher sich den Gestaltungskriterien für Anlagen bei Altbauten, Kulturdenkmälern und in Ortsbildern widmet. Ebenfalls für das ABI wurde aus Sicht der Denkmal- und Ortsbildpflege ein Beitrag zum Raumordnungsbericht verfasst. Zudem konnte die Übernahme eines namhaften Architekturnachlasses eingeleitet werden. Der Leiter der Denkmalpflege ist Mitglied zahlreicher Gremien, z.B. des interdisziplinären Koordinationsgremiums des Schweizerischen Bundesamtes für Umwelt BAFU zum «Erdbebenschutz von kulturhistorisch bedeutenden Mauerwerksbauten» oder der «Konferenz der Schweizer Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger KSD». Er ist auch Stiftungsrat in der «stiftung sommerlad».

Kulturgütergesetz (KGG)

Das neue Kulturgütergesetz (KGG) löst das Denkmalschutzgesetz aus dem Jahr 1977 ab. Mit ihm werden u.a. erstmals nationale Grundlagen für den Kulturgüterschutz bei Schadensereignissen geschaffen. Zudem wurden mit den begleitenden Verordnungen auch die Ausrichtung von finanziellen Beiträgen nach dem Kulturgütergesetz und die Erhebung von Gebühren nach dem Kulturgütergesetz umfassend geregelt.

Kulturgüterschutz

Auf Einladung des Fachbereichs Kulturgüterschutz im Schweizer Bundesamt für Bevölkerungsschutz und des Amtes für Kultur trafen sich Anfang Mai 2016 die Verantwortlichen für den Kulturgüterschutz aller Schweizer Kantone zum ganztägigen Jahresrapport in Vaduz.

Notfallpläne konnten weiterbearbeitet, Kulturgüterschutzplanungen einzelner Gemeinden unterstützt werden. Mit dem Beitritt zum Zweiten Haager Protokoll vom 26. März 1999 ergänzt Liechtenstein die Bestimmungen des neuen KGG und bestärkt seine Zusammenarbeit und Solidarität mit der internationalen Staatengemeinschaft im Bereich des Kulturgüterschutzes. Nebst dem internationalen Schutz von Kulturgütern bei bewaffneten Konflikten werden mit dem Zweiten Protokoll insbesondere auch die Massnahmen zur Sicherung von Kulturgut in Friedenszeiten gestärkt.

Europa-Tag des Denkmals
Unter dem Titel «Neues Wohnen im Baudenkmal: Das Ramschwaghaus in Balzers» bot die Denkmalpflege anlässlich des 24. Europa-Tags des Denkmals im Fürstentum Liechtenstein am 3. September 2016 Einblicke in das Wohnhaus im Winkel 1/3 in Balzers. Unter Führung des Abteilungsleiters und des verantwortlichen Architekten konnten über 180 Interessierte das fast fertig gestellte Haus besichtigen. Vor dem Rundgang führten die Fachleute in dessen Geschichte ein und erläuterten die Instandsetzungsmassnahmen zum nachhaltigen Weiterbauen am Denkmal. Dem Publikum konnte so ein wichtiges Stück Zeitgeschichte näher gebracht werden.

Denkmalschutzkommission
Im Berichtsjahr behandelte die Denkmalschutzkommission in sechs Sitzungen über 50 Traktanden mit Bau- oder Abbruchvorhaben an Denkmalobjekten. Aus ihren Empfehlungen resultierten über 20 Regierungsbeschlüsse zu Interventionen an Denkmalschutzobjekten. So hat die Regierung dem Antrag der Denkmalschutzkommission Folge geleitstet und die Unterschutzstellung des Schaaner Torkels verfügt. Im Weiteren hat die Kommission Antrag auf formelle Unterschutzstellung der Hofstätte Nr. 15 («Humbihaus») an der Landstrasse 271, Parz. Nr. 1'954, (Triesen), gestellt.

An folgende Objekte bzw. Massnahmen richtete die Regierung auf Empfehlung der Kommission im Berichtsjahr namhafte Subventionsbeiträge und -nachträge in der Höhe von CHF 784'423.15 aus: Restaurierung Turmdach Kapelle Mariahilf in Balzers, Aussensanierung Kapelle St. Theodul auf Masescha, Triesenberg, Ersatz Schutzverglasung und Restaurierung Innenraum Pfarrkirche St. Laurentius in Schaan, Platz- und Umgebungsgestaltung Vorplatz Kathedrale beim Heiligkreuz in Vaduz, Sanierungsarbeiten Pfundbauten Eschen, Mühle und Haus im Winkel 1 in Balzers, Haus Dorfstrasse 52 in Ruggell, Haus Am Wangerberg 40 und Prufatschengerhaus in Triesenberg, Kapelle St. Maria, Sennerei und Kosthaus in Triesen, Haus Wingertgasse 2 und Burgruine Schalun/Wildschloss in Vaduz.

In Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des KGG per 1. Januar 2017 wurde die Denkmalschutzkommission auf Ende Berichtsjahr aufgelöst. Seit 1999 hat sie 890 Traktanden in 117 Sitzungen behandelt. Es konnte vieles erreicht, zahlreiche Baudenkmäler gerettet und viele Kulturgüter unter Denkmalschutz gestellt werden. Für etliche Denkmäler konnte aber kein Schutz erwirkt werden; im letzten Jahrzehnt erfolgte gar der Abbruch von weit über 300 erhaltenswerten Objekten. Die Kommission hat in einem schwierigen Umfeld aber erfolgreich gearbeitet und den Denkmalpfleger sowie auch die Regierung massbeglich in ihrem Auftrag zur Pflege und zum Schutz der Kulturgüter in Liechtenstein unterstützt. Ihr gebührt dafür ein grosses Dankeschön und viel Respekt.

Kulturschaffen

Aufgaben
Die Abteilung «Kulturschaffen» im Amt für Kultur ist eine Koordinationsstelle für kulturelle Anliegen und ist für die Organisation und Durchführung kultureller Projekte zuständig.

Atelier Berlin
Das Liechtensteiner Künstleratelier am Paul-Lincke-Ufer in Berlin-Kreuzberg erfreut sich nach wie vor grosser Beliebtheit. Es bietet Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit, für drei oder sechs Monate in Berlin, einem der aktuellen Zentren der zeitgenössischen Kunst, zu leben und zu arbeiten und ihr Schaffen weiterzuentwickeln. Die Stipendiaten im Liechtensteiner Künstleratelier waren im Berichtsjahr Sarina Matt, Musik (Januar bis Juni) und Iluska Grass, Bildende Kunst (Juli bis Dezember).

Liechtensteiner Buchtage 2016
Am Montag, 15. Februar 2016, wurden die Liechtensteiner Buchtage als Gemeinschaftsprojekt von Amt für Kultur, Schulamt, Kulturstiftung und Landesbibliothek eröffnet. Bis zum 23. April folgten zahlreiche Aktionen zum Thema «Liechtenstein liest». Das Gemeinschaftsprojekt verstand sich als Plattform, welche bildungspolitischen Anliegen ebenso diente wie kulturpolitischen Zielsetzungen. Im Rahmen der Auftaktveranstaltung fand auch die Bekanntgabe der Preisträger des Wettbewerbs «Schönste Bücher aus Liechtenstein 2015» statt.

Wettbewerb «Schönste Bücher aus Liechtenstein 2016»
Für die Jurierung der schönsten Bücher aus Liechtenstein 2016 wurden 21 Publikationen eingereicht. Die Jury hatte einmal mehr nicht den Inhalt, sondern das vorbildlich gestaltete Buch zu beurteilen. Massgebend für die Beurteilung sind daher insbesondere die Idee und Konzeption, die grafische Gestaltung, die Typografie, die Qualität des Druckes, die Qualität des Einbandes, die verwendeten Materialien und der Gesamteindruck. Dabei erhielt die Publikation «Pioneers from a hidden Country» von der Jury eine Auszeichnung. Die Überreichung der Urkunden an Gestalter, Verlag, Druckerei und Buchbinderei wird anfangs März 2017 im Rahmen der Auftaktveranstaltung zu den Liechtensteiner Buchtagen 2017 erfolgen.

300 Jahre Fürstentum Liechtenstein
Das Amt für Kultur hat der Regierung Ende 2015 ein Konzept mit möglichen Inhalten, Partnerschaften sowie mit einem Organisationsmodell und Überlegungen zur Finanzierung der Feierlichkeiten zu «300 Jahre Fürstentum Liechtenstein» im Jahr 2019 vorgelegt. Die Regierung hat den Bericht anfangs 2016 zur Kenntnis genommen und in der Folge weitere Beschlüsse zur Durchführung eines Jubiläumsprogramms gefasst. Zur weiteren Vorbereitung wurde ein Organisationskomitee eingesetzt.

Cultural Compendium
Das «Compendium of Cultural Policies and Trend in Europe» wurde vom Europarat im Jahre 1998 lanciert und wird von diesem seither getragen. Nationale Autorin für das wichtige Instrument der länderübergreifenden Kulturpolitik ist Kornelia Pfeiffer. Sie hielt das Länderprofil Liechtensteins auch im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit der Abteilung Kulturschaffen und dem Institut ERICarts auf aktuellem Stand.

Arbeitsgruppen und Kommissionen
Der «Aufsichtsrat der Genossenschaft Theater am Kirchplatz» durfte zusammen mit dem neuen Intendanten Thomas Spieckermann in die Spielzeit 2015/2016 starten. Auch wenn grosse Wechsel eine gewisse Unsicherheit bezüglich Programm und finanzieller Auswirkung mit sich bringen, konnte die erste Spielzeit von der Genossenschaftsversammlung als äusserst erfolgreich zur Kenntnis genommen werden.

Die «EFTA-Working Group On Cultural Affairs» traf sich im Berichtsjahr zu einer Sitzung. Mit Interesse wurde die von Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, verkündete Absicht der Europäischen Kommission diskutiert, im Jahr 2018 ein Europäisches Kulturerbejahr durchzuführen.

Die «Kommission Kultur der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK)» organisierte im Berichtsjahr das Kulturforum zum Thema «Literaturhäuser» und die Förderpreisvergabe in der Sparte «Dramatische Texte». Die Förderpreise 2017 werden aufgrund des Liechtensteiner IBK-Vorsitzes von der Abteilung Kulturschaffen organisiert und widmen sich dem Bereich «Illustration».

Die «Konferenz der Kulturbeauftragten für die Ostschweiz und das Fürstentum Liechtenstein (KBK-Ost)» traf sich zu zwei Sitzungen, in welchen weiterhin das gemeinsame Förderprojekt «TanzPlan Ost» sowie der Informationsaustausch zu Fördergesuchen mit überregionalem Interesse im Vordergrund standen.

Landesarchiv

Schwerpunkte
Die im Dezember 2015 begonnene Prozessanalyse konnte im September 2016 abgeschlossen werden. In 35 Sitzungen wurden 24 Prozesse analysiert, aufgezeichnet, Massnahmen zur Optimierung erarbeitet und in einem Massnahmenplan schriftlich festgehalten. Durch die Prozessanalyse konnten offene und unvollständige Geschäfte benannt und Massnahmen zu deren Bearbeitung in die Wege geleitet werden. Die Analyse half zudem aufzuzeigen, welche über Jahre hinweg eingefahrenen Strukturen nicht mehr zeitgemäss waren und einer Überarbeitung bedurften. Im Zuge dessen erhielt die Abteilung Landesarchiv Mitte Mai ein neues Organigramm. Neu gibt es vier Fachbereiche, auf die im anschliessenden Kapitel einzeln eingegangen wird. In jedem Fachbereich arbeiten fortan mehrere Personen zusammen, sodass erstens das bisherige Klumpenrisiko gebannt ist und zweitens immer mehrere Ansprechpartner für die Amtsstellen und Archivbenutzer zur Verfügung stehen.

Die wichtigsten Kenndaten im Mehrjahresvergleich

	2016	2015	2014	2013
Personal				
Anzahl bewilligte Stellen	**6.5**	6.5	6.5	6.5
Anzahl fest angestellte Personen	**8 (7)***	9	9	9
Befristet angestellte Personen	**1**	1		
Archivalienzugang				
Gesamtbestände in Laufmetern	**ca. 10'300**	ca. 10'300	ca. 10'000	ca. 9'800
Zuwachs in Laufmetern	**170**	325	492	330
Anzahl der ablieferungspflichtigen Behörden	**72**	72	72	72
Anzahl Aktenbildner, die abgeliefert haben	**34**	51	43	34
Anzahl der Zugänge insgesamt	**215**	286	340	346
Erschliessung				
Erschliessung insgesamt (VEs in DB)	**1'782'264**	1'737'987	1'701'614	1'668'109
Neuerschliessung (VEs in DB)	**24'229**	15'783	34'208	139'015
Zuwachs Handbibliothek (Titel)	**174**	112	162	97
Benutzung				
Anzahl Benutzer (ohne LLV)	**141**	150	142	117
Anzahl Benutzertage (ohne LLV)	**316**	460	369	443
Ausnahmebewilligungen (Ansuchen)	**4**	12	4	3
Vorlage von Akten im Benutzerraum (ohne LLV)	**1'452**	1'604	3'284	2'153
Ausleihen an Landesverwaltung	**1'146**	1'223	904	1'231
Schriftliche Auskünfte	**574**	343	643	695
Sicherung, Konservierung				
Erstellte 35-mm Mikrofilme	**112**	43	66	104
Aufnahmen 35-mm Filme	**160'447**	36'837	62'749	94'668
Erstellte 16-mm Mikrofilme	**0**	80	22	61
Aufnahmen 16-mm-Filme	**0**	202'845	54'853	152'484
Scans (Durchlaufscanner)	**73'402**	328	77'130	18'830
Scans (Aufsichtsscanner)	**7'966**	11'564	18'924	30'335
Massenentsäuerung (in kg)	**1'584**	1'556	1'620	943

* Eine fest angestellte Person wechselte von der Abteilung Landesarchiv zur Fachstelle LiVE.

Fachbereiche

Überlieferungsbildung

Um die Flut von Ablieferungen einzudämmen und um sicherzustellen, dass nur archivwürdige Unterlagen übernommen werden, fanden erstmals Bewertungen von Schriftgut statt. Dies betraf abliefernde Stellen der Landesverwaltung sowie Private. Das «Merkblatt zur Aussonderung und Ablieferung von Schriftgut durch die Amtsstellen» ist eine wichtige Hilfestellung für die ablieferungspflichtigen Stellen. Die Mitarbeitenden des Fachbereichs suchen abliefernde Stellen vor Ort auf, beraten diese, bewerten die angebotenen Unterlagen und erläutern die Aufbereitung der Unterlagen für die Übernahme.

Im Berichtsjahr konnten die staatlichen Bestände 142 Zugänge verzeichnen. Grössere Ablieferungen (mehr als fünf Laufmeter Akten) kamen von Amt für Bau und Infrastruktur, Finanzmarktaufsicht, Landespolizei, Landgericht, Liechtensteinischer Botschaft in Brüssel und Steuerverwaltung.

Die Privatarchive erhielten u.a. Zuwachs durch das Vereinsarchiv der Liechtensteinischen Trachtenvereinigung und durch Unterlagen aus dem Nachlass des Pfarrers Anton Frommelt, welche von der Kanonikus Frommelt-Stiftung überreicht wurden. Von Dr. Peter Rheinberger (Vaduz) erhielt das Landesarchiv weitere Nachlieferungen für das Familienarchiv Rheinberger. Erika Schädler aus Triesenberg schenkte etwa 80 Auswanderer-Briefe, die Karolina Lampert-Schädler von 1873 bis 1916 an Verwandte in Triesenberg schrieb. Dies sind wichtige sozialgeschichtliche Quellen, welche das Leben in der Fremde aber auch die liechtensteinische

Alltagsgeschichte beleuchten. S.D. Prinz Emmeram von und zu Liechtenstein überliess dem Landesarchiv Todesanzeigen, Sterbebildchen und Verlobungsanzeigen der Familie von und zu Liechtenstein. Die Plan- und Kartensammlung wurde um eine historische Karte aus dem Jahr 1835 bereichert.

Erschliessung und Bestandserhaltung

Der Fachbereich Erschliessung und Bestandserhaltung widmet sich vorwiegend dem Abbau von Erschliessungsrückständen und der Neuverzeichnung von unzureichend erschlossenen Beständen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 24'229 Verzeichnungseinheiten erstellt, wovon ein Teil der Metadatensätze elektronisch importiert wurde. Die Archivdatenbank Scope enthält nun 1'782'264 Verzeichnungseinheiten.

Bei der Erschliessung der Altbestände lag ein Schwerpunkt auf den Akten des Waldamtes. Teilbestände der Sonderfaszikel (gehören zu Beständen der Regierungsakten) konnten durch eine auf drei Monate befristet angestellte Fachkraft verzeichnet werden. Zudem wurde einerseits die Neuverzeichnung von älteren Regierungsakten fortgesetzt und andererseits mit der Erschliessung jüngerer Regierungsakten begonnen. Des Weiteren wurden Landtagsakten, Akten des Schulamts, des Rentamtes/Landeskasse und der Vermittlerämter erschlossen. Bei den Privatarchiven wurden die Vereinsarchive des Liechtensteinischen Ornithologischen Verbandes (LOV) und der Liechtensteinischen Trachtenvereinigung (LTV) ebenso verzeichnet wie der Nachlass von Alt-Regierungschef Josef Ospelt. Die Fotosammlungen der Medienhaus AG, der Foto Gross AG, der Liechtensteinischen Trachtenvereinigung (LTV) und der Inventarisation zur Publikation «Kunstdenkmäler des Fürstentums Liechtenstein» wurden abschliessend verzeichnet.

Im Rahmen der Planung zukünftiger Massnahmen zur Bestandserhaltung wurde damit begonnen, die Magazinbelegung zu optimieren. Dies beinhaltet unter anderem die Differenzierung von Zwischenarchivgut und Archivgut. Zwischenarchivgut wird ab sofort nicht mehr bearbeitet, sondern erst, wenn es bewertet und Archivgut ist. Wie auch in den vergangenen Jahren wurden im Rahmen der Massenkonservierung 1'584 Tonnen Akten zur Entsäuerung gegeben. Es handelte sich um Unterlagen aus den Beständen der Regierung. Restauriert wurden 44 Bücher aus der Bibliothek des Rheinberger Familienarchivs.

Kundendienst und Bibliothek

Im Berichtsjahr suchten 141 Personen (ohne Landesverwaltung) an 316 Benutzertagen das Archiv auf. Im Benutzerraum wurden 1'452 Archivalien vorgelegt, an die Landesverwaltung wurden 1'146 Akten ausgegeben. Die Forschungsschwerpunkte waren neben Ahnen- und Familienforschung u.a. die Genese der Zivilprozessordnung, die Pfarrei Balzers und ihr Kulturgut im Wandel der Zeit sowie Martin Hilti und die Volksdeutsche Bewegung. Vier Ausnahmebewilligungen zur Verkürzung der Sperrfristen wurden erteilt, 574 Anfragen wurden schriftlich beantwortet.

Technischer Dienst

Der Technische Dienst setzte die Scanprojekte Plan- und Kartensammlung sowie Bildsammlung im Sinne des Kundenservice und der Bestandserhaltung fort. Etwa ein Viertel aller Pläne und Karten ist bereits eingescannt und die Bilddateien sind mit den jeweiligen Datensätzen in der Archivdatenbank verknüpft. Auch die extern angefertigten Scans der Fotosammlungen Walter Wachter und Xaver Jehle sind mit den dazugehörigen Verzeichnungseinheiten in der Datenbank Scope verlinkt. Die häufig angefragte Bildsammlung ist zu einem Drittel eingescannt. Das erste Drittel der Negativsammlung Walter Wachter wurde extern digitalisiert. Im Rahmen der Bestandserhaltung und der Ersatzverfilmung wurden 112 Mikrofilme erstellt. Mit dem Durchlaufscanner wurden 73'402 Scans angefertigt, davon 171 für Benutzer; mit den beiden Aufsichtsscannern 7'966, davon 191 als Benutzeraufträge. Mit den beiden Flachbettscannern wurden 11'290 Fotos eingescannt, davon 443 für Benutzer. Bei Routinekontrollen wurde bei rund 800 Mikrofilmen auf Acetatbasis das materialbedingte Essigsäuresyndrom festgestellt. Die einzige Lösung bot die Duplizierung der betroffenen Filme auf heute gängige Polyesterfilme.

Öffentlichkeitsarbeit

Das 2009 errichtete Verwaltungs- und Archivgebäude erfreut sich weiterhin grossen Interesses. Es fanden 13 Führungen statt. Im Januar 2016 wurde mit der Stein Egerta der Kurs «Auch Privatarchive wollen gepflegt werden» angeboten. Er stiess bei den acht Teilnehmern auf grosses Interesse. Im Rahmen des «Master of Advanced Studies in Information Science» der HTW Chur absolvierten sieben Teilnehmer ihr Wahlpflichtmodul zum Thema Archivmanagement in Vaduz. Beim Studienprogramm «Master of Advanced Studies in Archival, Library and Information Sciences» der Universität Bern konnte ein Vortrag zum Thema «Bauliche Massnahmen zur Bestandserhaltung – Fallbeispiel Liechtensteinisches Landesarchiv» vor 35 Zuhörern gehalten werden.

Forschungs- und Publikationstätigkeit

Quellen zur Liechtensteinischen Geschichte werden auf dem Editionsportal www.e-archiv.li publiziert. Aktuell stehen dem interessierten Benutzer 7'230 Dokumente zur Liechtensteinischen Landesgeschichte zur Verfügung. Diese werden ergänzt durch 3'547 Personen- und 360 Körperschaftsartikel. Die ausgewählten Quellen sind in Editionen gegliedert und können übersichtlich in einer Zeitleiste oder mit Volltextrecherche durchsucht werden.

Die Edition von Quellen zur Liechtensteinischen Landesgeschichte aus dem Österreichischen Staatsarchiv und dem Hausarchiv der regierenden Fürsten von Liechtenstein wird von Dr. Katharina Arnegger betreut. Im Fo-

kus stand die Fertigstellung der Edition von Quellen zu den Hexenprozessen. Der weitere Schwerpunkt im Berichtsjahr war die Recherche im Hausarchiv zu Sitz und Stimme der Fürsten von Liechtenstein im Reichsfürstenrat. Ende des Jahres sind 253 Dokumente online zugänglich.

Als Gemeinschaftsprojekt mit dem Historischen Verein für das Fürstentum Liechtenstein edierte der Historiker Lukas Ospelt im Rahmen einer 50 Prozent-Anstellung 207 Dokumente zur Auswanderung aus Liechtenstein. Das Projekt dauerte vom 1. Oktober 2015 bis 31. Dezember 2016.

Claudius Gurt bearbeitet im Auftrag des Historischen Vereins das Liechtensteinische Urkundenbuch (LUB). Er hat seinen Arbeitsplatz im Archiv- und Verwaltungsgebäude. Im Rahmen eines 50 Prozent-Pensums wurden 37 Dokumente fertig bearbeitet. Insgesamt stehen 381 Schriftzeugnisse aus der Zeit der Freiherren von Brandis (1417 bis 1510) unter www.lub.li zur Verfügung.

Kooperationen

Gemeindearchive
Der 20. Gemeindearchivtag fand am 24. November 2016 zum Thema «Filme in Archiven» statt.

Josef Gabriel Rheinberger-Archiv
Der Kirchenchor zu St. Florin, Vaduz, überliess dem Josef Gabriel Rheinberger-Archiv das Originalmanuskript der Messe in D-Dur für vier Singstimmen und Orgel aus dem Jahr 1856 (JWV 071) mitsamt der vom Chordirigenten William Maxfield besorgten Noten-Transkription. Weiters befindet sich im Josef Gabriel Rheinberger-Archiv nun das Streichquartett in D-Moll (JWV 059), dessen Transkription und Herausgabe Christian Starke in München übernommen hat. Der in Berlin lebende Professor Dr. Hansjörg Rheinberger schenkte dem Rheinberger-Archiv bibliophile Erstdrucke von Noten des Komponisten. Insgesamt verzeichnete das Archiv zehn Zugänge. Es waren 15 Anfragen zu bearbeiten. Für die Schweizerische Bibliophilen-Gesellschaft, die am 4. und 5. Juni 2016 in Vaduz und Feldkirch ihre Jahresversammlung abhielt, konnte ein Vortrag zu Rheinberger und den Quellen im Josef Gabriel Rheinberger-Archiv gehalten werden. Am 28. Februar 2016 endete eine Ausstellung zu Rheinbergers Gattin Franziska von Hoffnaass im Gasometer in Triesen, zu welcher das Rheinberger-Archiv zahlreiche Exponate beigesteuert hat. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Internationalen Rheinberger-Gesellschaft (IRG) ist der zuständige Rheinberger-Archivar als Kassier im Vorstand der IRG tätig.

Stiftung Dokumentation Kunst in Liechtenstein
Die Zusammenarbeit mit der Stiftung Dokumentation Kunst in Liechtenstein ist seit 2005 vertraglich geregelt. Im Berichtsjahr konnte mit der systematischen Digitalisierung der Bestände begonnen werden.

Fachstelle LiVE

Projektstart
Das Amt für Kultur sowie das Amt für Informatik wurden von der Regierung beauftragt, gemeinsam das Soll-Konzept LiVE (Liechtensteiner Aktenverwaltung) umzusetzen, wodurch die Fachstelle LiVE neu geschaffen und beim Amt für Kultur angegliedert wurde. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik wurden 2016 die ersten Projekte gestartet, welche die Grundlagen für die einheitliche Umsetzung der digitalen Aktenführung in der Landesverwaltung schaffen sollen. Die Federführung für zwei dieser Projekte lag bei der Fachstelle LiVE im Amt für Kultur. Das arbeitsintensivste Projekt war die Revision des einheitlichen Aktenplans für die Landesverwaltung. Dieser wird in der Umsetzung des Programms das Kerninstrument für die Struktur und Steuerung von Akten sein. Mit Hilfe eines Projektteams und unter Einbezug von allen beteiligten Amtsstellen fanden umfassende Erarbeitungs- und Koordinationstätigkeiten zum Aktenplan statt. Die Erstellung eines Reglements zum Umgang mit digitalen Akten war das zweite 2016 gestartete Projekt. Es beinhaltete verschiedene praktische Fragen zur Umsetzung des digitalen Primats. Einige Fragen müssen rechtlich abgeklärt werden, bei anderen ist die künftige Software zur Aktenverwaltung ausschlaggebend. Bei organisatorischen Fragen soll besonders auch auf die vorhandenen Situationen und die aktuellen Bedürfnisse in den Amtsstellen eingegangen werden. Unter Beteiligung der Fachstelle wurde beim Amt für Informatik die Software-Lösung für die digitale Aktenverwaltung ausgeschrieben.

Schulamt

Amtsleiter: Arnold Kind

Die Hauptaufgaben des Schulamts sind die Planung, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Bildungswesens im Kindergarten sowie im Schul- und Hochschulbereich. Dazu gehören die Aufsicht über die Schulen und Hochschulinstitutionen, die Verantwortung für das Lehrpersonal, das Schulleitungspersonal und das weitere Personal an den öffentlichen Schulen, die Erarbeitung von Rechts- und Planungsgrundlagen, die Verwaltung und der Betrieb von Schulen und schulnahen Betrieben (Hallenbad, Jugendhaus) sowie die damit zusammenhängende Vorbereitung der Regierungsgeschäfte. Zentrale Aufgaben ergeben sich zudem im Zusammenhang mit den Schulübertritten, mit der Gewährleistung der Durchlässigkeit und der Anschlüsse an weiterführende Schulen und Hochschulen sowie bei der Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Ein weiterer Aufgabenbereich bildet die Verwaltung des Stipendienwesens.

Im Rahmen der Leistungsanalyse in der Landesverwaltung wurden verschiedene Arbeiten weitergeführt bzw. neu in Angriff genommen, so etwa das Projekt «Gesamtsystem zur Optimierung der relevanten Prozesse von der Stunden- und Stellenplanung bis hin zur Lohnabrechnung» (siehe auch BuA 123/2016).

Insbesondere mit Blick auf die Zielgruppe Eltern gibt das Schulamt jährlich sechs Ausgaben des Newsletters «schule heute» heraus, um über aktuelle Themen des Schul- und Bildungswesens zu informieren.

Vom 23. bis 25. September 2016 fanden im SAL in Schaan die 2. «next-step»-Berufs- und Bildungstage statt. Das Schulamt gab Auskunft über die vielfältigen Bildungswege, die den Schülerinnen und Schülern aus Liechtenstein offen stehen. Zudem informierten die Stipendienstelle des Schulamts, das Freiwillige 10. Schuljahr und die Berufsmaturitätsschule Liechtenstein über ihre Angebote.

Die Flüchtlingsproblematik beschäftigte die Schulbehörden und die Schulen auch weiterhin. Im Schuljahr 2015/2016 musste der einjährige Intensivkurs Deutsch als Zweitsprache (IKDaz) von ein auf drei Klassen ausgeweitet werden. Im Schuljahr 2016/2017 konnte auf zwei Klassen reduziert werden.

Eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe hat im Berichtsjahr die konzeptionellen Arbeiten zu einer Schulbautenstrategie abgeschlossen und dem zuständigen Ministerium für Infrastruktur einen Berichtsentwurf zugestellt.

Öffentliche Schulen

Im Schuljahr 2016/2017 waren insgesamt 647 Lehrpersonen an den öffentlichen Schulen beschäftigt. Davon waren 22 Lehrpersonen mit Schulleitungsaufgaben betraut. Im Berichtsjahr traten 36 Personen aus dem Schuldienst aus, 8 davon aus Altersgründen. 40 Neuanstellungen wurden vorgenommen, wovon 28 aus Liechtenstein stammen. Im Berichtsjahr wurden mit insgesamt 105 Lehrpersonen Beurteilungsgespräche durchgeführt. Mit den Schulleitungspersonen wurden die jährlichen Personalgespräche abgehalten.

Im Berichtsjahr erfolgte eine Revision des Staatspersonalgesetzes und des Lehrerdienstgesetzes, wonach die Lehrpersonen ab dem 1. Januar 2017 im Grundsatz denselben Regeln über die Beendigung des Anstellungsverhältnisses wie das Staatspersonal unterliegen. Im Rahmen dieser Revision wurde auch ein verwaltungsrechtliches Berufsausübungsverbot für Lehrpersonen eingeführt. Ein solches kann künftig über Lehrpersonen verhängt werden, die wegen ihres Verhaltens, insbesondere im sittlichen Bereich, für die Ausübung des Berufs als ungeeignet erscheinen.

Zudem hat die Regierung die folgenden Verordnungen abgeändert:
- Verordnung über die Berufsmittelschule
- Schulorganisationsverordnung
- Verordnung über den Lehrplan, die Promotion und die Matura auf der Oberstufe des Liechtensteinischen Gymnasiums
- Lehrerdienstverordnung
- Besoldungsverordnung

Ausserdem erstellte das Schulamt in Zusammenarbeit mit involvierten Stellen folgende Richtlinien, Merk- und Informationsblätter:
- Merkblatt über den Datenschutz an Schulen
- Richtlinien über die Führung von Akten an öffentlichen Schulen
- Richtlinien über die Nutzung der Schulinformatik
- Information über Klassenhilfen, Schul- und Unterrichtsassistenzen an öffentlichen Schulen
- Information für Lehrkräfte betreffend Kommunikation mit gemeinsam obsorgeberechtigten Eltern
- Information für Lehrkräfte betreffend ungerechtfertigte Anschuldigungen wegen Verletzung der Integrität von Schülerinnen und Schülern

Das Zusammenwirken und die Koordination der Aufgaben im Schulbereich werden neben den bilateralen Kontakten jeweils durch gemeinsame Konferenzen der Schulleiterinnen und Schulleiter und auf Gemeindeebene zusätzlich durch die Konferenz der Gemeindeschulratsvorsitzenden bewerkstelligt. Zudem steht das Schulamt in regelmässigem Austausch mit dem Dachverband der Elternvereinigungen (DEV) und mit einzelnen unabhängigen Elternorganisationen. Derzeit gibt es zwölf Elternorganisationen im Verband und vier unabhängige Organisationen.

Am 9. März 2016 fand der erste Pädagogische Dialog statt. Für die Durchführung konnte Marc Getzmann gewonnen werden, der ein anregendes und unterhaltsames Referat zum Thema «Früher war alles einfacher – Ver-

haltensschwierigkeiten verstehen und Handlungssicherheit entwickeln» hielt. Diese Form der Weiterbildung und des Dialogs zwischen der Lehrerschaft aller Stufen, den Schulleitungen und dem Schulamt soll in Zukunft einmal jährlich weitergeführt werden.

Technikförderung

Die Technikförderung wird seit 2016 unter dem neuen Titel «MINT-Förderung» weitergeführt. Mit der begrifflichen Veränderung soll betont werden, dass im Zeitalter der Digitalisierung neben dem technischen Bereich auch Kenntnisse in den Fächern Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften immer wichtiger werden.

Im Berichtsjahr wurde die Förderstiftung MINT-Initiative Liechtenstein gegründet. Stifter sind die Hilti Familienstiftung, die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer, die Wirtschaftskammer Liechtenstein sowie die Regierung. Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, die Begeisterung für MINT-Fächer an allen Schulen zu fördern. Der Landtag hat im Dezember einen Staatsbeitrag an die «Förderstiftung MINT Initiative Liechtenstein» genehmigt. Im geplanten Betrieb «pepperMINT» erhalten Schulklassen die Möglichkeit, die vier MINT-Fächer interdisziplinär zu erleben. Der Start ist im Sommer 2017 geplant.

Im Herbst startete an fünf Primarschulen das renommierte ETH-Projekt «Programmieren mit Logo». Dabei lernen Viert- und Fünftklässler aus fünf verschiedenen Primarschulen auf spielerische Art die grundlegenden Kenntnisse des Programmierens.

Als MINT-Förderung sind auch die Internationalen Wissenschaftsolympiaden zu sehen. Zugelassen zu den Wissenschafts-Olympiaden sind Schülerinnen und Schüler im Alter von 14 bis 19 Jahren, die sich im Rahmen von nationalen Ausscheidungsverfahren qualifizieren. Schülerinnen und Schüler aus Liechtenstein nehmen dafür am Auswahlverfahren in der Schweiz teil. Die besten Teilnehmenden reisen dann an die Internationalen Olympiaden, die jedes Jahr für jede Disziplin in einem anderen Land stattfinden. Fünf Schülerinnen und Schüler des Liechtensteinischen Gymnasiums konnten sich im Berichtsjahr qualifizieren und vertraten Liechtenstein in den Fächern Mathematik, Physik und Biologie.

Im Berichtsjahr führte Liechtenstein zusammen mit der Schweiz die 47. Internationale Physik-Olympiade (IPhO) durch. Diese fand in Zürich statt. Das Land unterstützte die Schweiz in organisatorischer und finanzieller Hinsicht. Zudem wurden für die Teilnehmenden zwei Ausflüge nach Liechtenstein angeboten. Für die Teilnahme an der IPhO 2017 konnten sich drei Schüler des Liechtensteinischen Gymnasiums qualifizieren.

Frühe Förderung

Mit dem Begriff «Frühe Förderung» wird die sprachliche Förderung von Kleinkindern in der Altersgruppe von 0 bis 4 Jahren in den Blick genommen. Diese Kinder gehören eigentlich nicht in den Zuständigkeitsbereich des Schulamts; allerdings wirkt eine qualitativ gute frühe Förderung entscheidend mit, wenn der Start im Kindergarten gelingen soll. Das Schulamt und das Amt für Soziale Dienste haben im Berichtsjahr die Akteure und Angebote im Bereich der Frühen Förderung erfasst und mit sämtlichen Anbietern im Bereich der Frühen Förderung Gespräche geführt. Die Handlungsfelder und Anliegen in der Frühen Förderung sind festgehalten und dokumentiert.

Qualitätssicherung

Im Schuljahr 2016/2017 wurden bereits zum sechsten Mal die Standardprüfungen mit den Schülerinnen und Schülern der 3. und 5. sowie 8. Stufe durchgeführt. Diese standardisierten Leistungsüberprüfungen in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik dienen Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulamt als Instrument der Qualitätssicherung. Der im Mai publizierte Bericht «Schulleistungserhebungen in Liechtenstein 2000 bis 2014» lieferte eine wertvolle Grundlage für weiterführende Diskussionen. So wurden im Berichtsjahr bereits verschiedene Massnahmen definiert.

Im Berichtsjahr wurden die Oberschule Vaduz, die Gemeindeschulen Schaan und die Realschule Balzers durch das Schulamt extern evaluiert. Übergreifendes Thema an allen Schulen war das Schulklima und die Befindlichkeit aller Akteure an den Schulen. In Schaan wurde zudem der Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten und die Entwicklung des Altersdurchmischten Lernens (AdL) evaluiert; an der Oberschule Vaduz die Förderung und Forderung der Schülerinnen und Schüler und an der Realschule Balzers der Umgang mit den Hausaufgaben. Allen evaluierten Schulen kann ein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Die befragten Eltern, Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonen sowie das weitere an den Schulen tätige Personal bekunden eine hohe Zufriedenheit. Entwicklungsmöglichkeiten liegen vor allem in der Elternkommunikation und -einbindung, in der Schülerpartizipation und in der Zusammenarbeit der verschiedenen Lehrpersonen (Klassen-, Ergänzungs- und Fachlehrpersonen).

Seit 2014 haben die Schulleitungen den Auftrag, die Jahresplanung und einen Rechenschaftsbericht nach einheitlichen Kriterien zu erstellen. Diese Dokumente bilden eine wichtige Grundlage für das Bildungsmonitoring und für die Leistungsdialoge mit den Schulleitungen. Im Berichtsjahr haben alle Schulen einen Bericht zuhanden des Schulamts erstellt.

Statistische Daten zum Schuljahr 2016/2017

Stufe	Anzahl Schulen	Anzahl Klassen	Anzahl Schüler* männlich	weiblich	Gesamt	Schüler pro Klasse	Lehrpersonen VZÄ (Vollzeitstellen)**
Gemeindeschulen	**14**	**151**	**1'357**	**1'264**	**2'621**	**17.4**	**255.16**
Kindergarten	-	-	361	372	733	-	
Primarschule	-	-	996	892	1'888	-	
Oberschulen	**3**	**32**	**221**	**162**	**383**	**12.0**	**69.38**
Triesen	1	11	72	49	121	11.0	
Vaduz	1	9	58	52	110	12.2	
Eschen	1	12	91	61	152	12.7	
Realschulen	**5**	**39**	**329**	**320**	**649**	**16.6**	**74.52**
Balzers	1	6	40	58	98	16.3	
Triesen	1	8	66	60	126	15.8	
Vaduz	1	6	53	49	102	17.0	
Schaan	1	8	75	47	122	15.3	
Eschen	1	11	95	106	201	18.3	
Gymnasium	**1**	**41**	**324**	**421**	**745**	**18.2**	**75.34**
1.-4. Klasse	-	20	183	210	393	19.7	
5.-7. Klasse	-	21	141	211	352	16.8	
Freiw. 10. Schuljahr	**1**	**5**	**32**	**32**	**64**	**12.8**	**12.63**
Berufsmaturitätsschule	1	8	101	37	138	16.6	13.48
Intensivkurs DaZ	-	2	5	12	17	8.5	2.46
Timeout-Schule	-	-	-	-	-	-	0.96
Gesamt	**25**	**278**	**2'369**	**2248**	**4'617**		**503.93**

* Schülerstatistik per 1. September 2016

** Stand Dezember 2016

Übertrittsverfahren 2016 – Schülerzuteilung von den Primar- in die Sekundarschulen

Oberschule			Realschule			Gymnasium			Total
		23.8%			51.6%			24.6%	
m	**w**	**Gesamt**	**m**	**w**	**Gesamt**	**m**	**w**	**Gesamt**	
46	45	91	98	99	197	48	48	94	**382**

Übertritte innerhalb der Sekundarschulen (auf Beginn Schuljahr 2016/2017)

	1. OS–1. RS	1. OS–2. RS	2. OS–2. RS	4. OS–4. RS	1. RS–2. LG	2. RS–3. LG	3. RS–4. LG	4. RS–4. LG
ohne Prüfung	6	-	-	-	11	1	11*	7
mit Prüfung	2	-	-	-	-		2	2**
Gesamt	**8**	**0**	**0**	**0**	**11**	**1**	**13**	**9**

* davon 2 Sportschüler aus der RS Schaan

** davon 1 Sportschüler aus der RS Schaan

Umteilungen in eine andere Schulart auf der Sekundarstufe I (während/nach Schuljahr 2015/2016)

	1. RS – 1./2. OS	2. RS – 2./3. OS	3. RS – 3./4. OS	1. LG – 1./2. RS	2. LG – 2./3. RS	3. LG – 3./4. RS
Freiwilliger Wechsel		1	1	-	2	-
Umteilung	6	4	-	-	-	-
Gesamt Schulwechsel	6	5	1	0	2	0
Repetitionen	3	3	3	-	-	-

Kindergarten und Primarschule

Für Lehrpersonen, welche Englisch an der Primarschule unterrichten, besteht eine Zielkompetenz auf Niveau C1 gemäss Europäischem Referenzrahmen. Da nicht alle Lehrpersonen ihre Ausbildung mit dem geforderten Niveau in Englisch abgeschlossen haben, war eine Nachqualifikation der betreffenden Lehrkräfte erforderlich. Die Pädagogische Hochschule St. Gallen wurde beauftragt, ein entsprechendes Weiterbildungsangebot inklusive Zertifizierung zur Lehrbefähigung zu entwickeln. Im November 2015 startete der erste Qualifikationslehrgang. Insgesamt wurden im Berichtsjahr zwei Kurse mit insgesamt 32 Teilnehmenden durchgeführt. Diese Lehrpersonen haben in der Zwischenzeit die Unterrichtsberechtigung im Fach Englisch erhalten.

Die Begabtenförderung wurde an den Gemeindeschulen im Schuljahr 2009/2010 definitiv eingeführt. Die zeitlichen Ressourcen dafür sind seit dem Schuljahr 2012/2013 im Kontingent der «Besonderen Schulischen Massnahmen» integriert. Im März evaluierte die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik im Auftrag des Schulamts die Begabungs- und Begabtenförderung an den Kindergärten und Primarschulen. Im Mai wurden die Schulleitungen über die Evaluationsergebnisse informiert. Der Bericht stellt fest, dass sich die Begabungsförderung an den Gemeindeschulen gut etabliert hat und wesentlich zur Identifikation und Förderung von individuellen Stärken der Kinder beiträgt. Aktuell werden Massnahmen definiert, um die Umsetzung der Begabungsförderung an den einzelnen Schulen und im Austausch zwischen den Schulen weiter zu festigen.

Von 2012 bis 2016 wurde an den Gemeindeschulen Eschen-Nendeln das Projekt «Sprachliche Frühförderung» durchgeführt, welches eine Reihe von Massnahmen beinhaltete und vor allem über die so genannten «Mach-Mit-Nachmittage» Bekanntheit erlangte. Das Projekt «Sprachliche Frühförderung» in Eschen-Nendeln war der Start für einen Beitrag von Seiten der Schulen innerhalb der Querschnittsaufgabe frühkindliche Bildung. Im Berichtsjahr wurde das Projekt evaluiert und abgeschlossen. Diese Evaluation und deren Schlussfolgerungen haben den Weg für Eschen-Nendeln und alle anderen Gemeinden und Schulstandorte geebnet, um Aktivitäten im Bereich der frühkindlichen Bildung weiterzuführen oder zu planen. Die Evaluation zeigte, dass die Zufriedenheit der beteiligten Lehrpersonen, Eltern und Kinder hoch ist.

In den vergangenen Jahren erreichten die Schülerinnen und Schüler der 5. Klassen in den Mathematik-Standardprüfungen im Bereich «Funktionen und Relationen» jeweils markant schlechtere Leistungen als in den anderen Bereichen. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Inspektorats überprüfte die Content-Standards in den erwähnten Bereichen im Vergleich mit den Standardtests und dem Lehrmittel «Mathe logisch». Die Arbeitsgruppe sah vor allem bei den Testaufgaben und im Unterricht Handlungsbedarf und empfahl entsprechende Massnahmen.

Oberschule

Nach wie vor sind die Oberschulen auf Öffentlichkeitsarbeit angewiesen, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu verbessern. Vielfältige Anlässe im sozialen und kulturellen Bereich gaben den Lernenden die Möglichkeit sich zu präsentieren. Das Projekt «Oberschule macht Schule» wurde in Veranstaltungen zum Thema «… goes Oberschule» weitergeführt. Im Fokus der Einladungen standen im Berichtsjahr die Lehrbetriebe sowie die Gemeindevorsteher.

Positive Stimmen aus der Elternschaft bestätigen die Oberschulen in ihrem Bestreben, einen optimalen Unterricht und umfassende Betreuung zu bieten. Anstrengungen zur Förderung der Selbst- und Sozialkompetenz der Schülerinnen und Schüler wurden erfolgreich weitergeführt.

Die Zusammenarbeit mit Betrieben in Liechtenstein wurde weiter gepflegt. Damit soll den Schülerinnen und Schülern der Weg in die Berufswelt erleichtert werden. Gerade der Projektunterricht ermöglicht hier gute Chancen. Die Schülerinnen und Schüler werden in den unteren Klassen gezielt auf ein persönliches Abschlussprojekt vorbereitet. Dieses steht oft im Zusammenhang mit der angestrebten Berufslehre. Um das Interesse der Lernenden an der Technik zu fördern, werden Wahlfächer in den Bereichen Informatik und Robotik angeboten. Auch der Werkunterricht ist ein wichtiges Standbein der Oberschulen.

Durch die Vernetzung mit Schulen aus anderen europäischen Ländern im Zuge von Erasmus+-Projekten waren die Oberschulen in regem Austausch mit Menschen anderer Kulturen, was das demokratische Verständnis erhöht, die Toleranz gegenüber anderen fördert und das Selbstbewusstsein stärkt.

Realschule

Im Berichtsjahr wurden 32 Unterrichtsbeobachtungen durchgeführt. Neben den wöchentlichen Gesprächen mit den einzelnen Schulleitungen der Realschulen fanden regelmässig Sitzungen aller Realschulleitungen mit dem Inspektorat statt.

Folgende Themen wurden bearbeitet: Aufarbeitung von Problemsituationen an Schulen, Begleitung von Schülerinnen und Schülern mit speziellen Bedürfnissen, Zusammenarbeit mit der Timeout-Schule, mit dem Amt für Soziale Dienste und mit den Schulpsychologen.

Im Frühjahr wurde zum ersten Mal der MINT-Award verliehen, welcher in Zusammenarbeit der Realschulleitungen, der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, der Wirtschaftskammer und des Realschulinspektorates entstand. Mit dem MINT-Award wurde landesweit ein Technikprojekt der teilnehmenden Realschülerinnen und -schüler erkoren, welches im Rahmen des Projektunterrichts im 9. Schuljahr erarbeitet worden war.

Ein wichtiges Thema an allen Realschulen war die kontinuierliche und nachhaltige Schulentwicklung. Dabei standen besonders die MINT-Förderung, die Förderung der Eigenverantwortung und der Projektunterricht im Fokus.

Freiwilliges 10. Schuljahr

61 Jugendliche in fünf Klassen besuchten im Berichtsjahr das «Freiwillige 10. Schuljahr». Da auch während des Schuljahres immer wieder Jugendliche aufgenommen werden (z.B. infolge Zuzug aus dem Ausland, Lehrabbrüchen, Wechsel aus stationärer Betreuung in normale schulische Tagesstruktur) sind Veränderungen der Schülerzahlen im laufenden Schuljahr möglich. Abgänge erfolgen durch Wechsel in Praktika, Sprach-/Auslandsaufenthalte sowie nachträgliche Lehreintritte.

Neben den drei Klassen im Profil «Schulische Perfektion» werden auch zwei Kleinklassen im Profil «Praxis» geführt, in denen Jugendliche mit besonders hohem schulischem, sozial- und heilpädagogischem Bedarf gefördert werden können. Das Profil «Schulische Perfektion» wird mit den Schwerpunkten «Wirtschaft» und «Technik» geführt. Mehrere Schülerinnen und Schüler, die erst seit kurzer Zeit in Liechtenstein sind, belegen das Angebot «Sprachbrücke» mit einer intensiven Förderung in Deutsch als Zweitsprache.

Die Lehrpersonen engagieren sich stark bei der Lehrstellensuche ihrer Schülerinnen und Schüler und arbeiten eng mit dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung zusammen. Die Quote der erfolgreichen Anschlusslösungen liegt konstant bei über 90%. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung haben ca. 40% der Schülerinnen und Schüler eine Lehrstellenzusage oder die Zusage für die Aufnahme in eine weiterführenden Schule. Das sind im Vergleich zu den Vorjahren relativ wenig und so werden grosse Anstrengungen nötig sein, um bis zum Ende des Schuljahres 2016/2017 für alle Schülerinnen und Schüler eine gute Anschlusslösung zu realisieren.

Liechtensteinisches Gymnasium

Die Arbeiten zur Überprüfung der gymnasialen Oberstufe «ARGOS» wurden im Schuljahr 2015/2016 weitergeführt und die Konzeptgruppen konnten ihre Zwischenergebnisse an zwei Gesamtkonferenzen vorstellen. Zu Diskussionen Anlass gaben vor allem die Resultate der Konzeptgruppe 1 («Machbarkeitsstudie Stammklassen») und der Konzeptgruppe 2 («Mathematik und Naturwissenschaften in Stammklassen»). An der schulinternen Lehrerfortbildung im April präsentierten Vertreter der Kantonsschule Graubünden ihre Erfahrungen mit Stammklassen und berichteten differenziert über die Vor- und Nachteile.

Der Schulversuch «Bilingualer Unterricht am Liechtensteinischen Gymnasium» wurde im 1. Semester des Schuljahres 2015/2016 evaluiert. Die Befragung von Schülerinnen und Schülern, von Lehrpersonen der bilingualen Klassen und von Mitgliedern der Unterrichtskommission des Liechtensteinischen Gymnasiums erbrachte sehr gute Rückmeldungen. Auch das wissenschaftliche Gutachten von Dr. Christina von Brocke, Pädagogischen Hochschule Graubünden, stellte dem Immersionsunterricht am Liechtensteinischen Gymnasium ein sehr gutes Zeugnis aus. Die Regierung hat im März entschieden, den bilingualen Unterricht am Liechtensteinischen Gymnasium in den Regelunterricht zu überführen.

Die Bauarbeiten am Schulraumprovisorium konnten im Januar abgeschlossen werden. Im Provisorium wurden zwei Unterrichtsräume für das technische Werken, ein Raum für das bildnerische Gestalten und ein Raum für die Musik realisiert. Das Provisorium hat in einzelnen Bereichen zu einer Verbesserung der Raumverhältnisse geführt, wobei die ungenügende Raumsituation im Allgemeinen bestehen bleibt.

Im Rahmen der Schulentwicklung hat das Rektorat entschieden, alle Lehrpersonen, die Angestellten im Hausdienst und die Verwaltung zum Thema «Schulmanagement» zu befragen. Die Pädagogische Hochschule Thurgau hat im Frühjahr die Umfrage durchgeführt. Der Bericht wurde im Oktober vorgelegt und bestätigt das bereits bei der Evaluation im Jahr 2011 festgestellte allgemein gute Qualitätsniveau der Schulverwaltung sowie die hohe Leistungsbereitschaft des gesamten Schulpersonals. Der Bericht weist in einzelnen Bereichen auf Optimierungspotenzial hin, so beispielsweise bei den Rahmenbedingungen für die Unterrichtsentwicklung. Die Ergebnisse werden schulhausintern diskutiert. So sollen Massnahmen definiert werden, um das Liechtensteinische Gymnasium weiter zu verbessern.

Sportschule Liechtenstein an der Realschule Schaan und an der gymnasialen Oberstufe

Im Berichtsjahr besuchten 96 Schülerinnen und Schüler aus 12 verschiedenen Sportfachverbänden die Sportschule Liechtenstein. 62 Talente nutzten die schulische Sportförderung auf der Sekundarstufe I (Realschule Schaan) und 34 auf der Sekundarstufe II (Liechtenstei-

nisches Gymnasium). Insgesamt sind 13 verschiedene Sportarten an der Sportschule vertreten, wie die nachfolgende Tabelle zeigt.

Übersicht der Sportschüler 2016

Verband	LFV	LVB	LRV	LPSV	SVPS	LSV		LTV	SRCV	SSV	LSCHV		LEV	JVL	
	Fussball	Volleyball	Radsport	Springreiten	Springreiten	Skisport Alpin	Skisport Nordic	Tennis	Squash	Squash	Schwimmen	Synchron Schwimmen	Eiskunstlauf	Judo	**Gesamt**
Realschule Schaan	22	2	6	0	0	12	5		1	0	2	4	1	7	62
Gymnasium Oberstufe	10	3	0	1	1	0	3	4	0	2	5	4	0	1	34

Berufsmaturitätsschule Liechtenstein

Mit Beginn des Schuljahres 2015/2016 wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus vier Lehrpersonen eingesetzt, die sich mit Strukturveränderungen an der BMS auseinandergesetzt hat. Der Ergebnisbericht wurde im Mai fertiggestellt und an das Schulamt weitergeleitet. Im Rahmen der Verordnungsanpassungen konnten verschiedene Änderungsvorschläge zum Promotionssystem und zum Aufnahmeverfahren aufgenommen werden. Zudem wurde das Angebot an Vorbereitungskursen ausgedehnt.

Aufgrund des grossen Interesses an den Vollzeit-Lehrgängen (86 Anmeldungen und 68 erfolgreich absolvierte Aufnahmetests) wurde die Führung einer dritten Klasse ermöglicht. Die notwendigen infrastrukturellen Massnahmen im Schulhaus Giessen wurden über die Sommerferien umgesetzt. 56 Studierende konnten so ihr Studium in den Vollzeit-Lehrgängen der BMS beginnen. In den berufsbegleitenden Lehrgängen ging die Zahl der Anmeldungen weiter zurück. Der Schwerpunkt Gestaltung und Kunst konnte aufgrund fehlender Anmeldungen nicht durchgeführt werden. Somit führt die BMS im Schuljahr 2016/2017 zwei berufsbegleitende Klassen mit den Schwerpunkten Technik und Life Science, Wirtschaft und Dienstleistungen sowie Gesundheit und Soziales im 1. Semester. Mit Beginn des Schuljahres 2016/2017 waren insgesamt 138 Studierende an der BMS eingeschrieben. Nach den Maturaterminen (Sommer und Herbst) erhielten 76 Absolventinnen und Absolventen das Berufsmaturitätszeugnis.

Erste Erfahrungen mit der neu auch für den Teilzeit-Lehrgang verpflichtenden Aufnahmeprüfung zeigten, dass es nach Beginn des Schuljahres zu weniger Abmeldungen kam. Ein weiterer Vorteil ist die gegenseitige Anerkennung zwischen dem Kanton St. Gallen und Liechtenstein. Die bestandene Aufnahmeprüfung eröffnet den Zugang sowohl zu BM-Angeboten nach Lehrabschluss im Kanton St. Gallen als auch in Liechtenstein.

Im Januar wurden die Arbeiten für den Validierungs- und Anerkennungsprozess der Eidgenössischen Berufsmaturitätskommission (EBMK) aufgenommen. Die Teilzeit- und Vollzeit-Lehrgänge wurden an die Erfordernisse des schweizerischen Rahmenlehrplans 2012 angepasst. Die ersten Maturitätsprüfungen nach neuem Lehrplan finden im Sommer 2017 statt.

Sprachen

Die Fachkoordination Sprachen umfasst die Teilbereiche Deutsch als Erstsprache, Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Fremdsprachen. Zwei Lehrpersonen übernehmen Koordinationsfunktionen in den Bereichen DaZ und Fremdsprachen. Sie organisieren Weiterbildungen, erfassen statistische Daten und übernehmen Kommunikations- und Vernetzungsaufgaben gegenüber dem Schulamt und den Lehrpersonen der verschiedenen Schulstufen. Zudem finden regelmässig pädagogisch-didaktische Treffen mit den Sprachassistentinnen und DaZ-Lehrpersonen statt. Die Nachqualifikationskurse der Englisch-Lehrpersonen auf Primarstufe – durchgeführt durch die Pädagogische Hochschule St. Gallen – konnten abgeschlossen werden.

Besonders erwähnenswert ist der Intensivkurs Deutsch als Zweitsprache (IKDaZ), welcher im Juni sein 25-jähriges Bestehen feierte. Ausserdem tagte im Juni der Rat für deutsche Rechtschreibung in Vaduz.

Im Bereich der sprachlichen Frühförderung konnte das Projekt «Sprachliche Frühförderung» an den Gemeindeschulen Eschen-Nendeln evaluiert und abgeschlossen werden. Sprachliche Frühförderung gehört nun zum Regelangebot der Schule.

Religion

Im August wurde die Stelle der Koordinationsperson für den Fachbereich Religion neu besetzt. Sie ist Ansprechperson für Lehrpersonen im Fachbereich und zuständig für die Organisation des Religionsunterrichts und der Weiterbildungskurse.

Im Berichtsjahr konnten in Zusammenarbeit mit dem Haus Gutenberg mehrere Weiterbildungsveranstaltungen im Bereich Religion und Kultur und für die Katechetinnen und Katecheten im Bereich Katholischer Religionsunterricht auf der Primarstufe angeboten werden, u.a. zum Thema des christlich-jüdischen Dialogs.

Das öffentliche Bildungswesen bietet im Fachbereich Religion konfessionellen und religionskundlichen Unterricht an. Im Schuljahr 2016/2017 erteilten insgesamt 51 Lehrpersonen Religionsunterricht. Dabei unterrichteten 12 Lehrpersonen das religionskundlich ausgerichtete Fach Religion und Kultur, das auf der Sekundarstufe I und II angeboten wird. 197 Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen wählten den katholischen Religionsunterricht; dieser wurde von vier Lehrpersonen erteilt.

Auf der Primarstufe besuchte der Grossteil der Schülerinnen und Schüler den katholischen Religionsunterricht, der von 30 Lehrpersonen erteilt wurde. Fragen der Zusammenarbeit werden in der Paritätischen Kommission bestehend aus Vertretern der Regierung und des Erzbistums Vaduz unter der Leitung des Schulamts besprochen.

In sechs Gemeinden fand auf Primarschulebene evangelischer Religionsunterricht statt, der von zwei Lehrpersonen erteilt wurde.

Auf der Sekundarstufe gibt es keinen evangelischen Unterricht. Die evangelische Kirche im Fürstentum Liechtenstein bietet aber für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I einen ausserschulischen Präparandenunterricht an, der von der Regierung finanziell unterstützt wird.

60 Schülerinnen und Schüler nahmen am islamischen Religionsunterricht teil, der von zwei Lehrpersonen erteilt wurde.

Sport

Die Aufgaben des Fachbereichs Schulsport sind die Qualitätssicherung und -entwicklung des Schulsports, die Koordination des Fachbereichs Schulsport, die Leitung der Arbeitsgruppe Schulsport sowie die Leitung der Kommission Sportschule.

Im Berichtsjahr konnten 22 Kurse mit 252 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt werden. Auf der Sekundarstufe I wurden landesweit sechs Kurse mit 68 Schülerinnen und Schülern angeboten. Dieses fakultative Angebot ergänzt den obligatorischen Schulsport und wird von den Schülerinnen und Schülern in ihrer Freizeit besucht. Es bietet eine gute Grundlage, um koordinative und konditionelle Fertigkeiten optimal zu entwickeln und das Bewegungsrepertoire zu erweitern.

An den nationalen Schulsportmeisterschaften gingen insgesamt 823 Schülerinnen und Schüler im Alter von 10 bis 16 Jahren in sieben verschiedenen Sportarten an den Start. Am schweizerischen Schulsporttag im benachbarten Kanton St. Gallen nahm eine Gruppe von 16 Schülerinnen und Schülern teil. Die Jugendlichen traten an drei verschiedenen Disziplinen an. Die gemischte Schwimmgruppe konnte sich den Schweizer Meistertitel sichern.

Die Mitgliedschaft in der International School Sports Federation (ISF) ermöglicht es Schülerinnen und Schülern aus Liechtenstein, internationale Vergleichswettkämpfe zu bestreiten. Da in vielen Staaten die Leistungssportförderung in spezialisierten Schulen erfolgt, treten bei ISF Meisterschaften oft hochtalentierte Nachwuchsathletinnen und -athleten an, die das Potential für zukünftige Spitzenplatzierungen bei Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen haben. Im Berichtsjahr wurden die ISF-Schulweltmeisterschaften im Volleyball in Serbien besucht.

Die Arbeitsgruppe Schulsport hat in Kooperation mit dem Liechtenstein Olympic Committee einen landesweiten Event zur Einstimmung auf die Olympischen Sommerspiele in Rio durchgeführt. Rund 1'000 Sportbegeisterte nahmen am Schwimmvergleichswettkampf teil und zahlreiche Teilnehmende bzw. Besucher nutzten weitere sportliche Angebote und Demonstrationen im Schwimmbad Mühleholz Vaduz.

Gestalten und Haushaltskunde

Die Fachstelle Gestalten und Haushaltkunde koordiniert den Austausch im Fachbereich über die Stufen hinweg, leitet gemeinsame Projekte und organisiert fachrelevante Weiterbildungsangebote.

Die 5. Auflage von «handgmacht» war zu Gast beim Kunsthandwerkmarkt in Schaan. Dabei wurden vier Techniken vorgestellt, die an den vorbereiteten Arbeitsplätzen erprobt werden konnten. Verantwortlich für die jährliche Veranstaltung ist eine Arbeitsgruppe bestehend aus sieben Lehrpersonen unter der Leitung der Fachkoordinatorin. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe nahmen zudem an den Repair-Cafés in der Gemeinde Schaan teil.

Gesundheitskoordination

Die Stelle der Gesundheitskoordinatorin unterstützt die Schulen und Lehrpersonen bei der Umsetzung von Gesundheitsprojekten. Eine Aufgabe ist die Betreuung, Qualitätssicherung und der Ausbau des regionalen Netzwerks Gesundheitsfördernder Schulen in Liechtenstein. Dazu gehört die Teilnahme an den Netzwerktreffen der Koordinatoren in Bern und Luzern. Die Gesundheitskoordinatorin leitet zudem die Arbeitsgruppe «Gesundheitsförderung an Schulen». In diesem interdisziplinären Gremium sitzen Vertreter aus dem Amt für Soziale Dienste, dem Amt für Gesundheit, dem Dachverband der Elternvereinigungen und aus verschiedenen Schulstufen. Die Arbeitsgruppe entwickelte die Projektideen zum Ausstellungsprojekt «Mein Körper gehört mir!» und zur Aktion «Mit dem Rad zur Schule». Beim Projekt «Mein Körper gehört mir» machten im Berichtsjahr zwanzig Primarschulklassen mit, am Wettbewerb «Mit dem Rad zur Schule» nahmen 230 Schülerinnen und Schüler in 56 Teams teil. Die teilnehmenden Teams der weiterführenden Schulen legten ihren Schulweg während des Wettbewerbs mit dem Velo zurück.

Im Berichtsjahr fanden zwei Tages-Workshops des Gesundheitsförderungsprogramms «Gorilla» statt, welche zum Ziel hatten, das Bewegungs- und Essverhalten positiv zu beeinflussen. Der erste Workshop fand am 5. September 2016 am Heilpädagogischen Zentrum in Schaan statt, der zweite Workshop am 6. September 2016 an der Oberschule Eschen. Die Lehrpersonen der Oberschule Eschen führten im Anschluss an den Workshop eine «Gorilla-Lehrerweiterbildung» durch, um die gesundheitsfördernden Inhalte von Gorilla auch in den Schulalltag zu übernehmen.

Eine weitere Tätigkeit ist die Organisation und die Vorbereitung des Schulprojekts «Trialog». Betroffene psychischer Störungen, Angehörige von Betroffenen und eine Psychologin arbeiten mit Schulklassen höherer Schulen mit dem Ziel der Entstigmatisierung psychischer Störungen. Für die Lehrpersonen wurden zudem verschiedene Fortbildungsangebote zum Thema Gesundheit organisiert und durchgeführt.

Private Schulen

Das Schulamt nimmt nach Massgabe der Gesetze die Aufsicht über die privaten Schulen in Liechtenstein wahr. Diese müssen von der Regierung bewilligt werden und demselben Lehrplan folgen wie die öffentlichen Schulen. Das Schulamt prüft und genehmigt die Anstellung von Lehrpersonen und macht Unterrichtsbesuche. Das Handbuch «Aufsicht der Privatschulen im Fürstentum Liechtenstein» vom 1. Juli 2015 präzisiert diese Aufgaben. Des Weiteren koordiniert das Schulamt die Entrichtung der Subventionen für Schülerinnen und Schüler im Pflichtschulalter und beaufsichtigt die Einhaltung der Leistungsvereinbarungen mit Schulen, die im Auftrag der Regierung besondere Aufgaben übernehmen.

Stiftung für Heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein
Auf der Basis von Leistungsvereinbarungen sind die Aufgaben im Sonderschulbereich sowie im Bereich der pädagogisch-therapeutischen Massnahmen der Stiftung für Heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein (ehemals Verein für Heilpädagogische Hilfe) übertragen worden. Die Vereinbarungen regeln die Leistungserbringung der Sonderpädagogische Tagesschule sowie jene der ambulanten pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (Früherziehung, Logopädie, Psychomotorik).

Die Sonderpädagogische Tagesschule bietet Kindern und Jugendlichen in den Förderklassen sonderpädagogischen Unterricht mit individueller Förderung und Vorbereitung auf die Berufsbildung. Kinder mit einer erheblichen Sprach- bzw. Sprechproblematik im normalen Begabungsbereich werden in den Sprachförderklassen unterrichtet. Die Förderung der Schülerinnen und Schüler wird durch verschiedene Therapieformen ergänzt.

Schülerzahlen der Sonderpädagogischen Tagesschule in Schaan 2016/2017

Abteilung	Total	aus FL	aus CH
Sprachförderklassen	40	18	22
Förderklassen	46	45	1
Total	**86**	**63**	**23**

Der Bereich Therapie des hpz besteht aus den pädagogisch-therapeutischen Massnahmen Logopädie, Psychomotorik und heilpädagogische Früherziehung sowie den medizinischen Therapien Physiotherapie und Ergotherapie. Für einen grossen Teil der Kinder war es notwendig, mehr als eine Therapiemethode in Anspruch zu nehmen. Der regelmässige Kontakt zum Schulamt und zu den verschiedenen Ämtern und Ärzten sowie die intensiven Besprechungen und Runden Tischen in Schulen und Kindergärten gewährleisteten auch im Berichtsjahr eine sehr gute Zusammenarbeit.

Pädagogisch-therapeutische Massnahmen im Kalenderjahr 2016 (Anzahl Kinder)

	Abklärungen	PTM-Förderung hpz FL	PTM-Förderung hpz CH	PTM-Förderung extern
Früherziehung	15			44
Logopädie	185	68	28	539
Psychomotorik	58	17	14	122
Gesamt	**258**	**85**	**42**	**705**

Waldorfschule
Im Schuljahr 2016/2017 waren 100 Kinder in acht Klassen und zwei Kindergärten an der Waldorfschule eingeschrieben. Das Personal setzt sich aus sechs vollamtlichen und neun teilzeitbeschäftigten Lehrpersonen sowie zwei Kindergärtnerinnen zusammen. Die Waldorfschule bietet ausserdem eine Spielgruppe sowie eine Nachmittagsbetreuung an. Die pädagogische Arbeit basiert auf der Menschenkunde Rudolf Steiners mit Fokus auf der künstlerischen Unterrichtsgestaltung. Die Erziehung der Kinder verlangt nach einem möglichst optimalen Zusammenspiel von Schule und Elternhaus. Österreich setzt das Abschlusszeugnis der Waldorfschülerinnen und -schüler nach dem 9. Schuljahr dem Hauptschulabschluss gleich. Die Liechtensteinische Waldorfschule arbeitet im Projekt «Wege zur Qualität» mit der Arbeitsgemeinschaft der Rudolf Steiner-Schulen der Schweiz zusammen.

formatio – Bilinguale Privatschule
Die formatio ist eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht. Sie wird als Ganztagesschule geführt und besteht aus einer bilingualen Primar- und Sekundarschule und einem Oberstufengymnasium mit einem sprachlichen Schwerpunkt.

Im Schuljahr 2016/2017 besuchten 120 Schülerinnen und Schüler die formatio, welche von insgesamt 24 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet und betreut werden. Das Oberstufengymnasium dauert vier Jahre und schliesst mit der österreichischen (teil-)standardisierten kompetenzorientierten Reifeprüfung ab. Im Berichtsjahr haben acht Maturanden erfolgreich abgeschlossen.

Seit dem Schuljahr 2016/2017 stellt das digitale Lernen einen besonderen Schwerpunkt an der formatio dar. Dafür bekommen alle Schülerinnen und Schüler einen Tablet-Computer (Apple iPad) zur Verfügung gestellt. Parallel dazu finden sowohl Fortbildungen für das gesamte Kollegium als auch spezielle Fortbildungen für einzelne Lehrpersonen statt. Deren Aufgabe ist es, innerhalb des Lehrkörpers als Multiplikatoren zu wirken. Dem Lehrkörper werden eigene Laptops zur Verfügung gestellt.

Der zweite pädagogische Schwerpunkt ist die Tischgruppenarbeit. Dazu findet innerhalb des Kollegiums ein regelmässiger Austausch statt. Gleichzeitig besteht Kontakt zu anderen Schulen, die dieses Modell anwenden, und zwar zu den Mittelschulen Hard und der Mittelschule Wolfurt.

Hochschulen und hochschulähnliche Einrichtungen

Das Schulamt unterstützt die Regierung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hochschulbereich gemäss Hochschulgesetz. Im Auftrag der Regierung nimmt ein Vertreter des Schulamts beratend an den Sitzungen der Leitungsorgane (Universitätsrat, Hochschulrat) der Hochschulen und Trägerhochschulen teil und vertritt Liechtenstein in regionalen und internationale Gremien, wie beispielsweise der Fachhochschule Ostschweiz, der Kommission für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) und der Bologna-Follow-Up-Group. Zudem ist das Schulamt Kontaktstelle für das In- und Ausland bei Fragen betreffend die Anerkennung akademischer Diplome und Abschlüsse.

Alle in Liechtenstein und von Liechtenstein aus tätigen Hochschulinstitutionen müssen von der Regierung bewilligt werden und sind zu jährlicher Berichterstattung verpflichtet. Der Hochschulbereich Liechtensteins umfasst aktuell drei anerkannte Hochschulen und das Liechtenstein-Institut als hochschulähnliche Einrichtung. Daneben zählt Liechtenstein gemeinsam mit Schweizer Kantonen zu den Trägern der Interstaatlichen Hochschule für Technik Buchs (NTB) sowie der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich.

Mit Beschluss der St. Galler Kantonsregierung startete am 30. Juni 2015 das Projekt «Trägerschaft Neue Fachhochschule St. Gallen». Liechtenstein ist als Träger der NTB in der Projektgruppe vertreten. Diese befasste sich im Berichtsjahr mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Trägerschaftsabkommen, mit dem die drei St. Galler Fachhochschulen NTB, HSR und FHS neu unter einer einzigen strategischen und operativen Leitung zusammengeführt werden sollen.

Im Sommer besuchten rund 100 Professorinnen und Professoren bzw. Dozentinnen und Dozenten der Hochschule für Heilpädagogik Liechtenstein. An diesem Anlass wurde den Gästen nicht nur das liechtensteinische Bildungswesen vorgestellt, ausserdem konnten in verschiedenen Gruppen Sehenswürdigkeiten vorgestellt werden, insbesondere Museen, politische Institutionen, einzelne Gemeinden und Unternehmungen.

Universität Liechtenstein
Am 1. Oktober 2016 nahm der neue Rektor Jürgen Brücker seine Arbeit auf.

Im Sinne der Qualitätssicherung und -entwicklung ist gemäss Hochschulgesetz für jede Hochschule mindestens alle sechs Jahre eine institutionelle Evaluation vorgesehen. Diese ist durch eine im Europäischen Register der Qualitätssicherungsagenturen (EQAR) registrierte Agentur durchzuführen. Die Universität entschied sich für die Schweizerische Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung AAQ. Im Berichtsjahr wurden sowohl die Selbstdokumentation der Universität eingereicht als auch der Vorortbesuch durch ein Expertengremium durchgeführt. Das abschliessende Gutachten wird in der ersten Hälfte des Jahres 2017 vorliegen.

Internationale Akademie für Philosophie (IAP)
Die Internationale Akademie für Philosophie im Fürstentum Liechtenstein (IAP) wurde 1986 als staatlich anerkannte liechtensteinische Hochschule gegründet. Nach der vorübergehenden Sistierung des Lehrbetriebes (2007

bis 2012) erteilte die Regierung der IAP die provisorische Bewilligung zur Wiederaufnahme des Doktoratsstudiengangs. Damit verbunden wurde die Verpflichtung zu einer Evaluation nach drei Jahren. Im Berichtsjahr wurde die Evaluation des Doktoratsstudiengangs mit der Akkreditierungsagentur AQ-Austria gestartet. Kombiniert damit wird zugleich die alle sechs Jahre erforderliche institutionelle Evaluation durchgeführt.

Private Universität im Fürstentum Liechtenstein (UFL)
Im Berichtsjahr wurde die durch das Hochschulgesetz vorgeschriebene, mindestens alle sechs Jahre durchzuführende Evaluation fortgesetzt. Die Evaluation wird durch das deutsche Akkreditierungs-, Certifizierungs- und Qualitätssicherungs-Institut (ACQUIN) durchgeführt, welches bereits die beiden Doktoratsstudiengänge «Dr. scient. med» und «Dr. iur.» akkreditiert hat. Der Abschlussbericht wird im Frühjahr 2017 erwartet. Die Akkreditierung für das Doktoratsstudium «Dr. scient. med.», das 2012 akkreditiert wurde, wurde im Zuge des laufenden Verfahrens von ACQUIN um ein Jahr bis Ende September 2017 verlängert.

Liechtenstein-Institut
Das Liechtenstein-Institut wird als Forschungsinstitut gemäss den entsprechenden Bestimmungen im Hochschulgesetz als eine hochschulähnliche Einrichtung geführt. Es erhält auf der Grundlage des Finanzbeschlusses vom 3. September 2015 und einer Leistungsvereinbarung für die Jahre 2016 bis 2019 einen Staatsbeitrag von CHF 1 Mio. jährlich.

Internationale Bodensee-Hochschule IBH
Die IBH ist ein Verbund von 30 Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen) aus dem Gebiet der Internationalen Bodenseekonferenz. Diese fördert im Rahmen des Interreg-Programms «Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein» gemeinsame Forschung und studentischen Austausch zwischen den Institutionen. Liechtensteinische Mitglieds-Institutionen sind die Universität Liechtenstein und die Internationale Akademie für Philosophie (IAP).

An der 7. Bodensee-Hochschulkonferenz (BHK) in Weingarten (Baden-Württemberg) haben die Vertreterinnen und Vertreter für Hochschulen und Wissenschaft der IBK-Mitgliedsländer und -kantone die 5. Leistungsvereinbarung für die Jahre 2018 bis 2021 mit der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) unterzeichnet. Mit der 5. Leistungsvereinbarung unterstützen die Partnerländer und Kantone den IBH-Verbund im Zeitraum 2018 bis 2021 jährlich mit rund EUR 1 Mio.

Dienste

Stipendienstelle

Anträge im Jahr 2016

neue Anträge	Anzahl Personen
774	662

Entscheide im Jahr 2016

Anträge	Ablehnungen	zugesagte Stipendien in CHF	zugesagte Darlehen in CHF
660	135	3'446'784	2'898'749

Ausgaben und Darlehensrückzahlungen für das Jahr 2016

	Anzahl	Veränderung in % zum Vorjahr	in CHF	Veränderung in % zum Vorjahr
Stipendien	483	0%	3'300'069	13.36%
Darlehen	331	17.87%	1'891'504	25.50%
In Rechnung gestellte Rückzahlungsraten für Studiendarlehen	815	0.24%	2'912'224	-4.92%

Die Auszahlungen für Stipendien und Darlehen setzten sich 2016 wie folgt zusammen

		Stipendien	Darlehen
Hochschulen (UH, FH, PH)	Doktorat	1'304	0
	Bachelor, Master	2'510'485	1'420'144
Höhere Fachschulen		211'608	139'027
Berufsbildung Sek II	Fachschulen	244'040	147'291
	Berufslehren	140'980	73'048
Allgemeinbildung Sek II	Gymnasium, BMS, DMS	24'332	24'625
Weiterbildung		167'320	87'369
Total		**3'300'069**	**1'891'504**

Gemäss Art. 30 StipG kann gegen Entscheidungen und Verfügungen der Stipendienstelle Beschwerde bei der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten erhoben werden. Im Berichtsjahr wurden insgesamt sechs Beschwerden eingereicht. Davon wurden vier Beschwerden abgewiesen bzw. von den Beschwerdeführern zurückgezogen. Einer Beschwerde wurde stattgegeben und eine ist derzeit beim Verwaltungsgerichtshof hängig.

Nebst der Bearbeitung und Verwaltung der Stipendienanträge beschäftigt sich die Stipendienstelle nach wie vor mit Verbesserungen des seit 2014 eingeführten elektronischen Antragssystems. Zudem läuft ein EDV-Projekt mit dem Ziel, die Schnittstellen zwischen Landeskasse und Fachapplikation so zu gestalten, dass die Darlehensverwaltung automatisiert werden kann.

Pädagogische Arbeitsstelle

Die Pädagogische Arbeitsstelle umfasst schwerpunktmässig die drei Bereiche Pädagogik (Erziehungswissenschaften), Schulsozialarbeit und die Besonderen Schulbereiche, zu welchen die Sonderschulung und die pädagogisch-therapeutischen Massnahmen gehören.

Im Bereich Pädagogik stehen das Erarbeiten von Konzepten und die Projektarbeit im Vordergrund; es werden aber auch Evaluationen und Leistungsmessungen durchgeführt oder Moderationen in Lehrerteams sowie Projektbegleitung an den Schulen angeboten. Die Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen – auch in der Schweiz – sowie die Öffentlichkeitsarbeit zählen zu den weiteren Aufgaben des Bereichs Pädagogik.

Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit betreut alle Ober- und Realschulen, das Gymnasium sowie das 10. Schuljahr. An all diesen Schulstandorten wurden im Berichtsjahr insgesamt 290 Einzelberatungen bei den Schülerinnen und Schülern durchgeführt (132 Mädchen/158 Knaben). Folgende Themen waren aktuell: Soziales Verhalten (55), Familie (50), Lernorganisation und Freundschaft (je 32), Klassenklima (26), Tabak, Schulabsentismus, Gewalt und Berufswahl (je 14), Soziale Medien (12), Unstimmigkeiten (11), Scheidung (10), Alkohol (9), Cannabis (8), Ritzen (5) sowie Suizidalität, Tod und Trauer (je 4). Die ersten beiden Beratungsthemen soziales Verhalten und Familie waren auch im letzten Jahr die häufigsten, die Themen Lernorganisation und Freundschaft haben anzahlmässig deutlich zugenommen. Mobbing wurde auch in diesem Berichtsjahr nicht als Einzelkriterium erhoben. Es fanden zusätzlich 107 Gruppenberatungen statt; das sind 25 weniger als im Vorjahr. Es liessen sich 58 Lehrpersonen beraten, was einer weiteren Abnahme von neun Beratungen entspricht. Die Elternberatungen (66) haben dagegen im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht zugenommen.

Die Schulsozialarbeit machte auch in diesem Berichtsjahr verschiedene Angebote in den Bereichen Prävention, Früherkennung, Intervention und Beratung. Mit Projektarbeit und Klassenunterricht wurden Themen wie Klassenregeln, Rauchen, Cyber-Mobbing, Alkohol, Straftaten, Partizipation, Essstörungen, Schulabsentismus, Gewalt und weitere Themen angeboten und altersentsprechend mit den Jugendlichen erarbeitet und diskutiert.

Besondere Schulbereiche

Zu den besonderen Schulbereichen zählen die besonderen schulischen Massnahmen, die pädagogisch-therapeutischen Massnahmen, die Sonderschulung in der Regelschule sowie die Sonderschulung in Sonderschulen.

Die Rechenschaftslegung für Sonderschulungen in der Sonderpädagogischen Tagesschule und jene der pädagogisch-therapeutischen Massnahmen für Kinder und Jugendliche vor und während der obligatorischen Schulzeit (Ambulatorium) erfolgt auf der Basis von Leistungsvereinbarungen zwischen der Regierung und der Stiftung für heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein. Die Rechenschaftslegung mit dem zugrunde gelegten Controlling bewährt sich.

Die in den Kindergärten und Primarschulen eingeführte Begabungs- und Begabtenförderung wurde nach

rund vier Schuljahren einer externen Evaluation durch die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik unterzogen. Die Empfehlungen in Form von Entwicklungshinweisen und Qualitätsansprüchen dienen als Orientierungsgrundlage für die Weiterentwicklung der lokalen Konzepte und damit für die Konsolidierung der Begabungs- und Begabtenförderung in den Gemeindeschulen.

Sonderschulungen von Kindern und Jugendlichen im Berichtsjahr 2016 im Vergleich zum Jahr 2015

Bereich/Ort	**2016**	2015
Sonderschulungen in der Regelschule (SiR)	**81**	95
Sonderschulungen in einer Sonderschule (SiS)		
Sonderpädagogische Tagesschule Schaan (HPZ)	**59**	56
Schweiz	**12**	7
Österreich	**0**	1
Total	**152**	159

Schulpsychologischer Dienst

Bei den beiden Schulpsychologen gingen im Berichtsjahr insgesamt 250 Neuanmeldungen ein. Sie verteilen sich auf folgende Schularten:

Kindergarten	46	Heilpädagogisches Zentrum	16
Primarschulen	105	Privatschule formatio	4
Oberschulen	23	Berufslehre	7
Realschulen	12	Andere (Kleinkinder,	
Gymnasium	3	Spielgruppe, Internate u.a.)	34
		Total	**250**

Die Gründe für die Anmeldung bei den meisten Kindern und Jugendlichen waren Lern- und Verhaltensprobleme. Andere Anmeldegründe waren Fragen zur Schullaufbahn, wie beispielsweise: Ist eine Sonderschulung angezeigt? Soll das Kind eine Schulstufe überspringen? Soll es vorzeitig eingeschult werden? Ist es schulfähig? Soll es vorzeitig in den Kindergarten eintreten?

Neben den erwähnten Abklärungen und Beratungen nahmen die beiden Schulpsychologen im Berichtsjahr zusätzlich folgende Aufgaben wahr: Vorträge zum Thema Schulfähigkeit und über den Ursprung und die Entwicklung des Charakters beim Kind; Medienarbeit und Weiterbildungen über kinder- und jugendpsychologisch relevante Themen; Angebot eines «Coolnesstrainings» für Schülerinnen und Schüler sowie die Durchführung eines Projekts zur Förderung der sozialen und sprachlichen Kompetenz in einer Einführungsklasse. Die Schulpsychologen nahmen zudem am fachlichen Austausch mit Leiterinnen und Leitern der Schulpsychologischen Dienste der Schweiz teil und hatten Einsitz in der Fachgruppe Extremismus.

Timeout Schule

Die Timeout Schule ist eine sozialpädagogische Massnahme für Schülerinnen und Schüler, die aufgrund ihres Verhaltens vorübergehend aus der Regelschule genommen werden müssen. Ziel ist die erfolgreiche Reintegration in die Stammklasse oder die Erarbeitung von alternativen Anschlusslösungen. Bei dieser Massnahme stellt die Schulsozialarbeit eine wichtige, begleitende Unterstützung dar.

Im Berichtsjahr konnten insgesamt 12 Jugendliche betreut werden, im letzten Jahr waren es 14 Schülerinnen und Schüler. Das Verhältnis zwischen Mädchen und Buben lag bei 2:10, im letzten Jahr lag es bei 4:10. Die meisten Jugendlichen stammten auch in diesem Jahr aus der Oberschule (9), die restlichen (3) aus der Realschule. Die meisten Eintritte erfolgten aus der 2. Sekundarstufe (5). Die höchste Auslastung verzeichnete die Timeout Schule zwischen Februar und Juni.

Die Timeout Schule wird von rund 33 Betrieben und Firmen des Landes unterstützt. Die Jugendlichen können dort einen Teil ihres Timeouts als Arbeitseinsätze ausserhalb der Schule absolvieren und dabei im Arbeitsprozess mit Erwachsenen eine andere Rolle einnehmen. Parallel zur Arbeit mit den Jugendlichen findet wöchentlich die Arbeit mit den Eltern statt. Im Rahmen der sogenannten Multifamilienarbeit werden die Eltern darin bestärkt, ihren Beitrag zur Erziehungsarbeit zu leisten.

Die Timeout Schule wird von einer Steuergruppe begleitet, welche sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Schulamts (Inspektorat, Pädagogische Arbeitsstelle, Schulsozialarbeit) und dem Amt für Soziale Dienste zusammensetzt. Auch im Berichtsjahr fand eine Klausurtagung statt, in welcher das vergangene Jahr reflektiert wurde und Massnahmen zur Verbesserung des Schulbetriebes beschlossen und umgesetzt werden konnten.

Zentrum für Schulmedien

Zum Zentrum für Schulmedien gehören die Didaktische Medienstelle und der Amtliche Lehrmittelverlag. Die Bibliothek der Didaktischen Medienstelle wurde von den Lehrpersonen gut genutzt. Während des letzten Schuljahres sind über 6'500 Medien physisch ausgeliehen worden. Dazu können die Lehrpersonen zusätzlich über das Schulintranet auf mehr als 4'800 Medien online zugreifen. Gesamthaft wurden im letzten Schuljahr ca. 14'000 Medien online abgerufen. Nach 10 Jahren Laufzeit wurde die Mediendatenbank im Sommer durch eine neue Anwendung abgelöst.

Ebenfalls zu den Aufgaben des Zentrums für Schulmedien gehören die Begleitung von diversen Projekten sowie die Beratung und die Weiterbildung der Lehrpersonen im Umgang mit den Neuen Medien. Immer mehr Schulen setzen auf mobile Geräte (Tablets) und sind daher auf eine fachkundige Beratung und/oder Projektbegleitung angewiesen. Die Aufgaben des Lehrmittelverlages umfassen den termingerechten Ankauf und das Bereitstellen der Lehrmittel für alle Schulstufen.

Beim Zentrum für Schulmedien liegt auch die Hauptverantwortung für das Weiterbildungsprogramm für die Lehrpersonen. Im Berichtsjahr wurden im Jahresprogramm über 150 Kurse aus den verschiedensten Fachbereichen publiziert und stiessen auf regen Zuspruch des Lehrkörpers. Es konnten im Schuljahr 2016/2017 ca. 80% der angebotenen Kurse durchgeführt werden.

Als Bindeglied zwischen den Schulen und dem Amt für Informatik wurde in diesem Jahr die Stelle des IT-Koordinators geschaffen. Zu seinen Aufgaben gehören unter anderem die Beratung der Medienkoordinatoren an den Schulen und die Anschaffung von neuer Soft- und Hardware für die Schulen gemäss der ausgearbeiteten IT-Strategie.

Verein Neues Lernen

Gemäss der Leistungsvereinbarung mit der Regierung unterstützt der Verein Neues Lernen den Englischunterricht beginnend in der 1. Klasse der Primarschulen. Zu diesem Zweck wurden geeignete Arbeitsmittel entwickelt und die Lehrpersonen für einen handlungsorientierten Fremdsprachenunterricht aus- und weitergebildet. In Zusammenarbeit mit der Kommission «Standards für die Risikogruppe» entwickelt Neues Lernen derzeit Unterrichtsmaterialien für die schwächeren Schülerinnen und Schüler der Oberschule, ausgerichtet auf lebenspraktische Kommunikation.

Neues Lernen engagiert sich für die Frühförderung in Deutsch. Der Jahreskurs «Wir spielen Deutsch» ist als Eltern-Kind-Kurs konzipiert. Neues Lernen hat die Unterrichtsmaterialien geschaffen und führt die Weiterbildung der Kursleiterinnen durch. In Zusammenarbeit mit dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst arbeitet Neues Lernen für ein Bildungsprojekt in Peru in der Lehrpersonenweiterbildung.

Das Projekt Liechtenstein Languages (LieLa) will die Sprachunterrichtsmethode Neues Lernen auch ausserhalb der Grenzen Liechtensteins bekannt machen. LieLa fokussiert speziell auf die Sprachförderung von Flüchtlingen. Im Berichtsjahr wurden etwa hundert Trainer in Deutschland und Österreich ausgebildet, die ihrerseits wieder Kursleiter ausgebildet haben. Die Trainer und Kursleiter erhalten einen Unterrichtskoffer mit vielfältigem Material und genauer Anleitung. Zudem werden sie durch eine Internetplattform unterstützt. Der 60-Stunden-Kurs ist als Integrationskurs konzipiert mit Fokus auf die mündliche Kommunikation. Die Lernenden sollen sich mündlich in wichtigen Lebenssituationen verständigen können. Ein weiterer Aspekt der Methode liegt im Abbau von ethnischen Barrieren und in der Förderung des Selbstbewusstseins. Die Verbreitung des Projektes wird durch die liechtensteinischen Botschaften unterstützt.

Schulbauten

Im Berichtsjahr fanden Sanierungsarbeiten beim Schulzentrum Unterland statt. Hinzu kamen moderate, nutzungstechnisch bedingte Umbauten, wobei der Schwerpunkt unter anderem bei der Umsetzung einer neuen Lösung für die überalterten Beleuchtungen der Klassenräume und Schulkorridore durch eine zeitgemässe und stromsparende LED-Beleuchtung lag.

Im Sommer begannen die Projektplanungsarbeiten zur Instandsetzung von Tiefgarage, Turnhalle und Umgebung des Schulzentrums Unterland. Dabei wurden Schulamt, Schulleitungen sowie ausserschulische Nutzervertreter in das Projekt einbezogen.

Der Schulbetrieb wurde während der gesamten Sanierungsphase aufrechterhalten. Das Schulamt war in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen verantwortlich für die Bedarfsermittlung und Investitionsgüterbeschaffung.

Aufgrund der bei der Turnhalle des Schulzentrums Mühleholz II in Vaduz festgestellten ungenügenden Tragsicherheit wurde die Halle mit provisorischen Stützmassnahmen gesichert, bis eine definitive Lösung umgesetzt wird. Der Sportunterricht ist hiervon nur gering betroffen.

Da die Tragsicherheit der Turnhallendecke auch an den Weiterführenden Schulen in Triesen nicht mehr gewährleistet war, wurde die Turnhalle für den Betrieb gesperrt. Nachdem die rechtlichen Abklärungen zur Haftungsfrage abgeschlossen werden konnten, wurden die Abbruch- und Sanierungsarbeiten in Angriff genommen. Die Halle kann ab März 2017 wieder in Betrieb genommen werden.

Eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe hat im Berichtsjahr die konzeptionellen Arbeiten zu einer Schulbautenstrategie abgeschlossen. Ziel war es, ein optimales Schulraumangebot für die in Liechtenstein angebotenen Schularten im Sekundarschulbereich zu bieten. Neben den Sekundarschülerinnen und -schülern gilt es, für die Beruf-Maturitätsschule (BMS), das 10. Schuljahr, die Sportschule und die Integrationsklassen Deutsch als Zweitsprache (IK DaZ) langfristig geeigneten Schulraum zur Verfügung zu stellen. Diese strategischen Überlegungen und die möglichen Szenarien für die Schaffung eines optimalen Schulraumangebots werden in der Schulbautenstrategie behandelt.

Hallenbad Schulzentrum Unterland

Im Berichtsjahr besuchten 81'747 Personen das Hallenbad Schulzentrum Unterland. Das sind 2'404 Besucher mehr wie im vergangenen Jahr. Diese Eintritte verteilten sich auf 45'633 Erwachsene und 36'114 Kinder. In den Kindereintritten enthalten sind 19'258 Eintritte im Rahmen des Schulschwimmunterrichts. Die Eintritte von Vereinssportlern des In- und Auslands machten vom Gesamtergebnis 6'427 aus. Das Total der Eintritte generierte Einnahmen von CHF 274'392, davon CHF 221'986 aus Erwachsenen- und CHF 35'793 aus ermässigten Eintritten, CHF 11'130 von Schulen und CHF 5'483 von Vereinen. Der stärkste Monat im Jahr war der Januar mit 9'653 Besuchern; der schwächste war der August mit 4'324 Besuchern. Ausgenommen ist hier der Juli, an

dem bei gerade acht offenen Tagen 383 Badegäste verzeichnet werden konnten. Die Sommerbadezeiten in den Schulferien wurden von den Badegästen positiv angenommen. Im Juni fand das Special-Olympics mit 50 Athleten statt.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Selbstkontrollen von Abklatsch- und Wasser-Proben gaben zu keinerlei Beanstandungen Anlass.

Jugendhaus Malbun

Das Jugendhaus Malbun wurde von 30 verschiedenen Gruppen aus dem In- und Ausland besucht (20 Gruppen aus liechtensteinischen Schulen, 6 Gruppen aus Liechtenstein und 4 Gruppen aus dem Ausland). Für diese rund 1'040 Gäste wurden 9'500 Mahlzeiten zubereitet. Hinzu kamen 4'300 Übernachtungen mit Frühstück. Die Rückmeldungen der Lagerleitungen belegen, dass das Jugendhaus Malbun auch in diesem Jahr seine Gäste bestens betreut hat.

Abgesehen von dem normalen jährlichen Gebäudeunterhalt drängten sich im Berichtsjahr keine zwingend notwendigen Renovationsarbeiten am Gebäude auf. Die anfallenden Kosten für den Betrieb sind im budgetierten Rahmen geblieben.

Eurydice

Liechtenstein beteiligt sich seit 1994 am europäischen Bildungsinformationsnetzwerk Eurydice. Die Teilnahme am Eurydice-Arbeitsprogramm wird von der Europäischen Kommission über Zuschüsse im Rahmen der EU-Bildungsprogramme finanziert. Wesentliche Aufgaben des Netzwerks sind die Erstellung und regelmässige Aktualisierung der umfassenden Beschreibung der Bildungssysteme, die regelmässige Aktualisierung der Daten zu Schlüsselzahlenberichten (z.B. Löhne von Lehrpersonal und Schulleitungen, Ferienkalender, Unterrichtszeiten) sowie die Teilnahme an vergleichenden Studien zu aktuellen bildungspolitischen Themen. Im Berichtsjahr standen insbesondere die Neufassung des Schlüsselzahlenberichts zum Sprachenlernen sowie zwei vergleichende Analysen zu evidenzbasierter Bildungssteuerung und studentischer Mobilität im Zentrum. Zudem konnte die umfassende Beschreibung des liechtensteinischen Bildungssystems auf der gemeinsamen Online-Datenbank (Eurypedia) abgeschlossen werden.

Diplomanerkennung

Als zuständige Behörde für die berufliche Anerkennung von Lehrberufen sowie Informationsstelle für akademische Anerkennungsfragen beantwortet das Schulamt Fragen von Einzelpersonen, Hochschulen, Behörden sowie Unternehmen im In- und Ausland, arbeitet Empfehlungen aus und entscheidet über die Lehrbefugnis von Lehrpersonen an den öffentlichen sowie privaten Schulen. Anfragen zu beruflicher Anerkennung anderer Berufsbereiche werden an die zuständigen Stellen weitergeleitet (Amt für Gesundheit, Amt für Volkswirtschaft, FMA oder Rechtsanwaltskammer). Insgesamt wurden im Berichtsjahr rund 30 Anfragen im Bereich der beruflichen Anerkennung für Lehrberufe sowie 40 Anfragen im Bereich der akademischen Anerkennung beantwortet.

Im Berichtsjahr fand in Vaduz das alljährliche Treffen der deutschsprachigen Zulassungsbehörden (ENIC/NARIC) statt. Inhalt der Gespräche waren die Anerkennung von Qualifikationen von Flüchtlingen, die anhaltende Zunahme von Anerkennungsanfragen, der Umgang mit Franchising-Modellen sowie ein Austausch über die Hochschulzulassung mit den verschiedenen Maturitätstypen. Im Rahmen des Treffens wurde mit der Leiterin der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen in Deutschland eine Neubewertung der liechtensteinischen Berufsmaturität für den Zugang zu Fachhochschulstudiengängen in Deutschland vereinbart. Bisher ist die bedingungsfreie Zulassung, wie sie in der Schweiz und in Österreich gewährleistet ist, nicht möglich.

Kommissionen/Verbände

Übertrittskommission

Bei einer fehlenden Übertrittsempfehlung kann durch eine Prüfung der Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler festgestellt werden. Die Übertrittsprüfungen werden von einer Übertrittskommission vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet. Die Übertrittskommission setzt sich aus mindestens je einer Vertreterin/einem Vertreter der Primar-, der Ober-, der Realschule und des Gymnasiums zusammen. Sie wird von der Regierung bestellt; als Vorsitzenden bestimmt die Regierung jeweils einen Mitarbeitenden des Schulamts. Im Berichtsjahr traten 30 Schülerinnen und Schüler der Primarstufe sowie 43 Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarstufe (OS–RS: 20/RS–LG: 23) zu den Prüfungen an. Beschwerden wurden im Berichtsjahr keine eingereicht.

Kommission Sportschule

Im Berichtsjahr hat die Kommission Sportschule drei Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte bildeten die Überprüfung der Aufnahmegesuche und sportlichen Verbleibekriterien sowie eine mögliche Neuausrichtung der Sportschule. Im Rahmen des Aufnahmeprozesses wurden im Berichtsjahr 26 Schülerinnen und Schüler an die Sportschule aufgenommen. Im August wurde die Kommission Sportschule neu bestellt.

Übersicht der aufgenommenen Sportschüler im Berichtsjahr 2016

Klassenstufe	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	4. Klasse	**Gesamt**
Sportschule Schaan	15	3	1	-	-	**19**
Gymnasium Oberstufe	-	-	-	6	1	**7**

Unterrichtskommissionen LG und BMS
Die Unterrichtskommissionen für das Liechtensteinische Gymnasium (LG) und für die Berufsmaturitätsschule (BMS) üben im Auftrag der Regierung Beratungs- und Kontrollbefugnisse aus. Neben Unterrichtsbesuchen umfasst die Tätigkeit der Kommissionen die Zusammenarbeit mit den Fachschaften in Fragen gemeinsamer Maturaaufgaben und Beurteilungskriterien sowie die Mitwirkung bei der schulinternen Weiterbildung der Lehrpersonen.

Die Kommissionen sind zusammengesetzt aus Bildungsexperten aus Liechtenstein, Österreich und der Schweiz. Den Vorsitz hat jeweils der Leiter der Abteilung für Mittel- und Hochschulwesen inne. Die Kommissionen stellen sicher, dass sowohl Prüfungsstandards als auch das Ausbildungsniveau der Schulen laufend evaluiert, gesichert und weiterentwickelt werden. Die Mandatsperiode beider Kommissionen läuft von 2014 bis 2018. Die Jahressitzungen der Unterrichtskommissionen fanden am 3. September 2016 (LG) und am 7. September 2016 (BMS) statt.

Die Unterrichtskommission für das LG überprüft auch die Unterrichtsqualität und die Einhaltung des Lehrplans am Oberstufengymnasium der Privatschule formatio.

Maturakommission
Die Maturakommission trägt zusammen mit dem Rektorat die Verantwortung für die Durchführung der Maturaprüfungen am Liechtensteinischen Gymnasium. Wie in den letzten Jahren wurden zusätzlich die Mitglieder der Unterrichtskommission als Experten zu den mündlichen Prüfungen beigezogen.

103 Schülerinnen und Schüler traten im Zeitraum Mai und Juni an die Maturaprüfungen an: 18 im Profil «Kunst, Musik und Pädagogik», 23 im Profil «Mathematik und Naturwissenschaften», 25 im Profil «Neue Sprachen», 2 im Profil «Lingua mit Latein» sowie 35 im Profil «Wirtschaft und Recht».

59 Maturandinnen und 43 Maturanden konnten an der Maturafeier ihre Maturazeugnisse entgegennehmen. Zwei Maturandinnen und vier Maturanden wurden mit dem Maristen-Maturapreis geehrt. Zusätzlich wurden 25 Maturandinnen und Maturanden mit einem Maturadurchschnitt von 5.0 und besser ausgezeichnet.

Berufsmaturakommission
Die Berufsmaturakommission leitet und beaufsichtigt zusammen mit dem Rektorat das Verfahren zur Erlangung der Berufsmaturität. Zu ihren wichtigsten Aufgaben zählen die Expertentätigkeit bei den mündlichen Abschlussprüfungen, das Genehmigen und Festsetzen der Prüfungs- und Abschlussnoten, der Entscheid über die Erlangung der Berufsmaturität und Entscheide über besondere Anträge von Kandidatinnen und Kandidaten.

An den beiden Prüfungs-Sessionen im Juni und August/September traten insgesamt 100 Kandidatinnen und Kandidaten an: 43 im Vollzeitlehrgang (davon 23 Schwerpunkt «Technik» und 20 Schwerpunkt «Wirtschaft»), 57 im berufsbegleitenden Lehrgang (davon 18 Schwerpunkt «Technik», 14 Schwerpunkt «Wirtschaft», 7 Schwerpunkt «Gestalten», 18 Schwerpunkt «Gesundheit und Soziales»).

76 der 100 Kandidatinnen und Kandidaten erhielten ein Berufsmaturazeugnis; 18 bekamen mindestens ein Zertifikat für den Abschluss in einzelnen Fächern. Zwei Maturanden durften einen Preis der Hilti AG und der LIHK für die beste Maturaprüfung im Vollzeitlehrgang und im berufsbegleitenden Lehrgang entgegennehmen.

Acht Kandidatinnen bzw. Kandidaten wurde seitens der Berufsmaturakommission eine verpflichtende Wiederholung des 3. und 4. Semesters in den Unterrichtsfächern vorgeschrieben, in denen sie bereits zweimal negativ reüssiert hatten.

Kommission zur Prüfung von provisorisch angestellten Lehrpersonen
Im Berichtsjahr haben 69 von insgesamt 73 Lehrerinnen und Lehrern die obligatorischen Prüfungen in Geschichte, Staatskunde und Schulgesetzgebung in schriftlicher Form erfolgreich abgeschlossen. Vier Lehrpersonen wurden zur mündlichen Nachprüfung betreffend Schulgesetz/Schulrecht eingeladen. Die Kursleiter sind ebenfalls Mitglieder der Lehrerprüfungskommission.

Aussenkontakte und Zusammenarbeit

Im Berichtsjahr hat sich das Schulamt wiederum in diversen Gremien, Kommissionen und Arbeitsgruppen auf nationaler, regionaler und europäischer Ebene betätigt, mit dem Ziel, die Qualität und die Anschlussfähigkeit des liechtensteinischen Bildungswesens zu gewährleisten und relevante Entwicklungen mitzugestalten.

Auf nationaler Ebene sind insbesondere die folgenden Ebenen der Zusammenarbeit von grosser Wichtigkeit:
- Elternvereinigungen;
- Gemeinden bzw. Gemeindeschulräte als Träger der Primarschulen und Kindergärten (u.a. Genehmigung Stellenplan);
- Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (Anschlussfragen und Laufbahnberatung) und Amt für Soziale Dienste (Schulschwierigkeiten und familiäre Probleme, Frühförderung und Elternarbeit);
- Wirtschaftsverbände;
- Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschafts-, Industrie- und Technikbetriebe.

Im Bereich der regionalen Zusammenarbeit ist die Einsitznahme in den Gremien und die Mitarbeit in den Fachgruppen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) zu erwähnen sowie in der Interkantonalen Lehrmittelkonferenz (ilz) und der Arbeitsgemeinschaft Schulevaluation (ARGEV), beides Gremien der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz

(D-EDK). Durch die direkte Beteiligung an Bildungseinrichtungen (NTB Buchs, HfF Zürich, ISME Sargans/St. Gallen) und in Vereinbarungen (Regionales Schulabkommen, Interkantonale Vereinbarungen für Fachhochschulen und Universitäten, Diplomanerkennungen) wird zudem der Zugang zu Ausbildungsstätten in der Schweiz sichergestellt.

Im Berichtsjahr haben Schulamtsmitarbeitende wiederum Vertretungsaufgaben in diversen bildungspolitischen Gremien des Europarates und der Europäischen Kommission wahrgenommen:
- EFTA Working Group for Education Training and Youth
- Steering Committee for Educational Policy and Practice (CDPPE)
- EFTA Working Group on Mutual Recognition of Professional Qualifications
- Koordinationsgruppe und Ausschuss für die europäische Richtlinie 2005/36/EC
- ENIC/NARIC Netzwerk der Nationalagenturen für Diplomanerkennung
- 5-Länderkonferenz der deutschsprachigen ENIC/NARICs
- Bologna-Follow-Up Group
- Direktionskomitée des Europäischen Sprachenzentrums in Graz
- Eurydice-Bildungsinformationsnetzwerk

Eine Vertretung des Schulamts hat im Oktober an der Konferenz der DACH-Staaten teilgenommen, welche sich dem Thema «Frühe Förderung» gewidmet hat. Als deutschsprachiges Land ist Liechtenstein zudem im Rat für deutsche Rechtschreibung vertreten, welcher im Juni für eine seiner Sitzungen in Vaduz tagte.

Im Rahmen der EU-Präsidentschaft der Niederlande fand im Berichtsjahr das gemeinsame Jahrestreffen des ENIC-NARIC Netzwerks in Amsterdam statt. Im Zentrum des Austauschs stand die Anerkennung der Qualifikationen von Flüchtlingen und Länderinformationen zum Bildungssystem der Herkunftsländer wie Syrien und Irak.

Liechtensteinische Botschaft in Bern

Leiterin: Botschafterin Dr. Doris Frick

Hauptaufgabe der Botschaft ist die Pflege der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Mit zahlreichen Besuchen auf höchster Ebene wurden die Beziehungen in all diesen Bereichen mit der Schweiz weiter gefestigt. Aufgrund der über 100 vertraglichen Verbindungen zwischen den zwei Nachbarstaaten und der Verflechtung der beiden Wirtschaftsräume fand eine enge Zusammenarbeit auch auf Amtsebene statt. Mit den für Liechtenstein zuständigen knapp 80 Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern stand die Botschaft in regelmässigem Austausch.

Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz

Die bilateralen Beziehungen wurden im Berichtsjahr nicht nur auf politischer, sondern auch auf Verwaltungsebene regelmässig gepflegt. Inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeiten war die Begleitung der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Mittels vielfältiger Kontakte wurde den Schweizer Bundesräten, Parlamentariern und relevanten Personen aus der Verwaltung aufgezeigt, wie eng verflochten die Wirtschaftsregion Liechtenstein/St. Gallen ist und wie vorteilhaft die offenen Grenzen für beide Seiten sind. Ein weiteres wichtiges bilaterales Thema des Berichtsjahres waren der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr und damit zusammenhängend die von der Schweiz angewendeten flankierenden Massnahmen. In intensiven bilateralen Gesprächen konnte eine Lösung für dieses Problem gefunden werden. Liechtenstein und die Schweiz diskutierten im Berichtsjahr aber auch Steuer- und Finanzangelegenheiten, die Zusammenarbeit im Landwirtschaftsbereich, Gesundheitsthemen, die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich und viele weitere Themen. Hervorzuheben ist die Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit der beiden Länder in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation und die neue Vereinbarung über die Förderung der wissensbasierten Innovation. Ausführlichere Informationen zu den behandelten Themen folgen weiter unten. Es ist festzuhalten, dass die enge Zusammenarbeit mit der Schweiz nicht nur bilateral, sondern auch im Rahmen multilateraler Organisationen stattfindet.

Kontakte auf Ebene Staatsoberhaupt
Am 7. und 8. September 2016 gab es in Belgien ein Treffen von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit den Staatsoberhäuptern von Belgien, Deutschland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz.

S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein traf sich am 11. November 2016 im Beisein von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick mit Bundespräsident Johann Schneider-Ammann zu einem Arbeitsgespräch in Bern.

Ebenfalls am 11. September 2016 eröffnete S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein zusammen mit Bundesrat Alain Berset die Ausstellung «Liechtenstein. Die Fürstlichen Sammlungen» im Kunstmuseum Bern.

Kontakte des Landtags
Am 20. Juni 2016 besuchte Nationalratspräsidentin Christa Markwalder Liechtenstein. Sie traf sich mit Landtags-

präsident Albert Frick, S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Regierungschef Adrian Hasler. Die Nationalratspräsidentin sprach anschliessend am Businesstag für Frauen in Vaduz.

Am 25. November 2016 besuchte Ständeratspräsident Raphaël Comte Landtagspräsident Albert Frick in Vaduz. Zudem fanden Höflichkeitstreffen mit Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick statt.

Kontakte auf Regierungsebene

Am 28. April 2016 unterzeichneten Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick und Bundesrat Guy Parmelin eine Vereinbarung über die Einlagerung von Mikrofilmen bedeutender Liechtensteiner Kulturgüter im Mikrofilmarchiv Heimiswil.

Am 9. Mai 2016 traf sich Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick mit Bundesrat Didier Burkhalter zu einem Arbeitsgespräch in Vaduz. Danach referierte Bundesrat Didier Burkhalter am Unternehmertag in Vaduz, wo auch informelle Gespräche mit S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, Regierungschef Adrian Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer geführt wurden.

Am 24. Mai 2016 diskutierten Regierungschef Adrian Hasler und Bundesrat Ueli Maurer in Bern im Rahmen eines Arbeitstreffens verschiedene Steuer- und Finanzangelegenheiten.

Am 1. Juni 2016 nahm Regierungschef Adrian Hasler an der Eröffnungsfeier des Gotthardbasistunnels teil und traf dort mit Bundespräsident Johann Schneider-Ammann sowie mit den anderen Bundesräten zusammen. Der Anlass bot zudem Gelegenheit zum informellen Austausch mit den Regierungschefs von Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich. Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer nahm auf Einladung von Bundesrätin Doris Leuthard, zusammen mit anderen europäischen Verkehrsministern, ebenfalls an der Eröffnungsfeier teil.

Am 16. Juni 2016 trafen sich Regierungschef Adrian Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer mit Bundespräsident Johann Schneider-Ammann zu einem Arbeitsmittagessen in Bern. Diskutiert wurden unter anderem die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, Finanzthemen und die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung.

Im Rahmen des Liechtenstein-Empfangs in der Residenz der Botschaft Bern tauschten sich am 16. Juni 2016 Regierungschef Adrian Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer, Amtsleiterinnen und Amtsleiter sowie Vertreter der liechtensteinischen Wirtschaft an der Botschaft mit Schweizer National- und Ständeräten sowie hohen Beamten der Bundesverwaltung aus. Dieser Austausch bildet eine wichtige Kontaktplattform für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und der Schweiz.

Am 22. Juni 2016 traf sich Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer in Bern mit Walter Steinmann, Direktor des Bundesamts für Energie, zu einem Austausch zu Energiefragen.

Am 27. Juni 2016 fand in Bern ein Treffen von Regierungsrat Dr. Mauro Pedrazzini mit Bundesrat Alain Berset für ein mögliches Gesundheitsabkommen statt.

Ebenfalls am 27. Juni 2016 nahm Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick am EFTA-Ministertreffen in Bern teil und traf dort mit Bundespräsident Johann Schneider-Ammann zusammen.

Am 22. August 2016 tauschten sich Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer und Bundesrat Alain Berset anlässlich eines Arbeitstreffens in Bern zur betrieblichen Personalvorsorge und weiteren Themen der Alters- und Risikovorsorge aus.

An der Olma 2016 war Liechtenstein als Gastland präsent. Am Eröffnungstag vom 13. Oktober 2016 trafen die anwesenden Regierungsmitglieder mit Bundesrat Ueli Maurer zusammen.

Am 21. Oktober besuchte der neue Schweizer Oberzolldirektor Christian Bock Liechtenstein und traf sich mit Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick.

Am 11. November 2016 fanden am Rande des Treffens zwischen S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Bundespräsident Johann Schneider-Ammann zwei Unterzeichnungen statt: Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer unterzeichnete eine Vereinbarung über die Förderung wissensbasierter Innovation. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick unterzeichnete eine Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation. Von Schweizer Seite unterzeichnete Staatssekretär Dell'Ambrogio.

Am 11. November 2016 traf Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer in Bern mit Bundesrat Guy Parmelin zu einem Arbeitstreffen zusammen. Diskussionsthemen waren insbesondere Sicherheit und Zivilschutz.

Am 14. November 2016 empfing Regierungschef Adrian Hasler Bundesrat Ueli Maurer zu einem Arbeitstreffen in Vaduz.

Am 25. November 2016 traf Regierungschef Adrian Hasler Nationalbankpräsident Thomas Jordan zu einem Arbeitsgespräch in Zürich.

Zusätzlich zu diesen Kontakten auf bilateraler Ebene trafen sich die liechtensteinischen Regierungsmitglieder mit den Schweizer Bundesrätinnen und Bundesräten im Rahmen der Treffen der deutschsprachigen Länder in den Bereichen Äusseres, Finanzen, Inneres, Justiz, Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft als auch anlässlich von internationalen Konferenzen wie beispielsweise dem WEF, der UNO oder der EU. Die liechtensteinische Regierung traf sich zudem mit einzelnen Kantonsregierungen. Über kantonale Direktoren-Konferenzen (beispielsweise im Bereich der Volkswirtschaft, Bildung, Justiz- und Polizeidirektoren) stehen die liechtensteinischen Regierungsmitglieder zudem in regelmässigem Austausch mit den kantonalen Regierungsvertretern der ganzen Schweiz.

Kontakte auf Amtsebene und behandelte bilaterale Themen

Die engen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz in allen Themenbereichen führen auch zu regelmässigen Kontakten auf Amtsebene. Für einige Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz sind gemischte Ausschüsse vorgesehen, die sich in der Regel jährlich treffen, um Aktualitäten zu besprechen und Auslegungsfragen zu klären. Im Berichtsjahr trafen sich unter anderem die Ausschüsse zum Notenaustausch zur finanziellen Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik (28. Januar 2016), zum Rahmenvertrag über die Zusammenarbeit im Bereich des Visumsverfahrens, der Einreise und des Aufenthalts sowie über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzraum (26. April) und zur LSVA-Vereinbarung (18. Oktober 2016).

Zusätzlich zu den formellen Ausschuss-Sitzungen fanden zahlreiche Sitzungen, Gespräche und Kontakte mit Schweizer Behörden zu unterschiedlichsten Themen statt. Dabei geht es beispielsweise um die Aktualisierung oder Anpassung von bestehenden Abkommen aufgrund neuer Bedürfnisse oder neuer Rahmenbedingungen. Manchmal ergeben die Abklärungen auch einen Bedarf für den Abschluss von neuen Abkommen.

So konnten im Berichtsjahr zwei neue Abkommen in Kraft treten: das Doppelbesteuerungsabkommen sowie das Abkommen über die Elementarschadenversicherung. Mit der neuen Mikrofilmvereinbarung wurde die Voraussetzung geschaffen, dass historisch bedeutende Sicherheitskopien aus dem Landesarchiv zusätzlich im Schweizer Mikrofilmarchiv Heimiswil aufbewahrt werden können. Bei der Vereinbarung über die Anerkennung von Fähigkeitszeugnissen und Berufsattesten wurde im Berichtsjahr eine technische Anpassung vorgenommen, indem vier neue Berufsgattungen in den Anhang übernommen wurden. Ebenfalls eine technische Anpassung gab es beim Vertrag über die Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und der Schweiz im Rahmen der Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile. Bei der Vereinbarung über die Kontrolle nuklearen Materials ging es um die Regelung der Zusammenarbeit mit Schweizer Stellen betreffend die Berichterstattungspflicht an die Internationale Atomenergieagentur. Im Berichtsjahr konnte zudem eine Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit Liechtensteins und der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation erarbeitet und am 11. November 2016 unterzeichnet werden. Die Erklärung würdigt die bisherige ausgezeichnete Zusammenarbeit der beiden Länder in den genannten Themenbereichen und bekräftigt den beiderseitigen Wunsch nach einer Weiterentwicklung der bestehenden Zusammenarbeit. Ebenfalls am 11. November 2016 konnte die Vereinbarung über die wissensbasierte Innovation unterzeichnet werden. Diese Vereinbarung bildet die Basis dafür, dass Liechtenstein in Zukunft bei der Beurteilung von Innovationsprojekten von Unternehmen und Forschungsstätten auf die Expertise der entsprechenden Schweizer Fachstelle zurückgreifen kann.

Im Berichtsjahr wurden des weiteren Gespräche zur engeren Zusammenarbeit Liechtensteins und der Schweiz im Bereich der ambulanten Gesundheitsversorgung und einem möglichen entsprechenden Abkommen geführt. Die Gespräche konnten jedoch im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden.

Ein wichtiges Thema war im Berichtsjahr das Thema der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung, welche im Rahmenvertrag über die Zusammenarbeit im Bereich des Visumsverfahrens, der Einreise und des Aufenthalts sowie über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzraum geregelt ist. Die Schweiz und Liechtenstein haben über Jahre hinweg die Voraussetzungen zur grenzüberschreitenen Dienstleistungserbringung unterschiedlich geregelt. Dies führte zu «ungleichen Spiessen» für liechtensteinische und schweizerische Gewerbebetriebe. Verschiedene Gespräche im Berichtsjahr, inklusive Gespräche auf Ebene Regierungschef-Stellvertreter und Bundesrat, brachten im November ein gemeinsam beschlossenes Paket an Massnahmen.

Ein weiteres wichtiges bilaterales Thema war die Frage, wie der automatische Informationsaustausch mit der Schweiz genau ausgestaltet werden soll. Das Thema war Ende Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen.

Eine jahrelange und bewährte Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und der Schweiz besteht im Bereich der humanitären Hilfe. Am 29. Juli 2016 diente ein Treffen einer liechtensteinischen Delegation mit Botschafter Manuel Bessler, Delegierter für Humanitäre Hilfe in der DEZA, der Diskussion über die Verwendung der liechtensteinischen Beiträge und über aktuelle Herausforderungen im Bereich der humanitären Hilfe.

Es gehört zu den Aufgaben der Botschaft Bern, Entwicklungen in der Schweiz zu beobachten und in Abstimmung mit den betroffenen Amtsstellen in Liechtenstein mögliche Auswirkungen auf Liechtenstein zu analysieren. Ein solches Thema waren im Berichtsjahr unter anderem die von der Schweiz geplanten Sparmassnahmen bei den Zollstellen. Der Besuch von Oberzolldirektor Christian Bock vom 21. Oktober 2016 in Liechtenstein sowie Gespräche auf Amtsebene konnten die liechtensteinischen Bedenken jedoch entkräften.

Ein Thema mit potenziell grossen Auswirkungen auf Liechtenstein war die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, welche im Berichtsjahr in ihre entscheidende Phase trat. Je nach Umsetzung der Initiative durch die eidgenössischen Räte hätte diese massive Auswirkungen auf Liechtenstein haben können. Die Botschaft Bern hat die liechtensteinischen Anliegen kontinuierlich bei der Schweizer Politik und Verwaltung deponiert. Den Schweizer Gesprächspartnern konnte anhand von Zahlen und Fakten aufgezeigt werden, dass die Wirtschaftsregion Liechtenstein/St. Galler Rheintal gesamthaft unter einer sehr engen Anwendung leiden würde und

dass sich diese Region von anderen Grenzregionen der Schweiz unterscheidet.

Als weiteres grösseres Thema verfolgte die Botschaft Bern die Pläne der Schweiz in Bezug auf den Entscheid Grossbritanniens, die EU zu verlassen (Brexit). Aufgrund des Zollvertrags ist Liechtenstein in einem allenfalls zukünftigen Abkommen der Schweiz mit Grossbritannien ebenfalls inkludiert, jedoch nur, was den Güterhandel betrifft. Die frühzeitige gegenseitige Information ist deshalb wichtig.

Neben vielen informellen Gesprächen wurden die genannten Themen auch innerhalb institutionalisierter Foren diskutiert: So im Rahmen des Treffens der General- und Staatssekretäre Liechtensteins, der Schweiz, Sloweniens und Österreichs vom 26. Februar 2016 in Malbun sowie anlässlich des politischen Dialogs Schweiz-Liechtenstein auf Botschafter-Ebene vom 6. Dezember 2016 in Vaduz, einem jährlich durchgeführten Treffen zur Diskussion aller offenen bilateralen Themen. Der politische Dialog dient zudem der Diskussion der Zusammenarbeit Liechtensteins und der Schweiz in internationalen Organisationen, welche traditionell sehr eng ist.

An der Botschaft wurden im Laufe des Jahres Gruppen aus Liechtenstein und aus der Schweiz empfangen. So kommen unter anderem jährlich Senioren, Schulklassen, HSG-Nachdiplomstudierende, Business-Vereinigungen und Gemeinderäte. Diese Gruppen erhalten einen Einblick in die Tätigkeiten der Botschaft sowie in die Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein. Botschafterin Dr. Doris Frick hielt im Rahmen von verschiedensten Einladungen in der Schweiz Vorträge über Liechtenstein.

Im Berichtsjahr konnte die Botschaft Bern zudem die Ausstellung «Liechtenstein. Die Fürstlichen Sammlungen» im Kunstmuseum Bern (Ausstellungsdauer 12. November 2016 bis 19. März 2017) nutzen, um Personen aus Parlament, Bundesverwaltung und Wirtschaft eine weitere Facette Liechtensteins zu präsentieren. Speziell organisierte Führungen boten eine gute Möglichkeit zur Kontaktpflege und Informationsvermittlung.

Kontakte mit Botschaften in Bern

Die Pflege der Kontakte zu Botschaften von Drittstaaten, welche in Liechtenstein akkreditiert sind, war erneut ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Botschaft Bern. Dazu gehören die Entgegennahmen und Weiterleitungen von Demarchen und Positionen sowie damit verbundene Abklärungen, die Unterstützung bei der Organisation von Besuchen in Liechtenstein und die Herstellung von Kontakten zu Liechtenstein. Zusätzlich unterstützt die Botschaft zum Beispiel im Rahmen von Anlässen oder Vorträgen die Beziehungen zu anderen Staaten, durch welche diese aktiv und spezifisch informiert werden können. So hat es in der Botschaft zum Beispiel auch Treffen mit einer britischen Brexit-Delegation und einer Parlamentarier-Delegation aus der Tschechischen Republik gegeben, die in Bern weilten.

Der direkte Kontakt mit den Botschaften von Drittstaaten in Bern hat sich hierbei auch im laufenden Jahr in vielen Fällen für die Wahrnehmung liechtensteinischer Interessen in den betreffenden Ländern als nützlich herausgestellt. So konnte die Botschaft Bern im Jahr 2016 bei der Organisation diverser bilateraler Ministertreffen behilflich sein. Auf inhaltlicher Ebene kontaktierte die Botschaft Bern im Berichtsjahr Botschaften von Drittstaaten zu Themengebieten wie steuerliche Diskriminierungen, Steuerinformationsabkommen, bei Problemen der Visa-Ausstellungen von Reisenden aus oder nach Liechtenstein, Visavertretungsabkommen oder hängigen Bewilligungen für private Firmen.

Konsularische Tätigkeit

Die Botschaft in Bern betreut die über 1'700 in der Schweiz und die über 730 in Drittländern gemeldeten liechtensteinischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im konsularischen Bereich. Das EDA leitet ausserdem sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt, die einen Liechtenstein-Bezug haben und über das konsularische Netzwerk der Schweiz eingehen, an die liechtensteinische Botschaft in Bern weiter. Dies betrifft in der Regel Angelegenheiten von liechtensteinischen Staatsangehörigen in Drittländern sowie von Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern, die im Ausland in eine Notsituation geraten, Rechtshilfeangelegenheiten in Straf- und Zivilfällen sowie Beglaubigungen. Die Häufigkeit der konsularischen Anfragen hielt sich, mit einer Ausnahme, im Rahmen der vergangenen Jahre.

Internationale Organisation

Die Botschaft vertrat Liechtenstein am diplomatischen Treffen zur Wahl der Mitglieder der Internationalen humanitären Ermittlungskommission (IHFFC) vom 8. Dezember 2016 in Bern: Die IHFFC wurde auf der Grundlage des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Konventionen geschaffen und besteht aus 15 Mitgliedern, die alle fünf Jahre von den Vertragsparteien gewählt werden. Die Wahlen werden jeweils von der Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen einberufen.

Liechtensteinische Botschaft in Berlin

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein

Hauptaufgaben der Botschaft sind die Pflege und der weitere Ausbau der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Deutschland. Wie in den letzten Jahren bildeten auch 2016 Kontakte zu einzelnen Bundesländern einen Schwerpunkt. Im Jahr 2016 war ausserdem die Lancierung der Initiative Liechtenstein Languages ein besonderer Fokus, mit der die in Liechtenstein weiter entwickelte Methode Neues Lernen zur Anwendung für Migranten und Flüchtlinge bekannt gemacht wurde. Diese Initiative ermöglichte der Botschaft zahlreiche neue Kontakte. Sicherheitspolitisch stand das Jahr im Zeichen der sich negativ entwickelnden internationalen Krisen.

Kontakte auf Staats- und Regierungsebene

S.D. Erbprinz Alois empfing am 19. Januar 2016, im Vorfeld des WEF, eine Reihe hoher Wirtschaftsvertreter zum Vaduz Castle Dinner. Ein Schwerpunktthema war die «Digitale Revolution». Unter den Teilnehmenden waren auch wichtige Entscheidungsträger aus deutschen Unternehmen (u.a. ThyssenKrupp, Münchener Rück, Axel-Springer Verlag).

Am 7. und 8. März 2016 besuchte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer die Internationale Tourismus Börse (ITB) in Berlin und nahm dort am Medienanlass am Liechtenstein-Stand teil. Seinen Besuch in der Hauptstadt verknüpfte er mit einem Arbeitsgespräch mit Justizminister Heiko Maas (SPD) sowie mit der Besichtigung einer Berliner Flüchtlingsunterkunft, welche vom Malteser Hilfsdienst betrieben wird.

S.D. Fürst Hans-Adam II. wurde am 14. Mai 2016 in Nürnberg für seine Verdienste um die Völkerverständigung in Europa mit dem Europäischen Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft ausgezeichnet. Die Liste der bisherigen Preisträger dieses Karlspreises ist lang. Neben allen bayerischen Ministerpräsidenten und dem früheren österreichischen Bundeskanzler Schüssel war in den 1960er Jahren S.D. Fürst Franz-Josef II. einer der Preisträger.

Die Eröffnung einer Ausstellung über Mathematik des Liechtensteinischen Landesmuseum in München/Bayern am 1. Juli 2016 nutzte Aussen-, Bildungs- und Kulturministerin Dr. Aurelia Frick für Kontakte auf politischer Ebene. Sie traf u.a. den bayerischen Bildungs-Staatssekretär Georg Eisenreich (CSU, MdL), weitere Vertreter des Bayerischen Landtags, der Wirtschaft, sowie aus dem Bereich Bildung und Integration von Flüchtlingen.

Am 1. Juli 2016 traf sich Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer in Wiesbaden/Hessen zu einem Arbeitsgespräch mit dem hessischen Minister für Inneres und Sport, Peter Beuth (CDU, MdL). Die Themen Migration, Integration und Vermeidung von Radikalisierung standen dabei im Mittelpunkt. Im Anschluss an diesen Termin hielt Dr. Thomas Zwiefelhofer auf Einladung des Schweizerisch-Deutschen Wirtschaftsclubs in Frankfurt einen Vortrag über den Wirtschaftsstandort Liechtenstein.

Am 15. und 16. Juli 2016 lud Bundestagspräsident Norbert Lammert seine deutschsprachigen Amtskollegen zu einem Treffen von Parlamentspräsidenten nach Konstanz ein, darunter Landtagspräsident Albert Frick, Mars Di Bartolomeo (Luxemburg), Christa Markwalder (Schweiz), Karl-Heinz Lambertz (Deutschsprachige Gemeinschaft Belgien) und Doris Bures (Österreich). Im Mittelpunkt der Gespräche standen gemeinsame Ansätze zur Bewältigung der Migrations- und Integrationsproblematik.

Das Treffen der Aussenminister der deutschsprachigen Länder fand am 5. August 2016 auf Burg Gutenberg statt. Erstmals kam der deutsche Aussenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier aus diesem Anlass nach Liechtenstein. Bundesminister Steinmeier blieb auch am folgenden Tag noch einige Stunden länger; Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick unternahm mit ihm einen gemeinsamen Kulturrundgang in Vaduz.

Vom 7. bis 9. Dezember 2016 weilte Aussenministerin Dr. Aurelia Frick in Hamburg, wo der OSZE-Ministerrat stattfand. Sie nutzte die Konferenz für mehrere bilaterale Gespräche, so auch mit Aussenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier. Er hatte kurz zuvor neben der SPD auch die Unterstützung der CDU/CSU für seine Kandidatur in der Wahl zum nächsten Bundespräsidenten erhalten.

Liechtenstein hatte im Laufe des Jahres mehrere Konferenzen des deutschen OSZE-Vorsitzes wahrgenommen; teils von der Botschaft aus, teils aber auch vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten in Vaduz. So zum Beispiel das informelle Treffen auf Ministerebene in Potsdam, an dem der Leiter des Amtes, Botschafter Dr. Martin Frick, teilnahm.

Kontakte in den Bereichen Wissenschaft, Kunst und Kultur

Am 5. Februar 2016 wurde in Berlin in den Räumen der Kienzle Art Foundation und im Kunstraum Cavuspace die Ausstellung der Sammlung von Jochen Kienzle eröffnet, von der etwa 60 Werke noch im selben Jahr als Dauerleihgabe an das Kunstmuseum Liechtenstein gingen. Der zeitliche Kontext, dass in Deutschland ein neues – von nicht wenigen Sammlern als zu protektionistisch empfundenes – Kulturgüterschutzgesetz beschlossen worden ist, machte diese Dauerleihgabe auch aus politischer Sicht interessant. Die Botschaft organisierte einen Abendanlass zu Ehren des Sammlers.

Vom 16. bis 20. März 2016 war Liechtenstein wieder mit einem eigenen Stand an der Leipziger Buchmesse vertreten. Sabine Bockmühl, Jonathan Huston und Armin

Öhri waren für Leseauftritte im Traduki-Leseprogramm eingeladen. Das Programm stand unter dem Motto «Flucht, Migration, Heimat».

Am 1. Juli 2016 eröffnete Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in München die ursprünglich in Liechtenstein konzipierte Ausstellung Matheliebe, die in München den Titel «Wunderwelt Mathematik» trug und bis 5. November 2016 im Staatlichen Museum Ägyptischer Kunst gezeigt wurde. Die Regierungsrätin nutzte diesen Anlass für politische Kontakte. Die Ausstellung wurde recht intensiv auch von bayerischen Schulklassen besucht.

Die in Zürich lebende liechtensteinische Künstlerin Hanna Roeckle zeigt seit 8. September 2016 im Museum für Kommunikation in Berlin drei ausgezeichnete Arbeiten. Und die derzeit in London lebende Künstlerin Carol Wyss präsentierte am 23. September 2016 in Weimar neue Arbeiten. Die Sammelausstellung markierte das 25-jährige Bestehen des Kulturkreises Liechtenstein-Weimar.

Am 21. Oktober 2016 fand der alljährliche Empfang am Liechtenstein Stand der Frankfurter Buchmesse statt. Botschafter Prinz Stefan konnte den dort anwesenden hohen Gästen aus der deutschen Verlagsbranche drei Autoren aus Liechtenstein vorstellen: Armin Öhri, Anton Beck und Stefan Sprenger. Mit diesen Autoren begann die Botschaft auch den Versuch einer eigenen Online-Lesereihe Literatur aus Liechtenstein, die recht gut angenommen wurde.

Weitere deutsch-liechtensteinische Kontakte

Fortgesetzt wurden die bereits im Vorjahr begonnen Kontakte auf Arbeitsebene mit Vertretern der FinTech-Branche in Berlin (sog. «Start-ups»).

Regierungschef Adrian Hasler und Spitzenvertreter aller Verbände des Finanzplatzes Liechtenstein stellten sich am 2. Juni 2016 einem interessierten Publikum in Stuttgart/Baden Württemberg vor. In einem offenen Gespräch wurde über die Neupositionierung des Finanzplatzes berichtet. Die Veranstaltung war in dieser speziellen Formel eine Premiere. Organisiert hatte den sehr guten Auftritt Liechtenstein Marketing.

Regierungschef Adrian Hasler nahm ausserdem im Laufe des Jahres in Deutschland diverse Medientermine für Hintergrundgespräche oder Interviews wahr, beispielsweise eine Einladung zum Wirtschaftsgipfel der Süddeutschen Zeitung am 19. November 2016 in Berlin. Neben den Premierministern von Frankreich und Luxemburg war somit auch Liechtenstein hochrangig vertreten.

Gut entwickelte sich ab Februar 2016 in Deutschland das Sprachkursprojekt «Liechtenstein Languages» (oder kurz «LieLa»), mit dem die in Liechtenstein in den letzten 30 Jahren weiter entwickelte Methode Neues Lernen, in der besonderen Anwendung mit Flüchtlingen und Migranten, bekannt gemacht werden sollte. Seit vielen Jahren unterstützen S.D. Fürst Hans-Adam II. sowie die Regierung den Verein Neues Lernen, der in der Vergangenheit dieses Knowhow gepflegt und weiter entwickelt hat. I.K.H. die Erbprinzessin übernahm die Schirmherrschaft über das Projekt.

Nach einem Pilotkurs in Essen/Nordrhein-Westfalen im Februar zusammen mit dem lokalen Partner Institute for European Affairs fanden weitere LieLa-Kurse in der Stadt Altena/NRW und erneut in Essen statt. Parallel fanden ab April LieLa-Kurse in Wien und in Vaduz statt, wo man Ende 2015 gestartet war. Im Herbst folgten Kurse in Berlin, zunächst im September mit dem lokalen Partner Malteser Hilfsdienst (dieser betreute 2016 deutschlandweit über 50'000 Flüchtlinge, davon etwa 1'200 in Berlin) und im Dezember zusammen mit der Flüchtlingseinrichtung im Flughafen Berlin-Tempelhof.

Auf politischer Ebene wurde das Projekt im Rahmen des Treffens der deutschsprachigen Aussenminister in Liechtenstein am 5. August 2016 vorgestellt. Ein weiterer Höhepunkt war der gemeinsame Besuch des LieLa-Kurses in Berlin durch die beiden «First Ladies» von Liechtenstein und Deutschland, I.K.H. Erbprinzessin Sophie und Daniela Schadt, am 16. September 2016. Frau Schadt lud das LieLa-Team zu einer besonderen Präsentation von Kooperationsprojekten im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise Ende November in das Schloss Bellevue, dem Sitz des Bundespräsidenten.

Insgesamt wurden im letzten Jahr etwa 120 Trainerinnen und Trainer in Deutschland und Österreich in die Methode Neues Lernen eingeführt und weitere Projekte für 2017 initiiert, darunter eine Zusammenarbeit mit 77 Gemeinden im Kanton St. Gallen, eine Kooperation mit der Stadt Bochum und der Industrie- und Handelskammer sowie mit der Bertelsmann Stiftung.

LieLa-Projekte führten zu zahlreichen Medienbeiträgen in Zeitungen, Radio und Fernsehen.

Liechtensteinische Honorarkonsulate

Die Honorarkonsulate in Frankfurt am Main, mit Honorarkonsul Christian Ratjen, und in München, mit Honorarkonsul Dr. Christian Waigel, unterstützten die Arbeit der Botschaft nach Kräften und organisierten eigene Anlässe mit dem Ziel, die Netzwerke für das Land in Wirtschaft und Kultur zu eweitern.

Mission bei der Europäischen Union in Brüssel

Leiterin: Botschafterin Sabine Monauni
(seit 1. Juli 2016, davor Botschafter Kurt Jäger)

Hauptaufgabe der Mission ist die Wahrnehmung der liechtensteinischen Interessen bei der Europäischen Union, insbesondere im Rahmen der Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sowie der Assoziation mit

Schengen/Dublin. Die Mission ist dabei auch Bindeglied für Amtsstellen ausserhalb des Ministeriums für Äusseres, Bildung und Kultur, darunter die Stabsstelle EWR, das Ministerium für Inneres (Schengen/Dublin) sowie das Präsidium (Finanzthemen, Steuern). Zu den wichtigsten Entwicklungen im Berichtsjahr zählten der Durchbruch bei der Übernahme der EU-Finanzmarktaufsicht in den EWR, die positive Bewertung der EU der Beziehungen zu Liechtenstein, die Unterzeichnung des Abkommens mit der EU über den EWR-Finanzierungsmechanismus 2014 bis 2021 (sog. EEA Grants) sowie die Unterzeichnung eines Zusatzabkommens über Liechtensteins Teilnahme am EU-Fonds für die Innere Sicherheit (ISF Borders and Visa). Die Arbeiten zum EWR standen darüber hinaus ganz im Zeichen der Diskussionen zum Thema Brexit, der auch den EWR betreffen wird.

Schlussfolgerungen des EU-Rates zu den Beziehungen zu Liechtenstein

Der EU-Rat berichtet alle zwei Jahre über die Beziehungen zu Liechtenstein. In den am 13. Dezember 2016 angenommenen Schlussfolgerungen zog er ein sehr positives Fazit und lobte Liechtensteins exzellenten Leistungsausweis bei der Umsetzung von EU-Rechtsakten im EWR. Speziell würdigte der Rat die grossen Fortschritte, die Liechtenstein bei der Übernahme der EU-Finanzmarktaufsicht erzielt hat. Liechtenstein sei auch ein «enger und verlässlicher Partner» in den Bereichen Justiz und innere Sicherheit, vor allem durch seine effiziente Beteiligung an Schengen und Dublin. Die Minister zeigten sich zufrieden über die Fortschritte im Bereich der Steuerkooperation, insbesondere durch das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der EU und Liechtenstein über den Steuerinformationsaustausch am 1. Januar 2016. Der Rat begrüsste Liechtensteins Dialog mit der EU zum Thema Unternehmensbesteuerung sowie Liechtensteins Teilnahme an den Massnahmen der OECD zur Bekämpfung der Steuervermeidung durch multinationale Unternehmen (BEPS).

Brexit

Das Vorhaben der britischen Regierung, im Gefolge des Referendums vom 23. Juni 2016 den Ausstieg Grossbritanniens aus der EU anzustreben, überschattete die Tätigkeit der EU-Institutionen in Brüssel. Die EWR/EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen sind in engem Kontakt mit relevanten Gesprächspartnern auf der EU-Seite und bemühen sich um eine koordinierte Vorgehensweise. Ausserdem wurde in Vaduz eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen eines britischen Austritts auf Liechtenstein abzuklären.

Übernahme von EU-Rechtsakten in den EWR (Binnenmarkt)

Die Mission vertritt Liechtenstein in den rechtssetzenden Organen des EWR. Dabei hatte Liechtenstein in der ersten Jahreshälfte zusammen mit der EU den Co-Vorsitz im Gemeinsamen EWR-Ausschuss sowie den Vorsitz im Ständigen Ausschuss der EFTA. Im Berichtsjahr wurden 405 EU-Rechtsakte übernommen, die eine Vielzahl an Themen betreffen, die für Liechtenstein von Bedeutung sind (zum Beispiel Roamingpreise, öffentliche Ausschreibungen, Konsumentenschutz). Für Liechtenstein besonders wichtig ist die im Oktober erfolgte Übernahme des ersten Pakets von Rechtsakten im Bereich der EU-Finanzmarktaufsicht. Über die Modalitäten der Übernahme war seit rund vier Jahren verhandelt worden. Der erzielte Durchbruch ist ein bedeutender Schritt für liechtensteinische Finanzplatzakteure, da diese somit vom sogenannten EU-Pass profitieren und Marktzugang in allen 31 Staaten des EWR haben. Zahlreiche weitere, inhaltlich teils sehr komplexe Rechtsakte in diesem Bereich sind jedoch noch ausständig.

Zum Ende des Berichtsjahres waren rund 520 Rechtsakte noch nicht übernommen. Zum Vergleich: Der aktuelle Rechtsbestand im EWR beträgt 5'500 Rechtsakte. An dieser Zahl gemessen bewegt sich der Backlog somit um circa 10%. Ein Drittel des Backlogs fällt in den Bereich der Finanzdienstleistungen; weitere schwierige Themen sind Energie (Drittes Energie-Paket) sowie Telekommunikation (Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation, BEREC). Ein Grund für den Backlog ist die immer komplexer werdende EU-Gesetzgebung, die sich in einigen Bereichen (etwa bei der Schaffung neuer EU-Agenturen) nicht ohne weiteres auf den EWR übertragen lässt.

Sonstige Vertretung in EWR-relevanten Organen

Das höchste politische Gremium des EWR, der EWR-Rat, tagte im Berichtsjahr zweimal (25. Mai und 15. November 2016). Liechtenstein wurde dabei jeweils durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten, die im Mai-Treffen auch den Vorsitz auf der EFTA-Seite innehatte. Beim EWR-Rat treffen die zuständigen Minister Islands, Liechtensteins und Norwegens auf die jeweilige EU-Präsidentschaft (Niederlande in der ersten Jahreshälfte, Slowakei in der zweiten), um das Funktionieren des EWR zu diskutieren. Dabei werden jeweils auch gemeinsame Schlussfolgerungen angenommen. Wichtigste Themen dieser Sitzungen im Berichtsjahr waren die Übernahme der EU-Finanzmarktaufsicht, der Backlog, der Stand der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sowie Brexit.

Im Rahmen der EWR-Mitgliedschaft unterhalten Island, Liechtenstein und Norwegen auch politische Dialoge mit der EU zu aussenpolitischen Themenbereichen (zum Beispiel Afrika, Osteuropa und Zentralasien, Westlicher Balkan, OSZE/Europarat). Diese Gespräche finden zweimal jährlich auf Ministerebene (am Rande des EWR-Rates) statt und werden im Übrigen von der Mission abgedeckt. Zudem lädt die EU Liechtenstein regelmässig dazu ein, diverse Erklärungen zu aussenpolitischen Themen (zum Beispiel zu Syrien, Russland/Ukraine) mitzu-

tragen. Die Mission koordiniert Liechtensteins Position zu diesen Erklärungen, welche in der Regel mitgetragen werden.

Ausserdem vertritt die Mission Liechtenstein in den Sitzungen jenes Gremiums, welches über Finanz-, Budget- und Personalfragen des EFTA-Gerichtshofes sowie der EFTA-Überwachungsbehörde entscheidet (ESA/Court Committee). Die Budgets der beiden Institutionen für 2017 wurden auf der Basis des Prinzips des realen Nullwachstums festgesetzt und damit mit deutlich weniger Wachstum als noch im Vorjahr. Zudem wurde unter anderem beschlossen, das Mandat des norwegischen EFTA-Richters Per Christiansen zu verlängern.

EWR-Finanzierungsmechanismus

Der EWR-Finanzierungsmechanismus ist das Pendant zum EU-Kohäsionsfonds und stellt den gemeinsamen Beitrag Islands, Liechtensteins und Norwegens zur Verringerung des wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichts innerhalb von Europa dar. Dieser Solidaritätsbeitrag wird auch als Eintrittsgebühr der EWR/EFTA-Staaten für den Binnenmarkt gesehen. Der Landtag hat am 8. Juni 2016 dem neuen Finanzierungsmechanismus mit grosser Mehrheit zugestimmt. Für die Periode 2014 bis 2021 beträgt Liechtensteins Beitrag voraussichtlich EUR 2.34 Mio. pro Jahr, was rund 1.06% der Gesamtkosten des Finanzierungsmechanismus entspricht. Die Mission vertritt Liechtensteins Interessen in den Leitungsgremien dieses als EEA Grants bekannten Programms (www.eeagrants.org). Im Berichtsjahr standen Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung des Programmes für 2014 bis 2021 im Zentrum: So wurden Verhandlungen mit den 15 Empfängerstaaten aufgenommen und bereits erste Memoranda of Understanding mit Rumänien, Bulgarien und der Slowakei unterzeichnet. Die Mission setzt sich in diesen Verhandlungen vor allem für Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Kultur, Migration und gute Regierungsführung sowie Grundrechte ein. Schwerpunktländer für Liechtenstein sind Tschechien, die Slowakei, Polen und Ungarn.

Schengen- und Dublin-Assoziierung

Ähnlich wie im EWR nimmt die Mission Brüssel im Bereich Schengen/Dublin an Sitzungen einschlägiger EU-Gremien teil, die sich mit dem Funktionieren und der Weiterentwicklung dieser Rechtsbereiche befassen. Dabei geht es um Themen im Bereich Inneres und Sicherheit, darunter Polizeikooperation, Schutz der Aussengrenzen, Asyl und Migration. Anders als im EWR ist Liechtenstein dabei ohne Mitentscheidungsrecht vertreten, es hat jedoch ein Mitspracherecht im Gesetzgebungsprozess und kann sich auf diese Weise auch frühzeitig auf den späteren Umsetzungsbedarf einstellen. Die Mission vertritt Liechtenstein insbesondere im Ständigen Ausschuss der Vertreter der EU-Mitgliedstaaten (Coreper), der die letzten Vorbereitungen für Beschlüsse des EU-Rates trifft. Liechtenstein ist zudem eingeladen, zur Besprechung Schengen/Dublin-relevanter Punkte an den Treffen des Rats der EU-Innenminister teilzunehmen. Im Berichtsjahr nahm Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer an einem derartigen Treffen teil, an den restlichen sieben Treffen war Liechtenstein auf Botschafterebene beziehungsweise durch die Amtsleiter Jules Hoch (Landespolizei) und Mario Konzett (Ausländer- und Passamt) vertreten. Der Grossteil der Arbeiten zu diesem Dossier wird jedoch in zahlreichen Ratsarbeitsgruppen zu spezifischen Unterthemen durchgeführt. Diese werden im Rahmen des Möglichen von der Mission abgedeckt beziehungsweise von Experten der LLV besucht.

Im Berichtsjahr hat die EU rund 25 Rechtsakte beschlossen, die den Schengen/Dublin-Besitzstand weiterentwickeln und auch von Liechtenstein umzusetzen sind. So wurde eine neue europäische Grenz- und Küstenwache eingerichtet, welche über gemeinsame Ausrüstung und ein Soforteinsatzpool von 1'500 Grenzwachbeamten verfügt, um den Schutz der Aussengrenzen zu unterstützen. Liechtenstein wird sich dabei finanziell beteiligen. Zahlreiche Gesetzesvorhaben waren zum Ende des Berichtsjahres noch in Verhandlung, darunter die Verbesserung der Kontrollen an Aussengrenzen (Smart Borders), verschärfte Bestimmungen zum Erwerb von Feuerwaffen sowie eine umfassende Reform des Asylwesens.

Die Mission unterstützt die zuständigen Stellen der Landesverwaltung bei diversen Verhandlungen im Kontext von Schengen/Dublin. So wurde am 5. Dezember 2016 ein Abkommen zur liechtensteinischen Teilnahme am EU-Fonds für die Innere Sicherheit (ISF Borders and Visa) unterzeichnet. Zum Ende des Berichtsjahres noch in Gang waren Verhandlungen über ein Protokoll, das den liechtensteinischen Strafverfolgungsbehörden den Zugriff auf die Fingerabdruckdaten der Asylbewerber-Datenbank EURODAC gewähren würde. In Vorbereitung befinden sich ausserdem Verhandlungen über Liechtensteins Beitritt zum Prümer Polizeikooperationsvertrag.

Am 19. Dezember 2016 jährte sich Liechtensteins Assoziierung mit Schengen/Dublin zum fünften Mal. Die Mission erstellte aus diesem Anlass eine Bestandsaufnahme der Mitgliedschaft und zog dabei ein grundsätzlich sehr positives Fazit. Gleichzeitig stellte sie fest, dass sich die Integration im Bereich Schengen/Dublin aufgrund der aktuellen Herausforderungen (Migration, Terrorismus) stark beschleunigt hat und einen zunehmenden Ressourcenaufwand von Liechtenstein erfordert.

Finanzthemen und Steuerkooperation

Die Mission engagiert sich auch ausserhalb des EWR-Rahmens und in Absprache mit den zuständigen Stellen der Landesverwaltung für die wirtschaftlichen Interessen des Landes. Besonders relevant in dieser Hinsicht sind die Arbeiten zum Thema Steuerkooperation. Am 1. Januar 2016 trat das bilaterale Abkommen mit der EU über den automatischen Steuerinformationsaustausch

in Kraft, das Liechtensteins Kooperation mit der EU zu diesem Thema auf eine neue Stufe stellt. Liechtenstein setzte zudem den Dialog mit der EU betreffend Unternehmensbesteuerung fort; dies vor dem Hintergrund des liechtensteinischen Bekenntnisses zum OECD-Projekt gegen die sogenannte Aushöhlung der Steuerbasis und die künstliche Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS). Die Mission verfolgte ausserdem die Bemühungen der EU, sich in Zukunft auf eine einheitliche EU-Liste nicht kooperativer Steuergebiete zu einigen. Eine solche Liste wird den bisherigen Flickenteppich unterschiedlicher nationaler Listen ablösen. Die Evaluierung der einzelnen Länder wird erst 2017 beginnen, sodass sich zum Ende des Berichtsjahres noch nicht abschätzen liess, ob Liechtenstein in die Liste aufgenommen wird.

Am 8. November 2016 fand das jährliche Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister der EU mit den Pendants der EFTA-Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz statt. Regierungschef Adrian Hasler betonte in seiner Ansprache insbesondere die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft als zentrale Treiber für Investitionen. Im Anschluss traf er sich mit dem EU-Finanzdienstleitungskommissar Dombrowski, um über aktuelle Themen im Finanzbereich zu diskutieren.

Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone

Leiterin: Botschafterin Sabine Monauni (seit 1. Juli 2016, davor Botschafter Kurt Jäger)

Am 7./8. September 2016 nahm das Erbprinzenpaar am deutschsprachigen Staatsoberhäuptertreffen in Belgien teil. Das Arbeitsgespräch der Staatsoberhäupter fand in Eupen statt, dem Regierungssitz der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien. Schwerpunktthemen waren die aktuellen nationalen und internationalen Entwicklungen sowie die Rahmenbedingungen und Erfahrungen betreffend junges Unternehmertum in den einzelnen Staaten.

Am 14. September 2016 wurde Sabine Monauni als neue liechtensteinische Botschafterin von König Philippe von Belgien akkreditiert. Die Botschaft verfolgte aktuelle Entwicklungen in Belgien und berichtete darüber an die Regierung. Das Berichtsjahr war vor allem überschattet von den am 22. März verübten Terroranschlägen am Brüsseler Flughafen und in der Metro-Station Maelbeek. Weitere bilaterale Aktivitäten hielten sich im Übrigen in Grenzen, da die Vertretung mit ihrer Tätigkeit als Mission bei der Europäischen Union ausgelastet ist. Die Botschaft ist zudem für konsularische Angelegenheiten zuständig; im Berichtsjahr gab es dazu jedoch keine nennenswerten Aktivitäten.

Liechtensteinische Botschaft beim Heiligen Stuhl

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein

Der Botschafter weilte mehrmals für Repräsentationspflichten und Kontakte in Rom, wobei auch Besuchsgruppen aus dem Land begrüsst werden konnten.

Auch im Berichtsjahr konnte in den Gemeinden Balzers und Gamprin-Bendern keine Vereinbarung zur Neuordnung der Beziehungen von Staat und Kirche abgeschlossen werden, womit die Vereinbarungen in den anderen neun Gemeinden und das Hauptabkommen zwischen Liechtenstein und dem Heiligen Stuhl weiterhin pendent blieben.

Liechtensteinische Botschaft in Washington

Leiter: Botschafter Kurt Jäger

Das Berichtsjahr war unter anderem geprägt durch den im Sommer erfolgten Botschafterwechsel. Botschafterin Claudia Fritsche trat per Ende Juli 2016 in den Ruhestand; ihr Nachfolger, Botschafter Kurt Jäger, traf am 1. August 2016 in Washington ein. Am 16. September 2016 erfolgte dessen Akkreditierung bei Präsident Barack Obama im Weissen Haus.

Die Hauptaufgaben der Botschaft im Berichtsjahr galten der zeitnahen Verfolgung und Berichterstattung über den Präsidentschafts- und Kongresswahlkampf, den handelspolitischen Dialog zwischen den USA und der EU über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie der Pflege und Erweiterung der Beziehungen zwischen Liechtenstein und den USA in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur, Medien und Gesellschaft. Die Bemühungen in diesem Zusammenhang erfolgten in erster Linie durch die Pflege von Kontakten mit ausgewählten Vertretern des Kongresses und der Administration, um Entscheidungsträger für liechtensteinische Anliegen zu sensibilisieren, insbesondere auch im Lichte möglicher politischer Veränderungen in den USA nach den Wahlen im November, und um die besonderen Leistungen des Landes auf den Gebieten der Wirtschaftspolitik, der Haushaltspolitik und der internationalen Zusammenarbeit zu vermitteln. Ein besonderes Augenmerk wurde auch der Verfolgung der Beratungen im Kongress sowie der Vorschläge der Kandidaten im Präsidentschaftswahlkampf betreffend die Revision des US-Unternehmensbesteuerungssystems geschenkt, um frühzeitig mögliche Auswirkungen auf die in den USA tätigen liechtensteinischen Unternehmen, die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet

der Unternehmensbesteuerung und die Aussichten auf die künftige Aufnahme von Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Liechtenstein zu erkennen.

Wichtige politische Veränderungen, die im Berichtsjahr in den USA zu verzeichnen waren und in der einen oder anderen Form indirekt auch Auswirkungen auf Liechtenstein haben könnten, sind ein starker Anstieg von politischem Populismus, eine wachsende Entfremdung des politischen Establishments, ein Anstieg von Xenophobie, eine Abnahme kultureller Toleranz, eine Verrohung der Kommunikationskultur in der Politik, eine tiefgehende Ablehnung in Teilen der Bevölkerung von Globalisierung und Freihandel, eine wachsende Skepsis gegenüber militärischem Engagement der USA im Ausland, eine grundlegende Skepsis gegenüber Multilateralismus und internationalen Organisationen als auch eine Rückbesinnung auf eine liberalere, unternehmensfreundlichere Wirtschaftspolitik.

Handelspolitik

Im Berichtsjahr konnten die Verhandlungen zwischen den USA und der EU über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) nicht abgeschlossen werden. Trotz wesentlicher Fortschritte waren die innenpolitischen Widerstände auf beiden Seiten des Atlantiks für eine Einigung schlussendlich zu gross. Schon im Februar gab das Weisse Haus bekannt, dass es nicht mehr länger davon ausgehe, dass die TTIP-Verhandlungen noch im Berichtsjahr zum Abschluss gebracht werden können. Dies, obwohl dem Thema nach wie vor höchste Priorität eingeräumt werde und drei Gesprächsrunden durchgeführt wurden. Die Verhandlungen kamen nach den Präsidentschaftswahlen im November 2016 zum Stillstand. Eine weitere formelle Verhandlungsrunde zu TTIP vor Ende Jahr fand nicht mehr statt und die Gespräche wurden im gegenseitigen Einvernehmen angesichts der innenpolitischen Widerstände auf beiden Seiten auf unbestimmte Zeit nach dem Amtsantritt von Donald Trump ausgesetzt.

Am 1. September 2016 fand in Washington das vierte Treffen zwischen den EFTA-Staaten, Vertretern des US-Handelsministeriums und weiteren hochrangigen Interessensvertretern zum Informations- und Gedankenaustausch über handelspolitische Fragen statt (EFTA-USTR Trade Policy Dialogue). Im Mittelpunkt der Gespräche standen wie bislang die TTIP-Verhandlungen. Liechtenstein wurde diesmal stellvertretend für die Mission in Genf durch die Botschaft in Washington vertreten. Im Anschluss an das Haupttreffen mit dem stellvertretenden US-Handelsbeauftragten, Dan Mullaney, und weiteren Experten aus dem Handelsministerium, kam es zu Gesprächen mit der leitenden Handelsberaterin der Mehrheit im Unterausschuss für Fragen der Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik des US-Repräsentantenhauses, Angela Ellard. In Bezug auf TTIP versicherte Dan Mullaney, die Verhandlungen seien keineswegs eingefroren, sondern nur aufgeschoben, rückblickend betrachtet seien sie aber bisher zu langsam verlaufen. Angela Ellard bestätigte, dass TTIP bislang auf keinen Widerstand im Kongress gestossen war, weil noch keine endgültige Aushandlung vorliege. Mehrere substanzielle Vorbehalte bestünden hingegen in beiden Kammern des US-Kongresses gegen das bereits unterzeichnete Abkommen über eine Transpazifische Partnerschaft (TPP); nur falls auf diese Vorbehalte angemessen eingegangen werde, indem von anderen TPP-Vertragspartnern nachträglich konkrete Konzessionen abgerungen würden, könne mit einer Zustimmung des Kongresses gerechnet werden. Nachdem das TPP-Abkommen im Wahlkampf von beiden Präsidentschaftsanwärtern stark kritisiert worden war, wurde nach dem Sieg von Donald Trump der Plan aufgegeben, das Abkommen noch vor dessen Amtsantritt im Januar 2017 dem Kongress zur Ratifizierung vorzulegen. Der designierte Präsident gab denn auch am 21. November 2017 bekannt, dass er am ersten Tag seiner Präsidentschaft die Unterschrift unter das Abkommen zurückziehen werde.

Steuerpolitik

Doppelbesteuerungsabkommen

Auf das liechtensteinische Anliegen, mit den USA in Verhandlungen über den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens treten zu können, wofür 17 Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses in einem Schreiben vom 16. Dezember 2015 an den US-Finanzminister mit Nachdruck geworben hatten, gab dieser den Abgeordneten im Februar eine abschlägige Antwort. Die Aussichten auf Verhandlungen verschlechterten sich weiter, als Donald Trump nach seinem Wahlsieg verkündete, künftig den Abschluss internationaler Verträge stärker als bisher von den für die USA zu erwartenden konkreten Vorteilen solcher Abkommen für das eigene Land abhängig machen zu wollen.

Honorarkonsulate

Am 13. und 14. Juni 2016 fand in Liechtenstein das traditionelle, alle zwei Jahre stattfindende Treffen der liechtensteinischen Honorarkonsuln statt. Eingeladen waren neben den Honorarkonsuln in den USA auch jene in Deutschland, Singapur und Hong Kong.

Am 18. März 2016 ernannte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick Marta Judson als neue liechtensteinische Honorarkonsulin in Boston. Frau Judson kennt Liechtenstein, hat Verwandte im deutschsprachigen Europa und bringt sehr gute Voraussetzungen mit, um Liechtenstein in den Neuenglandstaaten besser bekannt zu machen und sowohl akademische, kulturelle sowie wirtschaftliche Verbindungen zu fördern.

Mary Jean Thompson wurde am 6. Mai 2016 in Portland verabschiedet. Sie hatte während ihrer Zeit als liechtensteinische Honorarkonsulin von 2010 bis 2016 insbesondere die Beziehungen zwischen der Universität Liechtenstein und akademischen Institutionen im Bun-

desstaat Oregon erfolgreich gefördert. Künftig wird der Konsularbereich von Leodis Matthews, dem Honorarkonsul in Los Angeles, mit abgedeckt werden. Da er ursprünglich aus Oregon stammt und dort seine Ausbildung absolvierte, ist er gut vernetzt.

Botschafter Kurt Jäger stattete dem Honororkonsulat in Los Angeles am 27. und 28. Oktober 2016 einen offiziellen Antrittsbesuch ab. Das von Honorarkonsul Leodis Matthews organisierte Programm beinhaltete u.a. ein Treffen mit Senator Robert Hertzberg, dem Vorsitzenden des Finanzausschusses des kalifornischen Senats, bei welchem der liechtensteinischen Finanzplatz sowie Steuerthemen besprochen wurde. Dabei wurde konkret um Ablehnung eines möglichen Gesetzgebungsvorhabens in Kalifornien zur steuerlichen Benachteiligung von Unternehmenseinkünften aus Steueroasen geworben, zu denen Liechtenstein zählen würde.

Neben Los Angeles und Boston verfügt Liechtenstein in den USA mit Macon (Atlanta) und Chicago (Illinois) über zwei weitere Honorarkonsulate.

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Die wöchentlichen Treffen des Permanenten Rats der OAS, zu dem auch Beobachterstaaten wie Liechtenstein eingeladen werden, wurden von der Botschaft im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten abgedeckt. Dies bot auch Gelegenheit, Beziehungen mit Vertretern von Mitglieds- und Beobachterstaaten der OAS zu pflegen. Diese Plattform sind für Kontakte mit lateinamerikanischen Staaten besonders wertvoll, da Liechtenstein dort über keine diplomatischen Vertretungen verfügt.

Veranstaltung mit Liechtenstein zum Thema «Gender, Peace and Security»

Aus Anlass des Besuches von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick im März war die Botschaft erstmals seit Erlangung des Beobachterstatus im Januar 2014 Co-Sponsor einer Veranstaltung. Zusammen mit der Interamerikanischen Frauenkommission, dem Büro des stellvertretenden Generalsekretärs der OAS und dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle von Streitkräften (DCAF) wurde ein Anlass zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit organisiert, zu dem die Regierungsrätin ein Impulsreferat hielt. Sie wies auf das liechtensteinische Engagement im Zusammenhang mit der UN-Resolution 1325 hin und betonte die Dringlichkeit der Bemühungen, deren Implementierung zu optimieren, einschliesslich der Zusammenarbeit mit lokalen Frauenorganisationen. Der Sicherheitsrat spiele eine wichtige, aber nicht die einzige Rolle. Man müsse mit den Akteuren vor Ort in der Krisensituation in Verbindung treten. Die Frauen in Krisensituationen wüssten selbst am besten, welches ihre dringendsten Bedürfnisse seien. Die dem Referat folgende Paneldiskussion bot Gelegenheit, zu den angeschnittenen Themen Expertenmeinungen zu hören.

Liechtensteinische Unterstützung der Interamerikanischen Koalition für Frauen (CIM)

Seit 2014 unterstützt Liechtenstein finanziell Projekte der Interamerikanischen Koalition für Frauen (CIM), eine Institution innerhalb der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Die CIM wurde 1928 gegründet und ist eines der zentralen Foren für die Förderung der Gleichberechtigung. Für das Berichtsjahr hat Liechtenstein erneut einen Beitrag in Höhe von USD 25'000 gewährt. Die liechtensteinischen Beiträge dienen konkret der Förderung von Trainingsprogrammen der CIM. Im Jahr 2013 entwickelte die CIM zusammen mit dem Inter-American Social Protection Network ein Prüfungsverfahren, das die Präsenz einer Geschlechterperspektive in der Organisation und in den Prozessen einer Institution misst. Ziel ist die Schaffung eines Handlungsplans zur Etablierung einer Geschlechterperspektive in einer Institution. Dieses Verfahren soll in sechs nationalen Gleichstellungsinstitutionen in OAS-Mitgliedsstaaten eingeführt werden. Zudem sollen die nationalen Gleichstellungsinstitutionen lernen, dieses Verfahren auf andere Verwaltungsstellen auszuweiten.

Hochrangige Treffen, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen von etwa 25 Anlässen wurden im Berichtsjahr in der Botschaftskanzlei, in der Residenz sowie an Drittorten mehr als 480 Gäste empfangen. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Beziehungspflege und Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft bestand in der Teilnahme an Diskussionen und Veranstaltungen in den zahlreichen in Washington ansässigen Denkfabriken (think tanks), die es der Botschaft ermöglichen, vertiefte Kenntnisse über politische Entwicklungen und Trends in den USA zu erlangen und Kontakte zu Entscheidungsträgern in der Verwaltung, im Kongress, in der Privatwirtschaft und in akademischen Kreisen zu knüpfen. Neben dem erweiterten Beziehungsnetz konnte durch die aktive Teilnahme an solchen Anlässen die Sichtbarkeit Liechtensteins in Washington erhöht werden. Die Botschaft verlängerte ihre Mitgliedschaften in drei Denkfabriken, mit denen langjährige Beziehungen bestehen (Peterson Institute for International Economics, Center for Strategic & International Studies und European Institute), um Zugang zu Berichten, Analysen und Beratungsleistungen sowie die Möglichkeit der Durchführung von Gesprächsrunden, Debatten und Veranstaltungen mit einer Teilnahme von Vertretern und Delegationen aus Liechtenstein zu sichern. Im Laufe des Berichtsjahres nahmen Vertreter der Botschaft an mehr als 100 Veranstaltungen von Denkfabriken teil.

Besuch von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in Washington und Boston

Anlässlich ihres Besuchs am 17. März 2016 in Washington traf die Regierungsrätin mit dem stellvertretenden Handelsminister, Bruce Andrews, zusammen, um u.a.

das liechtensteinische Anliegen zum Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA und die künftige Entwicklung der Handelsbeziehungen zu besprechen. Ein Treffen mit US-Senator Roger Wicker (R-MS) bot Gelegenheit zur Erörterung des liechtensteinischen Engagements in der OSZE. Weiter hielt Regierungsrätin Dr. Frick das Inputreferat an einem von Liechtenstein mitorganisierten Anlass bei der OAS zum Thema «Frauen, Frieden und Sicherheit». Im Anschluss an den Besuch in Washington reiste die Regierungsrätin weiter nach Boston, um dort das neue Honorarkonsulat zu eröffnen. Weiter besuchte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick die Universität von Harvard sowie das Massachusetts Institute of Technology (MIT), um die akademische Vernetzung Liechtensteins zu stärken. Es erfolgte auch ein Besuch beim Gouverneur von Massachusetts, Charlie Baker, wo u.a. die liechtensteinischen Wirtschaftsbeziehungen in den USA zur Sprache kamen.

Besuch von Studenten der Internationalen Musikakademie Liechtenstein

Vom 13. bis 21. März 2016 weilte eine Gruppe von fünf Studenten der Internationalen Musikakademie Liechtenstein auf Einladung der Ryuji Ueno Foundation in Washington. Das Programm umfasste u.a. Trainingsmodule, Vorlesungen, Coaching-Stunden und eine Studienreise an die Shenandoah University, wo ein Austausch mit Studenten samt gemeinsamem Konzert stattfand. Ein Kurzauftritt erfolgte im Rahmen eines Empfangs in der Botschaftsresidenz in Anwesenheit von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick. Den Abschluss bildete ein Konzert im historischen Evermay Mansion in Georgetown vor 60 geladenen Gästen. Die Stiftung kam für sämtliche Unterkunfts- und Verpflegungskosten als auch für einen Grossteil der Reisespesen auf.

Besuch von Daniel Thelesklaf, Financial Intelligence Unit Liechtenstein

Daniel Thelesklaf, Leiter der FIU, traf sich am 15. und 16. März 2016 in Washington mit verschiedenen Behörden, darunter das US-Finanzministerium, um die seit langem bestehenden Kontakte zu pflegen sowie aktuelle Themen der Amtshilfe auf dem Gebiet der Vorbeugung gegen Geldwäscherei zu besprechen.

Besuch der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein

Am 31. Mai und 1. Juni 2016 fand erstmals ein offizieller Besuch des Präsidenten und des Geschäftsführers der FMA in Washington statt. Dr. Urs Philipp Roth-Cuony und Mario Gassner trafen sich (teilweise in Begleitung der Botschaft) mit Vertretern der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IADB), der Bundesanstalt zur Versicherung von Einlagen bei Kreditinstituten (FDIC), der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve), der Börsenaufsichtsbehörde (SEC) sowie mit republikanischen und demokratischen Mitarbeitern einschlägiger Ausschüsse des US-Kongresses. Im Rahmen einer Frühstücksveranstaltung in der Botschaft konnten die FMA-Vertreter einen interessierten Kreis über einschlägige Entwicklungen in Liechtenstein informieren.

Neue Veranstaltungsreihe mit Women in International Security (WIIS)

Im Rahmen eines neuen Gemeinschaftsprojekts der Botschaft mit der Organisation Women in International Security (WIIS) fand am 21. März 2016 die Auftaktveranstaltung in Form einer Paneldiskussion zum Thema «Terrorismus, Frauen und gewaltsamer Extremismus» statt. Ziel des zweistündigen Anlasses war es, zu erörtern, wie Terrorismus und gewaltsamer Extremismus sich mit der Zeit verändert haben und welche Rolle dabei die Geschlechterdynamik spielt. Die zweite Diskussionsrunde wurde am 19. Mai 2016 durchgeführt. Mit dem Fokus auf Radikalisierung und Rekrutierung waren Experten aus den Bereichen WPS und Terrorismusbekämpfung eingeladen worden.

Diplomatic Forum: Zusammenarbeit mit dem Center for Strategic & International Studies (CSIS)

Im Rahmen der langjährigen Partnerschaft zwischen der Botschaft und CSIS fanden im Berichtsjahr zwei weitere Anlässe der Veranstaltungsreihe Diplomatic Forum statt. Am 11. April 2016 referierte Gastredner Carl Cannon, der Leiter des Washington-Büros von RealClearPolitics, über die Vorwahlen und den Präsidentschaftswahlkampf in den USA. An der Veranstaltung vom 19. Oktober 2016 wurde als Gastredner der renommierte politische Meinungsforscher und Analyst, John Zogby, aufgeboten, der sich zu den Prognosen über den Ausgang der unmittelbar bevorstehenden US-Präsidentschaftswahlen äusserte.

Abschlussveranstaltung von Championing Women Globally

Am 8. Juni 2016 fand in Zusammenarbeit der Botschaft mit der School for Advanced International Studies (SAIS) der Johns-Hopkins-Universität die letzte Veranstaltung dieser Vortragsreihe statt. Das Inputreferat wurde von Dr. Kakenya Ntaiya gehalten.

Besuch von Mitarbeitenden des US-Kongresses in Liechtenstein

Vom 21. bis 23. August 2016 besuchte auf Einladung des Ministeriums für Äusseres traditionsgemäss eine Gruppe von fünf ausgewählten Kongressmitarbeitenden und leitenden Bediensteten von Fachausschüssen des US-Kongresses Liechtenstein. Bei den Besuchern handelte es sich um Personen, die entweder Stabschefs eines US-Abgeordneten oder speziell für die Betreuung von Gesetzgebungsarbeiten auf dem Gebiet des Steuerrechts oder der Finanzmarktregulierung im Kongress zuständig sind. Das Programm umfasste Treffen mit Regierungsvertretern und Fachstellen der liechtensteinischen Verwaltung, bei denen liechtensteinische Anliegen gegenüber politi-

schen Veränderungen in den USA und die besonderen Eigenheiten und Leistungen des Landes auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, der Haushaltspolitik und internationalen Zusammenarbeit vermittelt wurden.

Embassy Adoption Program
Am 18. November und 6. Dezember 2016 fanden die ersten beiden Besuche der Botschaft bei der 5. Klasse der Eaton Elementary School in Washington statt. Im Rahmen dieses Programms, welches von der Stadt getragen wird, werden teilnehmende Botschaften mit interessierten Schulen zusammengebracht, um den Schülerinnen und Schülern im Rahmen von vier bis sechs Besuchen Land und Leute näherzubringen. Die Besuche werden nach der Winterpause fortgesetzt.

Besuche von Schulklassen und Studierenden in der Botschaft
Am 11. Februar 2016 statteten Schülerinnen und Schüler der International School of the Americas aus San Antonio, TX, der Botschaft einen Besuch ab. Am 12. Oktober 2016 besuchten Schülerinnen und Schülern der nahegelegenen Bethesda Chevy Chase High School die Räumlichkeiten der Botschaft. Am 19. Oktober 2016 erfolgte ein Besuch von Studierenden der Salve Regina University in Rhode Island, die im Rahmen des Nuala Pell Leadership Program eine Studienreise nach Washington machten. Besuche dieser Art umfassen jeweils eine Präsentation und Kurzvortrag der Botschafterin bzw. des Botschafters.

Liechtensteinische Botschaft in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Der Schwerpunkt der liechtensteinischen Aussenpolitik liegt auf der Pflege der Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten. Die Botschaft vertritt die liechtensteinischen Interessen in Österreich im Sinne einer anhaltenden Politik der Zusammenarbeit. Das gute Verhältnis zu Österreich wurde weiter gefestigt. Durch zahlreiche Besuche auf politischer und Verwaltungsebene konnte die enge Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern vertieft werden. Im Vordergrund standen inhaltlich Steuer-, Finanzplatz-, Sicherheits-, Justiz-, Verkehrs-, Bildungs- und Kulturthemen. Die Botschaft nahm auch ihre Rolle als konsularische Anlaufstelle für liechtensteinische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Österreich wahr.

Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich

Im Berichtsjahr fanden Treffen mit den Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung zu Steuer- und Finanzplatzfragen, zur Aussenpolitik und zur justiziellen Zusammenarbeit sowie zu den Bereichen innere Sicherheit, Migration, Kultur, Gesundheit, Familie, Gesellschaft und Verkehr statt.

Regierungschef Adrian Hasler traf Bundeskanzler Christian Kern in Wien, um sich über bilaterale und europäische Themen auszutauschen. Mit Finanzminister Dr. Hans Jörg Schelling fand ebenfalls in Wien ein Arbeitsgespräch zu bilateralen Steuerfragen statt. Im Vorfeld des jährlichen Liechtenstein-Empfangs in Wien traf der Regierungschef den Finanzminister abermals, um bilateral Steuerthemen zu besprechen. Im Anschluss an den Termin unterzeichneten die zuständigen Regierungsmitglieder das Änderungsprotokoll zum gemeinsamen Doppelbesteuerungsabkommen. Anlässlich des Treffens im Format der deutschsprachigen Länder weilten auf Einladung des Regierungschefs die Finanzminister in Liechtenstein. Auf der Agenda standen u.a. die internationale Entwicklung betreffend die Steuerkooperation und Besteuerung von Unternehmen sowie Finanzmarktregulierungen.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer und Vizekanzler Dr. Reinhold Mitterlehner trafen sich zu einem Arbeitsgespräch, bei dem die wirtschaftliche Bedeutung des gemeinsamen Grenzübergangs Schaanwald-Tisis für Liechtenstein in Bezug auf die EU ein besonderes Augenmerk erhielt. Mit Innenminister Wolfgang Sobotka tauschte sich der Regierungschef-Stellvertreter zur Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung und der engen grenzüberschreitenden Kooperation der Polizeikräfte aus. Bilaterale Gespräche führte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer mit Justizminister Dr. Wolfgang Brandstetter zu Themen wie Migration, Sicherheit und dem Strafvollzug von liechtensteinischen Straftätern in Österreich sowie der künftigen Zusammenarbeit in diesem Bereich. Beim Treffen der deutschsprachigen Länder sprach der Regierungschef-Stellvertreter mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner in Wien. Zum Gespräch standen die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus sowie die Eindämmung der irregulären Migration nach Europa. Zu einem bilateralen Austausch über die wirtschaftliche Bedeutung des Grenzübergangs Schaanwald-Tisis kam Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer ausserdem mit Finanzminister Dr. Hans Jörg Schelling zusammen.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick traf Kulturminister Thomas Drozda anlässlich der Architekturbiennale in Venedig. Im Rahmen des Meetings der Aussenminister der deutschsprachigen Länder, zu dem Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick nach Balzers eingeladen hatte, fand auch ein bilaterales Arbeitsmittagessen mit Aussenminister

Kurz statt, an dem u.a. die Flüchtlingskrise und Migration thematisiert wurden.

Auf Einladung von Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer besuchte Verkehrsminister Jörg Leichtfried Liechtenstein. Sie besprachen die Verlängerung der ÖBB-Konzession. Ausserdem wurden das S-Bahn-Projekt FL-A-CH, der Stadttunnel Feldkirch und das S-18-Nachfolgeprojekt diskutiert. In Wien und Melk thematisierte die Regierungsrätin anlässlich des Treffens der deutschsprachigen Umweltminister mit Dipl.-Ing. Andrä Rupprechter die Umsetzung des Pariser Klimaschutz-Abkommens und die Förderung erneuerbarer Energien.

Der Austausch im Format der deutschsprachigen Länder wurde im Berichtsjahr auch von den Staatsoberhäuptern sowie den Justiz-, Wirtschafts-, Gesundheits- und Sozialministern geführt.

Die liechtensteinische Botschafterin in Wien empfing zu Ehren von Regierungschef Adrian Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer am traditionellen Liechtenstein-Empfang rund 170 hochrangige Gäste aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Medien.

Die Staats- und Generalsekretäre der Schweiz, Österreichs, Slowenien und Liechtensteins trafen sich im quadrilateralen Format am Rande der Konferenz für eine Makroregionale Strategie für den Alpenraum (EUSALP) in Slowenien und ein zweites Mal im Berichtsjahr in Malbun.

Regierungschef Adrian Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer nutzten erneut das Europäische Forum Alpbach, um sich mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Recht über die aktuellen Herausforderungen für Europa auszutauschen.

Finanzminister Dr. Hans Jörg Schelling und I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer unterzeichneten in Wien das Abänderungsprotokoll zum Abgeltungssteuerabkommen zwischen Liechtenstein und Österreich. Die Änderungen tragen dem Automatischen Informationsaustausch Rechnung und stellen eine teilweise Fortführung des bewährten Abgeltungssteuermodells sicher.

Elf Jungdiplomatinnen und -diplomaten aus Österreich besuchten zum ersten Mal Liechtenstein. Analog zur entsprechenden Tradition mit der Schweiz wird damit ein Beitrag zu einer anhaltenden Zusammenarbeit unter Diplomatinnen und Diplomaten aus beiden Ländern geleistet.

Die Internationale Regierungskommission Alpenrhein tagte in Vaduz. Im Rahmen der Sitzung wurden die Regierungs- und Landesräte von St. Gallen, Graubünden, Vorarlberg sowie Liechtenstein u.a. über die Resultate des Basismonitorings zur Benthosbesiedlung im Alpenrhein informiert. Liechtenstein übernahm am 1. Juni 2016 für zwei Jahre deren Vorsitz.

Erstmals fand in Österreich ein Liechtenstein Languages «train-the-trainer» Deutschkurs für Flüchtlinge statt. Liechtenstein leistete damit einen konkreten Beitrag zur Integration von Flüchtlingen in Österreich.

Auf hoher Beamtenebene wurden ein aussenpolitischer und ein europapolitischer Dialog durchgeführt. Die Botschaft vermittelte, wie in den Vorjahren, Gespräche zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltungen und dem Privatsektor, insbesondere im Bereich der Finanzplatzpolitik.

Kultur

Die Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und Österreich im Kulturbereich wurde weiter vertieft. Ein Höhepunkt stellte der Besuch S.D. Erbprinz Alois und I.K.H. Erbprinzessin Sophie sowie Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick an der Eröffnung der LGT-gesponserten Ausstellung der Fürstlichen Sammlungen «Menschenbilder – Götterwelten» in der Residenzgalerie in Salzburg dar. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick nutzte den Anlass, um mit Kulturminister Thomas Drozda und dem Salzburger Landesrat Dr. Heinrich Schellhorn kulturpolitische Gespräche zu führen.

Erstmals nahmen junge Musizierende aus Liechtenstein am österreichischen Bundeswettbewerb «prima la musica» teil und wurden in den Kategorien Gitarre und Violoncello ausgezeichnet. Die liechtensteinische Musikerin und Künstlerin Karin Ospelt wiederum hielt sich im Rahmen des «Artist-in-Residence»-Programms im Schloss Laudon bei Wien auf. Mit der 17-jährigen Schülerin Jana Simonetta war Liechtenstein abermals an der Buch-Wien am Poetry Slam der deutschsprachigen Länder vertreten.

Liechtensteinische Botschaft in Tschechien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein und die Tschechische Republik nahmen 2009 diplomatische Beziehungen auf. Im Berichtsjahr konnte die Arbeit der 2010 eingesetzten, unabhängigen liechtensteinisch-tschechischen Historikerkommission mit neuem Mandat und in neuer Zusammensetzung fortgeführt werden. In den offenen Eigentumsfragen wurden keine Fortschritte erzielt. Liechtenstein ist weiterhin um eine politische Lösung dieser Fragen bemüht.

Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten der tschechisch-liechtensteinischen Historikerkommission wieder aufgenommen. Gleichzeitig wurde die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern im Rahmen von hochrangigen bilateralen und regionalen Treffen fortgesetzt.

Die liechtensteinisch-tschechische Historikerkommission traf sich in Wien sowie Brünn mit neuem Mandat

und in neuer Zusammensetzung zur konstituierenden und zu zwei ordentlichen Sitzungen. Sie setzt sich paritätisch aus je vier Mitgliedern zusammen und steht wie bisher unter dem Vorsitz von Dr. Peter Geiger und Prof. Tomáš Knoz. Als neue Kommissionsmitglieder nahmen auf liechtensteinischer Seite Botschafter Dr. Ferdinand Trauttmansdorff und auf tschechischer Seite der Historiker Dr. Tomáš Dvořák Einsitz. Die Kommission begann mit der Erstellung einer gemeinsamen Webseite. Für die Homepage wurden Gelder des EWR-Finanzierungsmechanismus beantragt.

S.D. Erbprinz Alois nahm auf Einladung des tschechischen Staatspräsidenten Miloš Zeman an den Feierlichkeiten zum 700. Geburtstag von Karl IV. in Prag teil und kam mit dem Staatspräsidenten, Kardinal Dominik Duka sowie mit Vizepremier- und Finanzminister Andrej Babiš zu Gesprächen zusammen.

Die bereits bestehende Zusammenarbeit im Justizbereich konnte auf Ministerebene mit dem Besuch von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Thomas Zwiefelhofer beim tschechischen Justizminister Dr. Robert Pelikán weiter gefestigt werden. Der Regierungschef-Stellvertreter traf sich zudem mit dem stellvertretenden Premierminister Pavel Bělobrádek und Kulturminister Daniel Herman zu einem Gedankenaustausch.

In der Botschaft in Bern sprachen Botschafterin Dr. Doris Frick, I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer und eine Gruppe tschechischer Abgeordneter um Ondřej Benešík über den Stand der bilateralen Beziehungen sowie über europäische Themen.

Daniel Thelesklaf von der «Financial Intelligence Unit» vertrat Liechtenstein an einer Konferenz zu Terrorismusfinanzierung in Prag, die mit Unterstützung des EWR-Finanzierungsmechanismus und in Zusammenarbeit mit dem Europarat veranstaltet wurde.

Liechtenstein lud im Berichtsjahr gemeinsam mit dem tschechischen Aussenministerium zu Salongesprächen in Prag ein, bei welchen sich deutschsprechende Diplomatinnen und Diplomaten sowie Spitzenbeamtinnen und -beamte zu aktuellen Themen austauschten.

Erneut fand auch ein politischer Dialog zwischen Liechtenstein und Tschechien mit Amtsleiter Dr. Martin Frick und Vizeminister Jakub Dürr in Vaduz statt.

Kultur und Bildung

Die Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und Tschechien in den Bereichen Kultur und Bildung erwies sich weiterhin als positiver Motor in den Beziehungen. So gaben die beiden Länder eine Gemeinschaftsbriefmarke heraus.

Die Stadt Opava/Troppau organisierte im Vaduzer Rathaus eine Ausstellung unter dem Titel «Opava – weisse Perle Schlesiens» und knüpfte damit an die engen historischen Bindungen zwischen dem Haus Liechtenstein und der Stadt Troppau an.

Die Kooperation mit Südmähren gestaltete sich ebenfalls wieder positiv. Auf Schloss Eisgrub wurde der tschechischen Öffentlichkeit eine Liechtenstein-Ausgabe im renommierten tschechischen Magazin «Länder der Welt» präsentiert. Ausserdem wurde der beidseitig geschätzte Schüleraustausch zwischen dem Liechtensteinischen Gymnasium und dem Matyáš-Lerch-Gymnasium in Brünn fortgeführt.

Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Liechtenstein beteiligte sich in vielfältiger Weise an den Arbeiten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die im Berichtsjahr unter deutschem Vorsitz stand. Deutschland war bemüht, die OSZE im Bereich des Konfliktzyklus institutionell zu stärken. Die anhaltenden Antagonismen und Auseinandersetzungen im OSZE-Raum, allen voran der Konflikt in der Ukraine, liessen entsprechenden Beschluss des OSZE-Ministerrates dazu ebenso wenig zu wie die Verlängerungen der Mandate von Feldmissionen und die Neubesetzung von Schlüsselpositionen. Dennoch ist es am OSZE-Ministerrat von Hamburg gelungen, einen Beschluss über einen strukturierten Dialog in Sicherheitsfragen zu verabschieden.

Liechtensteinische Aktivitäten

Liechtenstein engagierte sich finanziell und durch aktive Mitwirkung in allen drei OSZE-Dimensionen für die Sicherheit und Zusammenarbeit innerhalb der Mitgliedsstaaten.

Neben den Pflichtbeiträgen unterstützte Liechtenstein die langjährigen und bewährten Projekte der «Office for Democratic Institutions and Human Rights» (ODIHR) in den Gebieten Rechtsgutachten und Menschenrechtsschutz bei der Terrorismusbekämpfung sowie im Bereich der Migration. Zudem half Liechtenstein finanziell bei der Bekämpfung der Geldwäscherei in Usbekistan und der «Disaster Risk Reduction» in Zentralasien. Am OSZE-Ministerrat von Hamburg konnte mit liechtensteinischer Unterstützung ein Anlass für die Zivilgesellschaft durchgeführt werden. Liechtenstein beteiligte sich ausserdem an einem Projekt zu Gunsten des kontaminierten Grenzgebietes rund um Tschernobyl, an der sicheren Lagerung von Kleinwaffen und Munition in Bosnien und Herzegowina, am OSZE-Troika Fonds sowie an der Modernisierung des Journals «Security and Human Rights». Zusätzlich sprach Liechtenstein Gelder für die Sonderbeobachtermission in der Ukraine und für das OSZE-Online Forum zu Entführungen und Geiselnahmen durch Terroristen zu, an dem auch Vertreter der Liechtensteinischen Landespolizei teilnahmen.

Liechtenstein arbeitete im Berichtsjahr eng mit dem ODIHR zusammen. So stattete ODIHR-Direktor Michael Link Liechtenstein einen Besuch ab. Des Weiteren reisten ODIHR-Experten im Vorfeld der Wahlen nach Liechtenstein, um den Bedarf einer Überwachung der Landtagswahlen vom 5. Februar 2017 durch das ODIHR abzuklären. Nach zahlreichen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung, der Justiz, den Parteien, den Medien und der Zivilgesellschaft verzichtete das ODIHR auf eine Beobachtung der Landtagswahlen. Mit Helen Konzett Bargetze beteiligte sich Liechtenstein an OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen in Russland und Mazedonien.

Eine liechtensteinische Delegation nahm an den drei regulären Treffen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien, Tiflis und Skopje teil.

Die Regierung nominierte Dr. Wilfried Marxer, Leiter des Liechtenstein-Instituts, als Spezialisten für den OSZE-Moskau-Mechanismus, mit dem Menschenrechtsverletzungen und demokratiegefährdende Vorgänge innerhalb der Mitgliedsstaaten untersucht werden können. Zudem wurde für den Bereich Cyber-Sicherheit eine Kontaktperson im Amt für Auswärtige Angelegenheiten ernannt.

Bei zahlreichen OSZE-Konferenzen war Liechtenstein mit Experten vertreten, darunter zu Menschenhandel, zu Freiheit im Internet, zur «Frauen, Frieden und Sicherheit»-Agenda des UNO-Sicherheitsrates, zur wirtschaftlichen Konnektivität sowie zu Terrorismus und Radikalisierung. Eine Fachperson des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten gab im Rahmen des Komitees für die menschliche Dimension der OSZE eine Präsentation zum Thema «Kinderrechte in Liechtenstein». Ausserdem nahm ein Vertreter der «Financial Intelligence Unit» an einem OSZE-Expertentreffen zur Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche in Wien teil. Das Kolloquium des «Liechtenstein Institute on Self-Determination» zum Thema «Modelle der Selbstverwaltung als Instrument zur Förderung von Frieden und Stabilität in Europa» wurde auch von Mitgliedern der OSZE besucht.

Die Stabsstelle für Chancengleichheit beteiligte sich mit einem Bericht über Initiativen zu «Mentoring Networks» für Frauen an der jährlichen Ausgabe des OSZE-Generalsekretärs zu Gender-Fragen.

Die Botschafterin besuchte anlässlich einer Botschafterreise die OSZE-Feldmission in Bosnien und Herzegowina.

Deutscher OSZE-Vorsitz und Ministerrat in Hamburg
Der OSZE-Ministerrat in Hamburg, an welchem Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick teilnahm, bot einen umfassenden Überblick über die Sicherheitslage in Europa. Beschlüsse zur zukünftigen Arbeit der Organisation konnten in den Bereichen Rüstungskontrolle, Migration, Cyber-Sicherheit und wirtschaftlicher Konnektivität gefällt werden. Im Vorfeld hatte der deutsche Aussenminister und OSZE-Vorsitzende Frank-Walter Steinmeier zu einem informellen OSZE-Ministertreffen nach Potsdam eingeladen.

Implementierungstreffen zur Menschlichen Dimension
Liechtenstein nahm am jährlichen Implementierungstreffen der OSZE in der Menschlichen Dimension in Warschau teil und äusserte sich zu den Bereichen Terrorismus und Menschenrechte, Nationalismus und Populismus, zum Menschenhandel und zur Versammlungsfreiheit.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Liechtenstein beteiligte sich an den Arbeiten der UNO in Wien, insbesondere der Suchtstoffkommission und der Kommission für Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege. Des Weiteren trug Liechtenstein zu den Arbeiten des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, der Internationalen Atomenergiebehörde, der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests sowie der Internationalen Anti-Korruptionsakademie bei. Liechtenstein wirkte ebenfalls bei Übereinkommen gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und gegen Korruption mit.

Internationale Atomenergiebehörde
Die 60. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) fand Ende September unter Teilnahme einer Expertin aus dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten in Wien statt. Liechtenstein brachte, wie schon in vergangenen Jahren, die Resolutionen zur nuklearen Sicherheit und zu Nordkorea mit ein. Mit dem Inkrafttreten des Zusatzprotokolls zum Safeguards-Abkommen für Liechtenstein wurden auch die Voraussetzungen für ein erstmaliges Co-Sponsoring der Safeguards-Resolution geschaffen. Liechtenstein stimmte zudem erneut für die Resolution zu einem nuklearwaffenfreien Nahen Osten und nahm seine ersten Berichterstattungspflichten unter dem neuen Regime wahr. Ausserdem fanden Expertengespräche im trilateralen Format (IAEO-CH-LI) über die Umsetzung des Zusatzprotokolls in Liechtenstein statt.

Vertrag über das umfassende Verbot von Atomtests
Liechtenstein hat im Berichtsjahr einen Pflichtbeitrag an die vorbereitende Kommission des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) bezahlt. Der CTBT zählt mittlerweile 166 Vertragsstaaten. Für ein Inkrafttreten fehlen weiterhin die Ratifikationen von China, USA, Indien, Pakistan, Ägypten, Israel, Iran und Nordkorea.

Suchtstoffkommission
Die 59. Sitzung der Suchtmittelkonvention (CND) schloss ihre regulären Arbeiten mit der Verabschiedung von acht Resolutionen ab. Zudem wurde das Ergebnisdokument für die Sondersession der UNO-Generalversammlung zu Drogen fertig verhandelt und zur formellen Genehmigung an die Versammlung überwiesen. Die liechtensteinische Delegation, die von der Drogenbeauftragten des Amtes für Soziale Dienste, DDr. Esther Kocsis, geleitet wurde, nutzte die CND für eine Reihe bilateraler Treffen mit Drogenbeauftragten aus Österreich und der Schweiz sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft. Inhaltlich unterstützte Liechtenstein eine Resolution zu einer verstärkten Gender-Perspektive in der Drogenpolitik und sprach sich gemeinsam mit der EU gegen die Todesstrafe für Drogendelikte aus.

Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege
Die 25. Session der UNO-Kommission für Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege widmete sich dem Thema Terrorismusbekämpfung, darunter auch Bestrebungen zur Eindämmung krimineller Geldflüsse. Es legte jedoch keine Delegation einen Resolutionsentwurf dazu vor. Liechtensteins Delegation wurde durch eine Expertin aus dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten geleitet.

Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität
An der Vertragsstaatenkonferenz des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität in Wien nahm eine Expertin aus dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten teil. Bis zuletzt wurde um einen Überprüfungsmechanismus der Konvention gerungen. Von Italien und Frankreich stark unterstützt konnte am Ende ein Konsenstext verabschiedet werden, auf dessen Grundlage ein Überprüfungsmechanismus ausgearbeitet werden soll. Weitere Resolutionen wurden gegen die illegale Produktion und den Handel von Schusswaffen sowie zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit von zentralen Behörden für grenzüberschreitende kriminelle Aktivitäten verabschiedet.

Internationale Anti-Korruptionsakademie
In Wien nahm ein Experte aus dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten an der 5. Vertragsstaatenversammlung der Anti-Korruptionsakademie (IACA) teil. Bereits im Vorfeld war ein Versuch des Sekretariats gescheitert, mittels festgelegter Beiträge die prekäre Finanzsituation der IACA zu verbessern. Die IACA kennt bislang keine Pflichtbeiträge und Liechtenstein gehört zu den wenigen, zuverlässigen Geberländern.

Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption
An der 7. Sitzung des Mechanismus zur Umsetzung der UNO-Konvention gegen Korruption nahm ein Experte aus dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten teil. Es wurde die Reihenfolge der Länderprüfungen für den zweiten Zyklus (2016 bis 2020) festgelegt. Liechtenstein wird bereits im ersten Jahr durch Australien und Namibia überprüft.

Im Rahmen des UNO-Übereinkommens zur Korruptionsbekämpfung tagte auch die Arbeitsgruppe zur Rückführung von Geldern. Liechtenstein war durch den leitenden Staatsanwalt und einen Experten aus dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten. Es wurden auch erste Gespräche zu Liechtensteins anstehender Prüfung mit dem Sekretariat und den überprüfenden Staaten, Australien und Namibia, geführt.

Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg

Leiter: Botschafter Dr. Daniel Ospelt

Die Ständige Vertretung in Strassburg vertritt die Interessen Liechtensteins beim Europarat. Der Ständige Vertreter bringt die liechtensteinischen Standpunkte im Ministerkomitee ein und wirkt an den Beschlüssen mit. Er verfolgt auch die Arbeit der anderen Organe der Organisation wie der Parlamentarischen Versammlung (PV) und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) sowie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Aufgabe des Ständigen Vertreters ist es zudem, die Interessen Liechtensteins gegenüber den anderen 46 Mitgliedsländern sowie Beobachterstaaten und den französischen Behörden der Region Grand Est zu vertreten. Grand Est ist der Name der französischen Region, die am 1. Januar 2016 aus dem Gebiet der vorherigen Regionen Elsass, Champagne-Ardenne und Lothringen entstand.

Schwerpunkte der Arbeit der Ständigen Vertretung im ersten Halbjahr waren die Vorbereitung und Teilnahme an der Ministersession in Sofia sowie der Besuch der APK in Strassburg. Die Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung, welche zu Terrorismus führen, die Flüchtlingskrise, die gegenwärtigen Konfliktsituationen in Europa (Ostukraine und Krim, Abchasien und Südossetien sowie Berg-Karabach) sowie die immer stärkere Beeinträchtigung der Sicherheit von Journalisten und der Pressefreiheit waren zentrale Themen im Berichtszeitraum. Das beherrschende Thema im zweiten Halbjahr war die Situation in der Türkei nach dem Putschversuch.

Ministersession
Die 126. Ministersession des Europarats fand am 18. Mai 2016 unter bulgarischem Vorsitz in Sofia statt. Liechtenstein wurde durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten. Das Hauptthema der Session war die demokratische Sicherheit in Europa. Dabei wurde auch der dritte

Bericht des Generalsekretärs zum Stand der Demokratie, der Menschrechte und der Rechtsstaatlichkeit in Europa diskutiert. Ein weiteres Thema war der Kampf gegen den Terrorismus. Die Umsetzung des Aktionsplans zur Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung, welche zu Terrorismus führen, wurde von den Ministern begrüsst. Zudem wurde die Bedeutung des Übereinkommens zur Verhütung von Terrorismus und dessen Zusatzprotokolls unterstrichen, das sich mit dem Thema «Foreign Terrorist Fighters» befasst. Vor dem formellen Teil der Ministersession unterzeichnete Regierungsrätin Dr. Frick dieses Übereinkommen.

Vorsitz im Ministerkomitee
Am Ende der 126. Ministersession übergab Bulgarien den Vorsitz im Ministerkomitee an Estland. Die Übergabe des Vorsitzes von Estland an Zypern fand am 22. November 2016 in Strassburg statt.

Besuch der APK in Strassburg
Die Aussenpolitische Kommission (APK) des Landtages war am 21. und 22. Juni 2016 unter der Leitung von Landtagspräsident Albert Frick zu Besuch in Strassburg, um sich über die Arbeit des Europarats, der Parlamentarischen Versammlung (PV), des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sowie über die Arbeiten der Ständigen Vertretung zu informieren. Das umfangreiche Programm umfasste Treffen mit Generalsekretär Jagland, PV-Präsident Agramunt und PV-Generalsekretär Sawicki, dem Kanzler beim EGMR, Roderick Liddell, sowie mit dem EGMR-Richter für Liechtenstein, Carlo Ranzoni. Die APK konnte einen guten Eindruck von der Bedeutung des Europarats und des EGMR sowie von der in Strassburg geleisteten Arbeit gewinnen.

Türkei
Der Europarat hat der Türkei unmittelbar nach dem fehlgeschlagenen Putsch und den Terroranschlägen seine Solidarität bekundet und Verständnis für harte Massnahmen gegen die Schuldigen gezeigt, zugleich aber die Achtung der Menschenrechte, des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit und die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen und die Bereitstellung von Rechtsmitteln gegen Strafmassnahmen gefordert.

Zunehmende Radikalisierung und der daraus erwachsende Terrorismus
In fast allen Mitgliedsstaaten sind rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien wie der Front National in Frankreich auf dem Vormarsch. Zugleich radikalisieren sich moslemische Jugendliche.

Dem versucht der Kongress der Gemeinden und Regionen mit seinem Aktionsplan für eine friedliche multikulturelle Gesellschaft entgegenzusteuern und Volksverhetzung zu bekämpfen. Zudem drängt der Europarat auf bessere schulische Erziehung und generell stärkere Betreuung gefährdeter Jugendlicher und will die europaweite Zusammenarbeit von Polizei und Sicherheitsdiensten fördern. Der interkulturelle und interreligiöse Dialog zielt auch darauf ab, etwa die moslemischen Verbände und religiösen Führer dazu zu bewegen, mehr auf Anzeichen von Radikalisierung in ihrer Gemeinschaft zu achten und die vom IS verordnete enge Auslegung des Koran als nicht mit dem wahren Islam vereinbar zu brandmarken. Betont wird immer, dass beim Kampf gegen den Terrorismus die Menschenrechte zu achten sind.

Flüchtlingssituation in Europa
Die Menschen, die als Flüchtlinge aus Afrika, dem Nahen Osten und Afghanistan auf dem Landweg über den Balkan oder auf dem Seeweg über das Mittelmeer stellt Europa vor grosse Herausforderungen. Staaten wie Deutschland und Schweden zeigten sich bisher grosszügig und aufnahmebereit, drohen aber an ihre Grenzen zu stossen. Andere Länder wie das Vereinigte Königreich und mehrere ost- und südosteuropäische Staaten tendieren dazu, ihre Grenzen zu schliessen. Generalsekretär Jagland hat den tschechischen Botschafter Tomas Boček zum Sonderbeauftragten für Flüchtlinge und Migranten ernannt. Der Europarat betont, dass in allen Fällen die EMRK zu achten ist und dass jeder Ankommende das Recht auf menschliche Behandlung hat und dass Asylverfahren nach einheitlichen Regeln ablaufen. Der Europarat bemüht sich, Toleranz und den interkulturellen und interreligiösen Dialog zu fördern und das Schulwesen seiner Mitgliedsstaaten instand zu setzen, die jungen Menschen zu verantwortungsbewussten und demokratisch gesinnten Staatsbürgern zu erziehen und jeglicher Radikalisierung vorzubeugen.

Konflikt in der Ukraine
Nach dem Sturz des Janukowitsch-Regimes annektierte Russland die Krimhalbinsel und unterstützte die Separatisten in der Ostukraine, die eine Volksrepublik Lugansk und eine Volksrepublik Donetsk ausriefen, anstatt eine ordentliche Volksabstimmung nach europäischen Normen zu fordern. Das Minsker Abkommen wird nach wie vor nicht umgesetzt. Die Ukraine zögert ihrerseits offenbar, der Ostukraine grössere Autonomie zu gewähren, während die Separatisten ohne Zusicherung weitgehender Autonomie nicht willens sind, die vereinbarten freien Wahlen abzuhalten. An der Waffenstillstandslinie kommt es immer wieder zu Gefechten. Der Europarat beharrt auf der territorialen Integrität der Ukraine, berät sie bei den nötigen Verfassungs- und Justizreformen und dringt auf die Einhaltung des Minsker Abkommens. Der Aktionsplan des Europarats für die Ukraine für die Jahre 2015 bis 2017 beläuft sich auf EUR 45 Mio.

Schutz von Journalisten
Seit Errichtung der «Internetplattform zum Schutz von Journalisten vor Übergriffen und Behinderung» im Jahr 2015 wurden aus 26 Mitgliedsstaaten zahlreiche Über-

griffe, Verhaftungen und sogar ein Mord gemeldet. In 82 Fällen hatten die betroffenen Länder dazu Stellung genommen. Nach dem fehlgeschlagenen Putsch in der Türkei wurden von dort zahlreiche neue Vorfälle gemeldet. Die Plattform hat dem Europarat die Möglichkeit verschafft, sich ein Bild von der Lage der Journalisten in den einzelnen Ländern zu machen. Die Veröffentlichung der gemeldeten Beeinträchtigungen journalistischer Arbeit führte oft dazu, dass die jeweiligen Behörden Abhilfe schafften. Es wurden Übersichtsblätter der Plattform beigefügt, die aufzeigen, wie bestimmte gemeldete Vorfälle den Normen des Europarats und der Rechtsprechung des EGMR widersprechen.

Expertenausschuss zur Bewertung von Massnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismus-Finanzierung (Moneyval)

Liechtenstein wird von Moneyval alle fünf bis sechs Jahre auf die Einhaltung des internationalen Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung («FATF») geprüft. Die letzte Prüfung fand 2014 statt, die nächste erfolgt spätestens 2020. In dieser fünften Runde wird Liechtenstein zusätzlich zur bereits erfolgten Prüfung der rechtlichen Grundlagen neu auch auf deren Wirksamkeit überprüft. Dabei muss das geprüfte Land nachweisen können, über ein effektives System zu verfügen. Dieser Beweis kann beispielsweise durch erfolgreiche Strafverfahren erfolgen, durch effiziente Rechts- und Amtshilfeleistung, oder durch Sanktionsmassnahmen der Aufsichtsbehörde (FMA). Zudem müssen alle Länder eine nationale Risikoanalyse durchführen, auf Grundlage derer die Massnahmen risikobasiert erfolgen müssen. Länder, die dem Prüfmassstab nicht standhalten, werden von der FATF und der EU automatisch als «high risk countries» gelistet. Dieses Listing erschwert den Zugang zu anderen Finanzmärkten erheblich, was stark erhöhte Kosten für die Wirtschaft und den Handel zur Folge hätten. Die Moneyval-Plenarsitzungen stehen unter dem Vorsitz des Leiters der liechtensteinischen FIU, Daniel Thelesklaf.

Staatengruppe gegen Korruption (GRECO)

Am 1. Juni 2016 legte der Vorsitzende der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO), Marin Mrčela, dem Ministerkomitee seinen Jahresbericht 2015 vor. Korruption ist nach wie vor weit verbreitet. die derzeitige vierte Evaluierungsrunde (Länderberichte) befasst sich vor allem mit Korruption unter Abgeordneten, Richtern und Staatsanwälten. Bei der vorausgegangenen dritten Evaluierungsrunde war es um Strafrechtsbestimmungen gegen Korruption sowie die Finanzierung von Parteien und Wahlkämpfen gegangen.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

Im Berichtsjahr fällte der Gerichtshof 1'926 Urteile, 21% weniger als 2015. Insgesamt wurden 38'505 Fälle juristisch erledigt, 16% weniger als 2015. Es ergingen 30'998 Entscheidungen durch Einzelrichter, 15% weniger als im vorangegangen Jahr. Die Anzahl hängiger Fälle konnte weiter reduziert werden. Ende des Berichtsjahres waren 79'750 Beschwerden anhängig, das sind 23% mehr als Ende 2015. Gegen Liechtenstein wurden im Berichtsjahr zehn Beschwerden einer richterlichen Formation zugeteilt. Am Ende des Berichtsjahrs war keine Beschwerde gegen Liechtenstein hängig.

Menschenrechtskommissar

Der Menschenrechtskommissar Nils Miužnieks besuchte im Berichtsjahr Andorra, Bulgarien, Island, Kroatien, Polen, die Türkei, die Ukraine (auch Donetsk) und das Vereinigte Königreich. Beherrschende Themen waren die Situation von Flüchtlingen und Migranten, die Achtung der Menschenrechte bei der Bekämpfung des Terrorismus, die Meinungs- und Medienfreiheit, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität, die Rechte von Kindern, Behinderten, Folteropfern sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Seit dem Putschversuch in der Türkei galt sein Augenmerk insbesondere dem drastischen Vorgehen der türkischen Behörden gegen kritische Medien und angebliche Sympathisanten der PKK oder der Gülen-Bewegung sowie Fällen von Kriegsverbrechen, Folter, Misshandlung und Verschleppung in verschiedenen Konfliktgebieten.

Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission)

Angesichts der vielen Krisen, die Europa derzeit erschüttern, ist das Bemühen der Venedig-Kommission zur Garantie der Rechtsstaatlichkeit von besonderer Bedeutung. Die Kommission hat im Berichtsjahr eine Liste der Merkmale eines Rechtsstaats zusammengestellt. Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein Hauptanliegen der Kommission. In vielen Ländern ist die Justiz anfällig für Korruption und staatliche Einflussnahme. Die Venedig-Kommission half Albanien und der Ukraine bei der Überprüfung der Richter, beriet Armenien und die Ukraine bei der Verfassungsreform und unterstützte zahlreiche Staaten in Fragen des Wahlrechts und der Durchführung von Wahlen. Bei der Erstellung von Gutachten für Gesetzesvorhaben der Mitgliedsstaaten achtet die Kommission insbesondere auf die Achtung der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit und die ungehinderte Arbeit der nichtstaatlichen Organisationen.

Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI)

ECRI ist das Hauptinstrument des Europarats zur Bekämpfung aller Formen von Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz. Die Migrationskrise und die Terroranschläge hatten einen negativen Einfluss auf Migranten, Muslime und jüdische Gemeinschaften. ECRI beobachtete auch eine Zunahme Hassreden und Gewalt mit Bezug auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität.

Parlamentarische Versammlung (PV)
Über die Themen der vier Sessionen und zu den inhaltliche Aspekten wird auf den Jahresbericht der PV-Delegation verwiesen. Der Landtagsabgeordneten Rainer Gopp (Delegationsleiter) und die Landtagsabgeordnete Judith Oehri nahmen an allen vier Sessionswochen teil. Zur Sommersession waren auch die Abgeordneten Karin Rüdisser und der stellvertretende Abgeordnete Hubert Lampert als Ersatzmitglieder anwesend.

Zu Beginn der Januarsession wurde Pedro Agramunt (Spanien/EVP) für ein Jahr zum 28. Präsidenten der Versammlung gewählt. An der Junisession wurde die bisherige Stellvertretende Generalsekretärin des Europarats, Frau Gabriela Battaini-Dragoni, für eine fünfjährige Amtszeit ab dem 1. September 2016 wiedergewählt. An der Herbstsession wurde Wojciech Sawicki als Generalsekretär der Versammlung wiedergewählt.

Die jesidische Menschenrechtsaktivistin Nadia Murad erhielt den Václav-Havel-Menschenrechtspreis für ihr herausragendes Engagement für die Menschenrechte, insbesondere für die Lage der Jesiden und gegen die sexuelle Versklavung und den Menschenhandel von Frauen und Kindern, die vom IS entführt wurden.

Konferenz der Parlamentspräsidenten
Am 15. und 16. September 2016 trafen sich die Präsidenten der Parlamente der 47 Mitgliedsstaaten, von benachbarten Staaten und von Staaten mit Beobachterstatus beim Europarat. Ein solches Gipfeltreffen findet alle zwei Jahre statt. Für Liechtenstein nahmen Landtagspräsident Albert Frick und Landtagssekretär Josef Hilti teil. Neben der Rolle der Parlamente bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise wurden insbesondere die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit und die Mobilisierung der Parlamente beim Kampf gegen Volksverhetzung und Rassismus thematisiert.

Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE)
Vom 22. bis 24. März 2016 hielt der Kongress seine Frühjahrssitzung ab. Für Liechtenstein nahmen die Vorsteherin Maria Kaiser (Ruggell) und Vizevorsteherin Sylvia Pedrazzini (Eschen) teil. Hauptthema der Frühjahrssitzung waren Ethik und Transparenz zur Bekämpfung von Korruption auf kommunaler und regionaler Ebene.

Vom 19. bis 21. Oktober 2016 fand die Herbstsession des Kongresses statt, an der Liechtenstein durch die Vorsteher Donath Oehri (Gamprin, Delegationsleiter) und Norman Wohlwend (Schellenberg) vertreten war.

Frau Gudrun Mosler-Törnström (Österreich) wurde als neue Präsidentin des Kongresses für zwei Jahre gewählt. Hauptthemen waren die Verhütung von Korruption und das Bemühen um öffentliche Ethik auf kommunaler und regionaler Ebene.

Weltforum für Demokratie
Vom 7. bis 9. November 2016 tagte das Weltforum in Strassburg. Hauptthema war die Rolle des Schulwesens bei der Festigung der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens in einer Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt. Der syrische Journalist Hadi Abdallah wurde mit dem «Reporter-ohne-Grenzen-Preis» des Fernsehkanals TV5 ausgezeichnet.

Freiwillige Beiträge für Projekte des Europarats
Besondere Schwerpunkte der liechtensteinischen Aussenpolitik sind die Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte. Deshalb unterstützte Liechtenstein im Berichtsjahr folgende Projekte des Europarats mit finanziellen Beiträgen aus der IHZE mit insgesamt CHF 80'000: CHF 40'000 zur Unterstützung des Aktionsplans in der Ukraine; CHF 20'000 für den Aktionsplan in Georgien sowie CHF 20'000 für die Plattform zum Schutz von Journalisten. Weitere freiwillige Beiträge wurden wie folgt gesprochen: CHF 10'000 zur Unterstützung der «School of Political Studies» in Sarajewo, Bosnien-Herzegowina und CHF 15'000 für ein Projekt zur Reform des Wahlrechts und der Wahlpraxis.

Teilnahme an Sitzungen
Neben der 126. Ministersession in Sofia fanden 33 Sitzungen des Ministerkomitees auf Botschafterebene einschliesslich der Sitzungen zur Umsetzung der Urteile des EGMR statt, an denen der Ständige Vertreter oder sein Stellvertreter teilnahmen. Als Vorsitzender des Kunstausschusses (C-ART) leitete der Ständige Vertreter drei Sitzungen desselben. Er nahm ausserdem an den Sitzungen des Verwaltungsrats und des Aufsichtsratsrats der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) in Paris sowie an einer gemeinsamen Sitzung beider Organe in Strassburg teil. Eine Teilnahme erfolgte auch an den Sessionen der PV und an den Plenarsessionen des KGRE sowie am Weltforum für Demokratie.

Doyen des diplomatischen Corps in Strassburg
Mit der Funktion des dienstältesten Botschafters (Doyen) ist für den Ständigen Vertreter eine Vielzahl von protokollarischen Aufgaben angefallen, einschliesslich der Antritts- und Abschiedsbesuche von Botschafterinnen und Botschaftern.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

Leiter: Botschafter Dr. Christian Wenaweser

Die Ständige Vertretung engagierte sich aktiv in den prioritären Bereichen mit besonderem Augenmerk auf Menschenrechte, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof und ICC), den Schutz von Zivilisten, die UNO-Reform, finanzplatzrelevante Entwicklungen und nachhaltige Entwicklung. Höhepunkte im Jahr 2016 waren die liechtensteinische Resolution zur Schaffung eines unabhängigen Untersuchungsmechanismus über Massenverbrechen in Syrien, das Erreichen der benötigten Ratifikationen zur Aktivierung der Zusätze zum Römer Statut zum Verbrechen der Aggression, das Gipfeltreffen über Flüchtlings- und Migrationsströme, die Mitgliedschaft in der Kommission über die Rechtstellung der Frau sowie die Weiterführung der erfolgreichen Initiative für einen Sicherheitsrats-Verhaltenskodex bei Massenverbrechen. Zum Gipfeltreffen über Flüchtlings- und Migrationsströme, der darauf folgenden Generaldebatte sowie zur Sitzung der Kommission über die Rechtstellung der Frau weilte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick zu kurzen und arbeitsintensiven Besuchen in New York.

Prioritär behandelte Themen

Untersuchungsmechanismus für Syrien

Liechtenstein übernahm eine Führungsrolle in der UNO-Generalversammlung zur Frage, wie die Staatengemeinschaft auf die anhaltende Straflosigkeit in Syrien reagieren kann. Nachdem sich der UNO-Sicherheitsrat in dieser wichtigen Frage wiederholt als handlungsunfähig erwiesen hatte, startete Liechtenstein eine Initiative, um dieses Handlungsvakuum durch die UNO-Generalversammlung zu füllen. Die Verabschiedung der von Liechtenstein erarbeiteten Resolution am 21. Dezember 2016 (105 Ja- gegenüber 15 Nein-Stimmen bei 52 Enthaltungen) zur Schaffung eines unabhängigen Untersuchungsmechanismus der Massenverbrechen in Syrien war ein starkes Zeichen dafür, dass eine überwiegende Mehrheit der Staatengemeinschaft nicht bereit ist, Straflosigkeit für die schlimmsten in Syrien begangenen Verbrechen zu akzeptieren. Die Resolution bildet auch einen Präzedenzfall für die Rolle der Generalversammlung im Bereich der internationalen Strafjustiz. Bislang hatte die Generalversammlung nur mit Zustimmung des betroffenen Landes vergleichbare Schritte unternommen. Der Mechanismus wird Informationen zu Kriegsverbrechen in Syrien sammeln, analysieren, aufarbeiten und daraus Dossiers für zukünftige Gerichtsprozesse zusammenstellen. Liechtenstein setzt sich seit der Annahme der Resolution aktiv für dessen Umsetzung ein, u.a. um sicherzustellen, dass möglichst viele Staaten den Mechanismus mit freiwilligen Beiträgen unterstützen, damit dieser möglichst schnell seine Arbeit aufnehmen kann.

Hochrangiges Treffen über grosse Flüchtlings- und Migrationsströme, Generaldebatte

Im September 2016 fand ein hochrangiges Treffen über grosse Flüchtlings- und Migrationsströme statt, an dem die «New Yorker Erklärung über Flüchtlinge und Migranten» verabschiedet wurde. Die Erklärung definiert gemeinsame Linien zum Umgang mit Flüchtlingen und Migranten. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick führte die liechtensteinische Delegation zum hochrangigen Treffen an. Auch die folgende Generaldebatte stand im Zeichen der Flüchtlings- und Migrationskrise. Weitere dominierende Themen waren die Syrienkrise und die Umsetzung der 2015 im Nachhaltigkeitsgipfel angenommenen Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung.

In ihrer Rede vor der Generalversammlung kritisierte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick den verbreiteten Populismus beim Thema Migration. Sie rief die Staatengemeinschaft dazu auf, den positiven Effekt von Migration stärker zu betonen und Ursachen der Migration wie zum Beispiel bewaffnete Konflikte gezielt zu bekämpfen. Regierungsrätin Dr. Frick forderte mehr präventive Krisendiplomatie zur Vermeidung von Gewalt und hob die liechtensteinischen Initiativen zur Konfliktprävention und Konfliktbewältigung hervor, darunter den Verhaltenskodex für den Sicherheitsrat, die Kampagne zur Ratifizierung der Kampala-Zusätze des Römer Statuts zum Verbrechen der Aggression und den liechtensteinische Einsatz für den Internationalen Strafgerichtshof im Allgemeinen. Den damals jüngsten Angriff auf einen humanitären Transport in Aleppo bezeichnete sie als neuen Tiefpunkt des Syrien-Konflikts und forderte, dass die Täter solcher Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Sie thematisierte ausserdem die Agenda 2030 und insbesondere das Phänomen der modernen Sklaverei, das es dringend zu bekämpfen gelte.

Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertrat Liechtenstein bei der Eröffnung der Kommission über die Rechtsstellung der Frau (CSW), dem weltweit wichtigsten Gremium zu den Grundrechten von Frauen. Liechtenstein ist zum ersten Mal seit seinem UNO-Beitritt Mitglied im Gremium. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Umsetzung der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung, und dabei insbesondere die Geschlechtergleichstellung und die Ermächtigung von Frauen. Die liechtensteinische Delegation setzte sich in den Verhandlungen zu den vereinbarten Schlussfolgerungen besonders für das Hervorheben der wichtigen Rolle der CSW in der Überprüfung der Agenda 2030 ein. Weitere Verhandlungsschwerpunkte waren das Recht auf Bildung von Mädchen und Frauen und die Einhaltung geltender Menschenrechtsstandards insbesondere für Frauen und Mädchen in schwierigen Situationen (z.B. Migrantinnen und Flüchtlinge). In ihrer Rede appellierte die Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick an die Anwesenden, die Bemühungen zur Geschlechtergleichstellung zu verstärken. So gelte es, Frauen nicht nur

gesetzlich gleichzustellen, sondern auch die effektive Diskriminierung durch geschlechtsspezifische Stereotypen und sonstige soziokulturelle Barrieren zu vermindern. Die Ständige Vertretung organisierte eine Nebenveranstaltung zu moderner Sklaverei und Menschenhandel mit Schwerpunkt auf die Rolle des Privatsektors sowie der Rolle von modernen Sklaven in Wertschöpfungs- und Lieferketten. Ausserdem nahm Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick an einer interaktiven Diskussionsrunde über Gewalt gegen Frauen und Sexismus teil.

Liechtenstein beteiligte sich erneut aktiv an den Arbeiten des Dritten Ausschusses der Generalversammlung, welcher sich mit Menschenrechten befasst. Im Mittelpunkt standen dabei die Ländersituationen (Nordkorea, Krim und Syrien), sowie die Resolutionen zur Todesstrafe, zum Menschenrechtsrat, zum Recht auf Privatsphäre und zu Gewalt gegen Frauen. In der Resolution zum Menschenrechtsrat versuchten Mitglieder der afrikanischen Gruppe, das neu geschaffene Mandat des Experten über sexuelle Rechte und Genderidentität rückgängig zu machen. Diese Bemühungen blieben dank einer breiten Gegenbewegung, der Liechtenstein angehörte, ohne Erfolg. Die sudanesische Delegation versuchte, ebenfalls erfolglos, in der Resolution zu Kinderrechten und zu Menschenhandel die bereits seit mehreren Jahren enthaltenen Verweise auf entsprechende Arbeiten des Internationalen Strafgerichtshofes zu löschen.

Liechtenstein unterstützte das Büro des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte in seinen Bemühungen, einen Vorschlag zur kostensparenden Restrukturierung und Dezentralisierung durch den Budgetausschuss absegnen zu lassen. Eine anhaltende Politisierung der Menschenrechtsagenda sowie die Vorschläge für Regionalbüros, u.a. in Washington DC und Istanbul, führten jedoch zu starker Kritik – die notwendigen finanziellen Mittel wurden nicht zur Verfügung gestellt.

Gemeinsam mit der United Nations University (UNU) und Grossbritannien organisierte Liechtenstein ein Seminar zum Thema Bekämpfung von Menschenhandel in Konfliktsituationen. Über 110 Teilnehmer diskutierten innovative und umfassende Lösungen und Aktionspläne und sprachen Empfehlungen an den UNO-Sicherheitsrat aus. Daniel Thelesklaf, FIU, und René Brülhart, AIF Vatikan, brachten ihre Expertise in der Aufdeckung illegaler Finanzströme und der Nutzung finanzieller Regelungsinstrumente zur Bekämpfung von Menschenhandel mit ein. Menschenhandel wird von nichtstaatlichen, bewaffneten Gruppen oft als Finanzierungsquelle und militärische Strategie benutzt. Unter den Empfehlungen an den UNO-Sicherheitsrat finden sich insbesondere die Stärkung normativer, finanzieller und technologischer Massnahmen sowie der Rechenschaftspflicht von Staaten in der Bekämpfung von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen, ausserdem ein verbesserter Informationsaustausch zwischen dem Finanzsektor und Strafverfolgungsbehörden, der verbesserte Gebrauch von Sanktionsmöglichkeiten und die stärkere Unterstützung der Opfer. Eine Fortführung dieser erfolgreichen Zusammenarbeit ist geplant.

Im April 2016 fand das Sondertreffen der UNO-Generalversammlung zum Weltdrogenproblem statt. Das Abschlussdokument wurde im Vorfeld in Wien ausgehandelt. Der erhoffte Richtungswechsel in der internationalen Drogenpolitik blieb aus, das Dokument widmet sich aus liechtensteinischer Sicht zu wenig präventiven und gesundheitspolitischen Methoden und einem menschenrechtsbasierten Ansatz. Ausserdem konnte kein Hinweis auf die Rechtswidrigkeit der Todesstrafe für Drogenvergehen im Text verankert werden. Diese Punkte wurden auch von vielen gleichgesinnten Staaten in ihren Ansprachen anlässlich des Sondertreffens betont.

Internationaler Strafgerichtshof (ICC), Rechtsstaatlichkeit

Liechtenstein setzte sich weiter aktiv für die Belange des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) ein. 2016 entschieden sich Südafrika, Burundi und Gambia als erste Staaten für einen Austritt aus dem Römer Statut. Die Austrittserklärungen sind nach einem Jahr rechtsgültig. Gambias neuer Präsident, Adama Barrow, hat jedoch bereits angekündigt, Mitglied des Römer Statuts bleiben und die Erklärung nach Amtsübernahme zurückziehen zu wollen.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick nahm erstmals an der Versammlung der Vertragsstaaten (ASP) im November in Den Haag teil und überreichte ein von Liechtenstein gespendetes Kunstwerk an den Gerichtshof. Die hochrangige Teilnahme durch mehrere Staaten trug auch dazu bei, dass Spannungen mit kritisch gesinnten afrikanischen Staaten abgebaut werden konnte und weitere möglichen Austritten aus dem Römer Statut vermieden wurden.

Nach langwierigen Budgetverhandlungen unter aktiver liechtensteinischer Teilnahme konnte zwar ein Budgetzuwachs gegenüber dem Vorjahr (3%) erreicht werden, dieser wurde aber von der Zivilgesellschaft und dem Gericht selbst als unzureichend kritisiert. Liechtenstein organisierte vier Nebenveranstaltungen zu den Themen Aggressionsverbrechen, Finanzuntersuchungen, strafrechtliche Verantwortung in Syrien, Bekämpfung moderner Sklaverei.

Liechtenstein setzte sich weiter für die Ratifikation der Kampala-Zusätze zum Verbrechen der Aggression ein. Die kritische Zahl der 30 benötigten Ratifikationen zur Aktivierung der Gerichtsbarkeit wurde im Jahr 2016 erreicht. Zur Vorbereitung des Aktivierungsentscheids organisierte die Ständige Vertretung im Juni 2016 ein Seminar für alle Vertragsstaaten an der Princeton Universität. Am Rande der UNO-Generalversammlung veranstaltete die Ständige Vertretung unter Vorsitz von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick anlässlich der Ratifikationen der Niederlande und von Chile eine hochrangige Diskussionsrunde. Insgesamt 32 Staaten haben die Status-Zusätze ratifiziert. Bei der ASP im November ei-

nigten sich die Vertragsstaaten auf einen Verhandlungsprozess zur Vorbereitung der Aktivierungsentscheidung. Liechtenstein spielte in der Ausarbeitung der Modalitäten des Prozesses eine Vorreiterrolle.

Das von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick koordinierte informelle Ministernetzwerk zum ICC (IMN) traf sich erneut am Rande der Generalversammlung im September in New York. Die über 30 Mitglieder des Netzwerks nahmen eine von Liechtenstein vorbereitete Erklärung an, welche zur Aktivierung der ICC-Gerichtsbarkeit über das Verbrechen der Aggression aufruft.

Für das Projekt zur Stärkung der Finanzuntersuchungen des ICC verfasste Liechtenstein gemeinsam mit dem ICC einen offiziellen Bericht auf der Basis eines 2015 von Liechtenstein organisierten Seminars zu dem Thema in Den Haag. Der Bericht sieht u.a. eine engere Zusammenarbeit zwischen dem ICC und Financial Intelligence Units vor.

Liechtenstein setzte sich in verschiedenen Foren stark für rechtsstaatliche Prinzipien ein, und koordinierte im Sechsten Ausschuss der Generalversammlung (internationales Recht) gemeinsam mit Mexiko die Resolution zum Thema.

Finanzplatzrelevante Themen

Liechtenstein engagierte sich aktiv in der «Global Governance Group», die sich für eine transparentere G20 einsetzt. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die G20-Tätigkeiten zur Vermögensverlagerung und Gewinnumschichtung und weiteren steuerrelevanten Themen wichtig.

Das Steuerkomitee der UNO trifft sich einmal im Jahr in New York, ein zweites Mal in Genf. Irene Salvi vertrat Liechtenstein an der New Yorker Sitzung im Dezember, die Ständige Vertretung deckte einen Teil des Treffens mit ab. Wichtige Themen des Komitees waren beispielsweise das UNO-Musterabkommen über Doppelbesteuerung zwischen Entwicklungs- und Industrieländern sowie die erwähnten Themen der G20.

Das erste Forum über nachhaltige Entwicklungsfinanzierung, das die Überprüfung der Addis Abeba Aktionsagenda zum Thema überprüfen soll, führte aufgrund der anhaltenden Meinungsunterschiede zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern zu keinem konkreten Ergebnis. In der Folge verfasste die Gruppe der Entwicklungsländer im Herbst eine Resolution zu illegalen Finanzströmen, an deren Aushandlung sich die Ständige Vertretung aktiv beteiligte. Dabei konnten erfolgreich fehlerhafte Interpretationen des Korruptionsabkommens, die allgemeine Schuldzuweisung an Industrieländer für das Verstecken von veruntreuten Geldern sowie die Festlegung neuer und lediglich für Entwicklungsländer günstige Normen verhindert werden.

UNO-Reform

Der von Liechtenstein initiierte Verhaltenskodex, der den UNO-Sicherheitsrat aufruft, frühzeitig und entschlossen gegen drohenden Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vorzugehen, erreichte die Unterstützung von 112 Staaten und erhält damit breite politische Akzeptanz. Der Kodex fordert zudem alle Sicherheitsratsmitglieder auf, nicht gegen entsprechende Resolutionen zu stimmen; insbesondere die Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats sollen in solchen Situation auf den Gebrauch ihres Vetos verzichten. Von ihnen haben sich Frankreich und Grossbritannien dem Kodex angeschlossen. Die Arbeiten im Verlauf des Jahres konzentrierten sich darauf, die Anzahl der unterstützenden Staaten zu erhöhen. Parallel dazu wurden die Bemühungen zur Umsetzung des Verhaltenskodex im Sicherheitsrat selbst intensiviert. Zu diesem Zweck wurde im Rahmen der ACT-Gruppe (Accountability, Coherence and Transparency – von der Schweiz geleitet Gruppe, 25 Mitgliedsstaaten) eine Task Force unter liechtensteinischer Leitung eingerichtet.

Liechtenstein setzte sich dafür ein, die Wahl des UNO-Generalsekretärs transparenter zu gestalten. Im Vorfeld der Wahl des Nachfolgers von Ban Ki-moon wurden u.a. Anhörungen mit den Kandidaten organisiert. Antonio Guterres (Portugal) setzte sich am Ende klar durch, obwohl von verschiedenen Gruppen Druck ausgeübt wurde, eine Person aus Osteuropa zu ernennen und/oder erstmal eine Frau in das Amt zu wählen. Der von Liechtenstein und anderen Staaten propagierte Vorschlag einer einmaligen, dafür längeren Amtszeit von sieben Jahren setzte sich nicht durch. Der neue Generalsekretär sprach aber bereits davon, keine Wiederwahl anzustreben.

Zum Thema Sicherheitsratsreform wurden unter der Verhandlungsleitung Luxemburgs kleine Fortschritte gemacht, der Prozess ist aber weiterhin weit von einer eigentlichen Verhandlung entfernt. Liechtenstein propagierte weiterhin seinen Kompromissvorschlag, neue langfristige, wiederwählbare Sitze anstelle neuer Ständiger Mitglieder zu schaffen, um die geografische Repräsentation der UNO-Mitgliedschaft im Sicherheitsrat zu verbessern.

Sicherheitsrat

Als Nicht-Mitglied des UNO-Sicherheitsrats verfolgte Liechtenstein dessen Tätigkeit in einigen Schwerpunktbereichen – insbesondere zu Konflikten, bei welchen Zivilisten schwersten Verbrechen ausgesetzt sind (z.B. Syrien) – und beteiligte sich bei passenden Gelegenheiten (z.B. offene Debatten zum Schutz von Zivilisten, zur Frauen, Frieden und Sicherheitsagenda oder über Kinder in bewaffneten Konflikten) an den Diskussionen.

Wie auch im Jahr zuvor dominierte der Syrien-Konflikt die Agenda des Rates. Die Situation zeigte die Unfähigkeit des Sicherheitsrates, selbst bei klarer Beweislage für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen angemessen zu reagieren. Russland nutzte mehrmals sein Veto, um Resolutionen zu humanitärem Zugang oder einem Waffenstillstand zu blockieren. Erst

im Dezember konnte eine Resolution über den uneingeschränkten humanitären Zugang in Aleppo angenommen werden. Die Handlungsunfähigkeit des Sicherheitsrats bereitete aber auch den Weg für die liechtensteinische Initiative in der Generalversammlung. Ebenfalls im Dezember wurde eine Resolution angenommen, die den Siedlungsbau durch Israel in besetzten Palästinensergebieten verurteilt. Diese wäre beinahe an der massiven Einflussnahme des designierten US-Präsidenten Trump gescheitert, konnte aber am Ende mit 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung (USA, auf Anweisung Obamas) verabschiedet werden.

Weitere wichtige Situationen waren der Konflikt in Jemen und die anhaltend Krisenlage im Südsudan. In Bezug auf den Südsudan blieben Bemühungen, ein Waffenembargo und Sanktionen einzusetzen, erfolglos.

Ständige Mission in Genf

Leiter: Botschafter Dr. Peter Matt

Die Ständige Mission in Genf nimmt die Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit Priorität werden dabei die EFTA- und WTO-Agenden sowie die Aktivitäten des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNO) mit Sitz in Genf behandelt.

In Bezug auf die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) lag der Fokus der Tätigkeit in Genf auch im Berichtsjahr auf den EFTA-Drittlandbeziehungen. So konnten die Verhandlungen mit den Philippinen und Georgien abgeschlossen und die Freihandelsabkommen unterzeichnet werden. Es konnten auch Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Ecuador sowie über die Modernisierung und Ausweitung bestehender Freihandelsabkommen mit Mexiko und Chile lanciert werden. Entsprechende exploratorische Gespräche mit Kanada wurden aufgenommen. Die Vorbereitungen zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten konnten im Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen werden. Bei den laufenden Verhandlungen konnten teilweise gute Fortschritte erzielt werden. Die länger unterbrochenen Verhandlungen mit Indien und Indonesien konnten wieder aufgenommen werden. Die Verhandlungen mit der Türkei über eine Erweiterung des bestehenden Abkommens sowie mit Russland-Belarus-Kasachstan, Thailand und Algerien konnten noch nicht wieder aufgenommen werden. Das Hauptaugenmerk der Verhandlungen im Rahmen der EFTA ist weiterhin auf Asien gerichtet, doch auch die Aktivitäten auf dem amerikanischen Kontinent haben stark zugenommen. Ab Mitte 2016 beschäftigte zudem der Ausgang des Referendums über den Austritt Grossbritanniens aus der EU (Brexit) das EFTA-Sekretariat in Genf und Brüssel genauso wie die Ständige Mission in Genf. Mögliche Konsequenzen wurden auf allen Ebenen diskutiert, dies vor allem im Hinblick auf einen Austritt Grossbritanniens aus dem EWR, wo Grossbritannien als EU-Mitglied automatisch Mitglied ist.

Im Rahmen der WTO befasste sich die Ständige Mission in der Berichtsperiode wiederum hauptsächlich mit der seit 2001 laufenden Welthandelsliberalisierungsrunde (Doha-Runde). Die Diskussionen drehten sich um ein mögliches Abschlusspaket für die nächste Ministerkonferenz der WTO in Buenos Aires im Dezember 2017. Am Rande der WTO nahm Liechtenstein weiterhin an den Verhandlungen über ein plurilaterales Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA – Trade in Services Agreement) teil. Diesbezüglich wurde das ganze Jahr hindurch intensiv verhandelt und es konnten grosse Fortschritte erzielt werden. Dennoch konnten die Verhandlungen im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden. Die Verhandlungen sind nach dem Ausgang der Wahlen in den USA bis auf weiteres auf Eis gelegt.

In Bezug auf die Vereinten Nationen richtete die Ständige Mission ihr Engagement hauptsächlich auf die Mitarbeit im Rahmen des UNO-Menschenrechtsrates. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Ständigen Mission nahmen aktiv an den Sessionen des Rates sowie an der Überprüfung der Menschenrechtssituation anderer Staaten im Rahmen der Universal Periodic Review (UPR) teil.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Die üblichen EFTA-Tätigkeiten im Drittlandbereich in Genf verharrten auf sehr hohem Niveau. Wie bereits in den Vorjahren waren die Anzahl Verhandlungsrunden und Treffen mit Drittstaaten und die damit verbundene Reisetätigkeit beträchtlich. Soweit dies möglich ist, finden Expertentreffen und andere Treffen vermehrt per Video- oder Telefonkonferenz statt. Diese Kommunikationsform wurde im Berichtsjahr wiederum rege genutzt, so zum Beispiel, um Verhandlungen voranzubringen und künftige Verhandlungsrunden möglichst gut vorzubereiten.

Bei den Tätigkeiten der EFTA im Bereich der Beziehungen zu Drittstaaten geht es hauptsächlich darum, das bestehende Netzwerk an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten mit dem Abschluss weiterer Abkommen auszubauen. Auch Treffen und Verhandlungsrunden mit Partnerstaaten, mit welchen bereits ein Freihandelsabkommen besteht, haben in der Berichtsperiode deutlich zugenommen. Diese Treffen haben vor allem eine mögliche Modernisierung und Erweiterung der bereits bestehenden Freihandelsabkommen zum Gegenstand. Mit der EFTA-Drittlandpolitik soll vermieden werden, dass die liechtensteinischen Wirtschaftsakteure gegenüber wichtigen Konkurrenten, z.B. aus EU-Staaten, Benachteiligungen im Zugang zu den Weltmärkten erfahren. Freihandelsabkommen spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Im Berichtsjahr konnten diesbezüglich wiederum einige Erfolge erzielt werden.

Anlässlich der 5. Verhandlungsrunde mit den Philippinen im Februar 2016 in Manila konnten die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen abgeschlossen werden. Das Freihandelsabkommen wurde am 28. April 2016 in Bern durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick unterzeichnet. Nach einer dritten und letzten Verhandlungsrunde im Februar in Tiflis konnte zudem auch das Freihandelsabkommen mit Georgien anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 27. Juni 2016 durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick unterzeichnet werden. Beide im Berichtsjahr abgeschlossenen Freihandelsabkommen befinden sich derzeit im Ratifikationsprozess in den Vertragsstaaten.

Mit Ecuador konnten die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 27. Juni 2016 in Bern lanciert werden. Eine erste Verhandlungsrunde fand im November in Quito statt. Liechtenstein hat bei den Verhandlungen mit Ecuador erstmals den Vorsitz in der Expertengruppe Dienstleistungen inne. Weitere positive Entwicklungen ergaben sich zudem mit Indien und Indonesien. Mit beiden Staaten waren die Verhandlungen aus unterschiedlichen Gründen, u.a. aufgrund von Wahlen, für längere Zeit unterbrochen. Mit Indien konnten die Verhandlungen nach langen Bemühungen auf allen Ebenen und zwei Treffen der Verhandlungsleiter im Juni und September in Delhi schlussendlich im Oktober wieder aufgenommen werden. Die insgesamt 14. Verhandlungsrunde fand in Genf statt. Mit Indonesien fand im März 2017 ein erstes Treffen der Verhandlungsleiter in Jakarta statt, die insgesamt 10. Verhandlungsrunde wurde im Mai in Interlaken und die 11. Runde im September 2017 in Bandung durchgeführt.

In der Berichtsperiode fanden zudem zwei volle Verhandlungsrunden mit Malaysia statt: Die 6. Verhandlungsrunde im März 2016 in Kuala Lumpur und die 7. Runde im Mai/Juni in Genf. Zudem trafen sich im August und September diverse Experten und Expertinnen (u.a. in den Bereichen Dienstleistungen und Investitionen) in Genf. Auch in den Verhandlungsprozess mit Vietnam kam wieder Bewegung. Nach längerer Verhandlungspause trafen sich die Verhandlungsleiter im Mai in Genf und Ende November in Hanoi. Fortschritte bei den Verhandlungen mit Malaysia und Vietnam wurden durch die Unsicherheiten über die Zukunft des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens (TPP) stark behindert. Im Falle Vietnams brachte der Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Vietnam nicht den erhofften Schwung in die Verhandlungen mit den EFTA-Staaten.

Drei weitere Verhandlungsprozesse (Russland-Belarus-Kasachstan, Thailand, Algerien) sind aus politischen Gründen weiterhin blockiert. Algerien ist bis auf weiteres nicht gewillt, die Verhandlungen mit den EFTA-Staaten wieder aufzunehmen.

Die Pflege bestehender Abkommen, insbesondere deren Modernisierung und Erweiterung, hat weiterhin grosse Bedeutung. So konnten am 22. Januar 2016 am Rande des WEF in Davos die Verhandlungen mit Mexiko über die Erweiterung und Aktualisierung des bestehenden Freihandelsabkommens lanciert werden. Im Berichtsjahr fanden bereits zwei Verhandlungsrunden statt – die erste im Mai in Genf und die zweite Anfang September in Mexiko-City. Nach Verzögerungen aufgrund des Regierungswechsels in Kanada fand im April in Genf das erste formelle exploratorische Treffen über eine mögliche Erweiterung und Modernisierung des bestehenden, im Wesentlichen lediglich den Warenverkehr abdeckenden Freihandelsabkommens (sogenanntes Freihandelsabkommen der 1. Generation) statt. Die Gespräche förderten einige schwierige Punkte zutage. Inwiefern die Gespräche fortgesetzt werden sollen, ist derzeit intern in Kanada wie in den EFTA-Staaten in Abklärung. Treffen auf Stufe Verhandlungsleiter sind geplant. Nach diversen Treffen mit Chile, u.a. im Januar auf Verhandlungsleiterebene, wurde beschlossen, Verhandlungen über die Erweiterung und Aktualisierung des Freihandelsabkommens aufzunehmen. Nachdem Chile eine geplante erste Verhandlungsrunde abgesagt hatte, wird diese voraussichtlich in der ersten Hälfte 2017 stattfinden. Die Verhandlungen über die Modernisierung des bestehenden Freihandelsabkommens mit der Türkei sind seit ungefähr einem Jahr blockiert, da weiterhin keine Einigkeit darüber besteht, über welche Themen im Bereich Dienstleistungen verhandelt werden soll. Eine Wiederaufnahme wird weiterhin angestrebt.

Bei fast allen laufenden Verhandlungen finden im Vor- und Nachgang zu den Verhandlungsrunden zahlreiche themenspezifische Expertentreffen oder Videokonferenzen statt. Nicht nur die grosse Anzahl laufender Verhandlungen stellt für die EFTA-Staaten eine grosse Herausforderung dar. Die laufenden Verhandlungen unterscheiden sich wesentlich von den in der Vergangenheit geführten. Die neuen Partnerstaaten liegen geografisch weiter entfernt, haben oft einen nicht vergleichbaren Entwicklungsstand oder ungleiche Wirtschaftsstrukturen und Handelstraditionen. Die Interessen der Entwicklungs- und Schwellenländer unterscheiden sich teilweise sehr stark von denjenigen der EFTA-Staaten. In den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen stellt der Interessenausgleich somit eine zunehmende Herausforderung dar. Auch die EFTA-interne Koordination der Verhandlungspositionen erweist sich oft als zeitintensiv. Ein weiteres Problem ist, dass in neueren, teilweise noch in Verhandlung befindlichen Abkommen – v.a. NAFTA, TPP, CETA und auch TTIP – mit neuen Modellen gearbeitet wird, welche sich teilweise stark vom Modell der bisherigen EFTA-Freihandelsabkommen unterscheiden. Dies führt bei laufenden Verhandlungen immer öfters zu Schwierigkeiten, so z.B. was die Ansätze in den Bereichen Dienstleistungen und Investitionen betreffen. Aufgrund eines Ministerbeschlusses im Juni 2016 wurde deshalb eine EFTA-Arbeitsgruppe zum Thema Dienstleistungen und Investitionen gebildet, um Vorschläge und

Empfehlungen für einen neuen Verhandlungsansatz in diesem Bereich auszuarbeiten. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe trafen sich in der Berichtsperiode insgesamt dreimal. Eine Einigung konnte noch nicht erreicht werden.

Im Berichtsjahr fanden unter bestehenden Freihandelsabkommen zudem Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse mit der Südafrikanischen Zollunion (SACU[2]), Korea, Ägypten, Kolumbien und unter der Zusammenarbeitserklärung mit Mauritius statt.

Das EFTA-Netzwerk an Freihandelsabkommen umfasst per Ende des Berichtsjahrs 27 Freihandelsabkommen mit insgesamt 38 Ländern (ausserhalb der EU). Es handelt sich damit um eines der weltweit grössten Freihandelsnetzwerke.

Die EFTA-Mitgliedsstaaten sind in Treffen mit weiteren Drittstaaten aktiv. In der Berichtsperiode fanden diverse Expertentreffen zwischen den EFTA-Staaten und dem Büro des Handelsbeauftragten der USA (USTR) unter dem handelspolitischen Dialog zwischen den EFTA-Staaten und den USA statt. Im Sommer fand im Rahmen des politischen Dialogs mit dem Büro des Handelsbeauftragten der USA bereits das 4. (jährliche) Treffen in Washington statt. Am Treffen wurden u.a. die neuesten Entwicklungen in den Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (Trade and Investment Partnership, TTIP) zwischen den USA und der EU, aber auch zum Abschluss der Verhandlungen zur Transpazifischen Partnerschaft (Transpacific Partnership, TPP) diskutiert. Nach dem Ausgang der Wahlen in den USA ist das weitere Schicksal der TTIP-Verhandlungen indes ungewiss.

Was mögliche neue Partnerstaaten anbelangt, sind insbesondere die Mercosur-Staaten[3] zu erwähnen. Unter der Zusammenarbeitserklärung fand im Juni 2016 ein zweites Treffen eines exploratorischen Dialogs im Hinblick auf mögliche Freihandelsverhandlungen in Montevideo statt. Ein weiteres Treffen folgte im Oktober in Brüssel. Die Mercosur-Staaten sind zur Aufnahme von Freihandelsverhandlungen mit den EFTA-Staaten bereit. Die Lancierung der Verhandlungen wird jedoch voraussichtlich erst im Jahr 2017 stattfinden. Ein Freihandelsabkommen mit Mercosur wäre für die liechtensteinischen Wirtschaftsakteure von grosser Bedeutung, denn die Mercosur-Staaten erheben auf Industrieprodukte relativ hohe Zölle. Mit den Staaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC)[4] fand im April 2016 ein Heads-Treffen (Videokonferenz) statt. Der Entwurf zu einer möglichen Zusammenarbeitserklärung wird im Jahr 2017 weiter diskutiert.

Ein weiteres grosses Thema war in der EFTA der von Grossbritannien in einer Volksabstimmung am 23. Juni 2016 beschlossene Austritt aus der EU (Brexit). Als EU-Mitglied gehört Grossbritannien auch dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) an. Im Berichtsjahr war rein rechtlich alles unverändert. Der Austrittsprozess beginnt erst mit der formellen Notifizierung durch die brititsche Regierung gemäss Art. 50 EU-Vertrag. Da die Austrittsverhandlungen und letztlich ein Austritt von Grossbritannien aus der EU in verschiedener Hinsicht grosse Auswirkungen auf die EFTA-Staaten und somit auch auf Liechtenstein haben wird, war das Thema Brexit allgegenwärtig. Für Liechtenstein und die EFTA-Staaten stand und steht die Frage im Vordergrund, wie der Marktzugang zu Grossbritannien nach dem Brexit auf dem bisherigen Niveau gehalten werden kann. Zwischen den EFTA-Staaten in Genf wurden im Berichtsjahr hierzu vor allem Informationen über den Stand der Brexit-Bemühungen in den jeweiligen Hauptstädten ausgetauscht.

Im Berichtsjahr fanden zwei EFTA-Ministertreffen statt: Am 27. Juni unter Schweizer Vorsitz in Bern und am 21. November 2016 in Genf. Für Liechtenstein nahm Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick an beiden Treffen teil. Die EFTA-Minister und Ministerinnen trafen dabei mit Vertreterinnen und Vertretern des EFTA-Parlamentarier- und des EFTA-Konsultativausschusses zusammen.

Am 1. September 2016 war Liechtenstein 25 Jahre Mitglied in der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA). Dieses Jubiläum wurde mit einem kleinen Empfang für die Mitarbeitenden des EFTA-Sekretariats in Genf und der Ständigen Missionen der EFTA-Mitgliedstaaten (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) in der liechtensteinischen Residenz feierlich begangen. Im Weiteren wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten und dem Ministerium für Äusseres eine Broschüre zum 25-Jahr-Jubiläum publiziert, die auf der Webseite der Mission zugänglich ist.

Zudem fanden die üblichen regelmässigen Treffen auf der Ebene der Botschafter und Stellvertreter in Genf statt. Die zuständigen Mitarbeitenden der Mission nahmen zudem an den Treffen des EFTA-Drittlandkomitees, der Gruppe EFTA-Plattform (Strategieplanung) und des EFTA-Budgetkomitees (Vorsitz Pascal Schafhauser) teil.

Welthandelsorganisation (WTO)

Neben den üblichen institutionalisierten Sitzungen (WTO-Generalrat, Verhandlungsausschuss) standen im Berichtsjahr wiederum die Verhandlungen im Rahmen der laufenden Doha-Welthandelsrunde im Mittelpunkt der Tätigkeit der Ständigen Mission. Nachdem an der Ministerkonferenz in Nairobi im Dezember 2015 das Doha-Mandat nicht im Konsens bekräftigt werden konnte, konzentrierten sich die Gespräche anfänglich darauf, wie es in der WTO weiter gehen sollte. Die Diskussion um ein mögliches Abschlusspaket für die nächste Ministerkonferenz der WTO in Buenos Aires im Dezember 2017 rückte jedoch bald in den Vordergrund. Im Zentrum der Gespräche standen zum einen landwirtschaftliche Unterstützungszahlungen, wobei vor allem marktverzerrende und produktespezifische Zahlungen im Visier zahlreicher Entwicklungsländer stehen. Zum anderen werden Themen wie E-Commerce, Handelserleichterungen, Transparenz und nationale Gesetzgebung

im Dienstleistungsbereich diskutiert. Obwohl zu einzelnen Themen konkrete Vorschläge aufgelegt wurden, fanden nach wie vor keine textbezogenen Verhandlungen statt. Aufgrund der überraschenden Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA im November des Berichtsjahres und der damit verbundenen Ungewissheit über den zukünftigen handelspolitischen Kurs der US-Administration werden sich die Gespräche voraussichtlich weiter verlangsamen. Ein Abschluss der Doha-Runde ist denn auch weiterhin nicht in Reichweite. Für Liechtenstein ist die WTO aber nach wie vor von grösster Bedeutung.

Aufgrund der mangelnden Fortschritte in den Dienstleistungsverhandlungen im Rahmen der Doha-Runde haben 2012 eine Reihe von Mitgliedsstaaten, darunter die EU, die USA, Australien und die Schweiz, eine Initiative zur Aushandlung eines so genannten plurilateralen Abkommens (Teilnahme freiwillig) über den Handel mit Dienstleistungen am Rande der WTO lanciert. Seit Juli 2013 nimmt Liechtenstein an diesen Verhandlungen über ein Dienstleistungsabkommen, das so genannte TiSA (Trade in Services Agreement), teil. Da auch an der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2015 in Nairobi im Bereich Dienstleistungen keine Fortschritte erzielt werden konnten, hat die Bedeutung von TiSA im Berichtsjahr zugenommen. Die Verhandlungsparteien strebten einen Abschluss per Ende des Berichtsjahres an, was jedoch nicht erreicht werden konnte. Mit einer Teilnahme an TiSA verfolgt Liechtenstein das Ziel, den Marktzugang und die Rechtssicherheit für die liechtensteinischen Dienstleistungsanbieter in ausländischen Märkten zu verbessern und die Gefahr möglicher Diskriminierungen gegenüber ihren Hauptkonkurrenten auf diesen Märkten zu vermieden. Im Berichtsjahr fand im Januar am Rande des WEF in Davos auf Einladung des US-Handelsbeauftragten (USTR), Botschafter Michael Froman, ein TiSA-Ministertreffen statt, bei welchem das Ziel eines Abschlusses der Verhandlungen bis Ende 2016 bekräftigt wurde. Die Minister hielten aber auch fest, dass die Substanz des Abkommens einer Frist vorgehe. Für Liechtenstein nahm Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick teil.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt sechs intensive Verhandlungsrunden, welche jeweils länger als eine Woche (inkl. Wochenenden) dauerten, in Genf durchgeführt. Vor allem die insgesamt 18. Verhandlungsrunde vom 26. Mai bis 3. Juni 2016 war ein 9-tägiger Sitzungsmarathon, da die Besprechung der bis Anfang Mai eingereichten neuen Marktzugangsofferten auf der Agenda stand. Die bilateralen Marktzugangsgespräche liefen bis im Herbst weiter und im Oktober wurden die finalen Offerten vorgelegt. Die in diesem Rahmen eingereichte, zweite überarbeitete Offerte Liechtensteins wurde vorwiegend positiv aufgenommen. Obwohl bei den TiSA-Verhandlungen viele Fortschritte erzielt werden konnten, wurde die geplante Abschlussrunde von Ende November abgesagt. In Anbetracht der Ungewissheit nach dem Ausgang der Wahlen in den USA und der Vielzahl der noch offenen Punkte – v.a. das Thema Datenübermittlung/Datenschutz, aber auch Streitschlichtung, staatliche Unternehmen und die diversen Transportanhänge – wurde auch das für Anfang Dezember geplante TiSA-Ministertreffen abgesagt. Im Dezember trafen sich die Verhandlungsleiter, um den erreichten Stand der Dinge in einem Stocktake-Dokument zusammenzustellen. Eine Arbeitsgruppe wurde etabliert, die sich im ersten Quartal 2017 mit diversen, bereichsübergreifenden redaktionell-rechtlichen Fragen befassen soll. Da stets in zwei parallelen Arbeitsgruppen verhandelt wurde und sich auch die Botschafter regelmässig trafen, nahm Liechtenstein an diesen Verhandlungen mit zwei bis drei Personen teil. Die Ständige Mission wurde dabei durch eine Mitarbeiterin des Amts für Auswärtige Angelegenheiten sowie einmal durch einen Mitarbeiter des Amts für Kommunikation unterstützt. Am 1. Juni 2016 fand zudem ein Treffen der TiSA-Minister und -Ministerinnen in Paris statt (Teilnahme von Botschafter Dr. Peter Matt in Vertretung von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick) und am 17./18. Oktober 2016 wurde auf Einladung der USA ein Treffen der Verhandlungsvorsitzenden in Washington abgehalten.

Bezüglich der allgemeinen Tätigkeiten der Mission bei der WTO nahmen Mitarbeitende der Mission auch am Treffen des Ausschusses über das öffentliche Auftragswesen (GPA) sowie am sogenannten Dienstleistungskluster im Juni des Berichtsjahres teil. Auf Ersuchen der Vorsitzenden des Trade Policy Review Body (TPR), der Ständigen Vertreterin Hongkongs bei der WTO, fungierte Botschafter Dr. Peter Matt als Berichterstatter (Discussant) im Rahmen der Überprüfung der Handelspolitik Albaniens. Es ist das erste Mal überhaupt, dass sich Liechtenstein aktiv an einer Überprüfung der Handelspolitik beteiligte. Die Teilnahme erfolgte jedoch in persönlicher Kapazität und nicht als Vertreter eines Landes. Im Berichtsjahr fand am 2. Juni zudem ein informelles WTO-Ministertreffen in Paris (am Rande der OECD-Jahreskonferenz) statt. Botschafter Dr. Peter Matt nahm in Vertretung von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick an diesem Treffen teil.

Im April des Berichtsjahres fiel auch der Startschuss zur fünften Überprüfung der Handelspolitik der Schweiz und Liechtensteins (Trade Policy Review, TPR) durch die Welthandelsorganisation (WTO). Die letzte Überprüfung

---

[2] Südafrikanische Zollunion (South African Customs Union, SAC), bestehend aus Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika, Swasiland

[3] Mercosur (Mercado del Sur), bestehend aus Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay. Im Dezember 2016 wurde die Mitgliedschaft Venezuelas von den anderen Mitgliedstaaten suspendiert.

[4] Ostafrikanische Gemeinschaft (East African Community, EAC), bestehend aus Kenia, Tansania, Uganda, Ruanda und Burundi

fand 2013 statt. Die eigentliche Überprüfung wird im Mai 2017 in Genf stattfinden. Aufgrund des Auskunftsersuchens der WTO vom April 2016 wurden die Berichtsentwürfe verfasst. Die Verantwortung für die TPR liegt bei der Mission in Genf, eine Mitarbeiterin des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten war zudem unterstützend tätig. Die Berichtserstellung erfordert eine starke Koordination unter den verschiedenen betroffenen Amtsstellen innerhalb der Landesverwaltung. Ein offizieller Besuch einer dreiköpfigen Delegation des WTO-Sekretariats fand im November in Vaduz statt.

Im Berichtsjahr kündigte Generaldirektor Azevêdo an, für eine erneute Amtszeit als Generaldirektor der WTO zur Verfügung zu stehen. Seine Amtszeit endet am 21. August 2017. Bis zum Ablauf der offiziellen Frist Ende 2016 wurden keine offiziellen Kandidaturen angekündigt. Generaldirektor Azevêdo bleibt damit einziger Kandidat.

Die Vereinten Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Mission in Bezug auf die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen in Genf stand erneut der UNO-Menschenrechtsrat. Liechtenstein ist zwar nicht Mitglied des aus 47 Staaten zusammengesetzten Menschenrechtsrats, dieser gesteht den Nicht-Mitgliedern jedoch eine weitreichende Beobachterrolle zu. Der Rat trat im Berichtsjahr zu drei ordentlichen Sessionen und zwei Sondersessionen zur Lage in Syrien (Aleppo) und im Südsudan zusammen.

Die vierwöchige Hauptsession des UNO-Menschenrechtsrats findet jeweils im März statt. Höhepunkt aus liechtensteinischer Sicht war die Rede von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick anlässlich des High-Level-Segments der Hauptsession. In ihrer Rede würdigte sie u.a. das zehnjährige Jubiläum des Menschenrechtsrats, der eine zentrale Rolle im UNO-System innehat. Regierungsrätin Dr. Frick nahm eine Vielzahl hochrangiger Treffen wahr und traf sich u.a. mit dem Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad al-Hussein, mit dem Präsidenten des Menschenrechtsrats und dem niederländischen Aussenminister. Weiter tauschte sich Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick mit Vertretern und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft aus, die von Liechtenstein über die IHZE finanziell unterstützt werden (International Service for Human Rights, HD Centre und Geneva Call). An der 31. Session des Menschenrechtsrats ko-organisierte Liechtenstein zudem zwei Nebenanlässe (sogenannte Side-Events) zum Recht auf Privatsphäre und zu Syrien. In der 32. Session ko-organisierte Liechtenstein ein sehr gut besuchtes Expertenseminar zur Abschaffung der Todesstrafe. In der 33. Session war Liechtenstein zudem Ko-Sponsor eines Side-Events zur Situation in Syrien.

Auch an den weiteren regulären, dreiwöchigen Sessionen des Menschenrechtsrats im Juni sowie im September beteiligte sich die Mission aktiv. Die Mission konzentrierte sich dabei einerseits darauf, die informellen Verhandlungen zu Resolutionen mitzuverfolgen, die Liechtenstein als Ko-Sponsor mitträgt, und sich aktiv daran zu beteiligen. Andererseits führte die Mission die in den letzten drei bis vier Jahren begonnene Praxis weiter, zu prioritären Themen vermehrt auch im Ratsplenum das Wort zu ergreifen. Bei beidem trägt die Ständige Mission den aussenpolitischen Prioritäten Liechtensteins Rechnung. So engagierte sich die Mission zu den Themen Todesstrafe, gleichberechtigte Teilnahme in politischen und öffentlichen Angelegenheiten, Kinderrechte, Frauenrechte und Gewalt gegen Frauen (besonders häusliche Gewalt), Menschenrechte und Terrorismus, Menschenrechte und Wirtschaft, Auswirkungen von Korruption auf die Menschenrechte, Recht auf Privatsphäre, Zivilgesellschaft, Nicht-Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Verhinderung von Genozid. In thematischer Hinsicht war die Ernennung eines unabhängigen Experten der UNO über Gewalt und Diskriminierung basierend auf sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ein Höhepunkt: Liechtenstein hat die entsprechende Resolution mit eingebracht. In länderspezifischer Hinsicht brachte Liechtenstein im Berichtsjahr Resolutionen des Menschenrechtsrates zu Syrien, Nordkorea, Myanmar, Iran, Libyen und Burundi mit ein. Auch die an den beiden Sondersessionen beschlossenen Resolutionen zu Aleppo und zum Südsudan brachte Liechtenstein mit ein. Zudem beteiligte sich die Mission sowohl am interaktiven Dialog mit dem Sonderberichterstatter zu Nordkorea als auch an demjenigen mit der Untersuchungskommission zu Syrien sowie am kombinierten interaktiven Dialog mit den beiden Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs zu Gewalt gegen Kinder und Kindern in bewaffneten Konflikten.

Der Trend zur weiteren Polarisierung des Menschenrechtsrats setzte sich im Berichtsjahr fort. Der Rat bleibt vor allem bei Fragen von Nicht-Diskriminierung und der Stärkung der Zivilgesellschaft gespalten. Die Mission konzentrierte ihr Engagement wie üblich hauptsächlich auf die informellen Verhandlungen zu den einzelnen Resolutionen, meldete sich auch mehrmals im Plenum zu Wort und trat als Ko-Sponsor von verschiedenen Side-Events auf. Die Sichtbarkeit Liechtensteins konnte deutlich erhöht werden. Das ist nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, dass die Ständige Mission während der Dauer der jeweiligen Sessionen durch einen Mitarbeiter bzw. eine Mitarbeiterin des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten unterstützt wurde.

Die Mission beteiligte sich weiter an den drei Sessionen der UPR-Arbeitsgruppe des UNO-Menschenrechtsrats. Die UPR ist eines der zentralen Elemente des Menschenrechtsrats. Bei diesem Mechanismus sprechen sich die UNO-Mitgliedstaaten gegenseitig Empfehlungen zur Verbesserung ihrer innerstaatlichen Menschenrechtssituation aus. Liechtenstein beteiligte sich gemäss Strategie für den zweiten UPR-Zyklus an der Überprüfung von

Staaten, die zum Zeitpunkt ihrer Überprüfung Mitglied des UNO-Menschenrechtsrats sind. Mit dieser Vorgehensweise stellt Liechtenstein die Ratsmitglieder unter besondere Beobachtung, da diese Staaten eine besondere Verantwortung für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte haben. Im Berichtsjahr wurden Statements zu folgenden Staaten abgegeben: Namibia, Paraguay, Belgien, Lettland, Venezuela und ausnahmsweise Sudan, das nicht Mitglied des Rates ist. Den Schwerpunkt der Empfehlungen legte Liechtenstein auf die Bereiche rechtliche Gleichstellung der Frau sowie Gewalt gegen Frauen, Prävention von Folter, körperliche Bestrafung von Kindern, Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag bzw. Ratifikation des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) sowie der in Kampala erzielten Änderungen des Römer Statuts und staatliche Überwachung der digitalen Kommunikation (Recht auf Privatsphäre). Im Weiteren stellte Liechtenstein folgenden Staaten vor ihren Prüfungsterminen schriftliche Fragen zum ICC und den Kampala-Zusätzen: Antigua und Barbuda, Griechenland, Ungarn, Irland, Neuguinea, St. Vincent/Grenadinen, Surinam, Swasiland, Tadschikistan, Tansania und Thailand.

Liechtenstein ist im Rahmen der Arbeiten im Menschenrechtsrat in eine Reihe von informellen Gruppierungen zu verschiedenen Themen und in unterschiedlichen Formationen eingebunden und beteiligt sich aktiv an den Arbeiten sowie am gegenseitigen Austausch innerhalb dieser Gruppierungen. Es sind dies unter anderem die WEOG-Gruppe, die Juscanz-Gruppe sowie die quadrilaterale Gruppe (Liechtenstein, Österreich, Slowenien und die Schweiz), die Group of Friends of the ICC, die Group of Friends on children and armed conflicts, die Group of Friends on the responsibility to protect und die Gruppe kleiner Staaten (Group of Small States). Für letztere Gruppe hat Liechtenstein auch ein Arbeitsessen organisiert.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Ständigen Mission vertraten Liechtenstein im Berichtsjahr zudem an folgenden Konferenzen und Treffen:

- ausserordentliches Treffen der Vertragsstaaten des Arms Trade Treaty (ATT) am 29. Februar 2016 in Genf;
- 5. Treffen der Gruppe der Botschafter der 32. Internationalen Konferenz der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften am 17. März 2016 in Genf;
- Konferenz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus vom 7./8. April 2016 in Genf;
- Treffen der Good Humanitarian Donorship am 27. April 2016 in Genf;
- hochrangiges Segment der Polio Partners Group der Global Polio Eradication Initiative (GPEI) am 24. Juni 2016 in Genf;
- verschiedene mehrtägige Treffen (im Februar, Mai und August 2016 in Genf) der Offenen Arbeitsgruppe der UNO zur Ausarbeitung effektiver rechtlicher Massnahmen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Welt;
- Wahlen in den UNO-Unterausschuss zur Vorbeugung von Folter am 27. Oktober 2016 in Genf;
- Teilnahme am Treffen des Stiftungsrats des Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) am 30. Mai und 14. November 2016 in Genf;
- Treffen der Signatarstaaten der Erklärung zu sicheren Schulen («Safe Schools Declaration») am 15. Dezember 2016.

Im Oktober des Berichtsjahres weilte der Ständige Vertreter der Mission Genf zudem in New York und beteiligte sich an den Debatten des ersten und dritten Ausschusses der Generalversammlung. U.a. nahm er am interaktiven Dialog des Hochkommissars für Menschenrechte mit dem Dritten Ausschuss teil. Er nutzte den Aufenthalt ausserdem für diverse bilaterale Treffen.

Im Weiteren gab es viele Treffen mit und Besuche von Vertretern von UNO-Sonderorganen (z.B. UNHCR), Nichtregierungsorganisationen sowie Antrittsbesuche von Botschaftern und Botschafterinnen, Teilnahmen an Ausstellungen, Lancierungen von Publikationen usw. Zu den Aktivitäten des Ständigen Vertreters und seines Stellvertreters gehörte schliesslich die Teilnahme an diversen gesellschaftlichen Anlässen (Empfänge zu Nationalfeiertagen, Mittag- und Abendessen etc.) im Zusammenhang mit der UNO und anderen internationalen Organisationen.

Diverses

Filippo Grandi übernahm am 1. Januar des Berichtsjahres das Amt des UNO-Flüchtlingshochkommissars in Genf. Er ist der Nachfolger des zurückgetretenen António Guterres, welcher in der Berichtsperiode von der UNO-Generalversammlung zum neuen UNO-Generalsekretär (ab 1. Januar 2017) gewählt wurde.